2. April 1986

Montag, 14. April 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 86 - 16.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Türkei 750 TL, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:





Widerlegt das Benda-Gutachten den neuen Paragraphen 116? Professor Rupert Scholz, Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, beurteilt in einer eigenen Untersuchung Bendas Beweisführung als „schmalspurig" und belegt, „daß die von Benda behauptete Verschlechterung der Arbeitnehmer-Rechte in Wahrheit nicht gegeben ist." Seite 6

Hitlers Krieg gegen den Rest der Welt hat nicht nur die Deutschen ins Unglück gestürzt. Gleichzeitig vollzog sich auch das Ende des europäischen Judentums. Der Historiker Professor Andreas Hillgruber schrieb über das blutige Finale einer Gewaltherrschaft den Essay „Doppelter Untergang", den die WELT auszugsweise in drei Folgen vorabdruckt. Seite 8

POLITIK

Renten: Um bei abnehmenden Beschäftigtenzahlen die Rentenfinanzen langfristig zu sichern, plant die Bundesregierung offenbar auch eine Flexibilisierung des Rentenalters. Arbeitsminister Blüm erklärte in einem Interview der Tageszeitung „Express": „Wir müssen von der starren Regelung runter." (S. 10)

Verkehr: Für die rasche Einrichtung eines einheitlichen Hochgeschwindigkeitsnetzes im europäischen Schienenverkehr hat sich Verkehrsminister Dollinger eingesetzt. Es dürfe keine weiteren Verzögerungen mehr geben, forderte Dollinger auf der Hannover-Messe. (S. 11)

Menschenrechte: Mit Blick auf die Menschenrechtssituation der in Osteuropa in Unfreiheit lebenden Deutschen hat der frühere Präsident der UNO-Menschenrechtskommission, Felix Ermacora, die Bundesregierung aufgefordert, „den Schleier der stillen Diplomatie fallen zu lassen". Für diese Menschen übe Bonn die grundgesetzliche Schutzverpflichtung nicht aus.

Waldheim: Der österreichische Präsidentschaftskandidat ist nach eigenen Aussagen zum Dienst in der deutschen Wehrmacht gezwungen worden. In einem „Spiegel"-Interview wies der frühere UNO-Generalsekretär auch den Gedanken an einen Verzicht auf seine Kandidatur zurück. Bei seinen Wahlkundgebungen schlägt ihm eine Welle der Sympathie entgegen. (S. 3)

Indien: Militante Sikhs haben ihre 14 Millionen Glaubensgenossen gestern aus dem Goldenen Tempel von Amritsar zum bewaffneten Kampf gegen die indische Regierung aufgerufen, weil Ministerpräsident Gandhi die Sikhs ihrer Rechte beraube. (S. 10)

EG: Die Außenminister der zwölf EG-Staaten treffen bereits heute in Den Haag zusammen, um über die gespannte Lage im Mittelmeerraum zu beraten. Die Sondersitzung im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit war ursprünglich für Mittwoch anberaumt, doch sollen Spanien und Italien ein früheres Treffen vorgeschlagen haben.

WIRTSCHAFT

Weltbank: Auch ohne die von den USA hinausgezögerte Kapitalerhöhung kann die Weltbank den hochverschuldeten Entwicklungsländern zur Hilfe kommen, versicherte Bundesminister Jürgen Warnke in Washington. (S. 12)

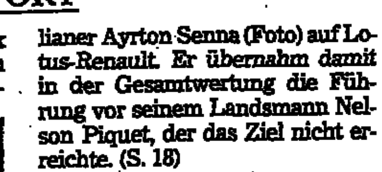
Essen: Nie haben so viele Jugendliche eine gute Ausbildung erhalten wie jetzt. Keine Initiative habe mehr zum sozialen Frieden beigetragen als die Ausbildungsleistungen der Wirtschaft, meint der Arbeitgeberpräsident. (S. 11)

KULTUR

Curtius: Heute vor 100 Jahren wurde der Mann der Bildung und des Abendlands, Ernst Robert Curtius, geboren. Der Enkel des Berliner Philologen und Historikers Ernst Curtius war in allem ein großer Weglebereiter. Mit großer Klarheit sah er das Jahr 1932 als Wendemarke zum Besseren oder Schlimmeren. (S. 21)

Theater: Genau 150 Jahre nach der Entstehung hat Filmregisseur Werner Schroeter in Bremen Georg Büchners Lustspiel „Leonce und Lena" in Szene gesetzt. Doch Schroeters mechanisierte Welt ist derart in sich geschlossen, daß die bei Büchner zu findende Dialektik völlig außer Kraft gesetzt wird. (S. 21)

SPORT





Formel 1: Sieger des Grand Prix von Spanien in Jerez, des zweiten WM-Laufes 1986, wurde der Brasilianer Ayrton Senna (Foto) auf Lotus-Renault. Er übernahm damit in der Gesamtwertung die Führung vor seinem Landsmann Nelson Piquet, der das Ziel nicht erreichte. (S. 18)

Reiten: In Göteborg gewann die Amerikanerin Leslie Burr-Lenehan auf dem deutschen Pferd McLain den Springreiter-Weltcup vor dem Kanadier Millar und Cupverteidiger Homfeld (USA). (S. 16)

Eishockey: Zum Auftakt der Weltmeisterschaft in Moskau schlug Aufsteiger Polen die CSSR mit 2:1. Deutschland verlor gegen Kanada mit 3:8. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Kälte: Die niedrigsten April-Temperaturen seit mehr als 120 Jahren in Deutschland sind in der Nacht zum Sonntag gemessen worden. In Ostbayern und im südlichen Niedersachsen fiel das Quecksilber nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes auf minus elf Grad. (S. 22)

Manager-Versicherung: Das Bundesaufsichtsamt in Berlin genehmigte jetzt eine Vermögensschaden-Versicherung für Unternehmensleiter. Sie soll eintreten, wenn durch einen Verstoß bei der Leitung des Unternehmens Dritten ein Vermögensschaden zugefügt wird.

Reagan schweigt zu Khadhafi. US-Börsen reagieren nervös

US-Sonderbotschafter in Europa / Libyen winkt mit Beitritt zu Warschauer Pakt

FRITZ WIRTH, Washington

Die Wahrscheinlichkeit, daß ein amerikanischer militärischer Gegenschlag gegen Khadhafi unmittelbar bevorsteht, ist am Wochenende spürbar geringer geworden. Trotzdem herrschte an den US-Aktienmärkten wegen der Möglichkeit von Strafaktionen Nervosität. Spekulationen darüber waren durch das strikte Schweigen der Reagan-Administration zur Libyen-Krise in den vergangenen vier Tagen und durch die Alarmierung der sechsten Flotte ausgelöst worden. Die Sondermission des UNO-Botschafters Walters durch Europa zeigt, daß die Reagan-Administration dem Konsens mit den Alliierten großes Gewicht beimißt.

Präsident Reagan selbst hat sich seit seiner Pressekonferenz im Weißen Haus am vergangenen Mittwoch öffentlich nicht mehr zu diesem Konflikt geäußert. In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache an die Nation erwähnte er am Samstag mit keinem Wort mehr den Libyen-Konflikt.

Es ist bemerkenswert, daß Reagan in seiner Pressekonferenz zu keinem Zeitpunkt von „militärischen Aktionen" gegen Khadhafi sprach, sondern von „Antworten" und „notwendigen Reaktionen", sobald ausreichende Beweise vorlägen, daß Khadhafi beim Anschlag in West-Berlin *die Hände mit im Spiel gehabt habe.*

Bei der Suche nach Möglichkeiten, gegen Khadhafi zurückzuschlagen, ohne das Leben unschuldiger Opfer

SEITE 5: Weitere Berichte

in Gefahr zu bringen, hat der ehemalige Sicherheitsberater Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, ein vorübergehendes totales Embargo gegen Libyen vorgeschlagen, bei dem für zehn Tage alle See- und Flughäfen und sämtliche elektronische Kommunikationswege gesperrt werden sollten. Wenn Khadhafi danach weitere Terroranschläge nachgewiesen werden können, sollten diese Sperren auf einen längeren Zeitpunkt ausgedehnt werden. „Ein paar Bombenangriffe gegen libysche militärische Ziele haben keinen dauerhaften Effekt auf Khadhafi", erklärte Brzezinski.

Brzezinski verlangte jedoch, daß für Gegenmaßnahmen der Öffentlichkeit alle Beweise über die Rolle Libyens bei den letzten Terroranschlägen vorgelegt werden müßten. Es sei wichtig, daß die amerikanische *Öffentlichkeit voll hinter allen Aktionen gegen Khadhafi stehe.*

Der amerikanische Sonderbeauftragte Walters sprach gestern mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher; das Treffen fand in Kohls Haus in Ludwigshafen-Oggersheim statt. Die britische Premierministerin Thatcher hatte vorher Walters gegenüber erklärt, sie sei dagegen, daß amerikanische Vergeltungsmaßnahmen von US-Luftstützpunkten in Großbritannien erfolgten.

Libyens Staatschef Khadhafi hat angedeutet, daß sein Land möglicherweise dem Warschauer Pakt beitreten werde, wenn es zu einer Konfrontation mit der „imperialistisch-zionistischen Allianz" kommen sollte. Der Berater des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, Arbatow, sagte jedoch, die UdSSR habe keine Vereinbarung über eine militärische Kooperation mit Libyen. Er betonte, „was Khadhafi sagt, ist nicht immer wahr".

DER KOMMENTAR

Keine Schnellschüsse

FRITZ WIRTH

Das seit vier Tagen selbstverordnete Schweigen der amerikanischen Regierung in der Libyen-Affäre, verbunden mit der Alarmierung der Sechsten Flotte im Mittelmeer hat die *amerikanische Position* nicht geklärt. Sind die Amerikaner zu einem schnellen Schuß aus der Hüfte gegen Khadhafi entschlossen und erst danach bereit, Fragen zu beantworten?

Besonders die aufgeschreckten Verbündeten in Europa sollten die Sorge fallen lassen, als werde hier Politik im Wildweststil vollstreckt. Die Mission des amerikanischen UNO-Botschafters Walters nach Europa zeigt, daß die Reagan-Administration zwar über das zögernde Verhalten der Europäer in dieser Frage höchst unglücklich ist, dennoch aber entschlossen scheint, alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen.

Alleingänge im Cowboy-Stil waren und sind von den USA nicht geplant. Sie wollen Khadhafi nicht den Triumph bieten, mit seinen Terroranschlägen eine Krise im westlichen Bündnis herbeigeführt zu haben. Andererseits haben die jüngsten Anschläge politisch und psychologisch einen größeren Effekt gehabt als alles, was bisher von Khadhafi inszeniert wurde.

Die Frage ist weniger, ob Gewalt angewandt werden soll, sondern in welcher Form. Zur Stunde gilt es zu bedenken: Erstens können und wollen die USA Terror nicht mit Terror beantworten. Es darf keine unschuldigen Opfer geben. Zweitens müssen die politischen Kosten eines bewaffneten Schlages auf ein Minimum beschränkt bleiben; eine Solidarisierung der arabischen Welt zugunsten Khadhafis ist zu vermeiden. Drittens darf die westliche Allianz keinen politischen Schaden nehmen.

Washington mißt diesen Einschränkungen großes Gewicht bei. Es verdient deshalb ein Höchstmaß an europäischer Kooperation. *Reine Defensive* gegenüber dem Terrorismus reicht nicht mehr aus.

Windelen erwartet mehr Spielraum

Bewertung des Gorbatschow-Besuchs / WELT-Gespräch über innerdeutsche Vorhaben

D. G. Bonn

Positive Auswirkungen auf das deutsch-deutsche Verhältnis erhofft *sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen*, Heinrich Windelen, von dem Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, beim Parteitag der SED in Ost-Berlin. In einem Interview mit der *WELT sagte der Minister, der* Auftritt „ist sicher ein Ausdruck dafür, welche Bedeutung er der DDR beimißt und darüber hinaus eine persönliche Auszeichnung für Herrn Honecker". Er gehe davon aus, daß dies Honeckers „Spielraum für innerdeutsche Verhandlungen eher verbessert".

Auf die Frage, wie es nach dem Aushandeln des Kulturabkommens in der praktischen Deutschlandpolitik weitergehen soll, antwortete Windelen: „Wir haben eine Fülle von Erwartungen im Rahmen der innerdeutschen Zusammenarbeit, die wir vorzubringen haben. Wir wissen, daß auch die DDR ihrerseits derartige Wünsche und Erwartungen hat." Vordringliche Aufgabe sei der Umweltschutz. Dieser dürfe „keine Grenzen kennen." Die Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen seien recht weit gediehen: „Bei gutem Willen müßte noch im Laufe dieses Jahres ein Abschluß möglich sein."

Trotz seiner optimistischen Haltung warnte der Minister davor, bei der Verbesserung des Verhältnisses zur „DDR" kurzfristige Erfolge zu erwarten. „Wir müssen immer wieder

SEITE 7: Wortlaut des Interviews

mit Schwierigkeiten rechnen. Wir sind uns bewußt, daß die innerdeutschen Beziehungen eingebunden sind in das Ost-West-Verhältnis und daß auf die Dauer die innerdeutschen Beziehungen nicht sehr viel besser sein können, als die Ost-West-Beziehungen insgesamt."

Kaum Fortschritte sieht er auf dem Gebiet der Rechtshilfe. Ein Abkommen, das im Grundlagenvertrag als Zielvorstellung vorgegeben worden sei, habe bisher nicht abgeschlossen werden können. Grund hierfür seien ungeklärte „Statusfragen, besonders Berlin betreffend". Allerdings „haben wir in der Praxis die Möglichkeit, die notwendige Rechtshilfe zu gewähren".

Auch das Verbot für viele „DDR"-Bewohner, mit Angehörigen in der Bundesrepublik Kontakt zu haben, bleibt weiterhin auf der Tagesordnung: „Herr Honecker hat dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber versichert, daß nur ein engbegrenzter Personenkreis von der Kontaktsperre betroffen *sei. Wir können* bisher noch nicht feststellen, daß diese Erklärung sich in der für uns erkennbaren Praxis niederschlägt."

Für das Interesse Ost-Berlins an solchen Themen, bei denen „hohe Summen" von Bonn zu erwarten sind, zeigte der CDU-Politiker ein gewisses Verständnis. Voraussetzung für ein Entgegenkommen sei allerdings ein Umfeld, das auch eine Verbesserung der menschlichen Beziehungen beinhalte.

Starnick soll Senator werden

D.D. Berlin

Der parteilose Chemieprofessor und ehemalige Präsident der Technischen Universität Berlin, Jürgen Starnick (48), soll neuer Berliner Umweltsenator werden. Auf einer außerordentlichen Sitzung der FDP-Fraktion, die zur Zeit Polen besucht, wurde er in Warschau nominiert. Starnick will das Amt annehmen. Offiziell muß noch der Landesausschuß der Nominierung für die Wahl am Donnerstag im Berliner Abgeordnetenhaus zustimmen.

Seite 2: FDP wird fündig

Seeschiffahrt steht vor Streik

DW. Bonn/Hamburg

In der deutschen Seeschiffahrt stehen die Zeichen auf Streik. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat den Schlichtungsvorschlag für einen neuen Manteltarifvertrag für die rund 20 000 deutschen Seeleute abgelehnt. Am Wochenende begann auf einem ersten Schiff in Hamburg der Arbeitskampf. Die 23 Mann Besatzung der „Victoria Bay" trat in den Ausstand. Bei den gescheiterten Tarifverhandlungen ging es vor allem um kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaub.

Daimler-Benz hofft auf neues Urteil

DW. Mannheim/Stuttgart

In der gerichtlichen Auseinandersetzung um den Bau der Daimler-Benz-Teststrecke im Main-Tauber-Kreis haben *Teststreckengegner* vor dem baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof einen Erfolg verbucht. Das Gericht stoppte den Fortgang der für den Streckenbau notwendigen Grundstückseinteignung. *Die Daimler-Benz AG setzt nun auf* ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Seite 4: Karlsruhe muß entscheiden

Alliierte ordnen Verschärfung an

D.D. Berlin

Verschärfte Kontrollen an den Grenzübergängen in Berlin haben die drei westalliierten Schutzmächte angeordnet. *Die Sicherheitslage der* Stadt nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle" mache „außerordentliche Maßnahmen" erforderlich. Personen, die eine Bedrohung für die Bevölkerung sind, sollen ausgewiesen werden. Die praktizierte Freizügigkeit in Berlin werde durch die Maßnahmen nicht beeinträchtigt.

Seite 2: Jetzt doch Kontrollen

Hilfe für bäuerliche Familienbetriebe

Kiechle zur WELT: Das Kabinett wird „grundsätzliche Zusagen beschließen"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung will in dieser Woche gezielte Hilfen für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe beschließen. Auf die Frage, ob dies eine Milliarde Mark bedeute, wie bereits spekuliert wird, antwortete Kiechle in einem Gespräch mit der WELT, er wolle über Zahlen nichts sagen: „Aber daß wir mit 50 Mark nichts erreichen können, das liegt auf der Hand."

Nach den Protestaktionen vom Wochenende beginnen heute die Beratungen auf einem Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle mit den Spitzen des Deutschen Bauernverbandes auf einem Hof in der Nähe von Hannover. Morgen früh soll ein Koalitionsgespräch stattfinden, dem sich am Abend eine Agrarrunde der Union anschließen wird. Am Mittwoch will das Kabinett die Marschroute für die Brüsseler Preisrunde und nationale Maßnahmen festlegen.

„Wir wollen jetzt gezielt und auch längerfristig den bäuerlichen Familienbetrieben helfen, die heute nicht mehr ein noch aus wissen, weil sie seit Jahren von der Preisseite her keine höheren Einnahmen erhalten haben." betonte Kiechle. Neben der Steuerpolitik, die bereits weitgehend ausgeschöpft sei, kommen für Kiechle vor allem zwei Bereiche in Betracht: So sollten die sogenannten benachteiligten Gebiete, in denen den

SEITEN 2 UND 10: Weitere Berichte

Bauern Ausgleichsbeträge gezahlt werden, auf die Hälfte des Bundesgebietes ausgedehnt werden. Mit diesen Mitteln könne unabhängig von der Höhe der Produktion geholfen werden.

Ferner gehe es um eine Beitragsentlastung für die Landwirte im sozialen Sicherungsbereich. Kiechle nennt als Beispiel, daß ein Betrieb mit einem potentiellen Ertrag von 10 000 Mark im Jahr nahezu 4000 Mark für Sozialbeiträge aufwenden müßte, bei 50 000 Mark seien es rund 7200 Mark. „Das zeigt geradezu zwingend, daß den Kleinen und Schwachen stärker als bisher geholfen werden müsse." Kiechle will sich hier für Beitragssenkungen um 40 bis 50 Prozent einsetzen.

Da die Brüsseler Preisverhandlungen noch abgewartet werden müssen, hat Kiechle die Absicht, „grundsätzliche Zusagen im *Kabinett herbeizuführen*". Daraus ergäben sich dann Konsequenzen, wenn bei den Brüsseler Preisverhandlungen bestimmte Konstellationen eintreten, die vorher angesprochen worden seien.

Nach Ansicht Kiechles zeigt sich an den Konditionen, zu denen das jüngste Butterschäft mit der Sowjetunion – Moskau muß hier 78 Pfennig für das Kilo Butter bezahlen – abgewickelt werden soll, der Widersinn der europäischen Agrarpolitik. Solange wegen der vorhandenen Überschüsse zu solchen Bedingungen exportiert werden müsse, sei eine „gezielte und auch der Kostenentwicklung entsprechende Preispolitik nicht möglich".

FDP attackiert Unionsparteien

DW. Bonn

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Hirsch, hat die CDU/CSU scharf kritisiert. Er rügte das Erscheinungsbild der Unionsparteien und forderte CSU-Chef Strauß auf, Bundeskanzler Kohl nicht „ständig Knüppel zwischen die Beine zu werfen". FDP-Generalsekretär Haussmann meinte gegenüber dpa, die Zeit der CDU-Alleinregierungen in den Ländern gehe zu Ende. Dies werde sich bei der Landtagswahl in Niedersachsen zeigen.

Duft und Cremes für Milliarden

DW. Düsseldorf

Jeder Bundesbürger gab 1984 für Kosmetika 149 Mark aus – ein Zuwachs gegenüber 1983 um 8,7 Prozent auf 1,3 Milliarden Mark Gesamtumsatz. Ein wahrer Boom, wie die am Wochenende in Düsseldorf veranstaltete „Beauty 86" beweist. Nicht abseits stehen von Duft und Pflege wollten in den letzten Jahren auch die Herren. Für Faltencremes, Duftwasser und After Shave gaben sie 1985 fast 220 Millionen Mark aus.

Seite 22: Metallische Töne

Papst überschritt in Rom die Schwelle

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Zum ersten Mal in der fast 2000jährigen Geschichte des Christentums hat ein Papst gestern die Schwelle einer Synagoge überschritten. Mit seinem Besuch im Haupttempel der ältesten jüdischen Gemeinde des Abendlandes in Rom setzte Johannes Paul II., wie er betonte, „in gewisser Weise" einen Schlußpunkt unter eine Zeit „gegenseitigen Nicht-Verstehens" zwischen Juden und Christen. „Ihr seid unsere Lieblingsbrüder", rief er den Juden Roms zu, wenn auch mit seinem Besuch nicht alle Meinungsverschiedenheiten überwunden seien.

Auf eine ganz besondere dieser – im übrigen vor allem theologischen – Differenzen wies sowohl der Vorsitzende der Union der israelitischen Gemeinden Italiens, Giacomo Saban, als auch der römische Oberrabbi Elio Toaff, hin: Die Verweigerung der Anerkennung Israels durch den Vatikan.

Nach einer Würdigung Papst Johannes XXIII., unter dessen Pontifikat der Anstoß zum Wandel im Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Judentum gegeben wurde, äußerte Saban die Überzeugung, daß das Werk dieses „Gerechten" seine Fortsetzung in der Überwindung „einiger Reserven gegenüber dem israelischen Staat" finden müsse. „Die Anerkennung der unersetzbaren Funk-

SEITE 5: Wider den Dialog

tion Israels im göttlichen Heilsplan kann nicht verweigert werden."

Johannes Paul II. nahm zu dieser Frage jedoch mit keinem Wort Stellung. In den Tagen vor dem Besuch war im Vatikan wiederholt unterstrichen worden, daß dieses Ereignis einen rein religiösen Charakter habe. Die in Italien akkreditierten arabischen Botschafter hatten am Vorabend des Besuchs in einer gemeinsamen Erklärung den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß damit nicht „der Verzicht auf jene Prinzipien eingeleitet" werde, „die stets die Haltung des Vatikans im arabisch-israelischen Konflikt gekennzeichnet haben".

Mit Nachdruck unterstrich der Papst, daß das Konzilsdekret „Nostra aetate" den „Haß verurteilt, die Verfolgung und alle Manifestationen des Antisemitismus zu jeder Zeit und durch wen auch immer – ich wiederhole: durch wen auch immer." Er bezog die Kirche historisch mit ein: „Gewiß kann und darf man nicht vergessen, daß die historischen Gegebenheiten der Vergangenheit anders waren als heute. Das kann aber nicht das Eingeständnis verhindern, daß Akte der Diskriminierung, der ungerechtfertigten Einschränkung der religiösen Freiheit, der Unterdrückung auch im Bereich der bürgerlichen Freiheit gegenüber den Juden objektiv gesehen verurteilungswürdige Handlungen waren." Der Besuch in der am Eingang des ehemaligen Judengettos gelegenen Synagoge war umrahmt von Lesungen aus dem Alten Testament und Chorgesängen.

China will das Wachstum in der Wirtschaft mäßigen

Pekinger Volkskongreß verabschiedet Fünf-Jahres-Plan

DW. Peking

Chinas nationaler Volkskongreß hat in Peking den neuen Fünf-Jahres-Plan (1986–1990) verabschiedet, der die wirtschaftliche Reformpolitik fortsetzen will. Der Schwerpunkt in der Ökonomie wird auf ein gemäßigteres Wachstumstempo gelegt. Bei der Schlußsitzung in der großen Halle des Volkes stimmten die rund 2800 Abgeordneten außerdem der Ernennung des ZK-Sekretärs und Politbüro-Mitglieds Qiao Shi (62) zum fünften Vizepremier zu und erhoben außerdem den Wissenschafts- und Technologieminister Song Jian (54) zum Staatsrat.

Wie schon die Eröffnungsrede von Ministerpräsident Zhao Ziyang vor drei Wochen enthielt auch der Entschließungsantrag zum neuen Wirtschaftsplan eine deutliche Mahnung zur nüchternen Einschätzung erreichbarer Ziele und warnte davor, gesellschaftliche und ökonomische Fehlentwicklungen auf die leichte Schulter zu nehmen.

Die Krisensymptome wie die galoppierende Inflation, schwindende Devisenvorräte und das unkontrollierte Höhenwachstum der Industrieproduktion zweifelhafter Qualität zusammen mit der massiven Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die plötzliche Teuerungswelle hat den Reformern zweifellos einen Schock versetzt.

Der zweite langfristige Wirtschaftsplan der Ära Deng Xiaoping ist ein pragmatischer Kompromiß mit dem Ziel, die 1985 eingeleiteten konjunkturellen Bremsmaßnahmen zunächst beizubehalten, ohne dabei jedoch den Reformschwung aufs Spiel zu setzen: Die erste Stufe bis 1987 soll zur Konsolidierung und zur Kapitalbildung für neue Projekte genutzt werden. Die außenwirtschaftliche Öffnung wird fortgesetzt, bei den Importen und der Anwerbung von Direktinvestitionen stärker selektiert. Bei einem bereits hohen Handelsdefizit ergeben sich zusätzliche Probleme dadurch, daß China wegen des Verfalls der Ölpreise allein in diesem Jahr mit Mindereinnahmen von mindestens zwei Milliarden Dollar rechnen muß.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zuviel auf einmal

Von Hans-Jürgen Mahnke

Der Deutsche Bauernverband hat den Brotkorb für die Politiker sehr hoch gehängt. Er hat für eine Stimmung gesorgt, die sich nur schwer wieder glätten läßt. Demonstrationen, Traktoren auf den Straßen, wie am Samstag, sind keine unerlaubten Mittel, um den eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wichtig ist jedoch, ob nicht Erwartungen geweckt werden, die sich beim besten Willen nicht erfüllen lassen.

Und es kommt auch auf die Wortwahl an. Das Verlangen nach einem „sofortigen Notprogramm für die deutschen Landwirte" wirkt überzogen, zumal da der Katalog der Forderungen, den der Verband auf seiner Tagung in der vergangenen Woche abgesegnet hat, so konkret nun auch wiederum nicht ist. Jedenfalls läßt sich daraus kaum ablesen, wo der Schuh nun am meisten drückt, wo Prioritäten gesetzt werden sollten. Vielmehr wurde einfach fast alles aufgelistet, womit man den Bauern Gutes tun könnte.

Der Druck, der jetzt noch einmal gemacht wurde, paßt zeitlich hervorragend, jedenfalls aus Sicht des Verbandes. Denn in dieser Woche fallen in Bonn wichtige Entscheidungen. Dabei stand schon vorher fest, daß die Bundesregierung den Bauern noch stärker unter die Arme greifen will. Und es stand auch fest, daß die Regierung dabei gewisse Rücksichten auf die EG nehmen muß. Manche der dabei erwogenen Maßnahmen bedürfen des Segens aus Brüssel; etwa die Ausweitung der benachteiligten Gebiete, in denen Ausgleichsbeträge gezahlt werden können, auf die Hälfte des Bundesgebietes.

Indem Ignaz Kiechle die Absicht kundgab, die Produktion zu drücken, um Spielraum für die Preise zu gewinnen, hat er signalisiert, daß ihm höhere Preise heute lieber wären als morgen. Das sollte doch zur Kenntnis genommen werden. Auch wenn eine Preiserhöhung wegen der hohen Überschüsse jetzt nicht möglich ist, sodaß nicht mehr als eine Absicherung des bisherigen Preisniveaus drin ist.

Wer zuviel auf einmal fordert und den Eindruck erweckt, er bleibe grundsätzlich unzufrieden, verärgert diejenigen, die ihm helfen wollen und auch sollten. Augenmaß ist gerade im eigenen Interesse dringend geboten.

Bewegung in der KPI

Von Carl Gustaf Ströhm

Einige „neue Töne" und Tendenzen auf dem 17. Kongreß der italienischen Kommunisten in Florenz haben erneut die Frage aufkommen lassen: Befindet sich die italienische KP auf dem Weg einer Liberalisierung oder, wie manche Optimisten annehmen, gar einer „Entkommunistifizierung"? Sogar der Vorschlag wurde in Florenz laut, die Partei, die den Eurokommunismus erfand, solle vom Begriff „Kommunismus" überhaupt Abschied nehmen und sich in Zukunft „Italienische Arbeiterpartei" nennen.

In der Tat ringen Italiens Kommunisten seit den Tagen Berlinguers mit dem Gedanken, was sie mit dem ideologischen Ballast des Leninismus anstellen sollen. Leninismus ist nämlich ein ebenso treffliches Instrument der Machtausübung wie ein absolut ungeeignetes Werkzeug zur Machtergreifung – jedenfalls in einer modernen Industriegesellschaft. Ein Teil der manchmal verhaltenen, dann aber auch wieder ungeheuer dreisten Kritik der italienischen Kommunisten am am sowjetischen Modell ist auf die Einsicht zurückzuführen, daß mit sowjetischen Methoden im heutigen Italien kein Staat mehr zu machen und keine Mehrheit zu gewinnen ist.

Andererseits müssen die italienischen Kommunisten befürchten, daß eine Verwässerung der Ideologie zu einer „Sozialdemokratisierung" ihrer Partei führt. Aus historischen Gründen gibt es in Italien keine traditionell mächtige Sozialdemokratie. Können auf dem Umweg über die italienischen Eurokommunisten sozialdemokratische Elemente in die kommunistische Bewegung einfließen? So sehr es zu begrüßen ist, wenn sich bei den Kommunisten in Richtung Toleranz und Liberalität etwas bewegt – Vorsicht ist dennoch am Platze. Zu groß ist immer noch der Abgrund, der eine „alleinseligmachende" Ideologie und ihre Partei von Pluralismus und Toleranz trennt.

Die italienischen Kommunisten hatten, da sie nicht an der Macht sind, die Nagelprobe hinsichtlich der Respektierung anderer Meinungen und anderer politisch-gesellschaftlicher Gruppierungen noch nicht zu bestehen. Wenn sie aber an der Macht sind, ist der Leninismus, wie gesagt, ein treffliches Instrument der Machtausübung. Und der Machterhaltung.

Waches Gespür

Von Enno v. Loewenstern

Diesmal blieb das Sofa auf dem Teppich. Weder die Besucher aus dem Osten noch der Staatsgast aus dem Fernen Osten mußten im Stehen verhandeln, wie einst der Staatsgast aus dem tiefen Süden. Dafür sagte man wenigstens dem Freund ein paar freundschaftliche Worte.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker äußerte gegenüber Präsident Chun Doo Hwan seine Besorgnis über „bestimmte innenpolitische Entwicklungen" in Südkorea. Die Deutschen hätten nämlich aufgrund eigener leidvoller Erfahrungen ein waches Gespür für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. „Wir begrüßen daher jeden Schritt in Richtung einer gestärkten Demokratie." Auch Bundeskanzler Kohl ermahnte Chun: „Ich möchte Sie daher ermutigen, auf dem Wege der von Ihnen eingeleiteten umfassenden Demokratisierung voranzuschreiten. Unsere Beziehungen würden hiervon großen Nutzen haben."

Das mit den Beziehungen kam auch bei den Gästen aus dem Warschauer Pakt zur Sprache. Allerdings von ihrer Seite. Das Ostberliner Politbüro-Mitglied Günter Mittag sagte streng, die Bonner SDI-Beteiligung berge die Gefahr in sich, daß die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Ostblock-Ländern erschwert würden. Nur politisch allerdings, nicht wirtschaftlich, fügte er eilig hinzu – das schlimmste also bleibt uns erspart, aber immerhin, wir sind zurechtgewiesen und müssen uns schämen. Der polnische Außenminister Orzechowski war nicht so hart mit uns. Er, den Frau Thatcher erst gar nicht empfing, ließ sich sogar dreimal von Genscher zum Essen einladen. Und bis auf die Kleinigkeit, daß er alle Bonner Wünsche über erleichterte Ausreisen für polnische Staatsbürger deutscher Herkunft ablehnte, war er gar nicht abgeneigt, bessere Beziehungen zu akzeptieren.

Von Bonner Seite wurde weder Mittag noch Orzechowski „ermutigt", die Menschenrechte zu achten und die Demokratie zu stärken. Aber vielleicht behält man sich das für besuchende Staatsspitzen vor. Honecker soll ja kommen, auch wenn Mittag dazu nichts bestätigen konnte. Man wird ihn dann wohl ermutigen, pour encourager les autres, wie Voltaire sagte.



„Wollt ihr zwei Burschen endlich sagen, wie nahe ihr an die libysche Küste gekommen seid?" JAK / THE LONDON STANDARD

Der Abstiegs-Kandidat

Von Peter Gillies

Jeder Kegelclub dürfte zögern, einen stadtbekannten Pleitier zum Kassenwart zu wählen, mag er auch noch so tief zu Herzen gehende Reden führen, mit welchen Wohltaten er den Verein beglücken wolle. Dieser Instinkt, sich im Zweifel für das Solide und das Meßbare zu entscheiden, gilt in demokratischen Staatswesen nicht zwingend. Der achtbare Erfolg notiert dort niedrig, die in ungedeckte Wechsel verpackte Verheißung haussiert. Wahlzettel sind gewiß auch Wunschzettel, aber Bilanzieren ist gleichwohl nicht unschicklich.

Wenn es richtig sein sollte, daß Wirtschaftsfragen den nächsten Wahlausgang maßgebend bestimmen, stellt sich die Frage, was Sozialdemokraten hier auf die Waage bringen. Der Blick richtet sich auf Erreichtes, auf Personen und auf Programme. Johannes Rau als Herausforderer strebt – wenn man seiner Absage an die Grünen mehr glauben darf als der Holger Börners – die absolute Mehrheit an (die jedermann für absolut unwahrscheinlich hält). Seine Offerte muß also schon von Gewicht sein, will sie der des Amtsinhabers standhalten.

Ein Bilanzvergleich zwischen Kanzler Kohl und Ministerpräsident Rau ist aufschlußreich. Er verhält sich genau reziprok zum Image beider: Der Erfolgreiche leidet an demoskopischem Liebesentzug, dem Erfolglosen fliegen die Herzen zu. Unter Rau hat das Land Nordrhein-Westfalen, relativ gesehen, einen wirtschaftlichen Abstieg fortgesetzt. Es leidet an Wachstumsschwäche und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, ist mit gigantischen Summen verschuldet und hat als Krisenbewältiger seiner Strukturschwächen versagt.

Unter Rau ist es dem einstigen Schaufenster der deutschen Industrie gelungen, den Status eines reichen Bundeslandes in den eines armen zu verwandeln. Sollte denn die Ministerpräsidentschaft im bevölkerungsreichsten Bundesland eine Art Probelauf für den Chefsessel der gesamten Republik sein – jeder vernünftiger Wähler muß sich diese Überlegung stellen –, dann hat Rau das Klassenziel auf vernichtende Weise verfehlt. Natürlich findet er für den wirtschaftlichen Abstieg viele Schuldige (seine eigene Regierung einmal ausgenommen), aber seine Bilanz ist fatal. Es wäre gar zu verwegen, die Wirtschafts-„Erfolge" nordrheinwestfälischer SPD-Politik auf die Bundesrepublik übertragen zu wollen und dies als Zugnummer auszugeben.

Amtsinhaber Kohl ist bei vielem unterlegen: Seine Bibelfestigkeit läßt zu wünschen übrig und er reißt auch keine Witze über die Religion, er kann nicht so jovial lächeln, sein Redetalent bleibt hinter dem von Demosthenes zurück, seine Biederkeit weckt nicht zwingend Sympathien. Aber eines ist national wie international strahlend: seine wirtschaftliche Bilanz. Die von ihm regierte Republik tritt in einer ökonomischen Verfassung vor ihre Wähler, die ihresgleichen sucht. Die Deutsche Mark ist im Inneren sensationell stabil, nach außen überaus begehrt.

Die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik hat sich so heftig entfaltet, daß die Konkurrenten an den Weltmärkten das Fürchten lernen (ohne daß die Deutschen diese Stärke hinreichend zur Kenntnis nähmen). Ihr Staatshaushalt ist ins Lot gebracht, die soziale Leistungsfähigkeit mit der ökonomischen synchronisiert worden, die Beschäftigung steigt beachtlich. Noch nie ist eine Regierung mit einer so imponierenden Wirtschaftsbilanz und der Aussicht auf einen langgezogenen und (wegen der Preisstabilität) störungsfreien Aufschwung in eine Wahl gegangen.

Gewiß kamen ihr dabei glückhafte Umstände zupaß, von denen nur Verfall der Ölpreise genannt werden soll. Auch seien nicht die Versäumnisse verschwiegen, die von der Unfähigkeit gegenüber dem Subventionsabbau bis zur marktwirtschaftlichen Blässe reichen; aber auch hier hätte Rau nicht mehr, sondern eher weniger zu bieten. Man fühlt sich an Helmut Schmidt erinnert, der zwar mit geschliffenen Reden brillierte, aber als Kassenwart versagte. Fast scheint es ein demoskopisches Naturgesetz zu sein, daß Worte viel und Bilanzen wenig zählen.



Bisher eine vernichtende Bilanz: Rau FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Aber wir haben, so wenden Sozialdemokraten ein, die besseren Programme und Visionen. Richtig ist, daß die Bürgerlichen weniger Programme schreiben und dafür mehr tun. Und was die Visionen betrifft: Letztlich visiert die SPD auch die wohlgenährte Gesellschaft an, allenfalls mit der Maßgabe, daß „die Reichen" weniger reich sein sollen. Aber die bisher vorliegenden SPD-Wirtschaftsmodelle sind diffus. Der Aufstieg dieser Partei zur Volkspartei war verbunden mit dem Akt eines Friedensschlusses mit der Marktwirtschaft. Die heutige Programmatik übt sich in der Wende rückwärts. Die einen möchten eine höhere Staatsquote, mehr Eingriffe und höhere Abgaben, andere widersprechen; Formen von Sozialneid und Rückfall in Klassenkampfdenken werden wieder manifest.

Eine klare Linie ist einstweilen nicht zu erkennen. Der Spagat zwischen Realos und Fundis, bisher nur von den Grünen bekannt, verlockt die Genossen. Wer höhere Steuern für diejenigen fordert, die schon die höchsten Steuern zahlen, will den irrigen Eindruck hervorrufen, die „Reichen" arm zu machen, mache die „Armen" automatisch reich. Überdies vergißt die SPD dabei, daß sich eine Volkspartei selbst den Todesstoß versetzt, wenn sie den Aufsteigern neue Strafen androht, denn diese „Klasse" beginnt bereits beim Facharbeiter. Daß Rau unbedacht wieder die Spendierhosen anzuziehen verspricht, indem er praktisch alle Kürzungs- und viele andere Gesetze rückgängig machen will, weckt schlimme Erinnerungen.

Das Recht jeder Partei bleibt es, mit den gescheiterten Programmen von gestern wieder vor ihre Wähler zu treten. Daß beim Wähler die wirtschaftliche Inkompetenz so hoch im (demoskopischen) Kurs steht, gibt zu denken – und zu handeln. Wirtschaftswunderlich, diese Deutschen.

IM GESPRÄCH Jürgen Starnick

Die FDP wird fündig

Von Peter Philipps

In Warschau, während einer Polen-Reise, hat die Berliner FDP-Fraktion ihren endgültigen (?) Kandidaten für das Amt des Umweltsenators in der Stadt gekürt. Jürgen Starnick, parteiloser Chemiker, soll die Professoren-Riege in der Landesregierung verstärken.

Fraglos ist der im sächsischen Zwickau Geborene ein geschickter Taktiker, was er während seiner Zeit als Präsident der Technischen Universität Berlin hinlänglich unter Beweis stellen konnte. Dort allerdings hat er am Ende übertaktiert; es half auch nicht mehr die Unterstützung seiner Präsidenten-Kollegen im Bundesgebiet, die ihn, als die Wiederwahl an der TU anstand, demonstrativ zum Vizepräsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz wählten: An die Spitze der TU kam ein anderer.

Politisch, auch wissenschaftspolitisch, ist der achtundvierzigjährige großgewachsene und charmante Freizeitsegler bisher außerhalb Berlins kaum in Erscheinung getreten. Was der erfahrene Debattierer unzähliger Redeschlachten, der innerhalb seiner Amtszeit mit dazu beitrug, die Berliner Hochschulen aus den negativen Schlagzeilen herauszubringen, als Leiter eines Landesministeriums bewirken kann, muß abgewartet werden. Insofern wird ein unbeschriebenes Blatt präsentiert. Immerhin, administrative Erfahrung hat Starnick.

Was allerdings vorauszusehen ist, ist die Hypothek, die Starnick in die Verantwortung mitträgt: Daß er nicht die erste, nicht einmal die zweite Wahl der ihn präsentierenden FDP ist, hat diese in den vergangenen Tagen mit der öffentlichen Diskussion über die Vetter-Nachfolge klargemacht. Skeptiker antworten sich selbst auf die Frage, warum ihn die FDP als Nachfolge-Kandidaten für den zurückgetretenen Senator Vetter ausgewählt hat, daß er offenbar derjenige war, der willig und bereit war. Andererseits aber: einen schlechten



Mühe mit der Neubesetzung: Designierter Vetter-Nachfolger Starnick FOTO: DPA

Namen hat Starnick ja wirklich nicht; er hat es kaum verdient, als Nummer drei (oder wieviel auch immer) zu gelten, er hat vielmehr verdient, daß man ihm erst einmal eine Chance im neuen Amt gibt.

Das Ansehen Berlins, das durch die offensichtlich enge Verfilzung von Politikern und Halbwelt ohnehin schon bei vielen Mitbürgern einen gewissen Beigeschmack erhalten hat – den die Stadt selbst wahrhaftig nicht verdient hat –, ist von der in Regierungsverantwortung stehenden FDP zusätzlich beschädigt worden. Dennoch darf aus dem parteiinternen Hickhack und der zunächst vergeblichen öffentlichen Stellenausschreibung durch die Freidemokraten keinesfalls die Botschaft abgeleitet werden, daß niemand mehr nach Berlin gehe, jedenfalls keine politische Potenz. Berlin ist nicht nur eine Reise wert; mehr als ein politischer Kopf hat dort auf lange Zeit Station gemacht. Eher drängt sich die Frage auf, ob die kleine Partei nicht mehr Posten zu besetzen hat, als sie so ohne weiteres ihr geneigte Köpfe findet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie meint zu Raus Festlegung, sich nicht von den Grünen wählen zu lassen:

Der Fall, den Rau immer wieder beschwört, daß die SPD die absolute Mehrheit erringt, ist unwahrscheinlich ... Woraus sich die Frage ergibt: Wählt, wer Rau seine Stimme gibt, nicht in Wahrheit Willy Brandt? Denn nur er käme wohl für eine solche Rochade in Betracht.

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt kommentiert Kohls Auftritt:

Kohl kann in der Sicherheitspolitik auch Fragen von hoher Sensibilität freimütig ansprechen, weil er die Gewißheit haben darf, daß ihm die amerikanische Administration breites Vertrauen entgegenbringt. Um so mehr Gewicht besitzt der Umstand, daß Kohl sich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eben nicht scheut – was ihm seine politischen Gegner unentwegt vorwerfen –, auch kritische Worte an die amerikanischen Verbündeten zu richten, wenn ihm dies notwendig erscheint. Das hat der Kanzler jetzt mit der gebotenen Fairneß und Delikatesse getan, indem er seinen Abrüstungsappell gleichermaßen an Rußland und Amerika richtete.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt bewertet die Nachwahl von Fulham:

Ob dies wirklich eine Testwahl gegen Frau Thatcher war, als die jene nun natürlich von Labour gewertet wird, kann man bezweifeln. Die Konservativen haben den Wahlkreis nie als sichere Bastion angesehen, er war schließlich, bis 1979, fest in Labours Hand. Die Gelassenheit, mit der führende Tories ihre Niederlage hinnehmen, ist deshalb nicht vorgetäuscht. Anders hingegen sieht die Stimmung bei der Allianz von Liberalen und Sozialdemokraten aus. Ihr scheinbar unaufhaltsamer Vormarsch ist fürs erste gebannt.

The Daily Telegraph

Zur Rückkehr Benazir Bhuttos nach Pakistan heißt es in der Londoner Zeitung:

Benazir Bhutto hofft offensichtlich, daß sie die politischen Temperaturen so anheizen kann, daß der pakistanische Präsident General Zia früher oder später nachgeben und freie Wahlen zulassen wird. Sie ist überzeugt, daß sie dann echte Siegeschancen hat ... Benazir Bhutto hat gestern ein volkstümliches politisches Programm vorgelegt. Zia mag darauf ansetzen, daß sie selbst kaum mehr als Neugierde verursacht und daß ihre Kampagne verpuffen wird. Die Tochter des hingerichteten ehemaligen pakistanischen Regierungschefs hat Sendungsbewußtsein. Sie ist jedoch unerfahren und hat sich in der pakistanischen Volkspartei Feinde gemacht.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung schreibt zu dem Synagogen-Besuch von Johannes Paul II:

Der Weg zwischen dem Petersplatz und dem einstigen jüdischen Getto von Rom ist zu Fuß in zwanzig Minuten zurückzulegen. Es bedurfte zwanzig Jahrhunderte, damit ein Stellvertreter Christi sich dorthin begibt ... Ohne die nicht nur bürgerliche, sondern auch religiöse Befriedung zwischen Juden und Christen, welche die Vereinigten Staaten zu schaffen verstanden, wäre die Begegnung zwischen Karol Wojtyla und Elio Toaff unvorstellbar geblieben.

Berlin: Jetzt doch Kontrollen für bestimmte Einreisende

Angesichts der Gefahren für alliierte Soldaten denken die Stadtkommandanten um / Von Dieter Dose

„Mit sofortiger Wirkung sind die Westberliner Behörden ersucht worden, Personen aus den Westsektoren zu entfernen, die als Bedrohung für die Berliner Bevölkerung erkannt worden sind." So lautet eine kurze und eindeutige Anweisung der drei westalliierten Stadtkommandanten in einem sogenannten „Berlin Kommandantura Letter" (BKL) an Senat und Polizei. Nach in Berlin gültigem Besatzungsrecht sind die Alliierten die höchste Autorität.

Der Anlaß zu dieser außergewöhnlichen Maßnahme ist der Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle" mit zwei Toten und mehr als zweihundert Verletzten. Ein Attentat, das nach Auffassung und Erkenntnissen der Amerikaner auf das Konto libyscher Terroristen kommt und gegen die Amerikaner in Berlin gerichtet war, auch wenn die Ermittlungsbehörde, der Staatsschutz, von „keinen konkreten Hinweisen auf libysche Täter" spricht.

Das Blutbad im „La Belle" war nicht der erste, wenn auch der schwerste Terroranschlag in Berlin. Der dringende Verdacht, daß Terroristen früher wie jetzt die auf Westseite offene Grenze zwischen beiden Teilen zum Kommen und zum Verschwinden nach der Tat nutzten, zwang die Westmächte zu handeln.

Freilich widersprechen Kontrollmaßnahmen an den Grenzen der alliierten Auffassung von der in „Groß-Berlin" herrschenden Freizügigkeit des Personenverkehrs. Diese ist im Viermächte-Status verankert, auch wenn sich die östliche Seite nicht daran hält. Deshalb wird in der Mitteilung der Kommandanten ausdrücklich betont, daß es sich um Maßnahmen „außerordentlicher und provisorischer Art" handelt, die nicht den „Grundsatz der Freizügigkeit innerhalb Berlins" beeinträchtigen sollen.

Die Westalliierten drohten schon 1950 einem Bezirksbürgermeister mit Verhaftung, weil der im Alleingang für sechs Stunden die Grenze zwischen seinem Bezirk (Kreuzberg) und Ost-Berlin sperrte, und sie bremsten sofort Innensenator Heinrich Lummer, als der 1981 angesichts des unkontrollierten Asylantenstroms Grenzkontrollen auch nur in Erwägung zog. Nun aber hat die Sachlage sich geändert. Es geht jetzt um die Sicherheit der Stadt und der Soldaten, die ihre Freiheit garantieren. Über die Details schweigen sich Alliierte und Senat aus, „aus Gründen der Effektivität".

Die Praxis der nächsten Tage wird den Umfang der Sicherheitsvorkehrungen, die bei der Bevölkerung auf volles Verständnis stoßen, erkennen lassen. An den Grenzübergängen, besonders für Ausländer, sind die Kontrollen verstärkt worden. Verdächtige Fahrzeuge oder Personen werden gestoppt und kontrolliert. Das vermutete generelle Einreiseverbot für libysche Diplomaten des im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg, nicht weit vom Ministerium für Staatssicherheit entfernt, angesiedelten „Libyschen Volksbüros" bestätigt die Kommandantur nicht. Offensichtlich fand diese Absicht der Amerikaner keine Zustimmung der Franzosen. Mehrfach allerdings wurden in den letzten Tagen Fahrzeuge mit libyschen Diplomaten – leicht auszumachen durch das Kennzeichen „CD-68" – nach Passieren des Grenzübergangs Checkpoint Charlie bei ihrer Fahrt durch West-Berlin von Polizeifahrzeugen begleitet.

Kontrollen der Grenzübergänge sind das geringste Problem. Komplizierter sind sie auf den zwei S-Bahnlinien und der U-Bahnlinie, die zwischen Ost- und West-Berlin verkehren. Ein Schlupfloch fast rund um die Uhr: Etwa 540 Züge der beiden Nahverkehrsmittel fahren täglich vom in Ost-Berlin gelegenen Bahnhof Friedrichstraße in den Westteil. 49 Bahnhöfe in West-Berlin bieten zwielichtigen Elementen die Chance zum Untertauchen.

Hier ist eine perfekte Kontrolle kaum möglich und auch nicht beabsichtigt. Gezielte Fahndung nach Verdächtigen soll zu dem Katalog der Maßnahmen zählen, zu denen die Alliierten die Westberliner Polizei als ausführendes Organ angewiesen haben.

Der behutsame Umgang mit den zur Sicherheit Berlins unerläßlichen Vorkehrungen hat aber auch noch einen anderen Grund. Von Honecker sind in Verbindung mit seinem „Bedauern" und der Verurteilung des Anschlags auf die Diskothek die möglichen Personenkontrollen schon „begrüßt" worden, noch ehe sie überhaupt beschlossen waren. So viel Spontaneität macht mißtrauisch. Denn der östlichen Drei-Staaten-Theorie und der These von der selbständigen Einheit Berlin (West) würde es ins Konzept passen, wenn auf Westberliner Seite Kontrollen die Sektorengrenze zur „Staatsgrenze" klassifizieren.

Das wird jedoch nicht geschehen. Die „DDR" aber könnte einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus leisten, wenn sie den Zustrom von Asylbewerbern (in diesem Jahr schon rund siebentausend) und erst recht von Verdächtigen nach West-Berlin unterbindet. Ihr Kontrollsystem ist schließlich sonst an Perfektion nicht zu überbieten.

Wahlkampf mit Kurt Waldheim: „Oh, du mein Österreich"

Kein Tag ohne neue „Enthüllungen", kein Tag ohne Angriffe, kein Tag ohne Zeitungsartikel über seine Vergangenheit. Wie wirkt dieses Trommelfeuer in der österreichischen Provinz? Hat es den Kandidaten Kurt Waldheim mürbe gemacht?

Von CARL G. STRÖHM

Auf dem Hauptplatz des steierischen Städtchens Schladming stehen an diesem kalten Winterabend die Menschen dichtgedrängt, um jenen Mann zu sehen und zu hören, der jetzt nicht nur in Österreich für Schlagzeilen sorgt: den von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) – dem Gegenstück zur deutschen CDU - unterstützten Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim.

Hier, im „inneren Österreich", bei den einfachen Bürgern und Bauern schlägt dem ehemaligen UNO-Generalsekretär, der als „Nazi" und dann auch noch als „Kriegsverbrecher" bezichtigt wird, eine Welle der Sympathie und des Mitgefühls entgegen. Ob in Schladming oder Aussee, ob im salzburgischen Sankt Johann und Saalfelden, ob im oberösterreichischen Industriestädtchen Vöcklabruck – die Menschen strömen in Scharen herbei.

Die Trachtenkapellen intonieren den „Radetzky-Marsch" oder „Oh, Du mein Österreich". An der Seite seiner Frau, die einen Blumenstrauß in der Hand hält – ein Präsent örtlicher Wahlhelfer und Sympathisanten – hört Waldheim, leicht fröstelnd und barhäuptig im Schneegestöber, die Begrüßungsreden der Landes- und Gemeindepolitiker an.

Da sind die Altersgenossen Waldheims, die wie er zur „Frontgeneration" gehören. Voller Zorn wendet sich der Landtagspräsident der Steiermark, Wegart, gegen jene „Lausbuben", die gemeinsam mit Waldheim alle Soldaten der Wehrmacht zu Verbrechern stempeln wollten. „Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir ordentliche und saubere Soldaten gewesen sind", ruft er unter dem Beifall der Menge – und dann fügt er hinzu, man verbitte sich die Einmischung aus dem Ausland, vor allem von jenen Leuten, die „1938 keinen Finger gerührt haben, als Österreich von der Landkarte verschwand".

Auch der Kandidat spricht von der Vergangenheit

Auch Waldheim spricht von der Vergangenheit – und hier am Fuße der Alpen erscheint der ehemalige UNO-Generalsekretär dem bisher eher der Ruf der Unverbindlichkeit und des „aalglatten Diplomaten" vorauseilte, in einem anderen Licht. Unter dem schweren Beschuß der letzten Wochen mögen angelernte Formen und Floskeln von ihm abgefallen sein – und mit einem Male kommt eine Gestalt ans Tageslicht, die sehr menschlich wirkt: Jemand, der überzeugt ist, daß ihm schweres Unrecht zugefügt wurde und wird. Auch jemand, der sich als zäher Bursche, als Kämpfer entpuppt, der hart im Nehmen ist.

„Wir machen jetzt tatsächlich einiges durch", sagt er ins Mikrofon, um dann festzustellen: „Wir haben nicht erwartet, daß es zu einer so gehässigen Wahlkampagne kommt. Meine Frau fragt mich jetzt öfter: Haben wir das nötig gehabt?" Aber, so fügt er hinzu: Er sei entschlossen, das durchzustehen. „Was habe ich verbrochen?" fragt er seine Zuhörer – um dann selber die Antwort zu geben: „Ich habe nichts anderes getan als Hunderttausende von Österreichern meiner Generation im Zweiten Weltkrieg: *nämlich als anständiger Soldat* zu dienen. Ich tat dies nicht für das verhaßte Regime, sondern für unsere Heimat."

Waldheim erzählt dann von jenem jungen deutschen Soldaten, der ihn nach seiner Verwundung 14 Tage auf einem Schlitten durch den russischen Winter geschleppt und ihm damit das Leben gerettet habe. Das sei die Kameradschaft und Pflichterfüllung, von der er, Waldheim, immer gesprochen habe.

„Jetzt will man eine ganze Generation in die Nähe von Kriegsverbrechern rücken – als ob auf der einen Seite nur die Guten und auf der anderen nur die Bösen waren." Wenn von den Opfern und Leiden der Partisanen gesprochen werde, so habe er dafür volles Verständnis und Mitgefühl. Aber, so fügt Waldheim hinzu, man müsse auch von den deutschen und österreichischen Soldaten sprechen, die in diesem Krieg ebenso gelitten hätten. Bei den grauenhaften Kriegsereignissen seien auch deutsche und österreichische Soldaten zu Tausenden und Hunderttausenden gefallen.



Ein nicht geplantes Plakat

FOTOS: LOTHAR KUCHARZ

Gerade weil er das alles miterleben mußte, habe er als Generalsekretär der UNO nur für Frieden, Versöhnung und internationale Zusammenarbeit gearbeitet – „um unseren Kindern zu ersparen, das erleben zu müssen, was wir erlebt haben". Vierzig Jahre lang, so fährt der Redner dann fort, habe niemand gesagt, „der Waldheim sei ein schlechter Kerl". „Vierzig Jahre war ich diesem Land gut genug. Alles war in bester Ordnung. Die Welt hat mich anerkannt. Was ist also der Grund, daß man jetzt plötzlich findet, daß dies alles nicht stimmt?"

Waldheim gibt auch hier seine Antwort: „Es ist ausschließlich deshalb, weil ich mich jetzt um das Amt des Bundespräsidenten in Österreich bewerbe." Die Kampagne gegen ihn sei in Österreich gestartet worden. Ein Vertreter des jüdischen Weltkongresses – man kenne seinen Namen – habe das gegen ihn hier gesammelte Material in Wien abgeholt und in New York sei dies dann den amerikanischen Zeitungen zugespielt worden.



In der Provinz eine Welle der Sympathie für den Kandidaten Waldheim

Waldheim fährt fort: „Man wollte den Kandidaten des bürgerlichen Lagers ruinieren, indem man ihn einerseits zum Nazi macht und andererseits vom Ausland her Klage erhebt, daß er ein Kriegsverbrecher im Zweiten Weltkrieg war." Aber, er habe nichts Böses getan. Er habe nur das Schicksal von Hunderttausenden seiner Landsleute im Zweiten Weltkrieg geteilt. Darauf aber sei er stolz.

Solche Worte können in diesem inneren Österreich auf Beifall rechnen – nicht weil hier der „österreichische Faschismus grassiert" (wie flotte linke Schreiber mit ebenso viel Nachdruck wie Unkenntnis behaupten), sondern weil bei diesen Menschen in den Bergen gewisse Wertvorstellungen noch – oder wieder – lebendig sind, die anderswo längst verloren gingen.

Konservative, westliche Demokratie-Vorstellungen

Wenn Waldheim dann sein politisches Programm präsentiert, wenn er von der Notwendigkeit spricht, die Leistung und nicht die Gesinnung (das „Parteibüchl") in den Vordergrund zu stellen, wenn er an die traditionellen Werte von „Anständigkeit, Bescheidenheit und Christentum" appelliert, dann von „Zusammenstehen" und von der Öffnung Österreichs nach Europa, von der notwendigen „Kooperation mit unseren europäischen Brüdern und Schwestern" spricht – dann stellt sich bei manchen Zuhörern die Frage: Ist der ganze Nazi-Rummel um diesen Mann (dessen Vater übrigens ein engagierter Hitler-Gegner war) nicht etwa nur *ein Vorwand, um sich mit seinem* eigentlichen Programm nicht auseinandersetzen zu müssen?

Hier auf den Plätzen stellt sich heraus, daß dieser Waldheim, dem man in seiner UNO-Zeit eine gewisse politische Profillosigkeit nachsagte und sogar antiwestliche Haltung vorwarf, in diesem Wahlkampf konservative, ausgesprochen westlich-demokratische Wertvorstellungen vertritt.

Vor allem aber: Waldheim macht kein Geheimnis daraus, daß er im Falle seiner Wahl ein „aktiver" Präsident sein und alle seine verfassungsmäßigen Möglichkeiten (die in Österreich weit über die Kompetenzen des deutschen Bundespräsidenten hinausgehen) ausschöpfen wolle, bis in die Bereiche der Tagespolitik hinein.

Ein solcher Bundespräsident, der plötzlich anfängt, sich etwa um konkrete Probleme der Jugendarbeitslosigkeit zu kümmern und der bereits jetzt sagt, er wolle auch an der Tagespolitik Anteil nehmen und nicht nur als „Staatsnotar" und als Repräsentationsfigur fungieren – ein Mann überdies, der die Österreicher an mögliche schwierige, ja gefährliche Zeiten in der nahen Zukunft erinnert: Der könnte den Parteien, besonders jenen, die zur Zeit an der Regierung sind, höchst unbequem werden.

Abends in einem Gasthof der Ramsau – einer steierischen Berggegend hoch am Fuße des Dachstein, wo sich eine größtenteils evangelische Bevölkerung über Jahrhunderte der Verfolgung gehalten hat – sitzt Waldheim mit den Bergbauern zusammen, bei denen seine Frau 1945 Zuflucht fand und wo er nach dem Zusammenbruch die erste Bleibe gefunden hat. Die alte Hebamme, die inmitten der Wirren des Kriegsendes auf einem einsamen Bergbauernhof die erste Waldheim-Tochter auf die Welt brachte, sitzt neben dem Politiker und dessen dezent-eleganter Frau zu Tisch. Und plötzlich ist da diese alpenländische Demokratie, die es nur in solchen Breiten geben kann: die Selbstverständlichkeit, mit der hier der „Weltmann" Waldheim den einfachen Bauern begegnet.

Da ist keine Distanz mehr, aber auch keine künstliche Verbrüderung. Das sind Menschen, die einander über Jahrzehnte kennen und offenbar mögen. „Wir waren damals alle arme Teufel", sagt Waldheim und wendet sich dann zu seinem deutschen Besucher mit der Bemerkung, die Amerikaner verstünden eben nicht den Unterschied zwischen Wehrmacht und SS, zwischen Soldaten und der Nazi-Partei. „Diese amerikanischen Filme mit ihrer anti-deutschen Tendenz habe ich in New York schon nicht mehr sehen können", sagt Waldheim. Dabei habe er den Amerikanern immer wieder gesagt – auch als der Fall Bitburg diskutiert wurde – daß die Deutschen die zuverlässigsten und vielleicht sogar einzigen wirklichen Bundesgenossen Amerikas seien.

Zum Schluß klingt Enttäuschung aus den Worten Waldheims, weil – wie er sagt – kein einziger Politiker der Bundesrepublik in dem Konflikt um seine Person Stellung bezogen habe. „Dabei können doch die Deutschen kein Interesse daran haben, daß sie als ein Volk von Verbrechern dargestellt werden."

Eine Gratwanderung mit dem Kreuz auf den Schulterstücken

Ihre Aufgabe ist es, die Soldaten seelsorgerisch zu betreuen; doch immer häufiger sind sie auch Berater in weltlichen Fragen. Kritische Töne aus Teilen der evangelischen Kirche über die Bundeswehr machen ihnen die Arbeit nicht leicht. Heute treffen sich die evangelischen Militärseelsorger zu ihrer Jahrestagung in Bad Hersfeld.

Von CLEMENS RANGE

Die Stimmung ist gelöst, es wird geflachst. Im Kreise der 14 Soldaten, die im Unteroffiziersheim der Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne im hessischen Neustadt sitzen, befindet sich der Militärpfarrer *Klaus-Dieter Stephan (33). Als er das* Thema des Lebenskunde-Unterrichts nennt, verstummt die Runde für einen Augenblick, um wenig später lebhaft darüber zu diskutieren. Es geht um Trauungen in Uniform.

Der Fall eines Bremer Pfarrers, der sich geweigert hatte eine kirchliche Trauung vorzunehmen, weil der Bräutigam dabei seine Ausgeh-Uniform tragen wollte, bewegt die Gemüter der Soldaten. „Wo sind wir denn, daß der Pfarrer darüber bestimmt, was ich zur Trauung tragen darf und was nicht", fragt Hauptfeldwebel Schlund. „Wenn jemand in Jeans sich trauen lassen will, regt sich der Pfarrer auch nicht auf. Nur bei der Uniform sieht er rot."

„Wer in Uniform heiratet, muß Mut haben"

Seine Kameraden nicken, Worte von Tyrannei, Aussätzigen und Berührungsängsten fallen. „Wer heute in Uniform heiratet muß Mut haben", meint Hauptfeldwebel Merita. Ein junger Unteroffizier bekennt, daß er diesen nicht hätte. Schon um dem Ärger aus dem Wege zu gehen und seiner Frau die schöne Feier nicht zu verderben würde er Zivil tragen.

Die älteren Feldwebel sind teils entrüstet, teils quittieren sie diese Äußerungen mit resigniertem Achselzucken. Einige der jüngeren Kameraden scheinen zu dösen, beteiligen sich nicht an der Diskussion. Dann stellt ein 22jähriger Unteroffizier fest: „Der Dienstanzug ist für mich ein Schmuckstück. Deshalb werde ich auch Flagge zeigen. Und im übrigen ist mir die Anschaffung eines dunklen Anzuges zu teuer." Allgemeine Zustimmung.

Die Vorbehalte vieler Pfarrer gegen alles Militärische begründet Pfarrer *Stephan damit, daß für manchen* „friedensromantisch veranlagten" Amtsbruder die Uniform ein Sinnbild des Bösen ist und er dieser deshalb nicht Gottes Segen geben dürfe. Doch der Militärpfarrer klärt auf: „Pfarrer, die aus diesem Grunde Trauungen in Uniform ablehnen, überschreiten ihre Machtbefugnisse und verlassen den Konsens der evangelischen Kirche."

Zufriedenheit macht sich auf den Gesichtern der Soldaten bemerkbar; gespannt hören sie dem Militärpfarrer zu. Klaus-Dieter Stephan fährt fort und sagt, „auf den Herrn kann sich dabei nicht berufen werden. Denn dieser hatte gegenüber Soldaten keine Berührungsängste." Als Beispiel erzählt er die Begegnung Jesus mit dem römischen Hauptmann von Kapernaum. Diese Geschichte beeindruckt die Unteroffiziere und man hat das Gefühl, daß sie seelisch gestärkt den Unterricht verlassen.

Diskussionen dieser Art, das Ringen um Glaubensfragen, das Werben um Verständnis füreinander und das Aufzeigen von ethischen und moralischen Werten gehören zu der täglichen Arbeit des Militärpfarrers Stephan. Der 33jährige Theologe, der das Recht in Anspruch nahm, vom Wehrdienst befreit zu werden und sich 1980 aus kirchenpolitischen Gründen für die Militärseelsorge entschied, ist einer von 145 hauptamtlichen evangelischen *Militärpfarrern, die die etwa* 230 000 Bundeswehrsoldaten ihrer Glaubensgemeinschaft betreuen.

Diese Theologen, die nur im Gelände einen oliv-farbenen Schutzanzug mit einem Kreuz auf den Schulterstücken tragen, befinden sich stets auf einer Gratwanderung zwischen Kirche und Staat. Nicht nur die lebenskundlichen Unterrichte, Soldatenrüstzeiten, Feldgottesdienste, Besuche in Sanitätsrevieren und seelsorgerische Betreuung von Soldaten verlangen ihnen eine hohe Belastungsfähigkeit ab, sondern auch die zunehmende Intoleranz einiger Berufskollegen.

So kommt es durchaus vor, daß Pfarrer, die sich für den meist sechs Jahre dauernden Dienst in der Militärseelsorge entschieden haben, „erfahren müssen, daß einige Amtsbrüder ihnen plötzlich nicht mehr die Hand reichen", berichtet Militärdekan Winfried Sixt.

Eine immer wichtiger werdende Aufgabe der Militärpfarrer – von denen jeder sich um etwa 1500 evangelische Christen zu kümmern hat – ist es, der durch die Friedensdiskussion ausgelösten Polarisierung zwischen kirchlichen Kreisen und Bundeswehr entgegenzuwirken. „Eine bestimmte politische Position glashart darzustellen, *ist die geringere Kunst*", sagt Militärbischof Heinz Georg Binder. Die Kirche versuche vielmehr, „Brücken zu bauen und Türen offenzuhalten".

Um Vorurteile abzubauen, hält der Militärbischof es für sinnvoll, wenn mehr Militärpfarrer als bisher Wehrdienst geleistet hätten. Nur knapp zehn Prozent von ihnen haben gedient. Einen „evangelischen und theologischen Grund für die Befreiung angehender Theologen" vom Waffendienst gebe es nämlich nicht.

Militärpfarrer sind Teil der Truppe geworden

Vorfälle wie jener in Bremen indes, richten nach Ansicht von Militärgeneraldekan Reinhard Gramm einen „Flurschaden" in der Kirche an und zögen meist eine Fülle von Beschwerden bis hin zu Kirchenaustritten nach sich. Umso bemerkenswerter scheint dann, daß die Mitgliedschaft der Soldaten in der Kirche „stabiler" ist als beim Durchschnitt der Bevölkerung. Der Grund dafür dürfte vermutlich sein, daß die Militärpfarrer in „kritischer Solidarität" neben vielen Soldaten stehen. Vielerorts sind Pfarrer längst Teil der Truppe geworden.

Dies beweisen auch die Erfahrungen des Pfarrers Stephan. „Wenn ein Militärpfarrer als vertrauenswürdig gilt, wird er als Seelsorger stärker als der Gemeindepfarrer genutzt." Die überwiegenden Probleme junger Wehrpflichtiger liegen in der Trennungsbelastung. „Die Soldaten haben eine panische Angst, daß die Wehrdienstzeit die Beziehung zur Freundin gefährdet." Breiten Raum *nehmen die Hilfen für Kriegsdienst*verweigerungs-Anträge ein.

„Die fehlende Souveränität und zunehmende Gefühlskälte vieler Vorgesetzter", so Stephan, hat seelsorgerische Konsequenzen. Inzwischen gilt der Militärpfarrer bei den Soldaten häufig als Gewährsmann für die Fürsorge. Versetzungsgesuche oder Dienstbefreiungswünsche werden immer weniger den Offizieren vorgetragen als dem Pfarrer.

„Darüber bin ich sehr unglücklich", klagt Stephan, denn die Aufgabe der Fürsorge obliegt den Unteroffizieren und Offizieren. Doch als er in lebenskundlichen Unterrichten dieses Thema besprechen wollte, „stieß ich auf ziemliche Ablehnung. Der berufliche Alltag ist vor allem für viele jüngere Offiziere Ernstfall genug", sagt er.



Gottesdienst im Feld: Der Militärseelsorger kommt zu den Soldaten

FOTO: THOMAS PFLAUM



Gegner der geplanten zehn Kilometer langen Teststrecke sehen das Projekt nach dem jüngsten Urteil bereits als gestorben an. Die zentrale Rechtsfage, ob Enteignungen zugunsten privater Großprojekte überhaupt zulässig sind, ist aber noch nicht entschieden. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird im Sommer gerechnet FOTO: AP

Jetzt muß Karlsruhe entscheiden, ob Daimler bei Boxberg Autos testen darf

Großprojekt im Main-Tauber-Kreis von Verwaltungsgerichtshof Mannheim gestoppt

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Ende Februar waren auf dem Gelände der geplanten Daimler-Benz-Teststrecke im nordwürttembergischen Boxberg die ersten 38 Hektar Wald abgeholzt. Jetzt geht – vorerst – nichts mehr. Auf Antrag von 53 Grundeigentümern hat der 7. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim (VGH) die vom zuständigen Flurbereinigungsamt ausgesprochene „vorläufige Besitzzuweisung" ihres Bodens an den Stuttgarter Automobilkonzern aufgehoben. Über den Fortgang der Enteignungsverfahren und damit auch das Schicksal des gesamten 300-Millionen-Mark-Projektes entscheidet nun das Bundesverfassungsgericht. „Dann", so hofft Horst Oellers, Geschäftsführer der die Kläger vertretenden „Bundschuh"-Genossenschaft, „ist die Teststrecke gestorben."

Dieser Optimismus ist natürlich verfrüht. Die zentrale Rechtsfrage, ob und inwieweit Zwangsenteignungen zugunsten privater Großprojekte überhaupt zulässig sind, wenn dem Bauherrn weder durch Gesetz noch aufgrund einer Ermächtigung die Erfüllung einer „Gemeinwohlaufgabe" zugewiesen wurde, ist von den Mannheimer Verwaltungsrichtern ausdrücklich offengelassen worden. Ihnen ging es nur darum, den „verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechtsschutz" derer zu wahren, die sich der Enteignung ihrer Grundstücke und damit dem amtlichen Flurbereinigungsverfahren widersetzen. Zwar hatte das Bundesverwaltungsgericht Berlin die Klage von neun Betroffenen im März 1985 im Blick auf die strukturpolitische Bedeutung des Teststrecken-Ovals abgewiesen. Sie kam jedoch alsbald beim Bundesverfassungsgericht zur Wiedervorlage. Die „chaotischen Verhältnisse", die entstehen würden, wenn im fortgeschrittenen Baustadium die Rechtsgrundlage der Enteignungen entfiele, wollten die VGH-Richter daher vermeiden. Ihr Beschluß ist unanfechtbar und rechtskräftig.

Der Streit um die von Daimler-Benz als „lebensnotwendig" angesehene Teststrecke geht zurück bis in die späten siebziger Jahre. Zwar konnte das Unternehmen später – bei einem Platzbedarf von 614 Hektar – im Main-Tauber-Kreis über 700 Hektar Bau- und Austauschfläche erwerben. Der „Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH", die mit der Abwicklung aller Grundstücksgeschäfte beauftragt war, gelang es jedoch nicht, das gesamte Gelände freizukaufen. Rund 200 Hektar innerhalb des 4,5 Kilometer langen und 1,5 Kilometer breiten Teststreckenareals befanden sich im Besitz von Mitgliedern der militanten „Bundschuh"-Genossenschaft.

Bei der Planung der Teststrecke hatte der Bauherr in Abstimmung mit dem Land die Eingriffe in Landschaft und Natur auf das „geringstmögliche Maß" beschränkt. So sollen von den 614 Hektar, die das Prüfgelände umfassen wird, am Ende aller Baumaßnahmen immer noch 444 Hektar Grün- und Waldfläche bestehen bleiben. Die Hälfte davon könnte sogar weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Doch das vermochte den harten Kern des Widerstands, die „Bundschuh"-Bauern, ebensowenig zu beeindrucken wie die Aussicht, daß die Teststrecke dem strukturschwachen Frankenland 900 neue Arbeitsplätze und ein von Daimler-Benz finanziertes Berufsbildungszentrum bescheren würde. So war der Baubeginn vor Ort von Demonstrationen und massiven Ausschreitungen begleitet.

Seit einiger Zeit herrscht jedoch wieder Ruhe im Madonnenländchen. Selbst die standhaftesten Belagerer haben ihre Zelte abgebrochen. „Warum sollen wir im Wald herumsitzen", sagt „Bundschuh"-Geschäftsführer Oellers heute, „wir haben doch viel bessere Waffen."

Wer kommt auf Platz 2: Streibl oder Tandler?

PETER SCHMALZ, München

Problematischer als erwartet gestaltet sich für die CSU die Reihenfolge auf der oberbayerischen Landtagsliste. Waren in früheren Jahren die Spitzenplätze unumstritten, so stehen diesmal der Partei bis zur Listenaufstellung am 12. Mai erhebliche Meinungsverschiedenheiten bevor. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wo wird Fraktionschef und Generalsekretär Gerold Tandler plaziert – gleich nach Strauß auf Platz 2 oder erst einige Stellen weiter hinten?

Bislang war folgende Reihung üblich: Strauß als Ministerpräsident und Parteichef auf Platz 1, danach Finanzminister Max Streibl als oberbayerischer Bezirksvorsitzender, der 3. Platz blieb dem Münchner Bezirksverband reserviert. Einflußreichster Münchner ist unumstritten Tandler, der im „roten Münchner Norden" den Opfergang einer Direktkandidatur auf sich genommen hat.

Münchner Parteivorsitzender ist aber Erich Kiesl, der nach seinem Rathaus-Debakel in den Landtag zurückkehren will. Ihm steht damit der erste Münchner Listenplatz zu, der nach bisherigem Usus der dritte in Oberbayern ist. Was aber mit Tandler machen, der sich aus dieser Debatte völlig heraushält? Am Wochenende einigte sich der Münchner CSU-Vorstand auf die Forderung, Kiesl müsse gleich hinter Streibl stehen und Tandler dort, wo es seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender und Generalsekretär entspricht.

„Das aber kann eigentlich nur bedeuten, daß Tandler hinter Strauß auf Platz 2 steht und Streibl auf den 3. Platz kommt", erklärte der Münchner Landtagsabgeordnete Gustav Matschl gegenüber der WELT.

Streibl wird diesem Revirement kaum widerstandslos zustimmen. Denn darin könnte eine Vorentscheidung gesehen werden, wer nach Strauß Bayerns Ministerpräsident wird. Streibl hat sein Interesse an diesem Posten längst bekundet, Tandler dagegen hält sich noch bedeckt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Tulla" beweist es: Schwefel-Schadstoffe kommen zu 70 Prozent aus dem Ausland

WELT-Gespräch mit Innenminister Zimmermann / Großversuch in Baden-Württemberg

Von D. GURATZSCH

Die Bundesregierung sieht sich durch jüngste Forschungsergebnisse über den Ferntransport von Luftschadstoffen in ihrer Auffassung bestätigt, daß nationale Maßnahmen in der Umweltpolitik in ein international gleichgerichtetes Vorgehen eingebettet werden müssen. In einem Gespräch mit der WELT erklärte Bundesinnenminister Zimmermann (CSU): „Nationale Maßnahmen – und seien sie noch so ehrgeizig wie unser Luftreinhalteprogramm mit Investitionen von über 50 Milliarden Mark – können ein gemeinsames internationales Vorgehen nicht ersetzen."

Zimmermann nahm damit Bezug auf den soeben im Kernforschungszentrum Karlsruhe vorgelegten Zwischenbericht über das Großexperiment „Tulla" (Transport und Umwandlung von Luftschadstoffen im Lande Baden-Württemberg und aus Anrainerstaaten), an dem sich mehr als 20 Forschergruppen aus Europa und den USA beteiligen. Die ersten Forschungsergebnisse stellen die herrschende Meinung in Frage, daß etwa 50 Prozent der Luftschadstoffe in der Bundesrepublik „hausgemacht" seien.

Nach dem jetzt vorgelegten Zwischenbericht haben die Wissenschaftler am Beispiel Baden-Württembergs nachweisen können, daß in diesem vom Waldsterben schwer betroffenen Bundesland nur ganze 20 Prozent des in freier Natur deponierten Schwefels aus Emissionen des süddeutschen Raumes stammen. Weitere zehn Prozent kommen aus der übrigen Bundesrepublik, 65 bis 70 Prozent jedoch aus anderen Ländern – und zwar nicht nur aus dem unmittelbar angrenzenden Frankreich (30 Prozent!), sondern zum Erstaunen der Wissenschaftler sogar aus Ostblockstaaten: zehn Prozent aus der „DDR" und weitere zehn Prozent aus der Tschechoslowakei.

Tulla gilt unter Fachleuten weltweit als das erste großräumige Experiment, mit dem verläßliche Rechenmodelle über den Schadstofftransport auf Entfernungen bis zu 200 Kilometern vom Emittenten bereitgestellt werden können. Bisher gab es derartige Modelle nur für eine Entfernung von zehn Kilometern. Für den drei Millionen Mark teuren Großversuch sind modernste Geräte, wie acht Meßflugzeuge, ein Fesselballon, nicht weniger als 200 Ballonsonden, fünf bis zu 200 Meter hohe Gittermasten, radarverfolgte Tetroons (Ballons) sowie eine zentrale Datenbank eingesetzt worden. Beteiligt sind unter anderem die Forschungsstelle der EG-Kommission, zwei Landesanstalten für Umweltschutz, das Umweltbundesamt sowie Universitäten. Die Auswertung der Meßdaten wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Durch die neuen Erkenntnisse aus dem Tulla-Experiment sieht sich die Bundesregierung in der Auffassung bestärkt, daß nationale Alleingänge in der Umweltpolitik, wie sie in Teilen der Öffentlichkeit zum Beispiel für die Durchsetzung des Katalysator-Autos gefordert wurden, wenig sinnvoll sind. Bundesinnenminister Zimmermann zur WELT: „Was wir anstreben, das sind Vereinbarungen, wie sie auf der multilateralen Umweltkonferenz von München im Juni 1984 erzielt worden sind. Dort ist es mir gelungen, Ost und West an einen Tisch zu bringen und die wichtigen Nachbarländer der Bundesrepublik zu einer Verminderung ihrer Schwefeldioxidemissionen um mindestens 30 Prozent zu bewegen."



Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann FOTO: JUPP DARCHINGER

Die Bundesrepublik selbst, so Zimmermann, werde die hausgemachten Schwefeldioxidemissionen aus Industrieanlagen von 2,6 Millionen Tonnen im Jahre 1982 auf 0,8 Millionen Tonnen 1993 senken. Dies werde erreicht durch die Kombinationswirkung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung der kürzlich in Kraft getretenen Novelle der TA Luft, die jetzt zu greifen beginne.

Zimmermann unterstrich, daß er sich nicht von seiner Absicht abbringen lassen werde, ähnliche Erfolge auch bei anderen Schadstoffen zu erreichen: „Nach dem Schwefeldioxid gilt unsere Initiative zu einer Neubelebung der internationalen Zusammenarbeit jetzt vordringlich den Stickoxiden." Zur Abstimmung eines gemeinsamen Vorgehens der Bundesrepublik mit Österreich und der Schweiz habe sich der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, deshalb bereits Anfang März mit den Umweltministern beider Länder in der Schweiz getroffen.

Neben dem Schwefeldioxid, das zu 90 Prozent aus Kraftwerks- und Industrieabgasen stammt, wird den Stickoxiden und ihren Umwandlungsprodukten, darunter Ozon, heute von der Waldschadensforschung eine immer gewichtigere Rolle bei der Auslösung des Waldsterbens zugewiesen. Stickoxide stammen zu 45 Prozent aus Autoabgasen und zu 51 Prozent aus Kraftwerken und Industrie. Nach den europaweiten Vereinbarungen über das schadstoffarme Auto fehlen bis heute Vereinbarungen über die industriellen Stickoxidemissionen.

Noch in diesem Jahr sollen nach der gemeinsamen Erklärung der drei deutschsprachigen Nachbarländer konkrete Verhandlungen über ein europaweites Protokoll zur Verringerung der Stickoxidemissionen aufgenommen werden. Für sich selbst strebt Bonn eine Drittelung der Emissionen an: Auf Grund der Kombinationswirkung von Großfeuerungsanlagen-Verordnung und TA Luft sollen die industriellen Stickoxidemissionen von 1,3 Millionen Tonnen im Jahre 1982 auf unter 0,5 Millionen Jahrestonnen Anfang der 90er Jahre gesenkt werden.

20 Milliarden pro Jahr für die Umwelt

dg. München/Wiesbaden

Die Spitzenstellung Bayerns im Umweltschutz hat der Staatssekretär im bayerischen Umweltministerium, Max Fischer, unterstrichen. Obwohl Bayern lediglich mit 17 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik beteiligt sei, werde beinahe jede dritte Mark, die im Bundesgebiet in den Umweltschutz investiert werde, in Bayern aufgebracht.

Allein 1984 habe die bayerische Wirtschaft mehr als eine Milliarde Mark in Umweltschutzvorhaben gesteckt. Dies seien etwa 400 Millionen Mark mehr als 1983. Damit erreiche Bayern einen Anteil von 29 Prozent der im gesamten Bundesgebiet getätigten, nach Paragraph 7 d des Einkommensteuergesetzes begünstigten Umweltschutzinvestitionen.

Wie das Statistische Bundesamt dazu auf Anfrage der WELT ergänzend mitteilte, sind die größten nach Paragraph 7 d des Einkommensteuergesetzes steuerbegünstigten Investitionen für Umweltschutz 1984 für Wirtschaftsbetriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung angemeldet worden, und zwar in einem Volumen von 2,3 Milliarden Mark. An zweiter Stelle folgten Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung mit 590 Millionen, Holz-, Papier- und Druckgewerbe mit 120 Millionen sowie Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung mit 99 Millionen Mark. Fast am Ende der gesamten Skala der Wirtschaftszweige rangierten Land- und Forstwirtschaft, Gewerbliche Gärtnerei, Tierhaltung, Fischerei und Fischzucht mit zusammen lediglich drei Millionen Mark.

Insgesamt, so der bayerische Staatssekretär Fischer, werden auf dem Umweltschutzsektor in der Bundesrepublik inzwischen nach Schätzungen des Ifo-Instituts bereits rund 20 Milliarden Mark jährlich umgesetzt. Für den Arbeitsmarkt habe das einen gewaltigen Schub gebracht. Gegenüber 280 000 Arbeitsplätzen 1975 seien 1984 bereits 400 000 Arbeitsplätze im Umweltschutzsektor gezählt worden. Nutznießer seien in erster Linie mittelständische Unternehmen, da auf dem Umweltschutzmarkt vor allem „einzelfallbezogene, sozusagen maßgeschneiderte Anlagen und Verfahrenstechnologien" gefragt seien.

Als wichtige Angebotsbereiche nannte der bayerische Politiker Abwasser- und Luftreinhaltetechnik, Meß- und Regeltechnik sowie die Abfallwirtschaft. Weitere Märkte würden sich alsbald auch im Bereich von Energieversorgung und -nutzung, Wärmedämmung, Ausbau der Fernwärme sowie Solartechnik öffnen.

Nach den Worten Fischers zeigt sich die Expansion auf diesem Sektor schon daran, daß allein auf Grund der neuen Umweltinitiativen der Bundesregierung und der bayerischen Landesregierung in der Bundesrepublik in den nächsten acht Jahren weitere rund dreißig Milliarden Mark in Umweltschutztechnologien investiert werden müßten.

Im Erfolgserlebnis, nicht im Verneinen sieht die CSU die Aufgabe der Politik

Fachkongreß setzt Leitlinien für die Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Partei

PETER SCHMALZ, München

Eine Politik, die nicht über den Tellerrand der nächsten Wahl hinausblickt, verdient diesen Namen nicht. Getreu dieser von Franz Josef Strauß oft geäußerten Meinung rief die CSU am Wochenende zu einem Fachkongreß mit dem Motto „Mit Mut und Verantwortung die Zukunft gestalten", der nach den Worten von Tagungsleiter Alois Glück – der als Abgeordneter dem umweltpolitischen Landtagsausschuß vorsitzt – „neue Fortschrittziele formuliere und damit schöpferische Kräfte freisetzen" soll.

Grundsatzreferat Waigels

In einem beachtenswerten Grundsatzreferat, das weite Verbreitung auch außerhalb der Partei verdient, rief CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel zu konstruktivem Optimismus auf. Er forderte, Politik dürfe sich „nicht in Jammern, Warnen und Verneinen erschöpfen, sondern sie muß den Menschen eine realistische Zukunft erschließen und ihnen nicht zuletzt auch positive Erfolgserlebnisse vermitteln".

Waigels Zielvorgabe spielte sich anschließend im Ergebnis der vier mit Wissenschaftlern, Unternehmern, Gewerkschaftlern, Theologen und Politikern hochrangig besetzten Podien wider. Als Basis diente das einhellige Bekenntnis zur gegenwärtigen Gesellschaft, zu der es keine Alternative gebe. Leider aber, so der evangelische Kirchenrat Paul Rieger, sei der demokratische Dialog über Sachverhalte abgelöst von Gesinnungsproklamationen.

Wenig überraschendes brachte die Frage nach „Maßstäben für den Umgang mit der Natur", die Antwort kann man in einem Satz zusammenfassen: Eingriffe in die Natur so weit wie möglich vermeiden, doch wo sie unumgänglich sind, vertretbare Ersatzmaßnahmen ergreifen.

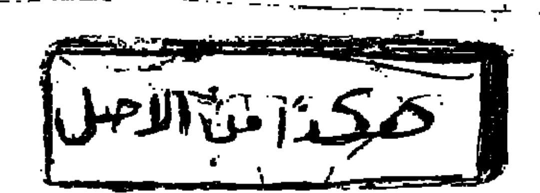
Grundsätzlich keinen Widerspruch sah der Kongreß zwischen Ökonomie und Ökologie. „Umweltschutz kann nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft einhergehen", war die einstimmig unterstützte Meinung des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Holger Bonus (Münster). Allerdings, so Bayern Bundesratsminister Peter Schmidhuber, leiste die Wirtschaft nicht immer freiwillig das ökologisch Wünschenswerte, der Staat müsse deshalb Normen setzen. Dies aber solle mit mehr Gelassenheit geschehen, forderten Wissenschaftler und Wirtschaftler unisono; die Politik setze sich hierbei oft zu hektisch unter Handlungszwang, rügte Prof. Wolfgang Levi von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung.

Grundsätzlich positiv klang der Ausblick: Der technische Fortschritt werde nach den bisherigen Erfahrungen kein Jobkiller sein, formulierte der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, neue Technologien hätten in der deutschen Wirtschaft nicht zum Abbau sondern zur Sicherung von Arbeitsplätzen geführt. Allerdings fordere dieser Fortschritt ein ständig steigendes Wissen, denn bis zur Jahrhundertwende werden nach Expertenschätzungen drei Millionen einfache Arbeitsplätze wegfallen, während der Akademikerbedarf von derzeit 8,5 auf 15 Prozent steigt.

Das Kongreßergebnis, das im Juni dem CSU-Parteitag vorgelegt wird, faßte Tagungsleiter Glück abschließend in sieben Leitsätzen zusammen, die voraussichtlich Richtschnur werden für die CSU-Arbeit über das Jahr 2000 hinaus. Darunter sind Feststellungen wie jene, der technische Fortschritte habe nur dann eine Zukunft, wenn die ökologischen Probleme gelöst werden, und ein hoher Lebensstandard und eine gesunde Umwelt seien vereinbar.

Auf Tugenden besinnen

Darunter aber auch Forderungen: Den Maßstäben für den Umgang mit der Umwelt müsse mehr Gewicht gegeben werden und Methoden und Mentalität der Wegwerfgesellschaft müßten überwunden werden zu Gunsten der konservativen Tugend des Sparens und des Haushaltens. Womit sich Glück selbst das Stichwort gab für die Feststellung, die CSU sei eben eine konservative Fortschrittspartei.



Kohl fordert gemeinsame Sicherheitspolitik der EG

Lubbers: Den Diamanten Europa neu schleifen / EVP-Kongreß

HELMUT HETZEL, Den Haag

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Wochenende auf dem 6. Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) in Den Haag eine gemeinsame Sicherheitspolitik der EG-Staaten gefordert und die Solidarität zum Bündnispartner USA bekräftigt.

Unter Anspielung auf den amerikanisch-libyschen Konflikt sagte Kohl: „Wir müssen die Heimsuchungen der jüngsten Zeit gemeinsam lösen." Von Europa werde erwartet, daß es „aktiv auf weltpolitische Entwicklungen Einfluß nehme." Eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik im Rahmen des Atlantischen Bündnisses sei daher ein Gebot der Stunde. Dies heiße aber nicht, daß man zu Moskau und Washington den gleichen Abstand halten könne oder daß „Frieden und Freiheit zum Nulltarif" zu haben seien.

Nachhaltig unterstützte Kohl eine vom Kongreß verabschiedete Resolution zu den Menschenrechten. Er nannte es „schäbig", nur dann lautstark zu protestieren, wenn Menschenrechte von kleineren Staaten verletzt würden, aber „feige", darüber zu schweigen, wenn so etwas in Afghanistan geschehe, nur weil dort eine Weltmacht beteiligt sei. „Wir sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind."

Gewalt eindämmen

Zur Brüsseler Agrarpolitik sagte der Kanzler, die Bauern seien nicht daran schuld, daß sie durch eine falsche Politik über viele Jahre hindurch in die Überproduktion getrieben worden seien. Die christlichen Demokraten wünschten keine Landschaft der bäuerlichen Großbetriebe.

In die gleiche Kerbe wie Kohl schlug auch der niederländische Gastgeber, der christdemokratische Haager Regierungschef Ruud Lubbers. Er rief dazu auf, aus der Kraft der „europäischen Spiritualität" heraus Maßnahmen einzuleiten, die die international agierende Gewalt deutlich in die Schranken weisen könne.

Insgesamt müßten sich die Europäer den Herausforderungen stellen und den „Diamanten Europa immer wieder neu zuschleifen". Dies gelte für alle Probleme unserer Zeit.

Besonders besorgt über die derzeitige Entwicklung im Mittelmeer zeigte sich Italiens Vizepremier Arnaldo Forlani. Er warnte davor, daß es „terroristischen Kreisen" gelingen könnte, das internationale Gleichgewicht anzutasten. Europa habe in der jetzigen angespannten Situation daher eine „besondere Verantwortung" und müsse neue Schritte zu einer Einigung in Freiheit unternehmen.

Wirbel um Waldheim

Verwirung und Dementis löste eine auf dem Kongreß von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auf *Briefköpfen* der *EVP* vervielfältigte Presseerklärung aus. Darin war von einer „sozialistischen Lasterkampagne" gegen den Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim die Rede. „Wir haben nichts mit dieser Erklärung zu tun", distanzierte sich daraufhin EVP-Präsident Piet Bukman von diesem Schreiben. Die EVP habe in „der Sache Waldheim" keinen Standpunkt bezogen. Der EVP gehören alle christdemokratischen Parteien der EG, nicht aber die ÖVP, an.

Der drei Tage dauernde Parteitag hatte sich außer mit der Situation der Menschenrechte und geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus auch mit der Harmonisierung der europäischen Medienpolitik befaßt.

Gleichzeitig wurde in Den Haag bekannt, daß sich auf Antrag Italiens und Spaniens heute die EG-Außenminister in einer Sondersitzung zu der Frage des internationalen Terrorismus im allgemeinen und der durch den amerikanisch-libyschen Konflikt im Mittelmeer angespannten Lage im besonderen treffen werden. Dabei sollen mögliche europäische Maßnahmen in dieser Frage erörtert werden.

Sowjetisches Scheingefecht um die Inspektion

cvb. Brüssel

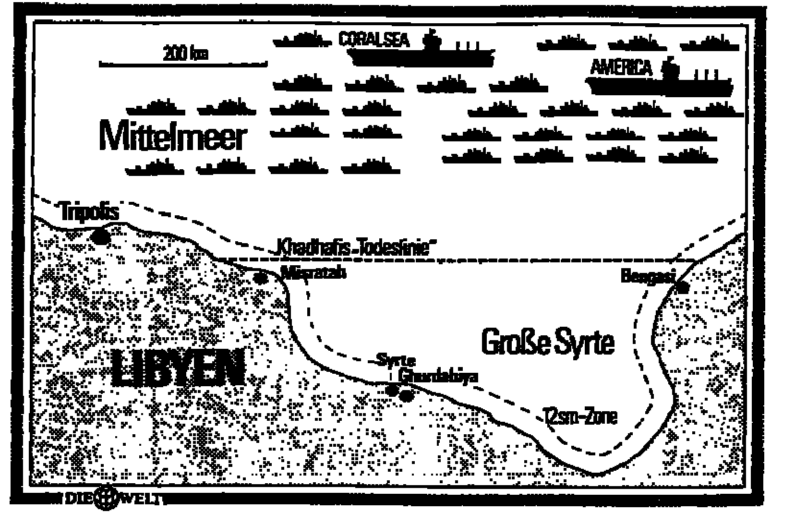
Die USA haben auf der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf einen modifizierten Vertragstext vorgelegt, der sicherstellen soll, dass sowjetische Inspektionsteams auch private amerikanische Chemiekonzerne auf der Suche nach verbotener Produktion von chemischen Waffen untersuchen dürfen. Mit der Änderung des Artikel X des amerikanischen Vertragsentwurfs für ein weltweites C-Waffen-Verbot kamen die USA sowjetischen Beschwerden entgegen, daß nach dem ursprünglichen Entwurf nur Produktionsstätten unter „Regierungskontrolle" Gegenstand von Inspektionen sein sollten.

Wie von amerikanischer Seite verlautete, hat die Sowjetunion trotz der Ankündigung von Parteichef Gorbatschow, „Kontrollen vor Ort" bei der Verifikation eines Vertrages über das C-Waffen-Verbot *zuzulassen*, bisher nur eingeräumt, daß solche Inspektionen auf „freiwilliger Basis" stattfinden dürften.

Gegen den ursprünglichen US-Vertragsentwurf hatte die Sowjetunion heftig polemisiert, weil er keine Inspektionen privater amerikanischer Chemiefirmen vorsah. Nach amerikanischem Recht müssen jedoch Unternehmen, die im Auftrag der Regierung Waffen und Kampfstoffe erzeugen, dies vor dem Kongress offenlegen. Insofern handelte es sich nach Darstellung politischer Beobachter um von den Sowjets entfachte Scheingefechte.

Der neue Artikel X ersetzt den Begriff „Regierungskontrolle" durch einen Text, der klarlegt, dass sich alle Staaten der Inspektion vor Ort sowohl im staatlichen als auch privatem Bereich unterziehen müssen. Die USA verlangen ferner, dass jeder Staat auf Verlangen einer Untersuchung seiner Produktionsanlagen, die für die Herstellung chemischer Waffen geeignet seien könnten, vorbehaltslos zustimmt. In der NATO wurden jedoch Zweifel daran geäussert, ob Moskau derart weitgehende Bestimmungen annehmen werde.

US-Flottenverband rückt auf Libyen vor / Der Weltsicherheitsrat befaßt sich mit der Krise



Bonn rät zur Mäßigung

DW./vcb. Bonn/Tripolis

Im Schatten der drohenden Libyenkrise fliegt Bundesaußenminister Genscher heute zu Gesprächen mit US-Präsident Reagan und US-Außenminister Shultz nach Washington. Er nimmt zuvor an der Sondersitzung der EG-Außenminister in Den Haag teil, wo angesichts der jüngsten Terroranschläge und der drohenden militärischen Vergeltungsaktion der USA gegen Libyen eine gemeinsame Position verabredet werden soll.

Genscher will die Vereinigten Staaten davon überzeugen, daß militärische Aktionen gegen Libyen nicht die richtige Antwort auf den internationalen Terrorismus sind; statt dessen will er für diplomatische und politische Schritte werben. In einem Interview der heutigen Ausgabe der „Bild"-Zeitung sagte der Außenminister, die Lage im Mittelmeer sei zwar ernst, doch bestehe nicht die Gefahr eines Krieges zwischen den USA und Libyen. Genscher setzte sich für eine stärkere internationale polizeiliche Zusammenarbeit ein und sprach sich in dem Interview gegen Wirtschaftssanktionen gegen Libyen aus. Bonner Regierungskreise verweisen darauf, daß die Verantwortung Libyens für den Bombenanschlag in Berlin nach wie vor nicht bewiesen sei.

Die Vereinten Nationen haben am Wochenende neue Beratungen über die Situation vor der libyschen Küste aufgenommen. Malta hat einen Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem der Sicherheitsrat aufgerufen wird, auf alle betroffenen Seiten einzuwirken, damit Waffengewalt verhindert werde. Die UNO debattiert heute weiter über die Krise um Libyen.

Der jetzt in Richtung auf Libyen vorrückende amerikanische Flottenverband setzt sich aus zwei Trägerkampfgruppen zusammen, die aus dem Flugzeugträgern „America" mit 90 Flugzeugen und dem Flugzeugträger „Coral Sea" mit 65 Flugzeugen bestehen. Zu den Kampfgruppen gehören 16 größere Einheiten, darunter die Lenkwaffenkreuzer „Ticonderoga", „Dale" und „Biddle". Von informierter westlicher Seite verlautete, daß die Sowjetunion im Mittelmeer operierenden Atom-U-Boote weit ab vom Ort eines möglichen Schlagabtausches ins östliche Mittelmeer beordert hat. Die Sowjetunion signalisiere so ihre Absicht, so wird spekuliert, sich militärisch aus einen Konflikt heraushalten zu wollen.

Die libysche Regierung gab gestern bekannt, sie habe ihre Truppen von Stützpunkten zurückgezogen, die Ziel amerikanischer Angriffe werden könnten. Statt dessen habe sie diese Stützpunkte ausländischen Unternehmen übergeben, damit sie Reparaturen ausführen und diese als Quartiere benutzen können. Weiter hieß es, ausländische Beschäftigte – die meisten sind US-Bürger – würden gezwungen, sich auf wichtigen Erdölfeldern in der Wüste aufzuhalten, die möglicherweise ebenfalls von den US-Streitkräften angegriffen würden.

Weltweit hat Khadhafi die Terror-Hand im Spiel

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Über den libyschen Revolutionsführer Khadhafi sind, wie so oft bei unberechenbaren Diktatoren, viel Bücher geschrieben worden, seriöse und wohlwollende, bezahlte Lobpreisungen und wissenschaftliche Arbeiten. Ein jüngeres Werk heißt „Khadhafi - Enfant terrible der Weltpolitik". Es gehört zu den freundlichen, europäischen Büchern.

Das „Enfant terrible" geht aus den seriöseren Arbeiten hervor, zum Beispiel einer Doktorarbeit an der Universität Nanterre im Jahre 1984, geschrieben unter Anleitung der bekannten Kommunismus-Expertin Annie Kriegel. Die Autorin, Dominique Prieur, hatte Zugang zu den Archiven westlicher Geheimdienste.

Diese Dienste wissen einiges über Khadhafi. Unter anderem dank des geflohenen Planungsministers Omar Maheisy, der dem Westen enthüllte, daß auch die Waffen zur Ermordung des US-Botschafters in Khartum und zur Geiselnahme der arabischen Ölminister 1975 in Wien durch libysche Kuriere mit Diplomatenpässen an die Tatorte gelangten.

Die ägyptische Zeitung „Al Ahram" zog im Januar 1981 eine Zwischenbilanz der Khadhafi-Killer im In- und Ausland: 91 oppositionelle Offiziere, 6000 Zivilisten und 16 Emigranten waren ermordet worden.

Zum Terror ausgebildet

In seinem letzten Interview vor seiner Ermordung erklärte der ägyptische Präsident Sadat, Khadhafi plane mit ausländischen Experten aus dem Ostblock Operationen des terroristischen Krieges in der ganzen westlichen Welt. Sadat: „Sie benutzen modernste Techniken. Das ganze Material wird vor Ort in Libyen hergestellt. Ich weiß zum Beispiel genau, wo der Terrorist Carlos in Tripolis wohnt."

Nach übereinstimmenden und verschiedentlich veröffentlichten Aussagen westlicher Sicherheitsexperten werden in insgesamt 21 libyschen Lagern Terroristen aller bekannten Untergrundorganisationen ausgebildet: Iren, Basken, Japaner, Mittel- und Südamerikaner, Palästinenser, Angehörige der RAF und der „Actione Directe", italienische Rotbrigadisten, äthiopische Marxisten, Linksextremisten aus Thailand, der Türkei. Die Liste ließe sich fortsetzen. Insgesamt 7000 sollen es sein. Die Grundausbildung dauere sechs Monate. Tripolis investiere jährlich rund 100 Millionen Dollar in die Produktion des Terrors. 15 Lager sind genau lokalisiert.

Seit dem Sturz der libyschen Monarchie im Jahre 1969 war Khadhafi direkt oder indirekt an Putschversuchen in Ägypten, Sudan, Niger, Oman, Mali, Somalia, Tschad, Tunesien, auf den Philippinen, in Thailand, Marokko, Ghana, Mauretanien beteiligt.

Waffen statt Medizin

Eine Dokumentation der in Bonn herausgegebenen „Sicherheitspolitischen Nachrichten" mit dem Titel „Libyen: Terrorismus als Mittel der Außenpolitik" vom 24. März gibt außer einer Chronologie libyscher Terror-Aktionen eine ganze Reihe von Ländern in aller Welt an, in denen Khadhafi Verbindungen zu Untergrundbewegungen hält, meist durch finanzielle Unterstützung oder durch Ausbildung einzelner Gruppen in libyschen Lagern.

In einem Brief an die WELT vom 26. April 1983 schreibt das Bonner „Volksbüro der sozialistischen libyschen arabischen Volksjamahiria" unter anderem als Antwort auf mehrere Artikel: „Die Jamahiria, die 1982 von mehr als 60 Staaten und 200 Befreiungsorganisationen der Welt als eine internationale Festigung zur Bekämpfung von Kolonialismus, Zionismus, Faschismus und Reaktion ausgewählt wurde, steht voll zu ihrer Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die die Massenmedien – Gegner der Emanzipation der Völker – als terroristische Bewegungen bezeichnen."

Die Artikel, die das Volksbüro zu diesem Schreiben veranlaßt hatten, befaßten sich mit der Konfiszierung einer Luftfracht in Brasilien, die die Libyer als Medikamente für Nicaragua ausgegeben hatten, in deren Kisten aber wohlverpackt neue sowjetische Waffen lagen.

Auch bei der zehnten KVAE-Runde wird um die Verifikation gerungen

Der Osten plädiert für restriktive Handhabe / Der Westen will substantielle Verbesserungen

G. MEHNER, Kopenhagen

Mit gedämpftem Optimismus gehen die Delegierten auf der Stockholmer „Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (KVAE) morgen in die zehnte Verhandlungsrunde. Bislang kann sie kaum mit substantiellen Verhandlungsresultaten aufwarten. Dabei ist klar, daß der Wert eines Abkommens über vertrauensbildende Maßnahmen vor allem dadurch bestimmt wird, in welchem Ausmaß es gelingt, detaillierte, zweifelsfreie und überprüfbare Standards festzuschreiben.

Nach Abschluß der neunten Runde am 14. März konnten die Teilnehmernationen jedoch nur auf „erste vorläufig vereinbarte Texte" in den Notizbüchern der fünf neutralen Koordinatoren hinweisen. Selbst diese Formulierungen sind keine eigenständige Stockholmer Verhandlungsleistung, sondern lediglich Versatzstükke, teilweise aus dem Schlußdokument von Helsinki, teilweise aus dem Fundus des *KSZE-Folgetreffens* in *Madrid*.

Unter Zeitdruck

Gleichwohl erwartet der Osten eine „gewisse Dynamik" im weiteren Verhandlungsverlauf, weil die Konferenz unter Zeitdruck gerät. Ob diese diplomatische Dramaturgie allerdings aufgeht, ist fraglich. In Washington wie in NATO-Kreisen will man lieber gar kein Schlußdokument („kein Minipaket") als nur kosmetische Verbesserungen der schon in der Schlußakte von Helsinki erarbeiteten Maßnahmen über die Ankündigung und Beobachtung von Militärübungen und Truppenbewegungen.

Der Westen beharrt auf substantiellen Verbesserungen. Dazu gehören Informationen über militärische Truppenteile und über ihre Standorte. Übungen sollen schon von einer Untergrenze von 6000 bis 8000 Mann angekündigt werden.

„Ein bescheidener Anfang ist gemacht", wertet der Delegationsleiter der Bundesrepublik Deutschland, Botschafter Klaus Citron, die beginnende Redaktionsarbeit am Schlußdokument. Dies sei auch psychologisch wichtig. Ein paar der verabredeten Texte seien auch „etwas substantieller": etwa die Zusage, daß künftig zu allen militärischen Aktivitäten, die einander mitgeteilt werden, aus allen Teilnehmerstaaten Beobachter eingeladen würden. Aber auch dieser Schritt voran könne letztlich nur im Konzert mit den detaillierteren Einzelbestimmungen bewertet werden.

Bislang verhindert der Osten jedoch eine Einigung darüber, welche militärischen Aktivitäten überhaupt anzukündigen sind und wo die Schwellenwerte liegen, die solche Ankündigungen als obligatorisch vorschreiben werden. d

Im Interesse eines Verhandlungsfortschrittes hat sich der Westen bereit erklärt, das Prinzip des Gewaltverzichts als Gegenleistung für einen substantiellen Satz vertrauensbildender Maßnahmen noch einmal zu bekräftigen. Nach westlicher Lesart hat das Thema Gewaltverzicht entsprechend dem Mandat der Konferenz unter den Verhandlungsgegenständen eigentlich nichts zu suchen.

Andererseits macht der Westen bislang keinerlei Anstalten, auf die Wünsche Moskaus über die Behandlung unabhängiger Seemanöver einzugehen. Das Mandat der Stockholmer Konferenz beschränkt sich nach Ansicht westlicher Verhandlungskreise ausschließlich auf Aktivitäten von Landstreitkräften in Europa. Operationen von *Luft-* und Seestreitkräften werden nur dann mitberücksichtigt, wenn sie Teil von Landungsoperationen (Luftabwehr) sind.

Hoffnung der Deutschen

Für den amerikanischen Verhandlungsführer Robert L. Barry ist eine angemessene Verifikation, also Inspektionen vor Ort, der zentrale Angelpunkt einer Übereinkunft. Der Osten hat auf dieses Ansinnen bislang sehr restriktiv mit einem „nahezu Nein" reagiert.

Die Sowjets werfen den Amerikanern vor, sie versuchten Spionage zu legalisieren. Der Westen sieht hier keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates und verweist auf die vertrauensbildende Funktion von Inspektionen vor Ort.

Die Bundesrepublik hoffe sehr, so Citron, daß es ein Schlußdokument geben wird. Gerade die beiden deutschen Staaten in der Mitte Europas an der Nahtstelle zwischen Ost und West, hätten ein besonderes Interesse daran, daß die Konferenz ein Ergebnis bringt, auf das in der nächsten Phase aufgebaut werden kann.

Wider den christlich-jüdischen Dialog

Von S. BEN-CHORIN

Der Oberrabbiner von Israel, Abraham Schapiro, erklärte kürzlich im Zusammenhang mit dem Papstbesuch in der Synagoge in Rom, daß er zwar jede Geste begrüße, die den traditionellen Antisemitismus der katholischen Kirche abbaue, aber keinerlei Raum für einen christlich-jüdischen Dialog sehe.

In einer offiziellen Verlautbarung des Oberrabbinates heißt es: „Das Rabbinat in Israel sieht keine Möglichkeit für einen Dialog in Fragen des Glaubens, wie es beim Propheten Micha (4,5) heißt: ‚Ein jedes Volk wandelt im Namen seines Gottes, aber wir wandeln im Namen des HERRN, unseres Gottes, immer und ewiglich!'" So begrüßte auch Staatspräsident Salman Schasar Papst Paul VI. in Megiddo im Januar 1964.

In der Ablehnung des christlich-jüdischen Dialogs folgt Oberrabbiner Abraham Schapiro seinem Vorgänger Schlomo Goren, der mir einmal wörtlich erklärte: „Die Christen sollen uns nicht missionieren, und wir missionieren die Christen nicht. Wir leben nicht mehr im Mittelalter, wo uns Disputationen aufgezwungen waren. In Fragen der heiligen Stätten ist unser Außenministerium zuständig – und weiter haben wir nichts miteinander zu reden."

Bedenkt man, daß die katholische Kirche bereits vor mehr als 20 jahren Jahren durch den Beschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils „Nostra aetate" das Verhältnis zum Judentum neu gefaßt hat, so wird die Verständnislosigkeit des israelischen Oberrabbinates besonders schmerzlich empfunden.

In der Verlautbarung des Konzils wurden „gemeinsame biblische und theologische Studien und das brüderliche Gespräch" zwischen Juden und Christen empfohlen. Es stellt eine Diskreditierung dieser Bemühungen dar, wenn das Oberrabbinat in Jerusalem eine derartig abweisende Erklärung publiziert.

Aber auch die Stelle aus dem Propheten Micha muß neu durchdacht werden. Er lebte um 700 vor der Zeitrechnung, war ein jüngerer Zeitgenosse des Jesaja. In dieser Zeit hatten alle Nachbarländer Judäas ihre Nationalgötter. Das Christentum bekennt sich zum selben Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs wie das Judentum, nur ist für das Christentum dieser gemeinsame Gott zugleich der Vater Jesu Christi.

Diese Glaubensvorstellung konnte das Judentum niemals nachvollziehen. Zu betonen wäre aber, daß wir in verschiedener Glaubensweise uns zu demselben Gott bekennen und demselben Ziel zustreben. Dem sollten wir durch gemeinsame Werke des Friedens und der Gerechtigkeit dienen, und dies im Dialog bekräftigen.

Eine andere Frage ist die des Protokolls. Ob der römische Oberrabbiner Toaf die Anrede „Heiliger Vater" oder „Eure Heiligkeit" wählen wird, ist nicht ganz zu lösen. Bei dem Besuch des Papstes in der Bundesrepublik sah sich auch Bischof Lohse, Vorsitzender des Rates der EKD, vor eine ähnliche Frage gestellt. Er wählte den Ausweg: „Bruder in Christo", der für den Oberrabbiner aber nicht in Frage kommt.

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, hat ein Gutachten zum Paragraphen 116 AFG erstellt, das bei der Debatte im Bundesrat herangezogen und einer möglichen Klage gegen das Gesetz in Karlsruhe zugrundeliegen wird; es erscheint als Buch im Nomos-Verlag (Baden-Baden). Der Staatsrechtler Professor Rupert Scholz, Berliner Senator für Justiz und für Bundesangelegenheiten, untersucht das „Benda-Gutachten" in einem Exklusiv-Beitrag für die WELT. Seine Folgerungen sind vernichtend: „Um rechtswissenschaftliche und nicht politische Beweisführung bemüht sich Benda – mit viel Fleiß und materialmäßigem Aufwand – durchaus." Aber er verkenne beispielsweise, in welchem Maß die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes im Arbeitskampf durch die Koalitionsfreiheit beschränkt werde.

Der Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz FOTO: HANS HÖFT

Zu Bendas Gutachten: Bundesanstalt ist kein Ausfallbürge für Streiks

Von RUPERT SCHOLZ

Selten hat ein juristisches Gutachten oder – wohl genauer noch – das Auftreten eines prominenten Juristen als Gutachter soviel Aufsehen und soviel Streit ausgelöst wie das Gutachten, das der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Benda, für die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Neufassung des Paragraphen 116 AFG erstattet hat. Gut, daß dieses Gutachten nunmehr in gedruckter und damit allgemein zugänglicher Form vorliegt. So kann sich nicht nur die juristische Fachöffentlichkeit, sondern vor allem auch die politische Szene ihr Urteil über Gutachten und Gutachter selbst bilden.

Wer freilich die Erwartung hegte, Benda würde in diesem Gutachten selbst Antwort auf die Frage geben, was ihn, den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, veranlaßt hat, in die Arena einer so heftigen und ebenso emotional wie demagogisch geführten Auseinandersetzung zu treten – was ihn veranlaßte, sich von seinem so vorbildlich mahnenden Appell an ehemalige Bundesverfassungsrichter zur politischen wie verfassungsrechtlichen Zurückhaltung selbst zu distanzieren – der wird enttäuscht werden.

> *Der wirklichen arbeitskampfrechtlichen Bedeutung der Neuregelung im AFG weicht Benda letztlich oder eher aus. Hierin liegt allerdings auch eine erste, zentrale Schwäche seiner gutachtlichen Beweisführung.*

Enttäuscht wird freilich auch derjenige, der von Bendas Gutachten eine politisch besonders engagierte Stellungnahme zugunsten der gewerkschaftlichen Kritik an der gesetzlichen Neuregelung erhoffte. Benda vertritt keineswegs die These vom sogenannten „Streikparagraphen", der angeblich, wie von gewerkschaftlicher Seite so hektisch reklamiert, deren Streikfähigkeit und Existenz bedrohe. Der wirklichen arbeitskampfrechtlichen Bedeutung der Neuregelung im AFG weicht Benda letztlich oder eher aus. Hierin liegt allerdings auch eine erste, zentrale Schwäche seiner gutachtlichen Beweisführung.

Immerhin, um rechtswissenschaftliche und nicht politische Beweisführung bemüht sich Benda – mit viel Fleiß und materialmäßigem Aufwand – durchaus. Daß indessen juristisch abgewogene Nüchternheit auch für ihn Grenzen besitzt, offenbart sich nicht nur in den Passagen, in denen Benda sich mit seinen Kritikern – durchaus robust (oder den früheren Politiker in sich selbst wiederentdeckend?) – auseinandersetzt, sondern auch dort, wo er zum Beispiel – unter Berufung auf eine im hiesigen Zusammenhang völlig neben der Sache liegende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – die Frage aufwirft, ob das Gesetz nicht schon deshalb verfassungswidrig ist, weil es „die wahren Absichten des Gesetzgebers verschleiere".

Obwohl Benda selbst dem Gesetzgeber das (im übrigen selbstverständliche) Recht einräumt, arbeitskampfrechtliche Fragen und Probleme sowohl hinsichtlich einzelner Arbeitskampfmittel wie hinsichtlich deren Auswirkungen für staatliche Neutralität und arbeitskampfrechtliche Parität zu regeln, unterstellt Benda plötzlich, daß es dem Gesetzgeber in Wahrheit um ganz andere Ziele gegangen sei – mit der Konsequenz der angeblichen, tatsächlich jedoch unbegründbaren Verfassungswidrigkeit.

Bendas Grund- und Ausgangsthese ist die, daß der Anspruch des Arbeitnehmers auf Arbeitslosen- und Kurzarbeitsgeld unter dem Schutz der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie stehe und daher auch im Falle arbeitskampfbedingter Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit prinzipiell nicht eingeschränkt werden dürfe. Der verfassungsrechtlichen Zuordnung dieser Ansprüche zum verfassungsgeschützten Eigentum wird man grundsätzlich zustimmen können, selbst wenn gerade für das Kurzarbeitsgeld durchaus auch entgegengesetzte Positionen vertreten werden. Indessen, selbst wenn man der Argumentation Bendas folgt, erweist sich seine weitere Beweisführung doch als nicht schlüssig, wobei schon die Ausgangfeststellung unrichtig ist, derzufolge durch die gesetzliche Neuregelung die rechtliche Position der sozialversicherten Arbeitnehmer angeblich in gravierender Form verschlechtert werde – eine Verschlechterung, die Benda dann als unvereinbar mit der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie deklariert.

Jedoch, schon die gesetzliche Entwicklung des heutigen Paragraphen 116 AFG, seine Vorgeschichte, die Entwicklung zu seinem Vorläufer, dem früheren Paragraphen 84 AVAVG, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Sozialkonsens zum früheren Paragraphen 116 AFG, der ebenso bestehende Sozialkonsens zwischen den Sozialpartnern zur (konkretisierenden, freilich prozedural angreifbaren) Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit werden von Benda nicht hinreichend gesehen und bewertet. Zu schmalspurig sucht er von Anfang an den Beweis zu führen, daß die frühere Rechtslage für die Arbeitnehmer günstiger als die neue Rechtslage sei.

Indessen, gegenüber dem ursprünglichen Paragraphen 84 AVAVG bestehen eindeutige Verbesserungen, gegenüber dem früheren Paragraphen 116 AFG ergeben sich für die betroffenen Arbeitnehmer ebenfalls Verbesserungen, weil der damalige Tatbestand eine derart weite Generalklausel enthielt, daß für viele Tatbestandsgruppen von vornherein nicht klar war, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen im Arbeitskampf entsprechende Zahlungen an Arbeitnehmer erfolgen dürfen oder nicht beansprucht werden können. Jetzt wie früher ist klar, daß am Arbeitskampf beteiligte Arbeitnehmer keine Leistungsansprüche haben; das gleiche galt und gilt für mittelbar betroffene Arbeitnehmer, die innerhalb des räumlichen und fachlichen Geltungsbereichs eines umkämpften Tarifvertrages beschäftigt sind. Ebenso klar war und ist, daß mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des fachlichen Geltungsbereichs des umkämpften Tarifvertrages Anspruch auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit haben.

Streitig ist nur ein einziger Fall: nämlich der, ob mittelbar betroffene Arbeitnehmer Zahlungsansprüche haben, die zwar innerhalb des fachlichen, aber außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des umkämpften Tarifvertrages beheimatet sind. Schon dieser Hinweis zeigt, daß der Gesamtstreit bei weitem nicht die rechtlichen und politischen Dimensionen besitzt, die ihm von interessierter Seite zugesprochen wurden. Zugleich wird deutlich, daß die von Benda behauptete Verschlechterung der Arbeitnehmer-Rechte in Wahrheit nicht gegeben ist.

Des weiteren und erschwerend kommt das große Mißverständnis hinzu, das Benda hinsichtlich des Verhältnisses von verfassungsrechtlicher Eigentumsgarantie und verfassungsrechtlicher Koalitionsgarantie und ihrer Gewährleistung von Tarifautonomie und Arbeitskampffreiheit unterläuft: Der Arbeitskampf ist rechtlich frei, aber – und dies ist selbstverständlich – er ist damit auch für die arbeitnehmerischen wie arbeitgeberischen Freiheitsträger risikobehaftet. Denn erst zwischen Freiheit und Risiko erwächst wirkliche, verfassungsgewollte Verantwortung für den sozialen Frieden und die soziale Gerechtigkeit. Deshalb beschränkt die Verfassungsgarantie der Koalitionsfreiheit die Verfasungsgarantie des Eigentums: Soweit Arbeitnehmer (oder auch Arbeitgeber) im Arbeitskampf eine Risikogemeinschaft bilden, soweit tritt die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie zurück, soweit läßt sich aus ihr kein gleichsam auffangendes Netz staatlicher Risikovorsorge knüpfen.

Das Interesse der Gewerkschaften an möglichst unbeschränkten Zahlungspflichten der Bundesanstalt für Arbeit ist sicher verständlich. Denn nachdem man das für die eigene Streikkasse ebenso schonende wie tarifpolitisch erfolgreiche Instrumentarium von Schwerpunktstreik, sogenannte „Minimax-Methode" und „Stellvertreter-Streik" entdeckt hat, ergeben sich in der Tat für eine Gewerkschaft, die bestimmte tarifpolitische Ziele in einem begrenzten (Schwerpunkt-)Gebiet durchzusetzen sucht, beste Chancen, das dort erreichte Ziel später auch in anderen Tarifgebieten durchzusetzen, in denen nicht gestreikt wurde, in denen es wegen der betriebswirtschaftlichen Verbundenheit entsprechender Branchen (zum Beispiel der Autoindustrie) aber wegen jenes Schwerpunktstreiks zu größeren Betriebsstillegungen oder Arbeitslosigkeiten gekommen ist.

Würde in solchen Fällen die Bundesanstalt für Arbeit gleichsam als Ausfallbürge für jene Arbeitslosen oder Kurzarbeiter eintreten, so würde sich das Streikrisiko der kämpfenden Gewerkschaft ebenso minimieren, wie sich ihre Erfolgschancen nicht nur im Kampfgebiet, sondern auch den benachbarten Tarifgebieten maximieren würden. Mit anderen Worten: Hier hat sich im Zuge neuerer gewerkschaftlicher Kampfstrategien ein eindeutiges Übergewicht der gewerkschaftlichen Kampfmittel ergeben, das die verfassungsrechtlich gebotene Kampfparität beider Seiten in Frage stellen kann.

Benda weicht dieser letzteren Frage freilich im wesentlichen aus. Er setzt sich nicht mit diesen gewerkschaftlichen Kampfstrategien im einzelnen auseinander, sondern beschränkt sich in – entsprechend schmalspuriger Betrachtung – allein auf die Frage, ob jene Arbeitnehmer in ihren (eigentumsrechtlichen) Positionen beeinträchtigt worden sind. Obwohl Benda an anderer Stelle durchaus davon spricht, daß bei entsprechender Beeinträchtigung der Kampfparität gesetzgeberische Maßnahmen zulässig, gegebenenfalls auch erforderlich sein könnten, meint er, daß letzteres im hiesigen Zusammenhang keine zentrale Rolle spiele. Benda will – dies werden die Gewerkschaften ungern hören – sogar das Verbot einzelner Kampfmittel zur Diskussion stellen; ob er allerdings den Stellvertreter-Streik oder den Schwerpunkt-Streik beziehungsweise die Minimax-Strategie als solche wirklich für verbotsfähig erklären will, bleibt ungesagt. Dies wohl mit Recht; denn das Verbot einzelner Kampfmittel wird in aller Regel vor der Verfassung keinen Bestand haben. Insoweit garantiert das Grundrecht der Koalitionsfreiheit Gewerkschaften wie Arbeitgebern umfassende Freiheit auch in den einzelnen Arbeitskampfmitteln.

> *Streitig ist nur ein einziger Fall: nämlich der, ob mittelbar betroffene Arbeitnehmer Zahlungsansprüche haben, die zwar innerhalb des fachlichen, aber außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des umkämpften Tarifvertrages beheimatet sind.*

Weiß man jedoch hierum, so muß man auch die nötige Schlußfolgerung ziehen: Wenn sich Ungleichgewichtigkeiten bei einzelnen Kampfmitteln wegen mittelbarer Nutzung staatlicher Leistungen, hier der Bundesanstalt für Arbeit, einstellen, dann ist der Staat aus Gründen der koalitionsrechtlichen Kampfparität wie der staatlichen Neutralitätspflicht gehalten, entsprechende Vorkehrungen zu treffen; er ist dies auch deshalb, weil allein derart begrenzte Maßnahmen vor der den Arbeitskampf umfassend schützenden Verfassungsgarantie der Koalitionsfreiheit verhältnismäßig sind. Alles dies sieht Benda jedoch nicht oder diskutiert er nicht mit der notwendigen Präzision.

Nach dem früheren Recht erhielten die Arbeitnehmer jener umstrittenen Gruppe keine Zahlungen, wenn die Gewerkschaften für sie „nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für die am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben" hatten. Nach dem neuen Recht sollen Zahlungen ausgeschlossen werden, wenn Forderungen erhoben werden, „die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist, ohne mit ihr übereinstimmen zu müssen". Selbst wenn sich schon um das alte Recht erheblicher Auslegungsstreit entzündete, von einer wirklichen (oder gar gravierenden) Verschlechterung der Position der Arbeitnehmer kann beim besten Willen keine Rede sein. Im Gegenteil, gerade durch die Eingrenzung der zu vergleichenden Forderungen auf die „Hauptforderung" wird deutlich, daß in aller Regel ein sehr viel kleinerer Kreis von Arbeitnehmern von Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit ausgeschlossen sein wird als dies nach dem alten Recht der Fall war.

Daß umgekehrt nach dem alten Recht nicht nur „annähernde Gleichheit", sondern volle Forderungsgleichheit vorgeschrieben war, ändert hieran nichts. Denn maßgebend ist und bleibt eine wirtschaftliche Betrachtungsweise, die auf die entsprechende Substanz der tarifpolitischen Forderungen abzustellen hat, also eben nicht mit rein formalistischen und damit auch manipulierbaren Kriterien zu operieren hat (zum Beispiel „Gleichheit" von fünf Prozent Lohnforderung hier und 4,9 Prozent Lohnforderung dort?).

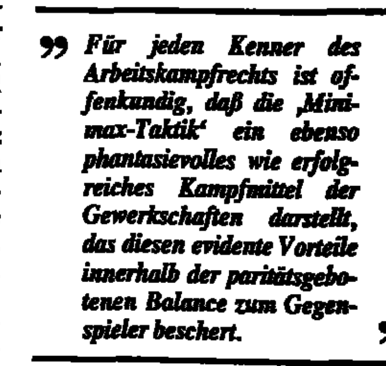
Benda macht es sich demgegenüber zu leicht, wenn er auf eine zum Teil noch restriktivere Sozialgerichtsrechtsprechung zurückgreift, die zum Teil noch nicht einmal das Plazet der oberen Instanz gefunden hat, ungeachtet dessen jedoch – mit durchaus angreifbaren Argumenten – versuchte, die frühere Rechtslage – entgegen Wortlaut und gesetzgeberischem Willen – noch stärker zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit beziehungsweise zugunsten mittelbar arbeitskampfbetroffener Arbeitnehmer zu wenden. Selbst wenn man mit Benda jedoch geneigt wäre, dieser Rechtsprechung beizupflichten, so hätte es doch der genaueren und intensiveren Auseinandersetzung mit den Kritikern jener Rechtsprechung und vor allem mit den Folgen dieser Rechtsprechung im Arbeitskampfrecht bedurft. Denn diese Folgen sind nicht primär sozialrechtlicher Art, wie von Benda geltend gemacht, sondern primär arbeitskampfrechtlicher Art, wie von Benda übersehen oder doch zumindest unterschätzt.

So intensiv Benda die Palette eigentumsrechtlicher Argumente zugunsten möglichst uneingeschränkter Zahlungspflichten der Bundesanstalt für Arbeit ausbreitet, wiederum übersieht er entscheidende Punkte: vor allem die ebenso verfassungsrechtlich geschützten Leistungsansprüche jener Arbeitnehmer, die nicht vom Arbeitskampf betroffen sind, die gegebenenfalls nicht Mitglieder der kämpfenden Gewerkschaft sind, die nicht potentielle Nutznießer eines günstigen Tarifvertrages werden können, die aber ebenso Mitglieder in der Solidargemeinschaft aller sozialversicherten Arbeitnehmer sind und die durchaus ein Recht darauf haben, daß nicht auf Kosten der auch von ihnen in der Bundesanstalt angesparten Mittel Arbeitskampfrisiken Dritter mehr oder weniger beliebig abgegolten werden. Wer wie Benda in den Vordergrund des juristischen Streits die Eigentumsgarantie des Art. 14 Grundgesetz stellen will, der muß zumindest auch die Eigentumsrechte anderer Beteiligter beachten, muß vor allem die Gleichheit aller Arbeitnehmer, die in der Sozialversicherung solidarisch zusammengeschlossen sind, wahren, und dies bedeutet wiederum, daß gerade bei jenen mittelbar arbeitskampfbetroffenen Arbeitnehmern und ihren Chancen auf Tarifnutzung wie Risiken zu Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ein abgewogener Kompromiß erforderlich ist, der auch vor jenen anderen Arbeitnehmern und ihren Eigentumsrechten Bestand haben kann. Gerade ein solcher Kompromiß ist mit der neuen Gesetzgebung beziehungsweise mit ihrer gegenüber der früheren Rechtslage in der Tat mehr klarstellenden als verändernden Entscheidung gefunden und getroffen worden.

Mit starken Worten rügt Benda, daß die neue Regelung den „Stellvertreter-Arbeitskampf" überall dort „unwiderleglich vermute", wo tarifpolitisch entsprechend „annähernde Gleichheiten" zwischen den jeweiligen Hauptforderungen bestehen. Indessen, daß der Gesetzgeber hier völlig zu Recht entsprechend „vermutet", lehrt nicht nur die Erfahrung, sondern belegt sogar sein Kritiker Benda selbst, wenn er im gleichen Atemzuge davon spricht, daß „von den in einem Arbeitskampf erreichten Ergebnissen in aller Regel eine Signalwirkung auf andere Tarifbezirke ausgeht" (!). Gerade wenn diese „Signalwirkung" regelmäßig besteht, muß eine hieran anknüpfende gesetzgeberische Schlußfolgerung nicht nur im Tatsächlichen zutreffend, sondern auch im Rechtlichen legitim, wenn nicht notwendig sein; und dies bedeutet weiterhin, daß der Gesetzgeber in der Tat eine nicht nur materiell richtige, sondern auch hinsichtlich der verfassungsrechtlich gerade gebotenen Rechtsklarheit sinnvolle und transparente Regelung getroffen hat.

Die entgegengesetzte Wertung Bendas endet buchstäblich im Zirkelschluß. Für jeden Kenner des Arbeitskampfrechts ist offenkundig, daß die „Minimax-Taktik" ein ebenso phantasievolles wie erfolgreiches Kampfmittel der Gewerkschaften darstellt, das diesen evidente Vorteile innerhalb der paritätsgebotenen Balance zum Gegenspieler beschert. Für Benda sind dies allerdings nur „kleine Vorteile im Sinne der Ersparnis eigener finanzieller Aufwendungen, weil die Betriebsrisikolehre eingreift" – erneut eine evidente Fehleinschätzung, die sich nicht nur aus dem tatsächlichen, sondern auch aus der von Benda eindeutig überschätzten oder überinterpretierten Betriebsrisikolehre ergibt. Hier liegen Problem und Schlüssel zur Problemlösung. Wer dies jedoch wie Benda nicht hinreichend erkennt, der muß wohl wirklich auf Irrwege abgleiten.

Von lediglich abrundender Bedeutung bleiben hierbei Bendas allzu einschränkende Lesart des verfassungsrechtlich gebotenen Grundsatzes der staatlichen Neutralität im Arbeitskampf und seine Erwägungen zur Parität der Tarifpartner im Arbeitskampf: Die Neutralität des Staates bildet keine bloße „Leerformel", sondern eines der zentralen und unverzichtbaren Fundamente einer freiheitlichen Arbeitsverfassung insgesamt. Wo immer der Staat seine Neutralität im Arbeitskampf aufgibt, dort bedroht er die Grundlagen der Tarifautonomie und damit auch die unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung insgesamt. So schwierig manches Detailproblem im Zusammenhang mit dem Neutralitätsgrundsatz bleibt, zu-



> *Für jeden Kenner des Arbeitskampfrechts ist offenkundig, daß die ‚Minimax-Taktik' ein ebenso phantasievolles wie erfolgreiches Kampfmittel der Gewerkschaften darstellt, das diesen evidente Vorteile innerhalb der paritätsgebotenen Balance zum Gegenspieler beschert.*

mindest geboten bleibt ein Höchstmaß an verfassungsrechtlicher Sensibilität – in gesetzgeberischer Entscheidung wie verfassungsjuristischer Bewertung.

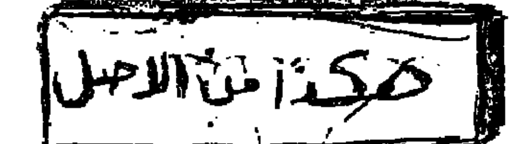
Daß Benda schließlich einen Verstoß der neuen gesetzlichen Regelungen gegen den Grundsatz der Kampfparität zu reklamieren sucht, mag zwar in sich folgerichtig wirken, ist aber dennoch unrichtig. Wer die tatsächlichen Ungleichgewichtigkeiten, die bei entsprechend unbeschränkter Zahlungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit entstehen würden, nicht zu erkennen oder zu gewichten vermag, der wird auch zur verfassungsrechtlichen Grundfrage verletzter oder gewahrter Parität zu keinem richtigeren Ergebnis gelangen können. Um gerecht zu bleiben: Benda anerkennt durchaus das Recht des Gesetzgebers, den Arbeitskampf bei (evidenten) Disparitäten zu regulieren. Solche Regulierungen verweist er jedoch in das Feld des Arbeitskampfrechts selbst, also wohl in die Zone des Verbots einzelner Kampfmittel, die zu entsprechenden Disparitäten zwischen den Tarifpartnern führen können.

Ob jene allerdings, die sich heute so engagiert auf das Gutachten Bendas berufen, ihm auch hierin zu folgen bereit sind, steht auf einem anderen Blatt. Im Klartext gesprochen: Für die Gewerkschaften, und hierin würde ihnen der hiesige Rezensent durchaus folgen, wäre es mit Sicherheit weder rechtlich noch politisch akzeptabel, wenn der Gesetzgeber sich entschlösse, zur Wiederherstellung der Parität im Arbeitskampfrecht, einzelne (erfolgreiche) Kampfstrategien, wie den „Stellverteter-Streik" zu verbieten, um möglichst uneingeschränkte Zahlungspflichten der Bundesanstalt für Arbeit zu gewährleisten. Intentionen dieser Art zeugten nicht nur von sozialpolitischer Unverantwortlichkeit, sondern wären wegen absoluter Unverhältnismäßigkeit auch verfassungswidrig.

Auf diesem Hintergrund fällt die abschließende Prophezeiung nicht schwer: Das nunmehr der Öffentlichkeit vorliegende Gutachten Bendas wird im einzelnen Anhänger wie Kritiker finden, seine Zwiespältigkeit im Grundsätzlichen wird jedoch wohl niemandem verborgen bleiben.



Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Ernst Benda und sein umstrittenes Gutachten: Der Jurist hatte das Gutachten zum Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung erstellt. FOTO: HARTMUT REEH/DPA



Brandt: Wir kennen die Pflicht in der Opposition

Parteichef verteidigt in Berlin SPD-Kontakte mit dem Osten

DW./D.D. Berlin

Die Kontakte führender SPD-Politiker mit hohen SED-Funktionären dienen nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auch zur Vorbereitung für die Übernahme der Regierungsverantwortung durch seine Partei. Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin aus Anlaß der Urabstimmung in der SPD vor 40 Jahren über die Vereinigung mit der KPD sagte Brandt: Die SPD könne es sich leisten, „über die lächerliche, obrigkeitsstaatlichem Denken entstammende Frage zu lachen", ob die SPD überhaupt „mit denen im Osten" reden und beraten dürfe, während sie in der Opposition sei. „Wir wissen, was Sache von Regierungen ist, aber wir kennen auch unsere nationale und demokratische Pflicht in der Opposition", erklärte der SPD-Vorsitzende.

Brandt forderte auf der Veranstaltung eine vollständige Aufklärung früherer Kontakte der Berliner CDU zur NPD. Bisher sei nur die „Spitze eines Eisbergs" sichtbar geworden, sagte er zu der bekanntgewordenen Zahlung von 2000 Mark im Wahlkampf 1971 an eine rechtsgerichtete Organisation. Dieses Geld sei an Rechtsradikale gegeben worden, um die Sozialdemokraten als „Helfershelfer der kommunistischen SEW zu diffamieren".

Zur Urabstimmung 1946, bei der 82 Prozent der SPD-Mitglieder in den Westsektoren Berlins die Vereinigung zur SED ablehnten, sagte der SPD-Vorsitzende: „In nichts finde ich unsere damalige Wertung widerlegt, daß es eine erzwungene Fusion, also wirklich eine Zwangsvereinigung war, die im April 1946 in der sowjetischen Besatzungszone die SED entstehen ließ." Die gegen die Verschmelzung mit der KPD votierenden Berliner Sozialdemokraten hätten offensichtlich die Meinung Kurt Schumachers geteilt, „daß zumal unter den gegebenen Besatzungsverhältnissen erstens eine unabhängige sozialistische Einheitspartei illusionär sei, und zweitens auch eine sozialdemokratische 'Reichspartei' unter Einschluß der sowjetisch besetzten Zone nicht möglich sein werde".

Brandt bekräftigte die Verankerung der Bundesrepublik im Westen „auch nach sozialdemokratischem Verständnis", forderte aber zugleich eine konstruktive Politik gegenüber den kommunistischen Staaten. „Ideologische Festigkeit gepaart mit Realitätssinn" sei für eine zweite Phase der Entspannungspolitik notwendig, deren Chancen er gegenwärtig allerdings „nicht überschäumemnd optimistisch" einschätzt.

Die grundsätzlichen Unterschiede und weltanschaulichen Gegensätze zu den kommunistischen Systemen und Parteien dürften eine auf Kriegsverhütung, gemeinsame Sicherheit und zwischenstaatliche Zusammenarbeit zielende Politik weder verhindern noch „unnötig erschweren".

Union „nicht beeindruckt" von 116-Umfrage

gba/dpa. Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beginnt heute mit dem Auswerten der Abstimmungsaktion zur Änderung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz. Das Ergebnis der Abstimmung soll noch vor der Entscheidung des Bundesrates am Freitag bekanntgegeben werden.

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) sammelte nach eigenen Angaben bundesweit 413 000 Stimmen gegen die Gesetzesänderung. Über 400 000 oder 96,6 Prozent der Abstimmungsbeteiligten hätten sich gegen die Änderung des Paragraphen 116 ausgesprochen. Dabei räumte die Gewerkschaft ein, daß die Zahl der abgegebenen Stimmen größer als die Zahl der eigenen Mitglieder gewesen sei.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters äußerte sich skeptisch gegenüber der DGB-Aktion. Die Umfrage sei „teuer bezahlte Makulatur"; das zu erwartende „Ostblockergebnis" werde niemanden beeindrucken. Er appellierte an den Deutschen Gewerkschaftsbund, auf seinem, wie er sagte, gefährlichen Weg zum Scheinplebiszit innezuhalten und zum Gespräch mit der vom Volk gewählten Regierung zurückzukehren. Seiters betonte, daß die Union trotz des „demagogischen Unfugs" der DGB-Aktion „wie in der Vergangenheit, auch künftig zu sachlichen Gesprächen bereit" sei.

Windelen: „Die innerdeutsche Politik wird eine mühsame Arbeit bleiben"

DW. Bonn

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat sich gegenüber der WELT zuversichtlich über die Weiterentwicklung des innerdeutschen Verhältnisses geäußert. Mit Windelen sprach Diethart Goos.

WELT: Das Kulturabkommen ist unter Dach und Fach. Wie geht es weiter in der praktischen Deutschlandpolitik?

Windelen: Beide Seiten werden auch künftig an einer Fortsetzung der vernünftigen Zusammenarbeit interessiert bleiben. Wir haben eine Fülle von Erwartungen im Rahmen der innerdeutschen Zusammenarbeit, die wir vorzubringen haben. Wir wissen, daß auch die DDR ihrerseits derartige Wünsche und Erwartungen hat. Innerdeutsche Politik wird eine mühsame Arbeit bleiben.

Kurzfristige Erfolge sind nicht zu erwarten. Wir müssen immer wieder mit Schwierigkeiten und Rückschlägen rechnen. Wir sind uns bewußt, daß die innerdeutschen Beziehungen eingebunden sind in das Ost-West-Verhältnis und daß auf die Dauer die innerdeutschen Beziehungen nicht sehr viel besser sein können, als die Ost-West-Beziehungen insgesamt.

WELT: Was ist für Sie jetzt vordringlich?

Windelen: Umweltschutz ist für beide Seiten ein besonders wichtiger Bereich. Umweltschutz darf keine Grenzen kennen. Er kann sinnvoll nur gemeinsam durchgeführt werden. Wir verhandeln seit längerer Zeit über den Abschluß eines Umwelt-Abkommens. Die Verhandlungen sind recht weit gediehen. Bei gutem Willen müßte noch im Laufe dieses Jahres ein Abschluß möglich sein. Darüber hinaus haben wir eine Reihe von Einzelprojekten in diesem Bereich: Zum Beispiel die Entsalzung der Werra, die Verringerung der Schadstoffbelastung der Elbe. Daneben steht selbstverständlich im Vordergrund die Verbesserung der menschlichen Beziehungen: Weitere Erleichterungen im Reiseverkehr, Ausweitung des Jugendaustausches, Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, um nur einige Beispiele zu nennen.

WELT: Manchmal hat man den Eindruck, die „DDR" sei besonders an solchen Themen interessiert, wo sie hohe Summen von der Bundesrepublik zu erwarten hat. Ist der Eindruck richtig?

Windelen: Natürlich hat die DDR wirtschaftliche Interessen, für die wir Verständnis haben. Voraussetzung für unser Entgegenkommen ist ein Umfeld, das uns den politischen Spielraum gibt, derartigen Wünschen auf der Basis eines ausgewogenen Interessenausgleichs stattzugeben. Dies bedeutet für uns vor allem



Heinrich Windelen
FOTO: WERNER SCHÜRING

eine Verbesserung der menschlichen Beziehungen hin und her über die innerdeutsche Grenze.

WELT: ... weiß Ost-Berlin, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Goldesel ist?

Windelen: Selbstverständlich. Deswegen war es uns zum Beispiel auch nicht möglich, Kredite zu gewähren, sondern wir konnten nur Kredite vermitteln, die von der DDR verzinst und getilgt werden. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, das die DDR ihre Verpflichtungen voll eingehalten hat. Der erste Milliarden-Kredit ist inzwischen zur Hälfte bereits wieder getilgt.

WELT: Generalsekretär Gorbatschow wird auf dem SED-Parteitag auftreten. Wird dieser spektakuläre Besuch auch das innerdeutsche Klima verbessern?

Windelen: Der Besuch von Generalsekretär Gorbatschow anläßlich des Parteitages der SED in Ost-Berlin ist sicher ein Ausdruck dafür, welche Bedeutung er der DDR beimißt und darüber hinaus eine persönliche Auszeichnung für Herrn Honecker. Ich könnte mir denken, daß dies seinen Spielraum für innerdeutsche Verhandlungen eher verbessert.

WELT: Sehen Sie bei der Rechtshilfe Möglichkeiten, daß beide Seiten sich aufeinander zubewegen?

Windelen: Sie wissen, daß ein Rechtshilfeabkommen, das ebenfalls im Grundlagenvertrag als Zielvorstellung vorgegeben wurde, bisher noch nicht abgeschlossen werden konnte. In der Praxis haben wir aber die Möglichkeit, die notwendige Rechtshilfe zu gewähren.

WELT: Ohne das Statusfragen berührt werden?

Windelen: So ist es. Das Rechtshilfeabkommen ist ja wie das Wissenschaftsabkommen bisher wegen Statusfragen, besonders Berlin betreffend, nicht zustande gekommen.

WELT: Die andere Seite signalisiert Bereitschaft, in der Abwehr und Bekämpfung des internationalen Terrorismus mit der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten.

Windelen: Herr Mittag hat uns dies versichert, wir haben keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Es gilt jetzt die Probe aufs Exempel zu machen. Wir werden die DDR beim Wort nehmen.

WELT: Sehen Sie eine Ausweitung des Personenkreises in der „DDR", dem die Kontaktnahme mit Verwandten und Freunden in der Bundesrepublik verwehrt wird.

Windelen: Wir müssen leider davon ausgehen. Wir haben dagegen wiederholt deutlich Vorstellungen erhoben. Herr Honecker hat dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber versichert, daß nur ein eng begrenzter Personenkreis von der Kontaktsperre betroffen sei. Wir können bisher noch nicht feststellen, daß diese Erklärung sich in der für uns erkennbaren Praxis niederschlägt.

WELT: Werden Sie die andere Seite daran erinnern?

Windelen: Der möglichst ungehinderte Austausch von Begegnungen, Meinungen und Informationen bleibt eines der wichtigsten Themen in unseren Beziehungen zur DDR.

Zahl der Besucher aus der „DDR" ist angestiegen

dpa, Bonn

Die Zahl von Besuchsreisen aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland in dringenden Familienangelegenheiten ist nach Angaben von Kanzleramtsminister Schäuble

seit Anfang März deutlich gestiegen. Offenbar sei der Katalog derjenigen, die zum Besuch einen Antrag stellen könnten, ausgeweitet worden.

Nach Schäubles Angaben steht der Termin für den Besuch von Honecker noch nicht fest. Er hält es für sehr unwahrscheinlich, daß das deutsch-deutsche Kulturabkommens in Bonn unterzeichnet wird.

Mischnick für mehr Partnerschaften

dpa, Bonn

Eine Partnerschaft zwischen den Messestädten Frankfurt am Main oder Hannover und Leipzig hat der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, angeregt. Seine Fraktion begrüße die positiven Signale, die SED-Politbüromitglied Mittag und „DDR"-Volkskammerpräsident Sindermann bei ihren Besuchen in Bonn gesetzt hätten. Die erste Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt habe zwar bislang noch keine konkrete Form angenommen, das Interesse weiterer Städte an verstärkten Kontakten sei jedoch bekannt.

Müller-Schwefe gestorben

dpa, Hamburg

Der Theologe Hans-Rudolf Müller-Schwefe, einer der Gründer der evangelisch-theologischen Fakultät der Hamburger Universität, ist im Alter von 75 Jahren in der Hansestadt gestorben. Der Wissenschaftler wurde 1910 in Thüringen geboren. 1955 wurde er als erster Ordinarius für praktische Theologie an die Universität berufen und wirkte hier bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1976.

Schwerpunkt der wissenschaftlichen Tätigkeit Müller-Schwefes war die Predigtlehre, zu der er 1973 das dreibändige Werk „Homiletik" veröffentlichte.

Broll rügt den „Asyltourismus"

A.E. Bonn

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Bundestages, Werner Broll, hält einschneidende Änderungen im deutschen Ayslrecht noch in dieser Legislaturperiode für notwendig. Dieses Jahr werde bereits mit mehr als 80 000 Asylbewerbern in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet. Daher sei eine schnellere Bearbeitung der Asylverfahren geboten. Außerdem sollten „Vorkehrungen gegen den häufigen Asyltourismus geschaffen werden, wenn der Ausländer bereits in einem Drittstaat Schutz vor Verfolgung erlangt hatte".

Hitlers Krieg gegen den Rest der Welt hat nicht nur die Deutschen ins tiefste Unglück gestürzt: Mit dem Reich wurde zugleich die ordnende Mitte Europas zerstört. Die Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation trug dazu bei, diesen Todeskampf zu verlängern

Als der Osten Deutschlands verloren ging

Flucht über das Haff: Millionen konnten sich retten, weil Wehrmacht und Marine opfermutig kämpften.

Von ANDREAS HILLGRUBER

Der Zweite Weltkrieg schließt zwei nationale Katastrophen ein, deren Nachwirkungen voraussichtlich noch mehrere Generationen nicht nur der unmittelbar betroffenen Nationen, sondern aller Europäer direkt oder indirekt zu tragen haben werden: den Mord an den Juden im Machtbereich des nationalsozialistischen Deutschland in den Jahren von 1941 bis 1944 und die unmittelbar folgende Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und die Zertrümmerung des preußisch-deutschen Reiches 1944/45.

Beide Katastrophen gehören zusammen und haben dennoch eine unterschiedliche Vorgeschichte. Auch die Verantwortung ist verschieden: Der Mord an den Juden war ausschließlich eine Konsequenz aus der radikalen Rassendoktrin, die in Hitlers Deutschland 1933 Staatsideologie wurde. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und die Zerschlagung des Deutschen Reiches hingegen waren nicht nur eine „Antwort" auf die – ja während des Krieges noch gar nicht in vollem Maße bekannt gewordenen – Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sondern entsprachen lange erwogenen Zielen der gegnerischen Großmächte, die während des Krieges zum Durchbruch gelangten.

> *Nemmersdorf wurde zum Begriff dafür, was die deutsche Bevölkerung zu erwarten hatte, wenn die Dämme brechen würden.*

Mit der sichtbar werdenden Tiefendimension dieses Geschehens wird zugleich erkennbar, daß es sich nicht nur um eine jüdische und eine deutsche Katastrophe handelt, sondern daß ganz Europa, vor allem aber die im Kriege zerbrochene europäische Mitte, ihr Opfer wurde. . . .

Die Komplexität der Probleme, der man sich hier gegenübersieht, läßt sich bereits an einigen wenigen Beispielen, die immer wieder zu Brennpunkten der öffentlichen Diskussion werden, deutlich machen. Einen solchen neuralgischen Punkt hat vor einigen Jahren Norbert Blüm berührt, als er vor einer konsternierten, sich sogleich polarisierenden Öffentlichkeit die These vortrug, daß die ungeheuerlichen Verbrechen in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes weitergehen konnten, solange die deutschen Fronten hielten. Diese These ließ nur die Schlußfolgerung zu, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Fronten, und das hieß auch die deutsche Ostfront – die bis zum Winter 1944/45 die Bevölkerung im Osten des Reiches vor der Überflutung der Heimat durch die Rote Armee schützte – möglichst schnell einstürzen zu lassen, um dem Schrecken in den Konzentrationslagern ein Ende zu setzen.

In der Tat ist ja auch und gerade nach jenem 24. Juli 1944, als das Lager Maidanek bei Lublin so schnell von der Roten Armee besetzt wurde, daß die Beseitigung der Stätten des Grauens den abziehenden SS-Einheiten nicht mehr möglich war (so daß zum ersten Mal die Weltöffentlichkeit von den Verhältnissen in einem solchen Lager erfuhr), der Massenmord an den europäischen Juden im Lager Auschwitz-Birkenau bis Anfang November 1944 fortgeführt worden, als Himmler einen Einstellungsbefehl erließ. Es wurde also bis zu jenem Zeitpunkt – Mitte Oktober 1944 – weitergemordet, zu dem die deutsche Front vor dem Druck der Roten Armee schon ins östliche Ostpreußen zurückgewichen war und der sowjetische Ansturm nur unter größter Anstrengung noch einmal zum Stehen gebracht werden konnte.

In dem dabei von den deutschen Truppen zurückgewonnenen Ort Nemmersdorf südlich von Gumbinnen hatte sich den Soldaten ein Bild des Entsetzens von vergewaltigten und ermordeten Frauen und Kindern geboten. „Nemmersdorf" wurde zum Begriff dafür, was die deutsche Bevölkerung zu erwarten hatte, wenn „die Dämme brechen" würden.

Auch der Betrachtende steht vor dem Dilemma der damals Handelnden. Auf der einen Seite die gesinnungsethische Haltung der Männer des 20. Juli, die sich in außenpolitisch längst aussichtsloser Konstellation zum Attentat auf Hitler entschlossen, um der Welt ein Zeichen der Existenz eines „anderen Deutschlands" zu geben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Heeresgruppe Mitte, die bisher das Ostpreußen schützende militärische Bollwerk gewesen war, im Zuge der sowjetischen Sommeroffensive seit dem 22. Juni 1944 zerschlagen war und der Roten Armee der Weg nach Ostpreußen schon fast frei schien. Auf der anderen Seite die verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister, aus deren Sicht alles darauf ankam, wenigstens einen schwachen Schleier von Sicherungen an der ostpreußischen Grenze aufzubauen, um das Schlimmste zu verhindern: die drohende Orgie der Rache der Roten Armee an der deutschen Bevölkerung.

Die schier hoffnungslose Gesamtsituation jenes Sommers 1944, das unauflösliche Dilemma, in dem sich die deutschen Befehlshaber im Osten befanden, wird in dem Erinnerungswerk des Generals Röhricht greifbar – Röhricht, ein ehemaliger Anhänger des Reichswehrministers und Reichskanzlers Schleicher, der am 30. Juni 1934 auf Befehl Hitlers ermordet worden war, zugleich aber freundschaftlich sowohl mit Rudolf Schmundt, dem Wehrmachtadjutanten Hitlers, einem schwärmerisch-gutgläubig-naiven Nationalsozialisten, als auch mit Henning von Tresckow verbunden, der zur Tat gegen Hitler – „coûte que coûte" – drängte. Die Absurdität der Verhältnisse wurde durch die Tatsache noch weitergetrieben, daß auch Schmundt und Tresckow untereinander befreundet waren – alle einander verbunden und alle in verschiedenen, ja entgegengesetzten Lagern stehend. Was für ein schauerliches Dilemma spricht aus dem Satz: „Wofür kämpfen wir denn hier an der San-Front? Land unserer Väter – und Hitler! Wie wollen Sie sich aus diesem Konflikt lösen, aus der verhängnisvollen Verstrickung? Denn schließlich ist es ja unser Volk, das die Zeche bezahlt, auch wenn wir aufgeben. Der Krieg geht sowieso zu Lasten der Osthälfte des Reiches! Obwohl Hitler ja nicht gerade aus Preußen kam . . . (Eine) Kapitulation (im Westen) löst zwangsläufig auch den Zusammenbruch bei uns aus und schafft ein Chaos mit unübersehbaren Folgen. Was das an der russischen Front bedeuten würde", liege auf der Hand.

Offiziere dieser Haltung, wie immer sie im einzelnen sonst eingestellt sein mochten, verbanden ihren Willen, gegen „die Russen" zusammenstehen zu müssen, mit einem Zweifel am Sinn eines Aufstandes gegen Hitler in dieser späten Situation des Sommers 1944. War nicht selbst im Falle eines Gelingens des Staatsstreiches nur ein heilloses Durcheinander in der deutschen Führung zu erwarten, ein Debakel, das die Sowjets nur zu noch schnellerer Kriegsentscheidung vorantreiben würde? So viele günstige und sinnvolle Situationen der militärischen Opposition, sich gegen Hitler aufzulehnen, waren in den zurückliegenden Jahren (aus welchen Gründen im einzelnen auch immer, das ließ sich für die der Opposition ferner Stehenden im Sommer 1944 nicht zureichend beantworten) vorübergelassen worden – und jetzt, im Angesicht der Katastrophe, als eine Wende nicht mehr zu erwarten war, sollte geputscht werden?

Es war eine heillose Situation. Wer darauf zurückschaut, steht vor dem Problem der Identifizierung, also einem Schlüsselproblem, dem der Historiker nicht mit allgemeinen Hinweisen auf das Objektivitätsideal ausweichen kann, dem man sich auch dann so weit wie möglich anzunähern habe, wenn man es nie ganz erreichen könne; und auch das generelle Gebot der Gerechtigkeit hilft nicht weiter. Es ist schnell gesagt, welche Extreme nicht in Betracht kommen. Eine auch nur halbe Identifizierung mit Hitler ist nicht möglich; dessen starre Halte-Befehle mußten die unausweichlich herankommende Katastrophe des deutschen Ostens nur vergrößern, zumal da Hitler, wie die Begründung für seinen berüchtigten „Nero-Befehl" vom 19. März 1945 erkennen ließ, in sozialdarwinistischer Argumentation die Katastrophe geradezu herbeizuführen entschlossen war, nachdem das deutsche Volk „versagt" und sich „seiner nicht würdig" erwiesen habe. Aber auch eine Identifizierung mit den kommenden Siegern – und das hieß ja für den Osten: mit der Sowjetunion, mit der Roten Armee – war undenkbar. Der Begriff „Befreiung" impliziert eine solche Identifizierung mit den Siegern, und natürlich hat er seine volle Berechtigung für die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen befreiten Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Aber auf das Schicksal der deutschen Nation als Ganzes bezogen, ist er unangebracht. „Befreiung" umschreibt nicht die Realität des Frühjahrs 1945. Wollte man mit dieser Vokabel ernsthaft den Zusammenbruch des Reiches zu erfassen suchen, so setzte dies voraus, daß das Kriegsziel der Alliierten in West und Ost tatsächlich in nichts anderem bestanden hätte als in der Beseitigung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Aber davon kann nicht die Rede sein, auch wenn sicherlich viele Briten und Amerikaner zumindest über die machtpolitischen Ziele ihrer Regierungen hinaus die Beseitigung der Diktatur in Deutschland anstrebten, um die Deutschen aus ihrer Verstrikkung in sie zu lösen.

Schaut der Historiker auf die Winter-Katastrophe 1944/45, so bleibt nur eine Position, auch wenn sie im Einzelfall oft schwer einzulösen ist: Er muß sich mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee, den Massenvergewaltigungen, den willkürlichen Morden und den wahllosen Deportationen zu bewahren und in der allerletzten Phase den Ostdeutschen den Fluchtweg zu Lande oder über See nach Westen freizuhalten suchten. Den Zeitgenossen war verschlossen – auch wenn es von vielen geahnt wurde –, daß über den deutschen Osten zwischen den alliierten Mächten in West und Ost längst entschieden war, bevor der Zusammenbruch der deutschen Ostfront der Roten Armee den Vorstoß ins Zentrum Deutschlands und Europas freigab; will man heute die Ereignisse und ihre Bedeutung begreifen, hat man das damals Ungewußte zu wissen – daß über alles bereits entschieden und daß das Reich bereits verspielt war.



Professor Andreas Hillgruber (61), einer der profiliertesten deutschen Historiker, lehrt an der Universität Köln Mittlere und Neuere Geschichte.

Der Versuch, das Geschehen im Osten noch einmal in den Griff zu bekommen, wurde für die deutsche Führung immer fragwürdiger, schließlich so gut wie unmöglich. Die Diskrepanz zwischen den Ad-hoc-Weisungen Hitlers und den Realitäten an Ort und Stelle wurde immer größer. Das Schicksal der Reste des zerschlagenen deutschen Ostheeres und das Geschick der Bevölkerung in den Ostprovinzen, die – sofern sie nicht in großen Trecks gerade noch rechtzeitig nach Westen ziehen oder über See gerettet werden konnte – nun von der Roten Armee überrollt wurde, verwoben sich jetzt unentwirrbar ineinander. Vergewaltigungen in einem bisher kaum vorstellbaren Ausmaß, vieltausendfacher Mord und Massendeportationen, nämlich planmäßig vollzogene Zwangsverschleppungen von zirka 500 000 Deutschen, waren darin eingeschlossen. Der Ruf „Die Russen kommen" wurde zum Schreckensfanal im ganzen Osten. Natürlich hatte das mit Rache zu tun, die die Soldaten der Roten Armee jetzt für die von Deutschen 1941 bis 1944 auf sowjetischem Boden begangenen Verbrechen übten; aber das erklärt nur die extremen Ausmaße der Exzesse, nicht das Phänomen der Vergewaltigungen und Morde selber. Denn dieselben Vorgänge gab es ja auch beim Einrücken der Roten Armee in andere Länder. Die Tatsache, daß die gleichen Ausschreitungen nicht nur schon 1939 beim Einmarsch der Roten Armee in Polen, sondern auch 1944 in Rumänien und Ungarn, ja sogar bei der „Befreiung" des nordöstlichen Teils Jugoslawiens 1944/45 vorkamen, deutet auf einen weiteren Zusammenhang hin: die sowjetischen Kriegsvorstellungen, die in der stalinistischen Epoche offensichtlich allgemein solche barbarischen Züge annahmen. . . .

> *Den Zeitgenossen war verschlossen, daß über den deutschen Osten zwischen den alliierten Mächten in West und Ost längst entschieden war.*

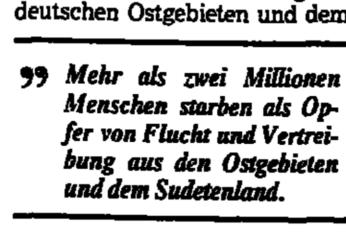
In diesen Ereignissen, in denen jedermann von der Aufgabe beherrscht war, zu retten, was noch zu retten war, steht die Vernichtung ganzer Armeen neben dem Opfermut einzelner, der Verlust von Städten neben der Bewahrung von Flußübergängen, an denen das Schicksal eines Trecks hing. Manche Unbekannte wuchsen damals in der hereinbrechenden Katastrophe über sich hinaus – Führer von Flüchtlingszügen, Geistliche, Ärzte, französische, belgische, auch polnische Kriegsgefangene, die mit den Deutschen nach Westen strebten, nicht zuletzt auch die deutschen Soldaten, die die Ostsee-Brückenköpfe – bei Heiligenbeil an der ostpreußischen Haffküste, im Samland vor Pillau, um Danzig-Gotenhafen, am Eingang der Halbinsel Hela, um Kolberg – so lange wie möglich hielten, um der Bevölkerung die Rettung über See zu ermöglichen, und die dann selbst vielfach aus den ganz schmal gewordenen Brückenköpfen nicht mehr gerettet werden konnten, sondern, sofern sie überhaupt überlebten, in eine lange, mitunter bis 1955/56 dauernde sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten. Insgesamt gelangten über zwei Millionen Menschen über die Ostsee nach Schleswig-Holstein und ins deutsch-besetzte Dänemark. Den Katastrophen der torpedierten Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff", „General Steuben", „Goya" und anderer Evakuierungsschiffe fiel, so entsetzlich sie waren, nur ein Prozent der über die Ostsee nach Westen flüchtenden Menschen zum Opfer. . . .

Nach dem Scheitern der Dezember-Offensive in den Ardennen, der letzten Illusion, das „Schicksal noch wenden" zu können, ist innerhalb der Wehrmachtführung wohl erwogen worden, ob nicht eine Kapitulation dem Schrecken des Krieges ein Ende bereiten könnte. Dies wurde – von Hitlers sicherer Reaktion auf einen solchen Vorschlag ganz abgesehen – dann doch sogleich verworfen, weil mit der Kapitulation ein Stehenbleiben der deutschen Armeen in ihren gegenwärtigen Stellungen verbunden gewesen wäre; das aber hätte mitten im Winter sowohl für das Ostheer wie für die dann völlig ungeschützt der Willkür der Roten Armee ausgelieferte deutsche Bevölkerung noch grauenhaftere Folgen als der etappenweise Rückzug gehabt, der vielen Trecks das Entkommen nach Westen erlaubte. Die Ausmaße der Katastrophe wären jedenfalls größer gewesen als bei dem Versuch, einen lavierenden Mittelweg einzuschlagen zwischen der Ausführung von Hitlers starren Halte-Befehlen und einer auf Rückführung möglichst großer Teile der deutschen Bevölkerung nach Westen bedachten Absetzbewegung. So kam es zu jener Kombination von teils erzwungenen, teils halbfreiwilligen Rückzügen auf die Seebrückenkopf-Stellungen und dem wenigstens vorübergehenden Halten von Stromübergängen und Flußlinien, an denen sich die ausgebluteten Reste des Ostheeres festkrallten, solange es nur eben ging.

Bereits am 6. April 1945 hatte die Rote Armee von ihrer Ausgangsbasis an der Oder und Lausitzer Neiße ihre Endoffensive begonnen. Hitler hatte dazu in einem Aufruf an das Ostheer vom 15. April zum letzten Widerstand aufgerufen: „Berlin bleibt deutsch, Wien wird wieder deutsch, und Europa wird niemals russisch." Aber schon am 25. April führte die sowjetische Offensive zur Einschließung und nach Hitlers Selbstmord am 30. April am 2. Mai zur Eroberung von Berlin. Schon bevor die Reichshauptstadt gefallen war, war es am 25. April in der Nähe von Torgau an der Elbe zum Zusammentreffen der Roten Armee mit den dort verhaltenden Amerikanern gekommen, bald darauf überall auf der Linie Wismar–Wittenberg–Elbe–Mulde–Pilsen–Budweis–östlich Linz–westlich Graz zur Begegnung der östlichen und westlichen Alliierten. Durch Einzelabsprachen deutscher Befehlshaber mit Briten und Amerikanern gelang es in Norddeutschland und in Österreich, etwa 1,85 Millionen Mann des deutschen Ostheeres – etwa 58 Prozent seines Bestandes bei Kriegsende – in den Bereich der Westalliierten zu überführen und so vor der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu bewahren. Bei der Heeresgruppe Mitte, die bis zuletzt den westlichen Randstreifen Schlesiens vor der Gebirgskette gehalten hatte, wurden die in Böhmen kapitulierenden deutschen Einheiten von den Amerikanern zum größten Teil an die Rote Armee überstellt; die Soldaten der Wlassow-Armee und alle Russen und Angehörigen anderer Völker der Sowjetunion, die an der Seite oder im Dienste der deutschen Wehrmacht gekämpft hatten, wurden generell aufgrund von Absprachen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetregierung an die Rote Armee ausgeliefert. Dieses unterschiedliche Verhalten der Westalliierten gegenüber Deutschen und Russen und den anderen Völkerschaften der Sowjetunion – wobei sich besonders die Briten durch Rigorosität auszeichneten – bedarf noch gründlicher Erforschung.

Die folgenden Wochen, die am 7. beziehungsweise 9. Mai zur Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht führten, am 23. Mai die Verhaftung der Dönitz-Regierung brachten und die formelle Übernahme der Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937 durch die vier Hauptsiegermächte in ihrer Berliner Deklaration „In Anbetracht der Niederlage Deutschlands" am 5. Juni 1945, sind in vielerlei Hinsicht nur noch das Nachspiel der Tragödie.

Nach der Massenflucht der Deutschen aus den Ostgebieten während der sowjetischen Winteroffensive setzte nun nach der Kapitulation die systematische Zwangsaussiedlung, die Vertreibung der Deutschen aus den Provinzen östlich von Oder und Lausitzer Neiße, ein – wobei entgegen der Grenzbeschreibung in dem Potsdamer Schlußkommuniqué die Sowjetunion Polen auch ein Gebiet westlich der unteren Oder mit Stettin zuwies. Zusammen mit den Flüchtlingen, Vertriebenen und Zwangsausgesiedelten aus den sudetendeutschen Gebieten der restaurierten Tschechoslowakei starben mehr als zwei Millionen Menschen als Opfer von Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland.



> *Mehr als zwei Millionen Menschen starben als Opfer von Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten und dem Sudetenland.*

Dies alles wurde durch die fragwürdige Formulierung des Schlußkommuniqués der „Großen Drei" nach der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 abgestützt, worin von einer „Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteilen derselben, die in Polen, (der) Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind", Maßnahmen, die „in ordnungsgemäßer und humaner Weise" stattfinden sollten, die Rede war.

Da im offiziellen Text nur von „Polen" gesprochen worden war, hielt sich bei den deutschen Vertriebenen und ihren Organisationen sehr lange die Illusion, damit sei Polen in den Grenzen vom 1. September 1939 gemeint, die Vertreibung der Deutschen aus den reichsdeutschen Ostgebieten sei von den Westmächten zwar unter dem Zwang der Geschehnisse hingenommen, aber nicht eigentlich gewollt worden. Erst mit der Zugänglichkeit der britischen Akten aus der Kriegszeit wurde Anfang der siebziger Jahre unumstößlich klar, daß die alliierten Absprachen in Potsdam von vornherein ganz unzweifelhaft Polen einschließlich der jetzt „ehemaligen deutschen Ostgebiete" genannten deutschen Provinzen gemeint hatten. Nur in der Eile des Aufbruchs am Ende der Konferenz war der beabsichtigte Zusatz, der die Klarstellung enthalten sollte, nicht mehr in den Text eingefügt worden.

Übrigens: Keine der Versprechungen der „Großen Drei" in der „Erklärung über das befreite Europa" der Jalta-Konferenz vom Februar 1945, die Zusicherung von „freien Wahlen" und der Bildung von Regierungen, „die dem Willen des Volkes entsprechen", wurde in jenem Teil Europas, das die gewaltige Auseinandersetzung gespalten hatte, eingehalten.

Morgen lesen Sie:
Teheran und Jalta: Die Teilung Europas wird besiegelt – Churchill: Ich will Deutschland fett, aber impotent

320i 'Shadow'

6 Zylinder in höchst persönlicher Form.

Irgendwann kommt der Wunsch nach einem 6-Zylinder. Seine Laufruhe, seine Durchzugskraft, seine ganze Kultur und Leistung sind einfach faszinierend.

Besonders, wenn zu einem solchen Triebwerk auch ein individueller „Rahmen" gehört, ein ganz besonderer Stil.

Wenn man sich all dieses erfüllen möchte, kommt man auf den BMW 320i. Er hat einen Reihen-6-Zylinder, der „unter allen Bedingungen eine wahre Freude" ist (auto motor + sport, 24/85).

Er hat ein Fahrwerk, das selbst die Kraft des 200 PS starken M3 sicher auf die Straße bringt.

Er hat eine Form mit unverwechselbarer Linienführung.

Und es gibt ihn auch in dem neuen Look, 'Shadow', der ihn noch individueller macht.

Fensterrahmungen und Seitenleisten in sportlichem Schwarz, die Stoßstangen und Außenspiegel in Wagenfarbe. Bei drei Metallic-Grundfarben: diamant-schwarz, delphin, polaris.

Das macht es möglich, die typischen Eigenschaften eines BMW 6-Zylinders in höchst persönlicher Form zu genießen.

Der 320i 'Shadow'. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



Freude am Fahren

BMW in Btx * 20800 #

Bauern blockierten die Innenstadt Hannovers

Proteste gegen Agrarpolitik / „Notprogramm“ gefordert

mj/geo. **Hannover/Kiel**

Tausende von Landwirten haben am Wochenende im gesamten Bundesgebiet gegen die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) demonstriert. Ein Schwerpunkt der Protestaktionen war die Innenstadt von Hannover, wo am Samstag nahezu 700 Traktoren erhebliche Verkehrsbehinderungen verursachten. Nahe der niedersächsischen Landeshauptstadt treffen heute Bundeskanzler Helmut Kohl, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sowie der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht im Vorfeld der Bonner Kabinettssitzung auf einem Bauernhof mit den Spitzen des Deutschen Bauernverbandes zusammen.

Bauernverbandspräsident Constantin Freiherr von Heereman wiederholte im Hinblick auf die Konferenz bei Hannover die Forderung nach einem „nationalen Notprogramm“ für die Landwirtschaft, sofern die „bauernfeindliche Entwicklung in der EG-Agrarpolitik“ nicht beendet werden könne.

Zu erheblichen Verkehrsbehinderungen durch Trecker-Blockaden kam es auch am deutsch-niederländischen Grenzübergang Bunderneuland bei Leer sowie im Kreis Ostholstein auf der „Vogelfluglinie“ zwischen der Insel Fehmarn und dem Festland. Dort sehen sich die vorwiegend Getreide anbauenden Landwirte von der EG-Preispolitik besonders hart betroffen.

In Schleswig-Holstein waren, wie der dortige Bauernverband mitteilte, die protestierenden Landwirte regelrecht „überrascht“ von dem Verständnis, das die Bevölkerung ihrem Unmut entgegenbringe. Die positive Einschätzung der Publikumsreaktion wird aus anderen Teilen des Bundesgebietes bestätigt.

Allerdings kam es nicht überall zu Verkehrsblockaden. So beschränkten sich die Bauern etwa in weiten Teilen Schleswig-Holsteins und in Bayern auf Flugblattaktionen oder Schweigemärsche. Verbandsvertreter kündigten jedoch schärfere Proteste an, falls es nicht zu ausreichenden Ausgleichsleistungen für die Einkommensverluste komme.

Militante Sikhs rufen zum bewaffneten Kampf gegen indische Regierung auf

Goldener Tempel in Amritsar von Polizei abgeriegelt / Welle der Gewalt im Punjab

DW. **Amritsar**

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen im Punjab haben die Sikhs in diesem nordindischen Bundesland gestern das traditionelle Erntefest Baisakhi begangen. Der Goldene Tempel in Amritsar, das höchste Heiligtum der Religionsgemeinschaft, wurde von einem starken Aufgebot von Sicherheitskräften abgeriegelt.

In dem Tempel hatten sich militante Sikhs zu einer regierungsfeindlichen Kundgebung versammelt. Ihre Zahl war jedoch mit weniger als 1000 geringer als ursprünglich erwartet. Im Tempelbezirk drängten sich auch hunderte Sikh-Familien zu Gebeten und rituellen Waschungen.

Die Versammlung, deren Erlasse von allen Sikhs befolgt werden müssen, hat ihre 14 Millionen Glaubensgenossen aus dem Goldenen Tempel heraus zum bewaffneten Kampf gegen die indische Zentralregierung unter Ministerpräsident Rajiv Gandhi aufgerufen.

Die kampfentschlossenen Versammlungsteilnehmer billigten eine Resolution, in der die Sikhs als „Sklaven“ bezeichnet wurden. „Sikhs sind Sklaven in diesem Land und müssen zu den Waffen greifen, um die Fesseln der Sklaverei abzuschütteln“, hieß es in dem Appell. Die indische Zentralregierung beraube die Sikhs ihrer Rechte.

Gandhi habe das „Massaker“ an den Sikhs im November 1984, bei dem landesweit mehr als 3000 Sikhs getötet wurden, zugelassen, nachdem seine Mutter und Amtsvorgängerin Indira Gandhi von Sikh-Leibwächtern erschossen worden war. In der Resolution heißt es weiter, die Sikhs sollten die gemäßigte Punjab-Regierung Sikh Akali Dal zum Rücktritt zwingen. In der per Akklamation von der Versammlung angenommenen Entschließung wurde neben Gandhi auch Staatspräsident Zail Singh, ein Sikh, beschuldigt, den Massenmord an den Sikhs nach dem Tod Frau Gandhis zugelassen zu haben. „Sie sollten des Mordes angeklagt werden“, hieß es in der Resolution.

Die militanten Sikhs, die den Tempel bereits am 26. Januar besetzt hatten, warfen der Zentralregierung außerdem vor, versucht zu haben, das Treffen in dem Tempel durch Straßensperren im Umkreis der heiligen Stadt Amritsar zu verhindern.

Gandhi hatte Sikhs und Hindus vor dem Erntefest Baisakhi aufgefordert, die blutigen Kämpfe zu beenden. Baisakhi habe in diesem Jahr eine besondere Bedeutung, erklärte Gandhi in einer Botschaft zu dem Feiertag. Die Nation sehe sich an diesem Tage großen Aufgaben gegenüber. Entschlossene Anstrengungen seien erforderlich, um die Kräfte des Zwistes zwischen den Bevölkerungsgruppen und die Drohung des Extremismus zu überwinden.

Die Versammlung im Tempel von Amritsar findet in einer Phase des schlimmsten Blutvergießens zwischen Hindus und Sikhs statt. Bei Unruhen waren seit Anfang März in dem vorwiegend von Sikhs bewohnten Bundesstaat Punjab mehr als 130 Menschen ums Leben gekommen. Die Polizei verhaftete in der vergangenen Woche über 700 Personen.

Obwohl die Polizei mit Unruhen gerechnet hatte, löste sich die von 5000 Menschen besuchte Versammlung friedlich auf.

Biedenkopf: Ermittlungen gegen Kanzler irritierend

Appell für mehr Toleranz bei Kultur / Warnung an Lokalpolitiker

DW. **Bonn/Oberhausen**

Die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften in Bonn und Koblenz gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen uneidlicher Falschaussagen im Zusammenhang mit Parteispenden wirken nach Meinung des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf „mit Sicherheit irritierend“. Er hoffe, daß die Ermittlungen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht würden, sagte Biedenkopf gestern in einem Interview mit Radio Luxemburg. „Hängepartien“ dieser Art seien in jedem Fall eine politische Irritation.

Für eine Manipulation des Verfahrens durch die nordrhein-westfälische Landesregierung gibt es nach Biedenkopfs Worten keine Anhaltspunkte, die es rechtfertigten, eine solche Behauptung aufzustellen. Von mehreren CDU-Politikern war in den vergangenen Wochen ein solcher Verdacht geäußert worden. Biedenkopf wies jedoch darauf hin, daß der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz ein politischer Beamter sei. Biedenkopf hielt der von Kohl geführten Regierung einige Fehler vor. So habe sie es versäumt, daß sich die Bevölkerung mit ihren Erfolgen ausreichend identifiziere.

Biedenkopf sagte am Wochenende in Oberhausen bei einer Landes-Fachtagung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, es sei mehr denn je nötig, eine „Kultur für alle“ zu schaffen, um einer „menschenwürdigen Gesellschaft“ einen neuen Stellenwert zu geben. Eine Demokratie müsse sich bei der notwendigen Suche nach neuen Ordnungen auch „kulturelle Utopien und politische Spinnerei“ leisten. Versuche „offener Kreativität“, wie man sie in der Ökologie-Bewegung finde, dürften bei der Bewertung nicht von ihrem Erfolg abhängig gemacht werden. Gleichzeitig warnte Biedenkopf die Lokalpolitiker vor Arroganz gegenüber der sogenannten Basiskultur. Er finde „bunte Völkchen, die eine alte Fabrik besetzen und einen eigenen Kulturbetrieb aufziehen, einfach großartig“. „Die Grenzen des Gewohnten müssen übersprungen werden.“ Der Politik komme es lediglich zu, kulturellen Aktivitäten „einen Rahmen zu geben“.

VdK fordert Erziehungsjahr

Tagung in Mainz / Blüm will Rentenalter flexibler gestalten

DW. **Bonn/Mainz**

Für eine langfristige Sicherung der Rentenfinanzen bei abnehmenden Beschäftigungszahlen plant die Bundesregierung auch, das Rentenalter flexibler zu gestalten. Arbeitsminister Norbert Blüm sprach sich in einem Interview mit der Kölner Tageszeitung „Express“ gegen eine „starre Regelung“ aus und plädierte überdies für eine grundsätzliche Verständigung der Parteien über eine Rentenreform. Bereits vergangene Woche hatte der Minister eine Heraufsetzung der Ruhestandsgrenze ins Gespräch gebracht.

Die Einführung eines rentensteigernden Erziehungsjahres für alle Mütter ist am Wochenende in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen gefordert worden. Das geltende Gesetz, das die vor 1921 geborenen sogenannten Trümmerfrauen ausschließt, wurde unter anderem von den Kriegsopferverbänden kritisiert. Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) versicherte, die generelle Anrechnung eines Babyjahres bleibe auf der Tagesordnung der Bundesregierung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel bezeichnete auf dem Verbandstag der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) in Mainz, den Ausschluß der Trümmerfrauen als „bedrückende Ungerechtigkeit“. Er bekräftigte die Zusage des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, eine sozial-demokratische Bundesregierung werde „dieses schlimme Unrecht korrigieren“.

90 Prozent der Witwen in der Bundesrepublik Deutschland müssen mit weniger als 700 Mark im Monat auskommen. Im Durchschnitt beziehen frühere Arbeiterinnen 411 Mark und frühere Angestellte 744 Mark Monatsrente. Darauf wies die zweite VdK-Bundesvorsitzende, Sophie Goetzke, zum Abschluß des Bundesfrauenkongresses ihrer Organisation am Wochenende in Bremervörde hin.

Empörung über „Vorwärts“-Artikel

dpa. **Bonn**

Mit „Abscheu“ haben sich die SPD-Bundestagsabgeordneten Lothar Löffler und Peter Corterier von einem Artikel in der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ distanziert. In dem in der Ausgabe vom 5. April veröffentlichten Beitrag zu dem neuen „Rosa Luxemburg“-Film wird von einer Blutspur gesprochen, die sich vom Mord an Rosa Luxemburg über Auschwitz und Dachau bis zu Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke, Stammheim und Günter Sare ziehe und an der führende Sozialdemokraten „staatstragend“ mitgewirkt hätten. Dies, so die Abgeordneten, offenbare eine Geisteshaltung jenseits der Sozialdemokratie. Auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bedauerte die Veröffentlichung im „Vorwärts“. Wer eine Linie vom Mord an Rosa Luxemburg über Stammheim bis zum Tod eines Demonstranten in Frankfurt ziehe, betreibe Geschichtsklitterung, erklärte Brandt.

Blockfreie beraten über Abrüstung

DW. **Neu Delhi**

Die Außenminister aus 105 blockfreien Staaten kommen am Mittwoch zu einer viertägigen Konferenz in Neu Delhi zusammen, um über Abrüstungsfragen, die Entwicklung im Nahen Osten und über Probleme des internationalen Terrorismus zu beraten.

Der weltweite Terrorismus wird zum ersten Mal vor dem Forum der Blockfreien erörtert werden. Es wird erwartet, daß die libysch-amerikanischen Spannungen angesprochen werden. Indien will eine Entschließung vorlegen, in der die „Politik der Dominanz und der Interventionen“ der Supermächte für die wachsenden internationalen Spannungen verantwortlich gemacht wird. Darin werden die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge als „umfassend und zeitgemäß“ gelobt. Die Konferenz von Neu Delhi soll den für Ende August in Harare (Simbabwe) geplanten Blockfreien-Gipfel vorbereiten.

Polen mißtraut neuem Bewußtsein

DW. **Warschau**

In Polen verfolgt man die Wiederbelebung preußischer Traditionen in der „DDR“ bei der Vorbereitung auf die 750-Jahresfeiern Berlins mit einigem Mißtrauen. In einer Reportage beschreibt die Zeitung „Zycie Warszawy“ in ihrer Wochenendausgabe die Restaurierung preußischer Bauwerke in Ost-Berlin, wo selbst Friedrich der Große wieder auf seinem Denkmal unter den Linden stehe. Die „DDR“, die sich so mühselig einen Weg auf der internationalen Bühne gebahnt habe, entdecke jetzt ihre Geschichte wieder, meint der polnische Autor.

„Diese eigenartige und in ihren Kriterien unterschiedliche Geschichtsanalyse in der DDR kann viele Kontroversen und Widersprüche in sich bergen“, schreibt „Zycie Warszawy“. Man müsse jedoch berücksichtigen, daß sie der Suche nach der nationalen Identität der „DDR“ diene.

Spion gesteht im Fernsehen

Debatte im Unterhaus über Verrat bei Rolls-Royce

gtm. **London**

Die britische Regierung wird heute im Parlament mit einem Spionagefall konfrontiert werden, der – falls die bisherige Darstellung richtig ist – erheblichen Schaden angerichtet hat.

Am Samstagabend gab in einer Fernsehsendung des privaten Channel 4 der 27jährige Angestellte im Handels- und Industrieministerium, Brian Gentleman, zu, seit 1983 vertrauliche und geheime Unterlagen insbesondere über Entwicklung und Forschung im Bereich des Flugzeugmotorenbaus an den damaligen tschechoslowakischen Militärattaché Miroslav Merhaut weitergegeben zu haben. Gentleman ist immer noch im Industrieministerium tätig, derzeit beschäftigt mit Sachfragen im Bereich der Minicomputer-Technologie.

In einem dem Fernsehteam übergebenen „Geständnis“ bedauert Gentleman seine Handlungsweise und betont, Merhaut sei für ihn so etwas wie ein Vater-Ersatz gewesen. Getroffen hätten sie sich in einem Pub, und zwar ziemlich regelmäßig, dienstags und freitags. Überlassen habe er dem Tschechoslowaken „alles, was ich wußte“: über den Verkauf des „Tornado“-Kampfflugzeuges und die Entwicklung seiner neuen Antriebsaggregate, über den Verkauf neuer Motoren an die US-Marine für deren britischen Senkrechtstarter Harrier, über Militärhubschrauber, darunter Westland EH 101, und über die Entwicklung des „Eurofighters“.

Brian Gentleman, Junggeselle, mit 24 500 Mark pro Jahr schlecht bezahlt und ohne größere Aufstiegsmöglichkeiten, war seinem väterlichen Freund aber noch mehr zu Diensten: Er schaffte Material über den von Rolls Royce gemeinsam mit dem internationalen Konsortium IAE entwickelten neuen „Airbus“-Motor V2500 Turbo Fan heran und über die Rolls Royce Neuentwicklungen für die Boeing Passagierflugzeuge vom Typ 757s und 535 E4.

Ruf in Gefahr

hg – Sicherheit und Stabilität – das sind die Markenzeichen, an denen die Schweiz ihren einzigartigen Ruf als Hort für Kapital aus aller Herren Länder bisher festmachen konnte. Doch nun sind diese Marken angekratzt: Erst nährte die Blockierung des Marcos-Vermögens durch die Berner Bundesregierung leise Zweifel an der Sicherheit, und jetzt ist die Stabilität von einer hausgemachten *Inflation* bedroht. Gerät das Image der Eidgenossen in Gefahr?

Dazu könnte es in der Tat kommen, wenngleich stabile politische Verhältnisse für Anleger immer attraktiv sein werden. Weniger attraktiv hingegen ist die Aussicht, daß sich schweizerische Waren und Dienstleistungen im Jahresdurchschnitt um drei bis vier Prozent verteuern – dann werden die Schweizer eines Tages auf ihre wichtigste Einnahmequelle, die Touristen, verzichten müssen. Es sei denn, die Nationalbank bekommt diese Entwicklung in den Griff.

Mit Geld- und Kreditpolitik allein ist das allerdings nicht zu machen. Der automatische Inflationsausgleich für alle Arbeitnehmer sorgt sowohl bei diesen als auch bei ihren Arbeitgebern für eine entsprechende Mentalität: Preis- und Kostensteigerungen werden als gegeben hingenommen, und kein Unternehmer fühlt sich veranlaßt, dagegen etwas zu tun.

Und noch in einem anderen Bereich wäre eine Bewußtseinänderung notwendig: In der Wettbewerbspolitik. Eidgenössische Unternehmer verstehen sich vielfach als Mitglieder von Zunftordnungen – Kartelle sind üblich und bei Markenartikeln die vertikale Preisbindung. Das garantiert freilich auch Sicherheit und Stabilität, aber nur den unmittelbar Betroffenen: Der Verbraucher zahlt den (höheren) Preis, gleichermaßen der Tourist, und das kratzt auf die Dauer eben am Image.

Noch keine Wende beim Öl

Von JAN BRECH

Die Entwicklung der Rohölpreise macht Schlagzeilen wie in den Jahren 1973/74 und 1978/79. Gingen sie damals dramatisch nach oben, fallen sie nun nicht minder spektakulär in den Keller. Die Preisschwellen von 25,20 und 15 Dollar je Barrel sind mühelos überwunden worden. Nun wartet alle Welt darauf, daß die Zehn-Dollar-Grenze fällt.

Zum Teil wird Rohöl schon heute zu Preisen unter zehn Dollar je Barrel notiert, etwa an den Terminbörsen, oder für schwere, kaum absetzbare Rohölsorten. Sofort lieferbare Ware aus der Nordsee oder dem Nahen Osten ist allerdings im Durchschnitt zwei bis drei Dollar teurer. In Rotterdam liegen die Spotpreise nach wie vor deutlich über zehn Dollar und tendierten in den letzten Tagen sogar fester.

Eine Trendwende ist damit aber nicht eingeleitet. So spekulativ auch Voraussagen über die weitere Entwicklung sein mögen, die Bedingungen am Markt sprechen für ein weiteres Sinken. Es gibt kein Anzeichen, daß das gewaltige Überangebot, das über die Märkte schwappt und die Preise mitreißt, abgebaut werden könnte. Kein Produzent ist bereit, freiwillig Marktanteile aufzugeben. Im Gegenteil: Je niedriger der Preis, desto mehr muß er verkaufen, um bei Kasse zu bleiben.

Die geplatzte Konferenz der Opec macht deutlich, wie mühsam das Geschäft ist, Produktionsdrosselungen zu vereinbaren. Die Festlegung neuer, niedrigerer Förderquoten für die einzelnen Mitglieder wird nicht gelingen. Diese Voraussage ist umso leichter zu machen, als Saudi-Arabien offenbar kein Interesse mehr an einer Neuregelung hat. *Die Entscheidung* der Saudis, die Rolle als „swing producer" aufzugeben, hat die Preislawine erst voll ins Rutschen gebracht. Saudi-Arabien, das bis Mitte 1985 nur 2,3 Mill Barrel pro Tag aus dem Sand pumpte, nutzt heute die ihm zustehende Quote von 4,35 Mill Barrel fast voll aus und bietet das Rohöl zu netback-Bedingungen *am Weltmarkt* an.

In *ihrer neuen Politik,* den Preis nicht mehr zu stützen, sondern im Gegenteil dem freien Fall zu überlassen, sehen die Saudis wohl die letzte Möglichkeit, sowohl die Opec-Mitglieder, vor allem aber die Nicht-Opec-Förderstaaten wie Großbritannien, Norwegen oder Mexiko von der Notwendigkeit einer Produktionseinschränkung zu überzeugen. Sie bauen darauf, daß sie diesen teuren Überzeugungsfeldzug länger als alle Konkurrenten durchhalten können: Selbst bei Preisen von deutlich unter fünf Dollar pro Barrel decken nur sie und vielleicht die angrenzenden Emirate noch die Förderkosten.

Nach den Erfahrungen der beiden vorangegangenen Ölschocks ist es nur zm Teil zu verstehen, wenn dieser Preiskrieg hierzulande Jubelstimmung auslöst. Sicher: Sinkende Ölpreise ermöglichen, daß die nationalen Volkswirtschaften schneller wachsen, daß die Ölrechnungen der Entwicklungsländer spürbar entlastet werden und Tanken zu einem fast schon vergessenen Vergnügen wird. Darüber kann man sich nur freuen.

Es ist aber eine Rechnung ohne den Wirt. Daß Teile der deutschen Exportwirtschaft schon heute massive Nachfragerückgänge aus dem Nahen Osten beklagen und daß dem Ost-West-Handel wegen erheblicher Deviseneinbußen der UdSSR (sie ist der größte Ölproduzent der Welt) harte Zeiten bevorstehen, sind dabei nur Marginalien. Schwerer wiegt schon, daß hochverschuldeten Staaten wie Mexiko, die auf Öleinnahmen angewiesen sind, Zahlungsunfähigkeit droht. Mexiko hat bereits 1982 die internationale Finanzwelt an den Rand des Kollaps gebracht.

Indem die westliche Welt die niedrigen Ölpreise als späte Rache an der Opec feiert, legt sie schließlich die Lunte für einen dritten Ölschock. Die Befreiung vom Preisdiktat der Opec ist in den vergangenen Jahren nur gelungen, weil die Industriestaaten den hohen Ölpreis genutzt haben, um schwer zugängliche Quellen wie in Alaska oder der Nordsee zu erschließen. Bei den heutigen und möglicherweise noch weiter fallenden Preisen wird es zum unfinanzierbaren Risiko, neues Öl und Gas zu suchen.

Das billige Öl verführt vielmehr dazu, den mit Erfolg begonnenen Substitutions- und Sparprozeß aufzugeben. Die Konsequenz wird sein, daß die Industriestaaten erneut in die Abhängigkeit der Opec geraten. Öl wird aus arabischen Quellen noch munter sprudeln, wenn *in etwa zehn Jahren* die Reserven der USA erschöpft sind und die der Nordsee nur noch bis zur Jahrhundertwende reichen. Das kurzfristige Vergnügen, wieder fast so billiges Öl wie in den sechziger Jahren zu verjuxen, spielt langfristig der heute um ihren Bestand ringenden Opec alle *Macht zurück.* Man darf nicht übersehen, daß Öl und Gas zusammen noch immer fast zwei Drittel des weltweiten Energiebedarfs dekken und auch künftig nicht zu ersetzen sein werden.

Der Verbraucher, der an der zweimaligen Preisexplosion in den siebziger Jahren schwer zu tragen hatte, mag Warnungen vor der Rückkehr zu den paradiesischen Preisverhältnissen der sechziger Jahre schwer einsehen. Versorgungssicherheit zu Bedingungen, die die Industriestaaten mitbestimmen können, ist auf Dauer aber nur über einen stabilen Ölpreis möglich, der die Suche nach neuen Quellen und Alternativen finanzierbar macht. *Trotz der gegenwärtigen* Schwemme ist Öl ein knappes Gut. Wer das meiste davon hat, und das sind nun einmal die Opec-Staaten, sitzt am längeren Hebel.

BERUFSAUSBILDUNG / Beitrag der Wirtschaft zur Erhaltung des sozialen Friedens

Esser: Erst von 1988 an wird die Zahl der Bewerber spürbar sinken

Mk. Bonn

Zu keiner Zeit haben so viele Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung erhalten wie dies gegenwärtig der Fall ist. „Keine soziale Initiative hat mehr zum sozialen Frieden beigetragen als die Steigerung der Ausbildungsleistungen durch die unternehmerische Wirtschaft", erklärte am Wochenende der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, in Aschaffenburg. Die quantitavien Probleme würden in einigen Jahren an Bedeutung verlieren. Dann rücke das Problem des sektoralen Ausgleichs in den Vordergrund.

Esser würdigte auf der Landesdelegiertenversammlung des Berufsausbilder-Verbandes Bayern die Anstrengungen der Betriebe und der *Ausbilder zur Sicherung* eines ausreichenden Ausbildungsangebots für die geburtenstarken Jahrgänge. Obwohl die Zahl aller Auszubildenden 1984 mit 1,8 Millionen um nahezu eine halbe Million Jugendlicher höher lag als 1986 und obwohl damit der Gipfel mit 765 000 Bewerbern um einen Ausbildunsplatz bereits erreicht wurde, können nach Ansicht des Arbeitgeber-Präsidenten die quantitativen Probleme in der Ausbildung noch nicht als überwunden angesehen werden.

Nach den Prognosen müsse in diesem Jahr mit einer Nachfrage von rund *740 000 Bewerbern* gerechnet werden. Die Zahl liege also kaum unter der Höchstmarke aus dem Jahre 1984. Überdies habe sich das Ausbildungsverhalten der Jugendlichen *erheblich verändert.* Drei von vier Jugendlichen eines Altersjahrganges durchliefen gegenwärtig eine betriebliche Ausbildung.

So sei die Zahl derer, die eine Zweitausbildung machen, inzwischen auf fünf Prozent aller Lehrlinge gestiegen. Auch Jugendliche ohne Schulabschluß, bei denen das früher *nicht der Fall war, strebten eine* berufliche Ausbildung an. Hinzu kämen Jugendliche, die ursprünglich einen Beruf in der Pflege- und Sozialhilfe ergreifen wollten.

Stark gestiegen sei auch die Zahl der Hochschulberechtigten, die sich in den Betrieben ausbilden lassen. Zwischen 1981 und 1985 habe die Zahl der Abiturienten, die sich um eine betriebliche Ausbildung bemühten, von 27 000 auf nahezu 100 000 zugenommen. Auffallend stark gestiegen ist nach Angaben Essers auch die Zahl der Bewerber mit Hochschulabschluß oder von Hochschulabbrechern. *Viele* Jugendliche versuchten auch, mögliche Arbeitslosigkeit durch vermehrte Ausbildung und Verlängerung der Ausbildungsdauer zu begegnen.

Daher könnten demographische Faktoren erst mit erheblicher Verzögerung durchschlagen. Erst von 1988 an erwartet Esser einen stärkeren Abfall der Nachfrage. Die Zahl von 600 000 Bewerbern dürfte nicht vor 1990 unterschritten werden.

In dem Augenblick, in dem die *quatitavien Probleme des Ausbil*dungsstellenmarktes an Bedeutung verlieren, werden nach Ansicht Essers andere in den Fordergrund rükken. Hierbei handele es sich um die Ungleichgewichte auf Grund der veränderten Bewerberstruktur, um die Probleme der zweiten Schwelle, also des Übergangs von der Ausbildung in die Beschäftigung, um die Auswirkungen des Wandels in der Arbeitswelt und der neuen Technologien auf die Ausbildung. Darauf müßten nach Ansicht Essers die Anstrengungen in den nächsten Jahren konzentriert werden. Sonst drohe auf längere Sicht eine Situation, die durch Ausbildungsplatzmangel in einzelnen Bereichen bei gleichzeitigem Nachwuchsmangel in anderen gekennzeichnet sei.

Für notwendig hält der Arbeitgeberpräsident daher nicht nur pädagogisches Geschick, sondern auch neue methodische und didaktische Überlegungen in den Betrieben und bei den *Ausbildern. Gerade im Hinblick* auf diese Erfordernisse benötigten die Unternehmen einen ausreichenden Gestaltungsspielraum in der Ausbildung. Dieser müsse durch die Ord*nungspolitik gewährleistet* werden.

Die Anforderungen an die Ausbilder werden nach Ansicht Essers steigen. Daher komme der Weiterbildung der Ausbilder eine wichtige Rolle zu.

US-AKTIENMÄRKTE

Libyen sorgt an der Wall Street für nervöse Stimmung

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Aktienmärkten herrscht eine nervöse Aufbruchsstimmung, nachdem ein großer Teil der Vorwochenverluste wettgemacht worden ist. Neue Rekorde sind greifbar nahe, es sei denn, Washington unternimmt Strafaktionen gegen Libyen. In diesem Fall würden es viele Anleger vorziehen, liquide zu bleiben. Ansonsten konzentriert sich das Interesse auf die Zinsentwicklung, die schon von Dienstag bis Donnerstag für eine Fortsetzung der Hausse sorgte.

Abgeschüttelt hat die Wall Street sogar die Enttäuschung, die letzte Woche aufkam, als die Absegnung einer zweiten Zinssenkungsrunde am Rande der Frühjahrstagung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds ausblieb. Jetzt glaubt man in Manhattan, daß die USA allein oder vielleicht nur mit Japan die Kreditbremse lockern.

Henry Kaufman von Salomon Brothers wiederholte seine Prognose, wonach eine Rücknahme des amerikanischen Diskontsatzes unmittelbar bevorsteht. Entscheidet sich das Federal Reserve Board *diese Woche,* kann es nach seiner Ansicht noch einen weiteren Zinsschnitt vor dem Tokioter Wirtschaftsgipfel geben.

Für billigeres Geld spricht die überraschend schwache US-Konjunktur. So sind im März die Einzelhandelsumsätze um 0,8 (Automobile: 3,4) Prozent gesunken – der tiefste Sturz in fünf Monaten. überdies stagniert die Beschäftigung bei Jobverlusten im verarbeitenden Gewerbe. Andererseits verschaffen die um 1,1 Prozent gesunkenen Produzentenpreise, die fast ausschließlich auf das Ölkonto gehen, der Notenbank monetären Spielraum. Einbrüche beim US-Kapitalimport wären nicht zu befürchten, solange Japan auf riesigen Leistungsbilanzüberschüssen sitzt und ein Zinsunterschied bestehen bleibt.

Folgt man der Wall Street, dann ist der Weg für niedrigere US-Zinsen auch deshalb geebnet, weil die kurzfristigen Titel unter dem Diskontsatz (sieben Prozent) liegen. Dreimonatige Treasury Bills sackten Freitag auf 5,96, sechsmonatige auf 6,03 und Notenbanktagegeld auf 6,75 Prozent. 30jährige Treasury Bonds brachten nur noch 7,36 Prozent, wobei Kaufman einen Rutsch auf 6 bis 6,5 Prozent für möglich hält, was den Aktien zugute kommen würde.

Im Wochenverlauf erholte sich der Dow-Jones-Industrie-Index um 50,96 (Freitag: minus 4,12) auf 1790,18, der umfassende Nyse-Index um 3,93 (mins 0,21) auf 136,22 und der Standard & Poor's 500 um 7,29 auf 235,97 Punkte. Die alten Hochs wurden nicht erreicht; nur der Nasdaq-Index, der die über dem Schalter gehandelten *Papiere erfaßt, stellte einen neuen* Rekord auf. Das bescheidene Gewinnplus im ersten Quartal drückte IBM auf 149,75, während Texaco um 1,75 Dollar zulegte.

AUF EIN WORT



„Die hohen ertragsunabhängigen Komponenten der Steuerlasten müssen gesenkt werden, weil sie zu einer Besteuerung der Unternehmenssubstanz führen. Unverändert halten wir eine Reform der Gewerbesteuer für dringlich."

Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa AG, Frankfurt.
FOTO: DIE WELT

BAUGEWERBE

„Von Frühling kann vorerst noch nicht die Rede sein"

hg. Bonn

„Die Nachfrage nach Bauleistungen hat sich endlich wieder spürbar belebt." Insbesondere im gewerblichen Bau und im Tiefbau registriert der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn, eine deutliche Zunahme. Im Wohnungsbau und öffentlichen Hochbau gingen die Aufträge indes nach wie vor zurück, so daß „von Baufrühling keine Rede sein kann", stellt der Verband in seiner Schnell-Information für März fest.

Nur unwesentlich besser als im Februar stellten sich deshalb die Erwartungen der Bauunternehmer im März dar. Besonderer Pessimismus herrsche angesichts der Entwicklung der Baupreise, heißt es weiter. Sie sind der ZDB-Untersuchung zufolge nach wie vor stabil. Der starke Wettbewerb um Aufträge führe indes dazu, daß viele Unternehmer ihre Ertragslage als unzulänglich und die Preise als „ruinös" bezeichneten. Die Insolvenzwelle im Baugewerbe rolle ungebrochen weiter.

Im März blieb die Reichweite der Aufträge nach den Ermittlungen des ZDB mit 1,7 Monaten gegenüber Februar gleich; beim Straßenbau sei sie sogar von 1,7 auf 1,5 Monate gesunken. Im Tiefbau habe *sich die Reich*weite von 1,9 auf zwei Monate leicht verbessert.

Der Auslastungsgrad der Baukapazitäten hat sich nach den Erhebungen des Verbandes im März leicht verbessert. Im Hochbau betrug er 46 Prozent gegenüber 37 Prozent im Februar, und beim Tiefbau stieg er von 30 Prozent auf 42 Prozent. Dennoch bleibe die Investitionsneigung in der Branche weiterhin gering.

„Das EWS hat sich bewährt"

dpa/VWD, Bonn

Skeptisch über die Chance, in absehbarer Zeit eine neue Weltwährungsordnung mit stabilisierten und innerhalb gewisser Bandbreiten schwankenden Wechselkursen zu vereinbaren, hat sich Prof. Claus Köhler von der Deutschen Bundesbank geäußert. Im Deutschlandfunk vertrat das Direktoriums-Mitglied die Ansicht, die Entwicklung werde wohl eher in Richtung einer engeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit verlaufen. Sehr positiv beurteilte Köhler das Europäische Währungssystem. Zu einer weiteren Fortentwicklung gehöre aber, daß sich Großbritannien voll dem System anschließe.

EUROPÄISCHE VERKEHRSMINISTER

Hochgeschwindigkeitszug ist noch nicht abgefahren

dos. Hannover

Die technischen Voraussetzungen für die Einführung des Schienen-Höchstgeschwindigkeitsverkehrs in Europa sind zwar vorhanden; die Vielzahl noch offener Probleme lassen aber eine schnelle Realisierung nicht erwarten. Dies ist das Fazit der Konferenz der europäischen Verkehrsminister (CEMT), die gestern im Rahmen der Hannover-Messe stattfand. CEMT-Präsident Leon Schlumpf (Schweiz) wies darauf hin, daß „Euro-Rail 2000" weit fortgeschritten sei. Die nationalen Interessen indes müßten erst noch koordiniert werden.

Bundesverkehrsminister Werner *Dollinger betrachtet* den Zug eines gemeinsamen europäischen Hochgeschwindigkeits-Bahnnetzes noch nicht als abgefahren. Allerdings müsse jetzt schnell gehandelt werden. Wichtig sei es, zur Einführung von europäischen Normen und technischen Standard zu kommen. Auf diesem Gebiet seien *die* Differenzen etwa zwischen Frankreich und der Bundesrepublik noch am stärksten. EG-Kommissar Stanley Clinton-Davis sieht nur dann eine Chance für die neue Rad/Schienen-Technik, wenn die Hochgeschwindigkeitszüge sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr eingesetzt werden.

Ähnlich argumentiert Schlumpf, der den Begriff des Hochgeschwindigkeits-Zuges durch „Hochleistungs-Schienennetz" ersetzt sehen möchte. Dollinger sieht für die Bundesrepublik einen Streckenbedarf von etwa 2000 km. Neben fehlenden Normen gehöre die mangelnde Kooperation der beteiligten nationalen Industrien und die Finanzierung zu den noch zu lösenden Problemen.

TEXTILIMPORTE

Brüssel und Ankara einig über Selbstbeschränkung

Ha. Brüssel

Ein mehrjähriges Selbstbeschränkungsabkommen für den Export von Bekleidungserzeugnissen hat die Brüsseler Kommission mit der türkischen Textilindustrie ausgehandelt. Dadurch werden einseitige Importbeschränkungen im Rahmen der Schutzklausel des Assoziationsvertrages der Gemeinschaft mit Ankara künftig unnötig.

Wie die Europabehörde gestern mitteilte, erstreckt sich die informelle Vereinbarung auf zwölf Warengruppen, von *denen* sieben für das gesamte Gebiet der Gemeinschaft gelten: T-Shirts, Pullover, Hosen, Blusen, Hemden, andere Oberbekleidung sowie Bettwäsche. Freiwillige Kontingente für Strümpfe, Kleider, Trainingsanzüge und Tischwäsche gelten künftig nur für bestimmte Regionen innerhalb der EG.

Die jeweiligen Liefermengen tragen nach Angaben der Kommission den bisherigen türkischen Exporten Rechnung und enthalten Steigerungsraten, die – im Rahmen des vom EG-Ministerrat erteilten Verhandlungsmandats – eine vernünftige Entwicklung der türkischen Exporte ermöglichen. Über ein „Arrangement" für Baumwollgarne und -stoffe, Stofffasern und Veloursstoffe hatten sich Brüssel und Ankara bereits Ende 1985 geeinigt.

Die Türkei war im vergangenen Jahr der größte Lieferant der EG bei Textil- und Bekleidungserzeugnissen. Die neue Vereinbarung gilt für den Zeitraum von 1986 bis 1988. Die Weigerung der Türken, sich bei ihren Bekleidungsexporten zu mäßigen, hat in der Vergangenheit immer wieder zu Spannungen mit der Gemeinschaft geführt.

SCHWEIZ / Im Gegensatz zur Bundesrepublik keine Aussicht auf eine Null-Inflation

Stabilitäts-Vorsprung ging verloren

ALFRED ZÄNKER, Genf

Im Wettlauf um die Preisstabilität droht die Schweiz gegenüber der Bundesrepublik ins Hintertreffen zu geraten. Bis Mitte 1984 waren die Inflationsraten in beiden Ländern ungefähr gleich hoch. Seitdem hat sich der Preisanstieg in Deutschland jedoch rascher abgeschwächt. In Zürich glaubt man, daß die Bundesrepublik 1986 einen „Stabilitätsvorsprung" von ein bis zwei Prozent behalten könnte. Eine „Null-Inflation" wird in der Schweiz jedenfalls nicht erwartet.

Zwar ist auch in der Schweiz die jährliche „Teuerungsrate" durch Ölpreissturz und *Dollar-Rückgang* von noch 3,2 Prozent im Dezember auf nur 0,9 Prozent im März gefallen. Aber die Null vor dem Komma wird bald wieder verschwinden. Züricher Konjunkturforscher sehen einen Wiederanstieg der Jahresrate auf zwei, vielleicht 2,5 Prozent bis Ende 1986 voraus. Dabei ist unterstellt, daß sich Öl und Dollar nicht wieder verteuern. „Wir sind mit der Teuerungsbekämp*fung noch nicht am* Ziel", heißt es in Kreisen der Schweizer Nationalbank.

Hauptgrund ist die hartnäckige „hausgemachte Inflation". Während die Einfuhren billiger werden, erhöhen sich die Preise einheimischer Konsumgüter immer noch im Jahresrhythmus um drei Prozent, bei den Mieten und Dienstleistungen sogar um vier Prozent. Dagegen liegen die Kosten importierter Waren im Durchschnitt heute nur wenig höher als 1982. Die Inlandspreise aber sind seitdem um elf Prozent geklettert.

Mehrere Umstände tragen in der Schweiz zu dem mäßigen, aber stetigen Preisauftrieb bei. Kostensteigernd wirkt unter anderem die Verkoppelung von Löhnen und Preisen durch einen automatischen „Teuerungsausgleich" für alle Arbeitnehmer. Die meisten Branchen arbeiten zudem bei guter Konjunktur und hoher Beschäftigung – weniger als ein Prozent Arbeitslose – an der Kapazitätsgrenze und können höhere Kosten relativ leicht überwälzen. Niedrigere Einfuhrpreise schlagen zwar beim Öl durch, bei anderen Produkten werden sie jedoch zum Teil durch *Margenverbesserungen* in Handel und Industrie aufgefangen.

Wenn dieser Trend andauert, könnte sich die Wettbewerbsposition gegenüber Deutschland, dem weitaus wichtigsten Kunden und Konkurrenten, abschwächen, meint man in Bankenkreisen. Internationale Vergleiche, so etwa die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes *in* Wiesbaden, zeigen, daß die inländische Kaufkraft des Schweizer Franken beim heutigen Wechselkurs etwa ein Viertel niedriger ist als diejenigen *der D-Mark, das heißt, daß eine DM* in der Schweiz wegen der hohen Preise nur 75 Pfennig wert ist.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Unternehmensgründungen: Bilanz positiv

Unternehmensgründungen und -liquidationen in der Bundesrepublik Deutschland in 1000

Jahr	Gründungen	Liquidationen	Mehr gegründet als liquidiert
1979	156	138	+18
1981	214	184	+30
1983	297	235	+62
1985	318	290	+28

Globus 5991

Ein wahrer Gründungsboom war in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zu beobachten. Die Zahl der Unternehmensgründungen hat sich binnen sechs Jahren verdoppelt. 1979 gingen 156 000 Männer und Frauen daran, sich eine eigene wirtschaftliche Existenz aufzubauen, 1985 waren es schon 318 000. Doch der Sprung in die Selbständigkeit endet oft auch mit einer Bauchlandung. Parallel zur Zahl der Gründungen stieg auch die Zahl der Liquidationen – von 178 000 1979 auf 290 000 im Jahre 1985.
QUELLE: GLOBUS

Italien lockert Devisenbestimmungen

Rom (dpa/VWD) – Von morgen an werden die Devisenbestimmungen in Italien gelockert. Die italienische Regierung zieht damit die Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Lira nach der Neuordnung der Währungen im Europäischen Währungssystem (EWS) am vergangenen Wochenende vorerst keine Gefahr mehr läuft, in den Mittelpunkt spekulativer Bewegungen zu geraten. Unter anderem brauchen die italienischen *Exporteure nicht mehr 75 Prozent* des Ausfuhrbetrages als Bardepot zu hinterlegen. Ausländische Touristen dürfen aus Italien statt einer Mill. Lire jetzt wieder fünf Mill. (7250 DM) mit zurücknehmen.

Neuer Anlauf der Opec

Genf (dpa/VWD) – Unter pessimistischen Vorzeichen treffen morgen die 13 Fachminister des gespaltenen Kartells der Organisation erdölexportierenden Länder (OPEC) in Genf zusammen. Sie wollen einen neuen Versuch zur Einigung auf eine ge*meinsame* Marktstrategie unternehmen. Formell nehmen sie mit dem Treffen ihre Sonderkonferenz wieder auf, die nach einem neuntägigen völlig erfolglosen Marathon am 24. März unterbrochen worden war.

Machtfülle angeprangert

Tutzing (dpa/VWD) – Eine Trennung von ihren vielfältigen Industriebeteiligungen hat Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium den deutschen Großbanken nahegelegt. Er habe Skrupel, ob sich Banken nicht bereits eine Machtfülle verschafft hätten, die wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch bedenklich sei. Hilfreich wäre es, wenn sie ihre Anteile an Industrieunternehmen verkaufen *und* breit streuen würden, sagte Schlecht gestern vor der Evangelischen Akademie in Tutzing.

Zufriedene Aussteller

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem „voll befriedigenden" Gesamtergebnis hat die internationale Pelzmesse Frankfurt gestern ihre Tore geschlossen. Die Messeleitung sprach von einem spürbaren Aufwärtstrend und wachsender Nachfrage der Verbraucher. Zwischen 50 und 60 Prozent der 505 Aussteller aus 28 Ländern erzielten ein besseres Geschäftsergebnis als im Vorjahr.

Kritik an der Kirche

Bonn (DW.) – Personalabbau durch Kündigungen seien mit Abstand die *schwierigsten Aufgaben des Unternehmers; „da lassen uns dann auch* die Kirchen fast ganz allein", mahnte der Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) Cornelius G. Fetsch. Auf einem Seminar der Junioren des BKU kritisierte Fetsch, viele Geistliche versuchten auch bei einem aufgrund schrumpfender Märkte unumgänglichen Kapazitätsabbau direkten Druck auf den Unternehmer auszuüben. Entlassungen würden generell als unmoralisch verurteilt.

BDI zuversichtlich

Hamburg (dpa/VWD) – Zuversichtlich über die konjunkturellen Aussichten für dieses Jahr hat sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) geäußert. BDI-Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann wies gestern in Hannover auf die steigenden Investitionen, den auf hohem Niveau laufenden Export und die verstärkte Binnennachfrage hin. Der erwartete Anstieg um 300 000 Beschäftigte in diesem Jahr könne sogar noch überschritten werden.

Vertrag unterzeichnet

Bonn/Hannover (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik und Bulgarien haben einen Investitionsförderungsvertrag abgeschlossen. Auf der Hannover-Messe wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, die es der Bundesregierung erlaubt, künftig Garantien für Investitionen deutscher Unternehmen in Bulgarien zu übernehmen.

Wochenausweis

	7.4.	31.3.	7.3.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	66,4	66,3	69,8
Kredite an Banken	100,1	105,7	90,3
Wertpapiere	4,5	4,5	4,2
Bargeldumlauf	113,9	114,6	113,0
Einl. v. Banken	53,4	55,8	46,6
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,0	4,4	1,7

WELTBANK-KAPITAL / USA verzögern Erhöhung

Ärmste Länder erhalten mehr

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch ohne eine sofortige Kapitalerhöhung kann die Weltbank den hochverschuldeten Entwicklungsländern vor allem in Lateinamerika mit ihren aufgestockten Darlehensprogrammen zur Hilfe kommen. Das versicherte Bundesminister Jürgen Warnke nach den Sitzungen des Entwicklungsausschusses der Weltbank und des Währungsfonds in Washington. Wegen der Haushaltsengpässe konzentrieren sich die USA zunächst auf die ärmsten Länder, die von der International Development Association (Ida) zinslose Kredite erhalten.

Folgt man Warnke, dann verfügt die Weltbank in den Geschäftsjahren 1986 und 1987 über einen ausreichenden Finanzierungsspielraum. Obwohl er selbst für eine schnelle Kapitalanhebung eintrat, warb er um Verständnis für die Reagan-Administration, die den Kongreß vor den Zwischenwahlen im November nicht überfordern will. Angesichts der Kürzungszwänge bestehe dort wenig Neigung, ausgerechnet für Entwicklungshilfe mehr Geld auszugeben. Eine Zustimmung der USA sagte Warnke für das nächste Frühjahr voraus.

Dies ist eine plausible Lösung, da die Verwirklichung der amerikanischen Baker-Initiative ohne ein verstärktes Weltbank-Engagemente nicht denkbar ist. Immerhin sollen die multilateralen Organisationen über drei Jahre neun und die Geschäftsbanken 20 Mrd. Dollar an zusätzlichen Mitteln in die Schuldnerstaaten pumpen. Entwickelt hat die Weltbank bereits ein Anpassungs- und Wachstumsmodell, das aber Geld kostet, da die Ausleihungen im Idealfall von 11,4 (1985) auf 21,5 Mrd. Dollar (1990) steigen müßten.

Von den 149 Mitgliedstaaten sind die USA das einzige Land, das sein Plazet zur Erhöhung des Weltbank-Kapitals von 80 auf rund 130 Mrd. Dollar hinauszögert. Im Prinzip akzeptieren sie aber das nach oben revidierte Ausleihevolumen, das sich bis 1988 auf 50 (davon 16,5 für Lateinamerika) und bis 1990 auf 92 Mrd. Dollar addiert.

Der Ende Juni ausscheidende Weltbank-Präsident A. W. Clausen gibt der US-Regierung für „ein O. K. im Prinzip" sogar 18 Monate Zeit, ohne daß die Kapitalmärkte unruhig werden. Nach seiner Rechnung kann die Bank „auf ewig" 14,5 Mrd. Dollar im Jahr zusagen; legt man die Auszahlungen zugrunde, wären es noch mehr. Wegen der langen Vorlaufszeit plädiert jedoch der Stab dafür, möglichst bald mit den Beratungen über eine breitere Kapitalbasis zu beginnen.

Deutlich zu spüren war in Washington die Ungeduld gegenüber den Privatbanken, die jedoch von Clausen mit dem Hinweis verteidigt wurden, erst müßten die Anpassungs- und Reformprogramme installiert sein. Anreize für die Institute sollen jedoch, wie aus einem politischen Arbeitspapier hervorgeht, durch die ausdrückliche Verknüpfung von Umschuldungen und Refinanzierungen mit den wirtschaftspolitischen Auflagen geschaffen werden. Positiver würde dann die Risiko-Einschätzung, heißt es. Im Kommuniqué ruft der Ausschuß die Industriestaaten auf, die Geldversorgung der Schuldnerländer auch durch Exportkreditgarantien zu verbessern.

Weiter muß auch über die 8. Wiederauffüllung der *Ida-Kasse* verhandelt werden. Höchst unwahrscheinlich ist es aber, daß sich die Geberländer auf zwölf Mrd. Dollar über drei Jahre einigen. Auch hier halten sich die USA zurück, die aber, wie Warnke durchblicken ließ, mit 10,5 oder elf Mrd. Dollar einverstanden wären, von denen sie etwa ein Viertel aufbringen müßten. Für Unruhe sorgten die Japaner, die ihren Anteil auf 18,7 Prozent erhöhen würden – aber nur unter der Bedingung, daß ihr Anteil am Weltbankkapital ausgeweitet wird.

China, Indien und Australien schmetterten den Antrag ab, ein handelspolitisches Junktim zwischen strukturellen Anpassungsleistungen der Entwicklungsländer und der neuen Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) herzustellen.

BESCHÄFTIGUNG / Gewerkschafts-Institut nicht stets mit dem DGB einer Meinung

Das WSI bekennt sich zum Wachstum

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nicht zum Feiern, zur harten Arbeit geistiger Auseinandersetzung, hatte sich zwei Tage lang das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) – nicht nur unter sich – zum 40jährigen Bestehen in Düsseldorf versammelt. Generalthema von Podiumsdiskussion und vier Arbeitskreisen waren die „Perspektiven der Vollbeschäftigung". Und da kam aus den eigenen WSI-Reihen Erstaunliches zu Tage.

Erstaunlich, weil sich die Gedanken der WSI-Referenten Gernot Müller und Johann Welsch nicht nur vom zuweilen klassenkämpferischen Zopf des Bremer Wirtschaftsprofessors Rudolf Hickel wohltuend abhoben. Fast noch auffälliger war das vorsichtige Absetzen von vielen Lesarten des Finanziers und Eigentümers DGB in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Beschäftigungsprogramme allein reichen nicht aus

Welsch zum Beispiel gab bei aller Kritik an der Bonner Wirtschaftspolitik zu, daß für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung *nicht* nur die Intensität der beschäftigungspolitischen Anstrengungen eine bedeutende Rolle spielt, sondern natürlich auch die Wachstumsperspektiven in der Zukunft. Und sein Kollege Müller räumte ein: „Seit *Mitte 1984* steigt die Zahl der Beschäftigten an. Außerdem ist die Kurzarbeit kräftig zurückgegangen."

Da sich der Anstieg der Beschäftigung im vergangenen Jahr, als die Arbeitszeit verkürzt wurde, beschleunigte, obwohl das Wachstum niedriger ausfiel als 1984, schließt Müller: „Wachstum und Arbeitszeitverkürzung sind nach wie vor geeignet, die Beschäftigungslage zu verbessern." Die Wachstumskomponente war von den Gewerkschaften bislang kaum ins Kalkül einbezogen. Ein WSI-Versuchsballon für künftiges DGB-Verhalten?

Dennoch: 2,5 Prozent jährliches Wirtschaftswachstum bis 1990 sind auch nach Ansicht des Gewerkschafts-Instituts nicht ausreichend, um beim derzeitigen Produktivitätsfortschritt zur Vollbschäftigung zu gelangen. Das WSI setzt sich weiter für staatliche Investitionsprogramme ein, sieht allerdings auch Gefahren beim Exportrückgang. Müller hält es sogar für überlegenswert, Investitionsgüter nicht zu exportieren, sondern sie zum Ausbau der 1987 an Grenzen stoßenden Kapazitäten zu verwenden. Wachstum, um weitere Arbeitszeitverkürzungen vorzubereiten?

Diese stoßen nach Müllers Worten in Zukunft auf schwierige arbeitsorganisatorische Probleme, denn bei voll- oder hochausgelasteten Kapazitäten stünden nicht unmittelbar Arbeitsplätze zur Verfügung, mit denen die durch Arbeitszeitverkürzung ausgefallene Arbeits- und Produktionsleistung ersetzt werden könnte. Die Chance, das Einsatzverhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten arbeitsintensiverer Produktionsprozesse zu verändern, sei gering.

Für Müller steht fest, daß man an der Diskussion der „Entkoppelung von Arbeits- und Betriebslaufzeiten" nicht vorbei kommt. Sie komme bereits, wenn bei weiterer Arbeitszeitverkürzung die Betriebszeiten konstant blieben. Nicht jede Verlängerung der Betriebslaufzeit sei akzeptabel. Es dürfe die Regel gelten, je länger die Betriebslaufzeiten und je kürzer die individuelle Arbeitszeit, umso eher würden gleichartige und akzeptable Arbeitsplätze ohne zusätzlichen Kapitalaufwand möglich.

Die Kostenersparnis pro Produktionseinheit müsse dann in die Verteilungspolitik einbezogen werden. Mißdeutungen beugt Müller gleich vor: „Die Politik der Verlängerung der Betriebslaufzeit hat nichts mit kapitalorientierter Politik zu tun. Sie wäre eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer unter kapitalistischen Bedingungen."

Propheten ohne Geltung im eigenen Land?

Bevor er dies eigentlich wissen konnte, meinte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, die Referenten des WSI kämen sich machmal wie Propheten vor, die im eigenen Lande nichts gelten würden. Doch der DGB wolle auch nur beraten werden, entscheiden müsse man schon selbst. Spannungen, die nur im Wissenschaftlichen, in größerer Praxisferne oder gar im Politischen gründen?

Als erstes gewerkschaftseigenes Institut der Welt mit zur Zeit 31 wissenschaftlichen und 33 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern gibt das WSI seit 1946 – immer aus Gewerkschaftssicht – seinen Kommentar zu aktuellen Vorgängen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, nicht selten auch diskussionswürdige Prognosen und Analysen zur Lage. Von den anderen (auch universitären) *Instituten unterscheidet* es sich oft nur in Wortwahl und Schärfe der Kritik.

Auffassungsunterschiede innerhalb des WSI und mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund haben das Institut oft begleitet. Unter seinen Leitern Erich Potthoff, Rolf Wagenführ, den Marxisten Victor Agartz und Bruno Gleitze bis zu Friedhelm Farthmann, Heinz Markmann und Wolfgang Spieker (die beiden Letzteren leiten das Institut heute) führte, so WSI-Originalton, die „Akademisierung der Forschung zu einer gewissen Distanz zum Meinungs- und Willensbildungsprozeß im DGB".

LÄNDERWIRTSCHAFTSMINISTER / Regionalförderung

Selbständigkeit beibehalten

dos, Hannover

Die Wirtschaftsminister der Bundesländer haben sich in Hannover dafür ausgesprochen, den nationalen Gestaltungsspielraum in der Regionalförderung nicht beschneiden zu lassen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, derartigen Bestrebungen der EG-Kommission mit Nachdruck entgegenzuwirken. Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann, der den Vorsitz der Länderwirtschaftsminister-Konferenz führt, sieht in der Haltung der EG eine nicht vertretbare „*Gleichmacherei*", die einer eigenständigen regionalen Strukturpolitik nicht mehr gerecht werde.

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, sicherte den Ländern die Unterstützung des Bundes zu. Brüssel versuche, in festgeschriebene nationale Zuständigkeiten einzugreifen und die „Axt an die Wurzeln einer selbständigen Regional- und Förderpolitik zu legen", meinte Schlecht.

Als strukturell unausgewogen und sachlich nicht gerechtfertigt betrachtet die Konferenz die in der Telekommunikationsordnung (TKO) vorgesehenen Gebühren für Wählverbindungen. Darunter leide vor allem das hohe Dezentralisierungspotential des integrierten Datennetzes ISDN. Die vorgesehene Gebührenstruktur mit ihrer entfernungsabhängigen Abstufung sei nicht geeignet, die Entwicklungschancen peripherer Räume zu verbessern.

Deshalb lehne die Konferenz die vorgesehene Entfernungsstaffel der Gebühren ab. Die Bundespost wird aufgefordert, die Gebührensprünge zwischen den verschiedenen Tarifzonen wesentlich zu verringern und insbesondere die Abstufung der Zeiteinheiten zwischen der Nahzone und den Fernzonen kostengerecht festzusetzen. Langfristig, so der Vorschlag, sollten die Entfernungen überhaupt keine Rolle mehr spielen und nur die Dauer der Inanspruchnahme des Netzes maßgeblich sein.

SCHERING / Vorstand erhält zum 1. Mai Vorsitzenden

Gutes Ergebnis erwartet

tb. Berlin

Die Schering AG, Berlin und Bergkamen, erhält *jetzt einen* Vorstandsvorsitzenden. Der Aufsichtsrat des Berliner Chemie- und Pharma-Konzerns hat Dr. Horst Witzel mit Wirkung vom 1. Mai zum Vorsitzenden berufen. Bisher wurde Schering von einem gleichberechtigten Vorstand geleitet.

Das Unternehmen begründet diese Umorganisation mit der inzwischen erreichten Größe und Komplexität des Konzerns. Witzel ist im Vorstand für den Bereich Industrie-Chemikalien und die Region USA zuständig. Er ist seit 1950 bei dem Unternehmen tätig und wurde 1962 in den Schering-Vorstand berufen.

Mit Wirkung vom 1. Juli wurde außerdem der stellvertretende Vorstand Hubertus Erlen zum ordentlichen Vorstandsmitglied berufen. Für das Geschäftsjahr 1985 will Schering eine unveränderte Dividende zahlen. Die *Hauptversammlung* findet am 19. Juni in *Berlin* statt. Der Jahresüberschuß in der AG beträgt den Angaben zufolge 112 (Vorjahr: 91) Mill. DM. Davon werden 48 (30) Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt.

Das abgelaufene Geschäftsjahr wird als erfreulich bezeichnet. Der Konzernumsatz erhöhtes sich um sieben Prozent auf 5,097 Mrd. DM. Die im Laufe des Jahres eingetretene Abschwächung des Wachstums lag vor allem in einer niedrigeren Bewertung verschiedener Währungen gegenüber der D-Mark. Kursbereinigt betrug, so Schering, der Anstieg neun Prozent. Der Gruppengewinn nahm trotz hoher Aufwendungen zur langfristigen Zukunftssicherung des Unternehmens um 17 Prozent auf 173 Mill. DM zu.

Auch für das laufende Jahr erwartet man wieder ein befriedigendes Ergebnis.

RENTENMARKT / Freundliche Tendenz

Zinsphantasie bleibt

Der deutsche Rentenmarkt reagierte auf die neuen Devisenkurse im Europäischen Währungssytem (EWS) nur vorübergehend „verschnupft". Eine Kehrtwende ausländischer Anleger fand nicht statt. Im Gegenteil: Die Durchschnittsrendite sank erneut unter die 5,5-Prozent-Marke. Neubesinnung für den Markt ist nicht nötig, die Zinsphantasie bleibt erhalten.

Bei Neuengagements empfiehlt die Commerzbank wegen des Renditevorteils Pfandbriefe und Kommunalobligationen sowie – zur Depotbeimischung – DM-Auslandsanleihen. Deren Emissionskalender mit einem Rekordvolumen von über neun Mrd. DM hat den Markt nicht verunsichert. Nach leichterer Tendenz nach den Ostertagen – ausgehend von den USA – stellte sich wieder eine insgesamt freundliche Tendenz ein. (Py.)

Emissionen	11.4. 86	4.4. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,19	5,36	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,63	5,74	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,34	5,40	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,99	5,95	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,41	5,48	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,07	5,12	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,97	6,095	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,40	5,47	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,38	6,42	6,82	7,20	8,08

Wochenschlußkurse

New York

	11.4.	4.4.
Adv. Micro Dev.	30,375	27,875
Aetna Life	63,75	63
Alcan Aluminium	31,375	32
Alcoa	41,625	41,25
Allied Signal	52	51
AMR Corp.	55	53,75
Amax	14,5	14
Am. Cyanamid	69,5	64,5
Am. Express	66,875	64,75
Am. Motors	4,25	4,5
Am. Tel. & Telegr.	22,25	21,875
Amoco Corp.	60,75	59,5
Asarco	20,375	20,5
Atlantic Richfield	53,875	53,125
Avon Products	34,375	33,25
Bally	19,125	18,75
Bk. of America	16,25	15,375
Bethlehem Steel	17,75	18
Black & Decker	19,75	20,125
Boeing	56,75	54
Brunswick	31,375	30,125
Burroughs	63,5	65,375
Caterpillar	49,625	49,375
CBS	134,125	135
Celanese	286,5	192,5
Chase Manhattan	47	44,5
Chrysler	40,625	40
Citicorp	61,25	58,25
Clorox	56,5	53,375
Coca-Cola	100	100
Colgate	38,125	38,25
Commodore	7,125	7,25
Comwth. Edison	33,625	33,25
Comm. Satellite	34,375	34,375
Control Data	22,375	23,375
CPC Int.	62,375	61,25
Curtiss Wright	54	55
Deere	33,375	32,125
Delta Airlines	44	43,25
Digital Equipm.	169	154,875
Dow Chemical	49,875	47,5
Du Pont	77,125	71,75
Eastern Gas-Fuel	26,5	26,5
Eastman Kodak	59,5	58,375
Exxon	55,5	55,125
Firestone	25	24,25
Fluor	17,5	16,375
Ford	82,125	80,25
Foster Wheeler	13,875	14
Fruehauf	37,875	36,625
GAF Corp.	67,5	64,25
General Dynamics	86	85
General Electric	75,25	73,875
General Instr.	20	18,75
General Motors	84,5	80
Gen. T. & E.	51,25	51,375
Global Nat. Res.	3	3,125
Goodrich	47,625	40,25
Goodyeartire	32,375	33,75
Grace	51	49
Halliburton	22,75	22,5
Heinz	40,25	37,375
Hewlett Packard	41,5	40,375
Homestake	23,625	23,25
Honeywell	72,125	71,25
IBM	150,625	148,5
Int. Tel. & Tel.	45,5	44,125
Int. Paper	57,5	58,75
Int. North. Inc.	–	35,75
Jim Walker	56,5	51,25
Litton Industries	84	82,375
Lockheed Corp.	56,25	55,875
Loew's Corp.	71	65,125
Lone Star	34,125	33,75
Louisiana Land	26,75	25,375
LTV Corp.	8,875	8,25
Mc Dermott	16,625	16,5
Mc Donnel Doug.	87,25	87
Merck & Co.	164,575	164,5
Merrill Lynch	38,5	37,875
Mesa Petroleum	5,125	5
Turner Broadcast.	22,75	17
Minnesota M.	98,25	100
Mobil Oil	29,875	29,5
Monsanto	61,625	58,25
Morgan J.P.	84	74,875
Nat. Semiconductor	13,75	12,75
Navistar Int. Corp.	10,75	10,125
NCR	45,125	41,375
Newmont	46,625	44,5
PanAm World	6,625	6,875
Pfizer	59,625	56,25
Phibro	54,25	51,75
Philip Morris	64,5	111
Phillips Petroleum	10,75	10,25
Pittston	14	14,5
Polaroid	57,375	59,625
Prime Computer	19,5	18,5
Procter & Gamble	74,75	73,625
RCA	64	63,375
Revlon	18,75	16,75
Reynolds Ind.	46	38,125
Rockwell Int.	44,25	44,625
Rorer Group	37,25	38,875
Schlumberger	31,375	31,5
Sears, Roebuck	46,625	46,375
Singer	57,125	51,5
Sperry Corp.	56,875	51,75
Stand. Oil Calif.	38,625	37,25
Storage Techn.	3,75	3,75
Tandy	38,375	36,625
Teledyne	343,75	335,375
Telex Corp.	58,75	56
Tesoro	13,75	14,25
Texaco	32,375	29,5
Texas Instrum.	126,625	119
Tosco	3,25	2,75
Trans World Corp.	43	45,25
Transamerica	37,25	36
Travellers	54,375	54,375
UAL	56,375	55,575
Uccel Corp.	18,875	18,625
Union Carbide	22,875	20,75
Union Oil of Calif	22,875	21,375
US Gypsum	69,75	67,75
US Steel	20,125	21,125
United Technologies	51,75	51,75
Walt Disney	41	56,25
Warner Comm.	42	41,875
Westinghouse El.	55,5	53,75
Weyerhaeuser	37,5	36
Whittaker	23,375	24
Woolworth	76,5	73,125
Xerox	66,5	64
Zenith Radio	24,25	23,75
Dow Jones Index	1793,40	1739,22
Stand. & Poors	236,14	228,69

Toronto

	11.4.	4.4.
Abitibi-Price	24	24
Alcan Alu.	43,5	44,25
Bk. of Montreal	34	33
Bk. of Nova Scotia	14,25	13,75
Bell Cda Enterprises	39,75	39,25
Bluesky Oil	2,65	2,55
Bow Valley Ind.	11,25	11,375
Brenda Mines	8,5	8,75
Brunswick M & Sm.	13	13,875
Cdn. Imperial Bk.	20,375	20,5
Cdn. Pacific Ltd.	17,75	18,5
Cominco	14,125	13,125
Coseka Res.	1,65	1,6
Denison Mines	8,75	9
Dome Petroleum	1,89	2,1
Domtar	31,75	31,25
Falconbridge Ltd.	24,125	24,375
Great Lakes Forest	26,5	25,75
Gulf Canada	16,25	16,25
Gulfstream Res.	0,6	0,61
Hiram Walker Res.	38,25	35,875
Hudson Bay Mng. Sp.	8,5	8
Husky Oil	8,375	8,375
Imperial Oil -A-	46,25	46
Inco	21,5	21,5
Inter City Gas Ltd.	15,625	15,375
Interprov. Pipeline	45	44,375
Kerr Addison	15,5	16,125
Lac Minerals	19,5	19,5
Massey Ferguson	2,68	2,6
Moore Corp.	37,375	34,875
Noranda Mines	18,625	18,5
Norcen Energy Res.	12,875	13,125
Northgate Expl.	4,65	4,5
Northern Telecom.	39,75	38,875
Nova An Alberta 'A'	5,25	5,375
Nu West Group	0,39	0,43
Oakwood Petrol	4,6	–
Placer Development	23,125	22,5
Provigo Inc.	–	19,25
Ranger Oil	5,25	5,125
Revenue Properties	2,6	2,7
Rio Algom	25,25	25
Royal Bk. of Can.	32,375	31,5
Seagram	77,25	73
Shell Canada	24,125	23,875
Sherritt Gordon	7,375	7,625
Stelco -A-	28,25	26,375
TransCdn. PipeLines	19,375	19
Westcoast Transm.	13,75	13,25
Index: TSE 300	3081,30	3017,40

Tokio

	11.4.	5.4.
Alps	1910	1970
Bank of Tokyo	780	797
Banyu Pharma	925	878
Bridgestone Tire	617	620
Canon	1070	1140
Daikin Kogyo	754	677
Daiwa House	1360	1110
Daiwa Sec.	1540	1240
Eisai	1500	1530
Fuji Bank	1570	1600
Fuji Photo	2010	2060
Fuji Radio	2570	2450
Hitachi	804	829
Honda	1140	1190
Ikegai Iron	440	420
Isetan	945	708
Ito Yokado	3750	3500
Japan Air	9900	10540
Japan Met.	350	339
Japan Syn. Rubber	420	395
Kajima	750	758
Kansai Elec.P.	2400	2300
Kao Soap	1340	1200
Kawasaki H	157	151
Kawasaki S	158	161
Kirin Brewery	1210	1070
Komatsu	475	481
Kubota Iron	346	354
Kyocera	4340	4550
Makita El.	1050	1080
Marui	2280	2050
Matsushita El. Ind.	1420	1490
Matsushita El. Wks.	1280	1190
Mitsubishi CP	730	628
Mitsubishi El.	352	360
Mitsubishi Estate	1870	1890
Mitsubishi Heavy I.	381	395
Mitsui Co. Ltd	462	470
Mitsukoshi	895	830
Mitsumi El	1200	1190
Nichicon	–	845
Nihon Cement	541	526
Nikko Sec.	965	975
Nippon El.	1370	1400
Nippon Kokan	135	137
Nippon Oil	985	932
Nippon St.	169	172
Nippon Yusen	409	429
Nissan Motor	556	558
Nomura Sec.	1900	1800
Olympus	1130	1130
Penta-Ocean	599	620
Pioneer	2710	2160
Renown	889	850
Ricoh	927	945
Sankyo	1380	1380
Seiyu Stores	1270	1160
Sekisui Pref.	1170	1050
Sharp	905	919
Shiseido	1800	1730
Sony	3800	3850
Sumitomo Bank	1980	1890
Taisei Corp.	442	434
Taisho Marine	700	671
Takeda Chem.	1410	1420
Teijin	510	520
Tokyo Elec.	1270	1300
Tokyo Gas	395	375
Tokio Marine	1190	1140
Tokyo El. Power	3680	3500
Toray Ind.	535	548
Toshiba Elec.	401	425
Toto	1190	1380
Toyo Kogyo	406	415
Toyota Motor	1410	1450
Yamaichi	950	950
Yamanouchi	3340	3310
Yamaha	685	685
Yamazaki	1450	1270
Index	1223,64	1210,59

BURMAH OIL / Explorationsbudget wird stark gekürzt

Rückzug aus der Nordsee

fu. London

Die bedeutende britische Ölgesellschaft Burmah Oil wird sich von den Offshore-Aktivitäten in der Nordsee völlig zurückziehen. Anlaß für diese drastische Maßnahme ist der starke Ölpreisverfall. Kostete ein Barrel (159 Liter) Nordseeöl aus dem britischen Brent-Feld im November letzten Jahres noch rund 50 Dollar, so liegt der Peis heute bei nur noch 13 Dollar. Vor gut einer Woche war er kurzfristig sogar unter die Zehn-Dollar-Marke gefallen.

Burmah ist Großbritanniens älteste Öl-Explorationsgesellschaft, die als erste in der Nordsee auf Öl stieß. Im Laufe der Zeit hat Burmah etliche seiner erstklassigen Nordsee-Interessen verkaufen müssen, weil die Mittel für die extrem hohen Entwicklungskosten fehlten. Dazu zählt ein sehr hober Anteil am Ninian-Feld, mit einer Milliarde Barrel Öl eines der großen Felder im britischen Nordseesektor, der an die damals staatliche British National Oil Corporation (die heutige Britoil) abgegeben wurde.

Im vergangenen Jahr steuerten die Exploration und Produktion von Öl nur noch vier Prozent zum Umsatz und zwölf Prozent zum Gewinn von Burmah bei. Allerdings stieg die Gesellschaft bei den jüngsten Runden der Vergabe von Nordsee-Offshore-Lizenzen im letzten Jahr wieder groß ein. Die Unternehmensstrategie lautet, den Anteil der Exploration und Produktion von Öl am Unternehmensgewinn auf mindestens 25 Prozent anzuheben.

Dieses Konzept ist durch die rapide gefallenen Ölpreise zunichte gemacht worden. „Wir werden uns deshalb von den Operationen in der Nordsee völlig zurückziehen", betonte ein Sprecher der Unternehmensführung. Zunächst wird das Explorationsbudget um mindestens 50 Prozent reduziert.

JCB BAUMASCHINEN / Marktbereinigung setzt sich fort

Ertrag geht vor Wachstum

sz. München

Viele Bereiche der deutschen Baumaschinen-Industrie können dem Jahr 1986 mit Zuversicht entgegensehen. Dennoch erscheint Horst Bock, Geschäftsführer der deutschen Tochter des britischen JCB-Konzerns, vorerst wenigstens noch Vorsicht angebracht. Denn die stückzahlmäßige Marktbereinigung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, wird seiner Ansicht nach noch weitergehen. „Auf jeden Fall wird die Branche im Inland nicht mehr die Produktions- und Umsatzzahlen von Anfang der 80er Jahre erreichen können."

Entsprechend vorsichtig ist er denn auch bei den Umsatzerwartungen für die JCB Baumaschinen GmbH, Köln, im laufenden Jahr. Ein Plus von fünf bis sechs Prozent erscheint Bock realistisch, obwohl die ersten Monate „unerwartet gut" gelaufen sind. „Wenn es am Ende mehr ist, freuen wir uns; doch ein Wachstum um jeden Preis werden wir nicht mitmachen. Letztendlich muß vor allem das Ergebnis stimmen; auch wenn dafür ein paar Maschinen weniger abgesetzt werden können."

Erst einmal jedoch geht Bock davon aus, daß 1986 in der Bundesrepublik rund 360 (330 nach 290) JCB-Baumaschinen abgesetzt werden. Große Hoffnungen setzt er da auf den 1985 neu eingeführten Raupenbagger. Schwerpunkt werden aber die Baggerlader (Anteil 65 Prozent) bleiben. Radlader und Raupenbagger kamen 1985 auf 23 Prozent und Teleskopstapler auf zwölf Prozent. In den nächsten Monaten soll die Produktpalette Radlader und Bagger im kleinen beziehungsweise mittleren Bereich abgerundet werden.

Sicherlich ist Bock auch deswegen in seiner Planung für 1986 etwas zurückhaltender geworden, weil 1985 das angepeilte Umsatzziel von 32 bis 34 Mill. DM weit verfehlt wurde. „Wir hatten uns vielleicht zu viel vorgenommen", meint er. Doch ist das Umsatzplus von 13 (Branche: fünf) Prozent auf rund 27 Mill. DM immer noch ein „vorzügliches Ergebnis". Dies auch vor dem Hintergrund, daß einer der größten bayerischen Händler durch Konkurs verlorenging. „Erheblich" belastet wurde davon auch die Ertragsrechnung, so daß nach Angaben von Bock nur ein „ausgeglichenes, aber noch positives" Ergebnis übrigblieb.

Die britische Mutter produzierte 1985 nach Angaben von Bock 8500 (7500) Maschinen und setzte damit umgerechnet 792 (616) Mill. DM um. Im laufenden Jahr sollen die Produktion auf bis zu 9200 Geräte und der Umsatz auf 850 bis 900 Mill. DM steigen.

NAMEN

Gerhard Störmer, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Degussa AG, Frankfurt, wird am 15. April 1986 60 Jahre.

Harald Degner, Syndikus der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, vollendet am 15. April 1986 das 65. Lebensjahr.

Dr. Ingo Boehringer, geschäftsführender Gesellschafter der Bopp und Reuther GmbH, Mannheim, ist bereits zum Jahresende 1985 aus der aktiven Geschäftsführung ausgeschieden.

Dr. Dietrich Kalb, Geschäftsführer der ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, vollendete am 12. April 1986 das 60. Lebensjahr.

Ekkehard Dochtermann, Apotheker, langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der EGWA eG (Apothekergenossenschaft), Ulm, vollendete am 6. April 1986 das 60. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: F.A. Tönsmann Verwaltungsges. mbH; Atlas Vermögensverwaltungsges. mbH; **Bonn:** Annabellas, Ges. f. Partnerschaft und Freizeit mbH; **Darmstadt:** Afrian Baudekoration GmbH, Griesheim; **Frankfurt:** FSI Field Service Markt- u. Meinungsforschungsinstitut GmbH; **Koblenz:** Hans Jürgen Knopp, Fachbach; **Lampertheim:** Irma Wehrle, Bürstadt; **Nürnberg:** Dr. W. Starke GmbH; Gottbardt & Kühne GmbH & Co.; Roman Dondorff, Schwarzenbruck; **Varel:** Hermann Onken, Zetel 1; **Weiden:** Manfred Drabsch, Kaufm., Pleystein; **Ulm:** Joos GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bruchsal: Malag-Werke Adolf Muckenfuß & Söhne GmbH & Co. KG, Bretten; Adolf Muckenfuß & Söhne GmbH, Bretten; **Duisburg:** Claus Beteiligungsges. mbH; K. + G., Beton Claus GmbH.

Vergleich eröffnet: Balingen: Wilhelm Friedrich Harffen, Kaufm.; **Frankfurt:** Pronuptia De Paris GmbH.

Vergleich beantragt: Passau: Friedrich Munz GmbH, Wegscheid; **Stuttgart:** AFB Agentur f. Bauleistungen GmbH, Leonberg; **Wuppertal:** Micromint Computer GmbH, Erkrath.

CARL RUHNKE OPTIK / Umsatz in fünf Jahren verdoppelt – Mit 29 Filialen auf dem dritten Platz der Branche

Nach rascher Expansion eine Atempause eingelegt

JAN BRECH, Hamburg

Das Vordringen aggressiver Filialisten am deutschen Brillenmarkt, die der Publizität einen hohen Stellenwert beimessen, hat auch andere, konservativere Optiker aus der Reserve gelockt. 90 Jahre nach der Gründung in Berlin meint etwa C. Jörg Ruhnke, in dritter Generation Alleininhaber der Carl Ruhnke Optik, Berlin/Hamburg, daß auch seine Firma das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauche. Und als jemand, zu dessen Geschäftsinhalten es gehört, Klarsicht zu schaffen, gibt Ruhnke Einblicke in sein Unternehmen, die bei Mittelständlern nicht gerade üblich sind.

In den letzten zehn Jahren hat Ruhnke das Unternehmen auf den dritten Platz unter den deutschen Optikern geführt. Gemessen an den führenden Filialisten Fielmann und Quelle sieht sich Ruhnke zwar als „David", im Vergleich zur übrigen Konkurrenz aber als „Goliath". In den vergangenen fünf Jahren hat das Unternehmen den Umsatz verdoppelt und ihn 1985 um 15 Prozent auf 45 Mill. DM gesteigert.

Einen guten Teil des Wachstums verdankt Ruhnke der Flächen-Expansion. Das Netz der Filialen ist im letzten Jahr durch eine Neueröffnung und einen Zukauf auf 29 erweitert worden. Mit 13 Fachgeschäften ist Ruhnke marktführend in Berlin, in Hamburg verteidigt er mit 12 Filialen auf dem wohl am härtesten umkämpften Regionalmarkt der Bundesrepublik seinen zweiten Platz. Die restlichen Geschäfte verteilen sich auf zwei in München und jeweils eines in Kiel und Essen. Konzeptionell läßt Ruhnke den einzelnen Filialen weitgehende Eigenständigkeit. Die Filialleiter sind mit allen geschäftsführenden Kompetenzen ausgestattet und operieren als eigenständige Einzelhändler. Diese Strategie, so Ruhnke, verbinde die Stärken des überschaubaren, individuell beratenden Betriebs mit den Vorzügen eines verbraucherfreundlichen Großanbieters.

In der Expansionspolitik will Ruhnke in diesem Jahr eine Pause machen. Das gute Ergebnis, das erwartet wird, soll zur Aufstockung des Eigenkapitals verwendet werden. Die Höhe der eigenen Mittel gibt Ruhnke mit 5 Mill. DM ebenso bereitwillig an, wie die Größenordnung des Gewinns im Berichtsjahr. Trotz hoher Abschreibungen für Investitionen in den Vorjahren (vor allem Berlin) schließe die Bilanz mit einem Gewinn von 2 Mill. DM. Alle Filialen schrieben schwarzen Zahlen.

Die Rendite (4,5 Prozent) sei in den vergangenen Jahren nicht entsprechend der Umsatzausweitung gewachsen, räumt Ruhnke ein. Die von den großen Wettbewerbern auf die „zuzahlungsfreien" Brillen kanalisierte Nachfrage enge zwangsläufig die Spannen ein und erfordere zudem hohe Investitionen in den Markt. Ruhnke gebe zur Zeit rund 2 Mill. DM oder vier Prozent vom Umsatz für Werbung aus, eine Summe, die sich gegenüber 1975 verdreifacht hat.

Von den 1985 abgesetzten 150 000 Brillen entfallen auch bei Ruhnke gut ein Drittel auf jene Modelle, für die „Papi keinen Pfennig zugezahlt hat". Wertmäßig aber, so erklärt Ruhnke, hätten Fassungen im Preisbereich von 100 bis 200 DM den größten Anteil. Das Brillensortiment steuert bei Ruhnke 80 Prozent zum Gesamtumsatz bei, zwölf Prozent stammen aus dem Verkauf von Kontaktlinsen (15 000 Paar), womit die Firma marktführend in Deutschland sein dürfte. Die restlichen acht Prozent setzt das Unternehmen mit Meß- und Optikgeräten um.

Auf dem Brillenmarkt sieht Ruhnke auch weiterhin Chancen. Das Potential ist groß und wächst. Von der Bevölkerung über 14 Jahre tragen 46 Prozent eine Brille, von der über 40 Jahre gar 75 Prozent. Erst 27 Prozent aller Bürger haben eine Sonnenbrille und die Akzeptanz der Kontaktlinsen steigt stetig. Für seine Kette erwartet Ruhnke 1986 ein Wachstum von zehn Prozent und damit den Durchbruch der 50-Mill.-DM-Grenze.

HERION / Breites Programm in der Regelungstechnik

Aufstrebende Familienfirma

nl, Stuttgart

Die mit einem breiten Produktprogramm in der Regel- und Steuertechnik aufwartende Herion-Werke KG, Fellbach, steuert bei anhaltend guter Beschäftigungslage weiterhin einen stetigen Wachstumskurs. Die günstige Konjunkturlage in den Investitionsgütersparten, für die Herion ihre Komponenten liefert, wie auch die Vielschichtigkeit der Einsatzbereiche, die vom Maschinenbau, der Autoindustrie, Chemie und Verfahrenstechnik bis hin zur Nahrungs- und Genußmittelindustrie reichen, geben dem Familienunternehmen den stärkenden Rückhalt.

Für 1986 peilt Herion im Stammhaus eine Umsatzsteigerung um rund zwölf Prozent auf 190 Mill. DM an, nachdem im vergangenen Jahr der Umsatz auf 170 (1984: 149) Mill. DM ausgeweitet worden war. Für die Firmengruppe geht man im laufenden Jahr von einer Steigerung des Gesamtumsatzes um etwa 15 Prozent auf 335 Mill. DM aus, wobei der Export zwischen 25 und 30 Prozent zu veranschlagen ist.

In der Produktpolitik zielt Herion darauf ab, sowohl Serienlösungen als auch kundenspezifische Anwendungen anzubieten. Der Trend gehe in der von Herion bevorzugten Fluidtechnik – dies ist der Oberbegriff für die Ölhydraulik und die Pneumatik – immer mehr in Richtung einer engen Verbindung mit der Elektronik („Fluidtronic").-

Weltweit beschäftigt die Herion-Gruppe über 2000 Mitarbeiter, davon etwa 1450 bei der Stammfirma mit Werken in Fellbach, Großbettlingen und Merklingen. Die Eigenkapitalquote wird mit etwa 60 Prozent angegeben. Gegründet wurde das Unternehmen im Jahre 1938 von Erich Herion, dessen gleichnamiger Sohn 1968 als persönlich haftender Gesellschafter die Geschäftsführung der aufstrebenden Firma übernahm. Zur Firmengruppe zählen im Inland die Buschjost GmbH & Co. Bad Oeynhausen, die Leibfried GmbH, Herrenberg, die Thermoplast GmbH & Co. KG, Laichingen, und die ZF-Herion-Systemtechnik GmbH, Fellbach/Friedrichshafen/Bremen. Hinzu kommen weitere Beteiligungen in sechs anderen Ländern.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Holder-Sanierung läuft

Stuttgart (nl) – Bei der Holder-Firmengruppe, Metzingen, einem der führenden Landmaschinen-Hersteller, nimmt die Sanierung ihren Gang, nachdem das Amtsgericht Reutlingen über das Stammhaus, die Gebr. Holder GmbH & Co. Maschinenfabrik, antragsgemäß den Vergleich eröffnet hat. Die Banken hatten sich mit einer vorläufigen Quote von 60 Prozent einverstanden erklärt. Die zur Gruppe gehörende Carl Platz GmbH, Frankenthal, befindet sich in Liquidationsvergleich. Das Werk Grunbach von Holder wird stillgelegt. Nach Straffung der Aktivitäten von Holder wird das Unternehmen statt derzeit 870 nur noch 555 Mitarbeiter zählen und auf ein Geschäftsvolumen von 85 (1984/85: 120) Mill. DM kommen.

Anteile neu verpackt

Hamburg (JB.) – Die US-Firma Mead Corp. und die schwedische Billerund AB (Stora-Kopparsberg-Konzern) haben ihre Beteiligung von jeweils 50 Prozent an der Altonaer Wellpappenfabrik GmbH, Tornesch bei Hamburg, an das Management des Unternehmens verkauft. Die Geschäftsführer der mehrstufig arbeitenden Unternehmensgruppe mit papierfabriken, Wellpappenwerken und Verarbeitungsbetrieben halten zusammengefaßt in der „Panther Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH" jetzt 75 Prozent des Stammkapitals von 5,5 Mill. DM. Weiterer Gesellschafter ist die Fritz-Landmann-Stiftung des früheren Inhabers. Die Altonaer Wellpappenfabrik setzt mit dem Markenzeichen "Panther-Wellpappe" rund 72 Mill. DM um. Die Gruppe erreicht einen Gesamtumsatz von 290 Mill. DM, davon 190 Mill. DM reiner Außenumsatz.

Aachener Bilanzmilliardär

Stuttgart (nl) – Die Aachener Bausparkasse AG, Aachen, hat im Geschäftsjahr 1985 ihr Neugeschäft überdurchschnittlich um 10 Prozent auf 804 Mill. DM Bausparsumme gesteigert. Das Institut verwaltet nunmehr 212 000 Verträge mit einer Bausparsumme von 7 Mrd. DM. Die Gewinnentwicklung sei „sehr zufriedenstellend" gewesen. Bei der Bilanzsumme übersprang das Institut die Milliarden-Marke.

SÜDZUCKER

Tips zur Düngung für den Landwirt

adh. Frankfurt

Mit ihrer neugegründeten Bodengesundheitsdienst GmbH will die Süddeutsche Zucker AG, Mannheim, die Voraussetzung für eine bedarfs- und umweltgerechte Düngung in der Landwirtschaft schaffen. Denn die Ziele Düngung und Bodenschutz könnten in Einklang gebracht werden, erklärte Südzucker-Vorstandsmitglied Karl Schneider bei der Vorstellung der neuen Aktivitäten. Südzucker sieht die jetzt vorgestellte neue Untersuchungsmethode als sinnvolle Alternative zu einer Stickstoff-Besteuerung oder -kontingentierung, die angesichts der vielfach festgestellten Überdüngung landwirtschaftlicher Flächen (und damit Belastung der Umwelt) im politischen Raum diskutiert wird.

Die bei der Bodenuntersuchung angewandte EUF-Methode (Elektro-Ultra-Filtration) gebe dem Landwirt die erforderlichen Informationen über den Stickstoff-Vorrat im Boden und eine exakte Düngeempfehlung für die neun wichtigsten Nährstoffe. Bisher hat Südzucker für Zuckerrüben bei seinen Vertragsbauern rund eine Million Einzelanalysen durchgeführt, die vor allem zu Stickstoffeinsparungen geführt haben. Die damit verbundene Kostenersparnis und andere Vorteile hätten die Landwirte überzeugt, betont Schneider. Die Kosten für die Analyse im Bodenlabor werden mit 40 DM angegeben.

Für 1986 liegen für die neugegründete Gesellschaft, die das bereits bestehende Labor der Südzucker nutzt, bisher 30 000 Aufträge vor, überwiegend aus Bayern, da dort dank staatlicher Förderung die Bodenuntersuchung den Landwirt nur 20 DM kostet. Die positiven Erfahrungen im Rübenanbau, die zu besseren Pflanzenqualitäten bei niedrigeren Produktionskosten führten, habe von Seiten der Landwirte zu der Forderung geführt, die Methode auch auf andere Pflanzen auszudehnen.

Innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre glaubt man, auch bei Getreide, Kartoffeln und Mais – Pflanzen, die die Rübenbauern auf ihren nur alle drei Jahre mit Rüben zu bebauenden Feldern ziehen – eine handhabbare Methode parat zu haben. Noch Fernziel ist dagegen eine Ausdehnung auf Hopfen, Gemüse und Reben.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Aluminium – Oberflächentechnik – Lampen und Leuchten – Bremen – Plagiate

Die Zurückhaltung wichtiger Aussteller auf der Hannover-Messe Industrie, die die Zweiteilung der Messe mitgetragen haben, beginnt einer kritischen Distanz zu weichen. Immer lauter werden die Stimmen, die das neue Konzept zumindest hinterfragen. Dabei steht der unbefriedigende Besucherstrom im Vordergrund. Tatsächlich ist die Halbzeit-Bilanz der Messe-AG nicht berauschend. Selbst am Wochenende, also an den Tagen, an denen vor allem das Seh-Publikum in hellen Scharen auf das Gelände zu strömen pflegte, wiesen die Parkplätze vor dem Messegelände empfindliche Lücken auf. Nach den ersten vier Tagen dürften weniger als 200 000 Gäste den „Markt der Welt" besucht haben. Auch am Sonntag hielt sich der Andrang in Grenzen.

Terminal Hannover ZEICHNUNG: BÖHLE

Klage führen vor allem die Großunternehmen der Stahlindustrie; aber auch die erstmals vertretenen Chemiefirmen, die die Fachmesse „Neue Werkstoffe" als Forum ihrer Beteiligung wählten, sind teilweise enttäuscht. Über Konsequenzen wird allerdings noch nicht gesprochen. Erst 1987/88, wenn die Verlängerung der Mietverträge ansteht, sind Entscheidungen, in welcher Richtung auch immer, zu erwarten. (dos.)

Auf die schärferen Umweltauflagen beim Lackieren ist die deutsche Industrie bestens vorbereitet

Für die Industriezweige der Oberflächentechnik ist der Umweltschutz derzeit das Thema Nummer eins. Zahlreiche Lackierbetriebe müssen in den nächsten Monaten mit nachträglichen Auflagen aufgrund der neuen Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) rechnen. Die neuen Emissionsgrenzwerte bei automatischen Spritzkabinen sind ohne Abluftreinigung kaum einzuhalten. Die bisher üblichen Lacknebelabscheider oder Trockenabscheider dienen vor allem zur Verminderung des Staubs in der Abluft, Lösungsmittel verlassen die Spritzkabine dagegen ohne Reinigung.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat einmal die Lackindustrie umweltfreundliche, lösungsarme Produkte entwickelt. Diese Lacke verbuchten 1985 bei stagnierender inländischer Gesamtnachfrage von 1,3 Mill. Tonnen deutliche Zuwachsraten. Die Produktion lösungsmittelarmer Lacke lag 1985 zwar erst bei 80 000 Tonnen, Gerd Wiegand, Geschäftsführer im Verband der Lackindustrie, erwartet aber, daß ihr Marktanteil in zehn Jahren bei etwa 30 Prozent liegen wird.

Die Gerätehersteller müssen sich rechtzeitig darauf einrichten. Ein Beispiel: Die Verarbeitung wasserverdünnbarer Lacke erfordert zwar keine neue Technik, allerdings müssen alle Teile, die mit dem Lack in Berührung kommen, korrosionsbeständig sein. „Alle wichtigen Gerätehersteller bieten inzwischen derartige Anlagen an", berichtete Walter Schall, Vorstandsmitglied der Fachabteilung Oberflächentechnik im VDMA auf der Hannover-Messe. Er betonte, daß die Industrie Verfahren entwickelt habe, um „in wirtschaftlich einigermaßen tragbarer Form" die Lösungsmittel aus der Abluft zu entfernen.

Die Vorreiterrolle der deutschen Industrie, angestoßen durch die harten deutschen Umweltauflagen, werde ihr international einen Wettbewerbsvorsprung sichern, ist Schall überzeugt. Schon heute nimmt die Branche für sich in Anspruch, technisch an der Spitze zu stehen. Ein zwölfprozentiger Exportanstieg auf 363 Mill. DM untermauert das. Insgesamt schnellte bei den Herstellern von Geräten, Maschinen und Anlagen zur Oberflächenbehandlung der Produktionswert um 27 Prozent auf 1,37 Mrd. DM in die Höhe. Für dieses Jahr erwartet die Branche eine Stabilisierung auf hohem Niveau.

Ein Spiegelbild der guten Konjunktur bietet auch die Galvanotechnik. Einen regelrechten Umsatzsprung um 46 Prozent auf 245 Mill. DM machte 1985 nach Angaben von Willi Metzger, Vorsitzender des Fachverbandes Galvanotechnik im ZVEI, das Anlagengeschäft. Die Lieferungen ins Ausland nahmen sogar um mehr als zwei Drittel auf 157 Mill. DM zu. Die Hersteller von Chemikalien für galvanische Anstalten konnten das im Vorjahr angestiegene Produktionsniveau halten. Insgesamt setzen die Mitgliedsfirmen des Fachverbandes 596 Mill. DM um, 13 Prozent mehr als 1984. Wachstumsfelder sind derzeit das Verzinken, die stromlose Vernickelung sowie Verfahren zur Herstellung vn Leiterplatten.

Was die Umwelt angeht, so hat die Galvanotechnik nach Angaben des Verbandssprechers „ihre Probleme gelöst". Gleiches nimmt auch Günther Matalla, Vorsitzender des Technischen Ausschusses im Deutschen Email-Zentrum, für seine Branche in Anspruch.

Die vier deutschen Emailhersteller konnten ihren Inlandsabsatz 1985 um 3,1 Prozent auf 11 220 Tonnen erhöhen. Die Gesamtproduktion lag bei einem Exportanteil von 55 Prozent mehr als doppelt so hoch.

HEINZ STÜWE

Autobranche ist bester Kunde

Die Zuversicht in den weiter anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland teilt – im großen und ganzen – auch die Aluminiumindustrie zu ihrem 100jährigen Jubiläum. Die Abnehmer, wie Verkehr, Verpakkung, Maschinenbau und Elektrotechnik, werden nach Auffassung der Aluminiumbranche ihre Impulse in Form von verstärkter Nachfrage weitergeben. Selbst in der Bauindustrie, insbesondere im öffentlichen und im Wirtschaftsbau, soll der Aluminiumbedarf wieder steigen.

Gedämpft wird diese optimistische Grundstimmung allerdings durch die teure D-Mark, die es den exportorientierten Kunden der Aluminiumindustrie – an erster Stelle die Automobilbranche – im laufenden Jahr schwerer machen dürfte, ihre Produkte im Ausland zu verkaufen. Die hervorragende Konjunktur dieses mit Abstand wichtigsten Abnehmerbereichs war gerade im vergangenen Jahr ein Grund für die gestiegene Aluminium-Nachfrage.

Die deutschen Autoproduzenten setzten 1985 rund 280 000 Tonnen Aluminium in ihren Personen- und Lastkraftwagen ein. Wichtigster Gesichtspunkt war dabei die Gewichtseinsparung. Ohne das Leichtmetall – da ist man sich bei der Aluminiumbranche sicher – wären die Kraftstoff-Einsparungen nicht in dem Maße erreichbar gewesen. Allein durch den Einsatz von Aluminium-Karosserieblech-Legierungen sparten die Autohersteller rund 50 Prozent an Gewicht gegenüber konventionellen Eisen-Werkstoffen.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 1,7 Mill. Tonnen Aluminium in der Bundesrepublik Deutschland zu Autoteilen, Flugzeugen, Trinkbechern, Fenstern und Türen, aber auch zu Haushaltsfolien, Tuben und Fahrrädern gegossen, gewalzt, gestanzt, geschmiedet und gepreßt. Mit einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 2,3 Prozent war dies ein Rekord. Zu zwei Dritteln (1,16 Mill. Tonnen) wurde die Nachfrage durch Hüttenaluminium und zu einem Drittel durch Sekundäraluminium gedeckt.

In Deutschland erreichte die Erzeugung von Primärmetall 745 000 Tonnen (minus 4,1 Prozent gegenüber 1984), weitere 456 000 Tonnen (plus 3,1 Prozent) kamen aus dem Recycling-Kreislauf, der sich vorwiegend aus Industrie-Schrotten zusammensetzt. Mit unverändert 40 000 Beschäftigten setzte die deutsche Aluminiumindustrie 1985 rund 15 Mrd. DM um. (HL.)

Exporte sorgen für Zuwachs

Die deutsche Lampen- und Leuchtenindustrie konnte im vergangenen Jahr zwar nicht die Wachstumsrate der gesamten Elektroindustrie von knapp 15 Prozent erreichen, sie bietet insgesamt gesehen jedoch ein freundliches Konjunkturbild. Die Nachfragebelebung ließ auch die Beschäftigung steigen. In der Leuchtenindustrie arbeiten derzeit 3,5 Prozent, bei den Lampenherstellern sieben Prozent mehr Mitarbeiter als vor einem Jahr. Zusammen sind es fast 33 000 Menschen.

Am besten mit der Branchenentwickung Schritt halten konnte die Lampenindustrie. Wie der Vorsitzer des Fachverbandes Elektrische Lampen im ZVEI, Wolf-Dieter Bopst, berichtete, gab es bei Entladungslampen und Glühbirnen ein Produktionsplus um jeweils 14 Prozent auf 586 und 820 Mill. DM. Die mengenmäßige Steigerung im Inlandsmarkt war allerdings gering. Kräftig gewachsen ist dagegen der Export, der um 13 Prozent auf 864 Mill. DM zulegte und die Ausfuhrquote auf über 50 Prozent schraubte.

Bei den Leuchten war die Geschäftsentwicklung unterschiedlich. Das Produktionsvolumen an Wohnraumleuchten wurde 1985, wie Albert Rudert, Vorsitzer des ZVEI-Fachverbands Elektroleuchten mitteilte, mit 811 (815) Mill. DM nur knapp behauptet. Ursache seien der Rückgang im Wohnungsbau und die allgemeine Absatzschwäche bei langlebigen Gebrauchsgütern. Im Ausland konnte mit einer knapp 10prozentigen Absatzsteigerung die Schwäche im Inland (minus 2,8 Prozent) fast ausgeglichen werden. Die Zahlen für die Inlandsproduktion müßten eigentlich noch um zehn bis 20 Prozent nach oben korrigiert werden, meinte Rudert, da die amtliche Produktionsstatistik nur Firmen mit mehr als 20 Beschäftigten erfaßt.

Ein überdurchschnittliches Produktionsplus verbuchten die Hersteller technischer Leuchten mit 7,1 Prozent auf 1,5 Mrd. DM. (Stü)



„Neuer industrieller Kern"

Die Wirtschaft des Bundeslandes Bremen befindet sich wieder auf einem Weg, der deutlich aufwärts zeigt. Diese Auffassung vertraten Wirtschaftssenator Werner Lenz und der Vizepräses der Handelskammer, Dieter H. Berghöfer, auf dem Bremen-Tag im Rahmen der Hannover-Messe. Selbst im Bereich der Krisenbranchen, so Berghöfer, sei wieder eine „wettbewerbsfähige Dimension" erreicht. Parallel dazu sei in Bremen ein neuer industrieller Kern entstanden, der dem Stadtstaat zu einer günstigen Perspektive verholfen habe. Beispiele dafür seien die Entscheidung von Daimler-Benz, ab 1988 die Fertigung von Sportwagen aufzunehmen, die Gründung der Atlas Datensysteme GmbH und der Aufwind der bremischen Flugzeugbauer.

Ganz wesentlich für diese Entwicklung ist nach den Worten von Lenz die Umorientierung der Bremer Universität, die den Naturwissenschaften wieder stärkeres Gewicht einräumt. Trotz aller Erfolge aber bleibe das kleinste Bundesland realistisch. Noch gebe es erhebliche Probleme, wie die „Hypothek von über 15 Prozent Arbeitslosen" zeige. Er, Lenz, halte aber an der These fest, daß es um den Innovationswillen und um die Kreativität in Norddeutschland nicht schlechter bestellt sei als in den süddeutschen Bundesländern.

Allerdings gebe es im Norden historisch erklärbare Strukturprobleme. Der Kapazitätsabbau in der Schiffbauindustrie, der Konkurrenzkampf um Stahlquoten, die Schrumpfung der Hochseefischerei, die Konzentration in der Unterhaltungelektronik und die Verlagerungen der Genuß- und Nahrungsmittelindustrie seien Beispiele dafür. Inzwischen gelte in Bremen die Richtschnur, nur noch solche Strukturen in der Wirtschaft zu konservieren, die eine reale Chance zum Überleben habe. Statt dessen stütze und fördere die Wirtschaftspolitik verstärkt neue zukunftsorientierte Entwicklungen. (dos)

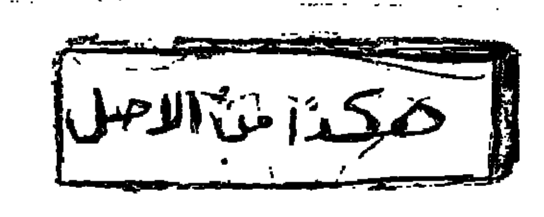
Ist Plagiarius selbst ein Plagiat?

Ist der „Plagiarius" womöglich selbst ein Plagiat? Die Fan-Gemeinde war schockiert. Durch die Verleihung des schwarzen Gartenzwerges mit der goldenen Nase – die er sich durch Plagiieren zu verdienen hofft – werden alljährlich auf der Hannover Messe die dreistesten Kopierer von Industrieideen ausgezeichnet – und nun dieser Vorwurf an den höchstpersönlichen Erfinder der Aktion, Rido Busse. Da hatte sich nämlich Gartenzwerg 917 aus dem Gesamtprogramm einer Firma aus Lauterbach gemeldet und den Plagiarius als „sklavische Nachahmung" seiner selbst gegeißelt.

Doch Busse hat das Recht auf seiner Seite. Den Fans, die zur Preisverleihung in den Pavillon der Benteler Röhrenwerke gekommen waren, fiel ein Stein vom Herzen. Der nachgeahmte Gartenzwerg verläßt das Haus Busse nicht; die Preisträger erhalten jeweils nur eine fotografische Abbildung. Und ein Plagiat ist nur strafbar, wenn es in den Handel gebracht und verkauft wird. Das sah auch Gartenzwerg 917 ein.

Die Aktion überlebt also auch ihr zehntes Jahr – „und das ist gut so", meinte Bernd Thiemann Vorsitzender des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank in seiner Laudatio, „denn Abstumpfung verdeckt, daß die sogenanntenen Nachempfindenden den Volkswirtschaften landauf landab Schaden in Milliardenhöhe zufügen".

Auf Platz eins landete in diesem Jahr die Firma Greenlawn aus Taiwan für ihre Kopie einer Flachschlauchkassette der Firma Gardena. Platz zwei ging an Eberspächer in Esslingen für die Kopie der Pkw-Standheizung der Firma Webasto. Bronze erhielt das Unternehmen Tsung Trusan Trading Company in Taiwan für die Kopie einer Vase der Firma Arzberg (Hutschenreuter). (tl)



FUSSBALL / Meisterschaft ist jetzt wieder bis zum letzten Spieltag spannend: Bremens erste Niederlage seit 14 Spielen

● Werder Bremens Trainer Otto Rehhagel griff zu großen Worten nach der Niederlage in Uerdingen, die die Meisterschaft wieder spannend macht: „Die ganze Nation steht wie ein Mann hinter Bremen." Eine solche Übertreibung kann wohl schon Ausdruck von Nervosität sein. Bremen hat noch zwei Punkte Vorsprung vor München und einen Treffer weniger in der Tordifferenz.

● Beide Titelanwärter können an den drei letzten Spieltagen zweimal zuhause spielen und müssen noch einmal reisen. Für Bremen spricht, daß München noch im Weserstadion antreten muß, wo die Bremer bei 28:2-Punkten noch ungeschlagen sind. Das Restprogramm: Bremen: Gladbach (H), München (H), Stuttgart (A); München: Leverkusen (H), Bremen (A), Gladbach (H).

● Das 0:1 der Bremer in Krefeld bedeutete auch, daß keine Mannschaft mehr in der Rückrunde unbesiegt ist. Die Bremer lassen sich dadurch nicht beeindrucken. Bruno Pezzey sagt: „Die Lage hat sich nicht grundlegend geändert. Wir müssen noch unsere Heimspiele gewinnen, dann sind wir Meister." Münchens Trainer Udo Lattek glaubt, daß Bremen nun nervös werde.

Plötzlich doch noch eine Chance für Funkel – muß Augenthaler weichen?

Von ULRICH DOST

Wolfgang Funkel (27) hatte selbst kaum noch damit gerechnet, daß er noch ins deutsche Aufgebot für die Weltmeisterschaft in Mexiko rutschen würde. Schon vor einer Woche sagte er: „Meine Chancen werden immer geringer." Die Hoffnung aber hat er nie aufgegeben. Wohl deshalb, weil er von Spiel zu Spiel eine konstant gute Leistung gebracht hat. Die „Welt am Sonntag" bewertete seine Leistung beim 1:0-Erfolg über Werder Bremen mit der Note „sehr gut". „Bild am Sonntag" bescheinigte ihm eine länderspielreife Vorstellung (Note „zwei"). Besser geht's nimmer. Wolfgang Funkel: „Darin lag meine einzige Hoffnung: Ein gutes Spiel nach dem anderen."

Und plötzlich zeigt sich ein schmaler Silberstreif am Horizont für den Uerdinger Vorstopper: **Franz Beckenbauer** (40) kommt nach Krefeld, um Funkel im Europapokal-Halbfinal-Rückspiel gegen Atletico Madrid am Mittwoch persönlich anzuschauen.

Wolfgang Funkel ist froh darum, daß er einmal vor den Augen von Beckenbauer spielen kann. Nervös werde er deshalb nicht, meinte er, vielleicht nur kurz vor Spielbeginn. Er sagt: „Ich kann den Druck ganz gut aushalten, wenn Franz Beckenbauer da ist."

Die Uerdinger selbst haben diese Wende schon gar nicht mehr für möglich gehalten. Sie amüsierten sich



schon darüber, mit wieviel Blindheit der Teamchef beschlagen sein muß, um auf so einen Spieler wie Funkel freiwillig zu verzichten. Nach dem Erfolg über Bremen würde Manager **Reinhard Roder** (43) so zitiert: „Franz Beckenbauer ist noch ein Anfänger im Trainergeschäft, das sollte man nicht vergessen. Ich halte ihn in der derzeitigen Situation für überfordert. Und dem deutschen Publikum einen Spieler wie Wolfgang Funkel vorzuenthalten, ist Betrug am deutschen Fußball." Trainer **Karl-Heinz Feldkamp** (51) hat es schon lange aufgegeben, Reklame für seinen Spieler zu machen. Funkels Kollege **Franz Raschid** (31) hat die Diskussion mit diesem Ausspruch bereichert: „Der Franz soll sich 'mal an den Kopf fassen."

*

Das haben Franz Beckenbauer und sein Trainer ***Horst Köppel*** (38) nun auch getan. Horst Köppel: „Wir sind ja auch nicht blöde." Franz Beckenbauer: „Selbstverständlich weiß ich, daß Funkel zuletzt überragende Leistungen gebracht hat. Er könnte durchaus noch ein interessanter Mann für uns werden." Schon am Freitag, zwei Tage nach der blamablen Vorstellung der deutschen Nationalmannschaft in der Schweiz, war für Beckenbauer klar, daß er den Trip nach Uerdingen unternehmen würde. Über den Haufen geworfen war plötzlich die Marschrichtung, gerade erst zwei Tage vor dem Länderspiel ausgegeben, daß keine neuen Spieler mehr getestet würden und Aufnahme in den elitären Kreis für Mexiko finden könnten. Doch der Druck auf Beckenbauer und Köppel wird immer größer. Daher ihr Zick-Zack-Kurs.

Derzeit sieht es eher danach aus, als sollte Beckenbauer doch noch auf die Uerdinger Abwehr mit Wolfgang Funkel als Vorstopper und Libero ***Matthias Herget*** (31) setzen. Wolfgang Funkel: „Wenn Matthias und ich zusammengespielt haben, bekamen wir kaum Gegentore." Für Wolfgang Funkel müßte ein anderer Kandidat weichen: Es wird wohl **Ditmar Jacobs** (31) vom Hamburger SV oder **Klaus Augenthaler** (28) vom FC Bayern München treffen. Wobei die Karten für den Münchner nach dem Länderspiel in Basel am schlechtesten zu sein scheinen. Daß sich etwas tun wird, verdeutlicht die Aussage von *Horst Köppel: „Die Zeit für Entscheidungen ist nun reif.* Wenn's nicht anders geht, muß man manchmal auch Dinge tun, die menschlich wehtun."

*

Während mit Uerdingen ein deutscher Halbfinalist im Europapokal nur so vor Selbstbewußtsein und Tatendrang (Matthias Herget: „Momentan schweben wir förmlich auf einer Wolke") strotzt, sind beim 1. FC Köln eher düstere Wolken aufgezogen. *Vier Tage vor dem Rückspiel* in Waregam (Hinspiel: 4:0 für Köln) traten die Kölner beim 0:3 in Nürnberg wieder den Beweis an, aß sie derzeit zwei Gesichter besitzen. Die WELT sprach mit dem Kölner Trainer Georg Keßler (51).

WELT: Waren Ihre Spieler in Gedanken schon beim Spiel in Belgien? Scheinen einige nicht zu begreifen, daß die Mannschaft noch in Abstiegsgefahr kommen kann?

Keßler: *Ich habe ihnen immer wieder* gesagt, sie sollen nicht an Waregam, an den Europapokal, denken. In Nürnberg aber hätte ich sechs oder sieben Spieler auswechseln müssen. Man muß nicht nur verstehen, daß es gegen den Abstieg geht, sondern das auch umsetzen.

WELT: Das Wort vom Abstieg gehört also durchaus zu Ihrem Sprachgebrauch. Kann Ihre Mannschaft noch absteigen?

Keßler: *Es ist klar, daß Sie mich als* Journalist danach fragen müssen. Wir sind in einer schwierigen Lage. Ich habe schon vor Wochen daraufhin gewiesen, als es bei uns besser lief. Zum Teil haben wir die Situation selbst verschuldet, zum anderen ist die Mannschaft überbelastet. Unsere Spielerdecke ist zu dünn, unsere Bank ist nicht stark besetzt. Dazu kommen die vielen Verletzungen, und daß unsere jungen Spieler wie **Ralf Geilenkirchen** und **Thomas Häßler** bei der Bundeswehr gestreßt werden. Das sind Dinge, mit denen ich konfrontiert bin.

WELT: Befürchten Sie, daß Ihr Team den großen Vorsprung in Belgien noch verspielen kann?

Keßler: Im Fußball ist alles möglich. Was mit Mönchengladbach gegen Real Madrid vorgekommen ist, ist nicht zum ersten Mal passiert.

WELT: Wie werden Sie die Spieler denn bis Mittwoch behandeln?

Keßler: Sie *kommen* bis zum nächsten Samstag nicht mehr aus dem Trainingslager heraus. Wir fahren Montag nach Belgien. Ich habe nicht umsonst ein Hotel direkt am Meer gebucht. Ich verspreche mir viel von dem Reizklima. Nur wenn wir wieder Kraft tanken können, sehe ich die Sache positiv. Wir bleiben dann drei Nächte in Belgien. Am Donnerstag kommen wir nachmittags nach Köln zurück und gehen direkt in ein Hotel. Dann steht am Samstag das schwere Spiel gegen Düsseldorf an.

WELT: Der Verein spekuliert doch aber mit dem Geld aus dem Europapokal, um neue Spieler zu kaufen.

Keßler: *Das stimmt. Ich habe da* schon bestimmte Vorstellungen. Ich bin pausenlos unterwegs, und habe dem Präsidium auch schon Namen genannt. Das beste wäre, wenn wir zwei, drei Spieler bekämen, die sich bereits international profiliert haben.



Melancholischer Blick aufs Spielfeld (und nach vorne?): Otto Rehhagel.


Die geballte Faust, auch in Richtung Bremen: Udo Lattek.
FOTOS: SVEN SIMON

Uerdingens Torschütze Raschid: „Ich mag die Bayern ja auch nicht, aber was sollte ich tun"

ULFERT SCHRÖDER, Bonn

Bayer Uerdingens Stürmer Franz Raschid lieferte das Motto für das Bundesliga-Spektakel am Wochenende: „*Ich mag die Bayern ja auch nicht.* Aber was sollte ich tun. Schließlich spielen wir für Geld." Raschid hatte bei Uerdingens 1:0-Sieg über Werder Bremen das einzige Tor erzielt und damit Bayern München in den Stand versetzt, den mittlerweile im ganzen Land geliebten Spitzenreiter unmittelbar vor dem Ziel noch abzufangen.

Raschid hatte dem Volk, sofern es sich nicht um Bayern handelt, aus tiefster Seele gesprochen. Denn überall oberhalb des Weißwurst-Äquators flackert in diesen Tagen der alte Haß auf die Münchner neu auf. Das schon zu Franz Beckenbauers Zeiten mit Sorgfalt gepflegte Bild ersteht in frischen, bunten Farben: Die fiesen, arroganten Bayern, reich *und großmäulig,* kommen aus dem Hinterhalt, meuchlings sozusagen, und bringen die rechtschaffenen Bremer wieder um ihren verdienten Lohn.

Der Haß erhält zum Ende dieser Saison eine zusätzliche und ebenso pikante wie gefährliche Würze. Am 23. November, als die Bremer in München 1:3 verloren, beförderte ein überaus riskanter Tritt des Münchner Liberos Klaus Augenthaler Bremens Mittelfeldstürmer Rudi Völler auf den Operationstisch. Völler war für den Rest der Spielzeit ausgeschaltet.

Zwar verloren die Bremer seither und bis zum letzten Freitag kein Spiel mehr (ihre beiden anderen Niederlagen, gegen Leverkusen und Kaiserslautern hatten sie schon vorher erlitten), zwar fanden sie in Manfred Burgsmüller einen einzigartigen Vertreter für Völler, und doch werden sie die Schlacht gegen die Bayern am 22. April mit dem bitteren Gefühl der „*Rache für Rudi*" angehen.

„Das wichtigste Spiel meines Lebens", nennt Otto Rehhagel diese Auseinandersetzung unter Flutlicht des Weser-Stadions (SAT 1 überträgt live). Diese vier Worte des Trainers drücken sehr deutlich aus, wie ungewöhnlich, wie überhitzt, bösartig und giftig die Beziehungen der beiden Klubs im Laufe der Saison geworden sind.

„Nein, keiner von uns geht hin", sagte Bremens Manager Lemke, als er nach dem 0:1 in Uerdingen gefragt wurde, ob er oder Rehhagel die Bayern in Dortmund beobachten wollten. „Was soll ich da", knurrte Rehhagel.

Ganz recht, was sollte er da? Seine Erlebnisse wären überwiegend schmerzhaft gewesen. Er hätten den Triumph des Kollegen Udo Lattek *miterleben müssen: „Jetzt schaffen* wir's noch. In Bremen zu gewinnen, das ist zwar nicht leicht, aber es ist auch keineswegs unmöglich."

Ohnehin hatten die süffisanten Bemerkungen des Bayern-Managers Uli Hoeneß die Bremer schon während der letzten Wochen genervt. „Ich gebe jede Wette ein", hatte Hoeneß immer wieder gesagt, „daß Rehhagels Truppe umso unruhiger wird, je näher das Ende der Saison heranrückt, und daß wir mit ihnen gleichziehen werden, wenn wir unser Spiel in Bremen gewinnen."

Genau so scheint es nun zu laufen. Deshalb ordnete Lemke noch in Uerdingen an: „Nur nicht jammern, meine Herren." Und Rehhagel strich, vorbeugend offenbar, die „sensationellen Erfolge" heraus, die „wir in dieser Saison bis jetzt schon erreicht haben". In Werders Kabine schwankte die Stimmung zwischen Ärger, Trotz und jener Ruhe, die das Team bisher ausgezeichnet hatte.

Kaum zwanzig Stunden später wurde bei den Bayern keineswegs lauthals gejubelt und Champagner geordert. Genüßlich feixend und selbstzufrieden freilich kosteten Lattek und seine Leute ihre famose Position aus. Lattek: „Auf diesen Moment, auf diese Niederlage von Bremen haben wir lange gewartet. Sie hat bei meinen Spielern einen regelrechten Schub hervorgerufen." Die Münchner haben also die psychischen, die Bremer die sportlichen Vorteile:

Den Gegner im Nacken zu spüren, nach einem schier endlosen Rennen, von seinem heißen Atem getrieben zu werden und zu fürchten, den sicher geglaubten Erfolg in letzter Sekunde zu verlieren, diese Spannung auszuhalten, erfordert beinahe übermenschliche Nervenkräfte. Im eigenen Stadion freilich, den Schrei der Fans wie eine Mauer im Rücken, könnten die Bremer diese Kräfte finden.

Wenn man Bruno Pezzey glaubt, so ist seine Bremer Mannschaft nicht unerwartet in diese Zwangslage geraten. „Mir war schon immer klar", sagt Pezzey, „daß wir am Ende ein echtes Finale gegen die Bayern zu spielen hätten. So oder so: Um Meister zu werden, müssen wir die Münchner schlagen."

Nürnberg ist endgültig in Sicherheit

								Heim		Auswärts	
1.	Bremen	31	20	7	4	81:38	47:15	54:12	28:2	27:26	19:13
2.	München	31	20	5	6	76:31	45:17	52:14	26:4	24:17	19:13
3.	M'gladbach	31	15	11	5	63:42	41:21	38:16	25:7	25:26	16:14
4.	Stuttgart	31	15	7	9	62:42	37:25	33:13	21:9	29:29	16:16
5.	Uerdingen	29	15	6	8	48:54	36:22	26:20	22:6	22:34	14:16
6.	Leverkusen	31	14	8	9	59:48	36:26	40:17	27:5	19:31	9:21
7.	Hamburg	30	14	5	11	46:33	33:27	29:11	20:8	17:22	13:19
8.	Mannheim	31	11	10	10	40:38	32:30	28:15	22:10	12:23	10:20
9.	Bochum	30	12	4	14	52:53	28:32	36:23	21:11	16:30	7:21
10.	Schalke	30	11	6	13	48:50	28:32	33:16	21:9	15:34	7:23
11.	Frankfurt	30	7	13	10	34:44	27:33	22:15	20:12	12:29	7:21
12.	Nürnberg	31	11	5	15	46:46	27:35	29:22	17:15	17:24	10:20
13.	Köln	31	8	10	13	41:55	26:36	27:19	18:12	14:36	8:24
14.	Düsseldorf	31	9	7	15	47:71	25:37	29:27	19:13	18:44	6:24
15.	K'lautern	31	7	10	14	39:52	24:38	25:14	20:12	14:38	4:26
16.	Dortmund	30	8	7	15	43:59	23:37	32:23	18:12	11:36	5:25
17.	Saarbrücken	31	5	9	17	36:60	19:43	25:21	17:13	11:39	2:30
18.	Hannover	30	5	6	19	41:86	16:44	18:28	10:18	23:58	6:26

So verlor Werder Bremen

Die Minuten zerrannen den Bremern, und plötzlich spürten sie die Faust im Nacken. Die Faust aus München. Zum erstenmal seit fünf Monaten, seit ihrer Niederlage im Olympiastadion, wurden aus den kühlen Köpfen der Hanseaten heiße Birnen.

Ihre Gereiztheit, die auf dem schmalen Grat zwischen Lampenfieber und Selbstzweifeln balancierende Stimmung, hatten sie schon mitgebracht nach Uerdingen. Sie hatten ihre Gründe. Pezzey hatte seine Sperre nach der vierten gelben Karte abzusitzen. Neubarth, Meier und Burgsmüller würden neunzig Minuten am Rande dieser Sperre entlangspielen. Und die spürten die Entschlossenheit der Uerdinger.

„Unsere Teilnahme am internationalen Geschäft können wir uns nur in der Bundesliga sichern", hatte Trainer Feldkamp gesagt. „Mit einem Sieg über Atletico Madrid und einem Erfolg im Europacup-Finale zu rechnen, *das sind gefährliche Spekulationen.* Ich warne eindringlich davor."

Für die Uerdinger war der Einsatz also beinahe genauso hoch wie für die Bremer, und dies machte das Spiel schön und gefährlich zugleich.

Gefährlich, weil die Aggressivität immer deutlicher in giftige Feindseligkeit umschlug. In den Zweikämpfen, in Gesten und in Worten gingen die Spieler aufeinander los. Und nicht nur die. Eine Schlüsselszene kurz vor Schluß: Als der Ball ins Aus rollt, befördert ihn Feldkamp mit einem Tritt noch ein Stück weiter weg. *Kutzop holt* das Leder, rennt zurück an die Linie, aber kurz davor stellt sich Feldkamp in den Weg. Der Bremer rempelt den Trainer des Gegners zu Boden.

Schön war diese Partie, weil sie Bundesliga-Fußball bester Güte bot. Tempo, Taktik, Technik von hoher Qualität. Wie es Uerdingen gelang, sich aus dem Griff der Bremer freizuspielen, gehört zu den eindrucksvollsten Leistungen der Saison. Wolfgang Funkel bot von der ersten bis zur letzten Minute einen fehlerlosen, vielseitigen, erstklassigen Stopper-Part. Und Herget wirkte als Organisator, als Ideengeber und Gestalter so perfekt wie Lerby und Raducanu.

Bremen und Uerdingen besitzen zur Zeit die stärksten Teams der Bundesliga, und was am Freitagabend an Fußball zu erleben war, lag um eine Klasse höher als das Länderspiel in Basel. U. S.

So siegte Bayern München

Münchens Sieg in Dortmund wurde zu einem Schauspiel in drei Bildern. Sie zeigten dramatische Züge, traurige und glückliche Höhepunkte, einen vom Pech geschlagenen Verlierer und einen logischen Sieger.

Erstes Bild: *Die Retter Pfaff und Rummenigge. Der Belgier hatte einen* jener Nachmittage, in denen ein Torwart die ganze Glückseligkeit seines vertrackten Jobs durchlebt. Pfaff hielt auch die unhaltbaren Schüsse von Raducanu, Zorc, Simmes, Bittcher.

Lächerlich der Gedanke, er müsse in Belgien um seinen Stammplatz in der Nationalelf fürchten. Lächerlich auch die Idee, bei den Bayern könne ihn der zur Zeit verletzte Aumann ausstechen. Freilich, zweimal schien Pfaff verloren, aber in beiden Fällen stand Michael Rummenigge auf der Linie und wehrte ab. Selbst wenn er wirklich nach Hamburg geht, sollten die Münchner ihrem kleinen Rummenigge diesen Dienst nie vergessen.

Zweites Bild: das Duell der Spielmacher, Raducanu gegen Lerby. Nach einer Stunde schien Raducanu der Sieger zu sein. Er spielte attraktiver, zwang seine Mannschaft – die schwächere von beiden – zu glänzenden Zügen. Er arbeitete mehr torreife Szenen heraus, war selber auch torgefährlicher als der Däne. Doch Stück für Stück wuchtete Lerbys Kraft das Spiel auf die Seite der Bayern. Lerby spielte die Rolle des Regisseurs mit den Attitüden des Kulis. Nach einer *Stunde hatte er seine Kräfte restlos* ausgeschöpft. Das entscheidende 2:0 bereitete er noch vor. Danach ließ er sich auswechseln.

Drittes Bild: Die Torschützen, die erfolgreichen, und der Spott für Dieter Hoeneß. Dortmunds Stopper Hupe ließ den Spät-Nationalspieler keinen Stich einstreichen. Die Fans verhöhnten Hoeneß bis er gänzlich im Mittelmaß untergetaucht war. Danach wurde das Spiel der Bayern variabler, unberechenbarer. Pflüglers Treffer (35.) war ein Glücksschuß. Wohlfahrts Tore (71. und 77.) waren von Rummenigge und Lerby herausgespielt.

Und Dortmund? Trainer Csernai („meine Zukunft steht nicht mit dem *Ruhrgebiet in Verbindung) bescheinigte* seiner Mannschaft eine gute Einstellung, „mit der sie sich sicherlich retten wird". Torwart Immel: „Wenn wir am Dienstag Bochum schlagen, lassen wir zumindest Kaiserslautern hinter uns." U.S.

Günter Netzer: „Es macht mich fast wahnsinnig, daß die Dinge so laufen"

BERND WEBER, Hamburg

Trainer Ernst Happel, der – zumindest im Umgang mit Journalisten – eigentlich nie einen freundlich-verbindlichen Ton angeschlagen hat, gab sich in der Pressekonferenz nach dem 1:3 des Hamburger SV bei Fortuna Düsseldorf noch um eine Spur grantiger als üblich. Das Geschehen im Rheinstadion faßte er nur kurz zusammen. Seine Mannschaft habe herzlich wenig geboten, vor allem in der ersten Halbzeit. Nach dem Seitenwechsel sei es dann etwas besser geworden. Aber das habe nicht ausgereicht, um einen Punkt zu retten.

Freilich, es war wohl weniger die Niederlage an sich, die dem Trianer die Laune total verdorben hatte. Vielmehr bedrückt ihn sicherlich die Erkenntnis, daß nunmehr in fast unerreichbare Ferne gerückt ist, was zu Saisonbeginn von allen HSV-Verantwortlichen als Pflichtziel angepeilt worden war: Das Erreichen eines UEFA-Cup-Platzes. Tatsächlich nämlich driften die Hamburger, wie es die WELT am SONNTAG schrieb, ab ins Niemandsland der grauen Mäuse. Und der Sport-Informations-Dienst (sid) meint, der HSV habe inzwischen jegliche Orientierung verloren.

Das sportliche Defizit, das zudem verbunden ist mit dem Ausscheiden in der jeweils ersten Runde sowohl im UEFA- als auch im DFB-Pokal, schlägt sich in geradezu verheerenden Zahlen nieder: Mit gut 24 000 Zuschauern pro *Heimspiel* hatten die Hanseaten kalkuliert, der Schnitt ist auf knapp 20 000 gesunken. Legt man pro Karte einen Durchschnitts-Eintrittspreis von 15 Mark zu grunde, beträgt das Minus allein aus den Bundesligaspielen dieser Saison etwa 1,3 Millionen Mark. In Hamburg kursieren Gerüchte, daß die Gesamtverbindlichkeiten auf annähernd zehn Millionen Mark gestiegen sein sollen.

Was der sportliche und der finanzielle Niedergang in der Konsequenz bedeuten, haben die Hamburger zuletzt mehr als deutlich gemacht. Den Verkauf ihres Nationalspielers Wolfgang Rolff (für etwa zwei Millionen Mark zu Leverkusen) haben sie quasi abgeschlossen. Jetzt suchen sieh auch noch einen Käufer für Abwehrspieler Michael Schröder, der eine Millionen Mark bringen soll. Insider behaupten, daß auch noch der Stürmer Thomas von Heesen auf die Transferliste gesetzt wird.

Für Manager Günter Netzer, der vor sechs Jahren am Rothenbaum begann, ist die Entwicklung besonders tragisch. Erst putzte er den HSV zu einem Klub internationaler Spitzenklasse heraus und schuf mit seiner Personalpolitik die Voraussetzungen dafür, daß der Traditionsverein während seiner Amtszeit dreimal deutscher Meister und 1983 sogar glanvoller Europapokalsieger der Landesmeister wurde. Doch ausgerechnet jetzt, da er am Saisonende seine Zelte in Hamburg abbrechen und (am 1. September) bei einer Schweizer Werbefirma *einsteigen* wird, steht Netzer vor einem Scherbenhaufen.

„Es macht mich fast wahnsinnig", gestand der Manager in einem Gespräch mit der WELT, „daß die Dinge so laufen. Und ich gebe zu, daß ich deswegen häufig nachts nicht mehr schlafen kann." Ob er sich hauptschuldig fühle für die Fehlentwicklung? Netzer: „Selbstverständlich weiß ich, daß mich viele für den großen Buhmann halten. Ich habe meine Arbeit jedoch immer als Teamwork verstanden. Darauf habe ich Wert gelegt, als wir wegen unserer Erfolge gefeiert wurden. So halte ich es auch jetzt, wir alle haben Fehler gemacht."

Daß Netzer seinem Amtsnachfolger Felix Magath ein schweres Erbe hinterlassen wird, wissen beide – sie haben sich zuletzt ziemlich intensiv darüber unterhalten. Wobei sich Magath, entgegen anders verbreiteten Meldungen, noch nicht darüber im klaren geworden ist, ob er das Angebot seines Vereins, ein weiteres Jahr als Spieler dranzuhängen, und damit eine Doppelfunktion zu übernehmen, annehmen soll. Die Entscheidung darüber wurde erst einmal vertagt.

Auch ein anderes Thema ruht nur und ist nicht endgültig abgehakt. Insgeheim bemüht sich der HSV nämlich immr noch, Sponsoren aufzutreiben, *mit deren Hilfe* der Einkauf von Barcelona-Star Bernd Schuster bewerkstelligt werden kann. Nach außen hin üben sich die Hamburger indes in Bescheidenheit. Magath besuchte gestern eine Amateurbegegnung *in Kiel*, um einen Spieler zu beobachten.

VORSCHAU

K'lautern – Stuttgart	2:2	(0:1)
Uerdingen – Bremen	1:0	(0:0)
Bochum – Hannover	3:2	(0:1)
Dortmund – München	0:3	(0:1)
Nürnberg – Köln	3:0	(1:0)
Düsseldorf – Hamburg	3:1	(2:0)
Mannheim – Saarbrücken	1:0	(1:0)
Frankfurt – Schalke	3:0	(2:0)
Leverkusen – M'gladbach	3:1	(2:0)

Grau: Die Spiele

Bochum – Hannover 3:2 (0:1)

Bochum: Kleff – Kempe – Oswald, Woelk – Kühn, Benatelli (46. Leifeld), Lameck, Wielert (46. Knüwe), Wegmann – Fischer, Kuntz. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Thiele (82. Kuhlmey), Geschlecht – Giesel, Gue (82. Gerber), Heidenreich, Baier, Möller – Reich, Schaub. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 0:1 Schaub (22.), 1:1 Kuntz (46., Foulelfmeter), 2:1 Fischer (50.), 3:1 Kuntz (61.), 3:2 Schaub (70.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karte:** Heidenreich.

K'lautern – Stuttgart 2:2 (0:1)

K'lautern: Graf – Geye – Wolf, Dusek – Wuttke, Moser, Melzer (46. Majewski), Brehme, Schupp – Allofs, Roos. – **Stuttgart:** Roleder – Zietsch – Schäfer, K.-H. Förster – Hartmann, Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson, Nushöhr – Klinsmann, Pasic. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 Sigurvinsson (20.), 1:1 Brehme (60.), 1:2 Klinsmann (72.), 2:2 Dusek (74.). – **Zuschauer:** 16 123. – **Gelbe Karten:** Schäfer (7), K.-H. Förster (4/2).

Uerdingen – Bremen 1:0 (0:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – W. Funkel, Dämgen – Bommer, Edvaldsson, Buttgereit, F. Funkel, Raschid – Loontiens (86. Schäfer), Feilzer (67. Wöhrlin). – **Bremen:** Funk – Kutzop – Votava, Okudera – Wolter, Schaaf, Meier, Hermann (63. Ordenewitz), Otten – Burgsmüller, Neubarth. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tor:** 1:0 Raschid (56.). – **Zuschauer:** 18 000.

Düsseldorf – Hamburg 3:1 (2:0)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Bunte, Keim – Bockenfeld, Weikl, Zewe, Dusend, Demandt – Holmquist, Thiele (73. Thomas). – **Hamburg:** Stein – Plessers – Jakobs, Homp (73. Schmöller) – Kaltz, Lux (39. Balzis), Schröder, Rolff, Magath – Gründel, von Heesen. – **Schiedsrichter:** Boos (Weiskirchen). – **Tore:** 1:0 Dusend (13.), 2:0 Bockenfeld (34.), 2:1 Plessers (82.), 3:1 Demandt (90.). – **Zuschauer:** 10 000.

Mannheim – Saarbrücken 1:0 (1:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Scholz (63. Schlindwein), Quaisser, Gaudino (71. Remark), Bührer, Rombach, Walter. – **Saarbrücken:** Hallmann – Boysen – Schnier, W. Müller, Kruszynski – Szesni, Muntubila (50. Berge), Mohr, Jusufi – Makan (76. Demange), Blättel. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tor:** 1:0 Rombach (42.). – **Zuschauer:** 5000. – **Gelbe Karten:** Scholz (2), Rombach (2), Kohler (4/2), Schnier.

Dortmund – München 3:0 (2:0)

Dortmund: Immel – Huber – Hupe, Kutowski – Storck, Zorc, Bittcher, Raducanu, Loose (66. Anderbrügge) – Simmes, Wegmann. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Matthäus, Lerby (80. Schwabl), Rummenigge, Willmer – Wohlfahrt, Hoeneß (81. Mathy). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 0:1 Pflügler (34.), 0:2 Wohlfarth (71.), 0:3 Wohlfahrt (77.). – **Zuschauer:** 47 000.

Frankfurt – Schalke 3:0 (2:0)

Frankfurt: Gundelach – Theiss – Berthold, Körbel – Sarroca, Sievers, Falkenmayer, Kitzmann, Trieb – Mitchell, Svensson. – **Schalke:** Junghans – Fichtel – Kruse, Schipper – Opitz, Dierßen, Hartmann, Thon, Skibbe (87. Roth) – Schatzschneider (46. Regenbogen), Täuber. – **Schiedsrichter:** Geachter (Schweiz). – **Tore:** 0:1 Kitzmann (29.), 2:0 Svensson (44.), 3:0 Sarroca (83.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Sievers (4/1).

Leverkusen – M'gladbach 3:1 (2:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Schreier, Reinhardt – Zechel, Hantzidis (67. Hinterberger), Drews, Götz, Hielscher – Waas, Tscha. – **M'gladbach:** Thorstvedt – Bruns – Borowka, Winkhold – Frontzeck, Hochstätter, Rahn, Lienen (46. Krisp), Herbst – Mill (67. Pinkall), Criens. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Winkhold (28., Eigentor), 2:0 Zechel (32.), 3:0 Waas (57.), 3:1 Rahn (74.). – **Zuschauer:** 12 700. – **Gelbe Karten:** Zechel (7), Hantzidis (2), Borowka (4/1), Winkhold (4), Criens (3).

Nürnberg – Köln 3:0 (1:0)

Nürnberg: Heider – Reuter – Giske, Grahammer – T. Brunner, Nitsche (65. Klaus), Geyer (25. J.-J. Brunner), Lieberwirth, Güttler – Andersen, Eckstein. – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Geils, Steiner – Prestin (70. Dickel), Janßen, Häßler, Hönerbach (57. Geilenkirchen), Bein – Lehnhoff, Allofs. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 1:0 Giske (37.), 2:0 Nitsche (48.), 3:0 Andersen (73.). – **Zuschauer:** 27 500. – **Gelbe Karten:** Hönerbach (2), Bein.

ERGEBNISSE

32. Spieltag:

Donnerstag, 17.4., 20 Uhr:	
Bremen – M'gladbach	(2:1)
Freitag, 18.4., 20 Uhr:	
Hannover – Frankfurt	(3:1)
Uerdingen – Nürnberg	(2:1)
Samstag, 19.4., 15.30 Uhr:	
Schalke – K'lautern	(0:0)
Köln – Düsseldorf	(3:1)
München – Leverkusen	(2:1)
Stuttgart – Dortmund	(0:2)
Saarbrücken – Bochum	(1:3)
Hamburg – Mannheim	(1:0)
Nachholspiele:	
Dienstag, 15.4., 20 Uhr:	
Dortmund – Bochum	(1:5)
Hamburg – Schalke	(0:1)
Sonntag, 20.4., 18.30 Uhr:	
Hannover – Uerdingen	(3:3)
Donnerstag, 24.4., 20 Uhr:	
Uerdingen – Frankfurt	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

2. Liga

Blau-Weiß erwartet nun 60 000 Fans

dpa, Bonn

Der Geheimfavorit steht oben. Erstmals konnte Blau-Weiß 90 Berlin für mehr als 24 Stunden die Tabellenspitze in der zweiten Liga übernehmen. Der 1:0-Auswärtssieg in Braunschweig war für die Berliner der Steigbügelhalter für den Platz an der Sonne mit 43:23 Punkten. Trainer Bernd Hoss blieb im Jubel seiner Mannschaft gelassen und blickte in die Zukunft: „Wir haben den Aufstieg selbst in der Hand, denn auf Fremdhilfe sind wir nicht angewiesen. Die Spieler ernten jetzt den Lohn für ihren Einsatz auf dem Spielfeld und die Bereitschaft im Training."

In Berlin rüsten die Verantwortlichen von Blau-Weiß 90 für den größten Zahltag in der Vereinsgeschichte. „Nun kommen gegen FC Homburg über 60 000 Fans, denn 50 000 Karten hat schon ein Sponsor übernommen. Wir werden wohl Zusatz-Tribünen aufstellen müssen", gab sich Trainer Hoss zuversichtlich, denn neben der sportlichen soll nun auch die wirtschaftliche Seite im Klub stimmen, wo einiges noch sehr amateurhaft zugeht. Daß der Sieg in Braunschweig durch in Eigentor von Eintracht-Abwehrspieler Kindermann (63.) zustande kam, störte bei Blau-Weiß 90 niemanden. „Wir waren doch einfach besser", meinten Egon Flad und Torjäger Leo Bunk, der diesmal leer ausgegangen war, übereinstimmend.

Die Führung der Berliner ermöglichte Alemannia Aachen, denn der bisherige Spitzenreiter Fortuna Köln (41:19 Punkte) wurde 3:0 besiegt. Die Kölner blieben Zweiter, doch spüren sie bereits den Atem von FC Homburg und Alemannia Aachen (beide 40:24). Die Saarländer konnten Absteiger Tennis-Borussia Berlin 3:0 schlagen. Da auch Hertha BSC 2:3 gegen Darmstadt 98 verlor, könnte Berlin in der nächsten Saison ohne Zweitligaverein dastehen, wenn nach Tennis Borussia auch Hertha BSC absteigt und Blau-Weiß aufsteigt.

Die Spieler des MSV Duisburg und von Tennis Borussia Berlin werden Amateure, doch die anderen zwei Kandidaten werden bis zum letzten Spieltag noch gesucht. Bayreuth erlitt mit 0:5 bei Rot-Weiß Oberhausen einen herben Rückschlag und auch Viktoria Aschaffenburg leistete sich mit der 0:3-Heimniederlage gegen VfL Osnabrück einen unerwarteten Seitensprung.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Aachen – Köln	3:0	(1:0)
Homburg – TB Berlin	3:0	(2:0)
Bielefeld – Kassel	2:1	(0:0)
Aschaffenb. – Osnabrück	0:3	(0:0)
Freiburg – Duisburg	3:0	(1:0)
Hertha BSC – Darmstadt	2:3	(0:1)
Solingen – Wattenscheid	0:0	
Oberhausen – Bayreuth	5:0	(1:0)
Braunschweig – BW Berlin	0:1	(0:0)
Stuttgart – Karlsruhe	2:1	(1:1)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.BW Berlin	33	16	11	6	70:41	43:23
2.Köln	30	18	5	7	53:38	41:19
3.Homburg	32	16	8	8	67:37	40:24
4.Aachen	32	14	12	6	52:30	40:24
5.Karlsruhe	33	16	7	10	57:41	39:27
6.Wattenscheid	32	15	8	9	51:48	38:26
7.Bielefeld	33	15	8	10	53:42	38:28
8.Darmstadt	32	14	8	10	60:46	36:28
9.Stuttgart	32	13	8	11	55:49	34:30
10.Kassel	31	14	5	12	46:45	33:29
11.Oberhausen	33	10	11	12	52:52	31:35
12.Braunschweig	31	10	10	11	55:50	30:32
13.Osnabrück	31	9	11	11	39:42	29:33
14.Solingen	31	9	11	11	40:54	29:33
15.Aschaffenb.	32	12	3	17	44:54	27:37
16.Freiburg	31	9	8	14	44:53	26:36
17.Hertha BSC	33	6	14	13	43:56	26:40
18.Bayreuth 1	31	8	8	15	32:61	24:38
19.TB Berlin	31	7	8	16	39:64	22:40
20.Duisburg	32	3	4	25	23:72	10:54

Nachholspiele: Dienstag, 15.4., 18.15 Uhr: Kassel – Darmstadt, Bayreuth – Duisburg, Freiburg – TB Berlin, Homburg – Braunschweig; **20 Uhr:** Osnabrück – Köln, Wattenscheid – Aachen. – **34. Spieltag, Freitag, 18.4., 18.15 Uhr:** Bayreuth – Braunschweig; **20 Uhr:** Osnabrück – Freiburg, Duisburg – Hertha BSC. – **Samstag, 19.4., 15.30 Uhr:** BW Berlin – Homburg, Wattenscheid – Stuttgart, Aschaffenburg – Aachen, Kassel – Köln, Karlsruhe – Oberhausen, Darmstadt – Solingen. – **Sonntag, 20.4., 15 Uhr:** TB Berlin – Bielefeld.

Bernhard Langer und Boris Becker feiern stolze Erfolge in den USA – und werden von den Amerikanern gefeiert





Sie sagen es nicht selbst, sie sind zwar selbstbewußt, aber auch bescheiden: Bernhard Langer (links) und Boris Becker (hier im fröhlichen Gespräch mit seinem Trainer Günther Bosch) sind hervorragende Botschafter Deutschlands in den USA. So sehen es die amerikanischen Fernseh- und Zeitungskommentatoren. Wenn sie über Golf oder Tennis berichten, kommen sie an den beiden Namen nicht mehr vorbei. Becker ist sogar soetwas wie ein Ersatz-Liebling seitdem John McEnroe eine Pause einlegt und Jimmy Connors gesperrt ist. Nur ein Polizist erkannte ihn nicht, als er bei Rot über die Straße ging. Becker wurde gestoppt, hatte aber keinen Ausweis dabei. Becker: „Ich bin Tennisspieler." Der Polizist: „Ich kenne mich nur im Football aus."

Langers weite Schläge verblüfften. „Ich habe sehr beständig gespielt"

GERD A. BOLZE, Augusta

Beim Masters-Golf-Turnier in Augusta (US-Bundesstaat Georgia) war am Sonntagmorgen für Bernhard Langer die Welt wieder in Ordnung: Mit insgesamt 211 Schlägen (74+68+69) bei einem Platzstandard von 72 arbeitete sich der Vorjahrssieger aus Deutschland vom enttäuschenden 25. Platz in der Ersten Runde über den vierten Rang sogar auf Platz zwei vor. (Das Endergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

Nur 69 Schläge benötigte Langer vor 40 000 Zuschauern – natürlich war das ausverkauftes Haus – für seine dritte Runde, doch ganz zufrieden war er mit dieser Leistung nicht. „Ich habe wieder kein Glück mit dem Putten gehabt," haderte er, „gerade aus zwei, drei Metern Entfernung hatte ich auf den Grüns meine Schwierigkeiten." Und dann: „Aber ich spielte trotzdem sehr beständig." Überragend waren einmal mehr die langen Schläge Langers, dessen fast mathematische Vorstudien, was Abmessungen und Länge des Platzes angeht, ihre Früchte trugen. „Und bei idealen Wetter war die Schlägerwahl auch nicht schwer," sagte Langer.

Langer, der die vorletzte Runde gemeinsam mit dem Japaner Tommy Nakajima spielte, wurde dabei von einer größeren deutschen Anhängerschar begleitet, die alle mit Sonnenblenden ausgerüstet waren, die die Aufschrift „Langer Likers" tragen. Langers amerikanische Ehefrau Vikki, die im Juli ihr erstes Kind erwartet, hatte diese Sonnenblenden zuerst gratis verteilt, doch dann fünf Dollar pro Stück verlangt. Das sind Einnahmen, die anschließend an eine wohltätige Organisation fließen werden.

Der Mann des Tages war am Samstag in Augusta allerdings nicht Bernhard Langer, der 28jährige Golf-Profi aus Anhausen bei Augsburg, sondern der in den USA lebende Südafrikaner Nick Price (29), der am dritten Tag mit 63 Schlägen den Platzrekord um einen Schlag verbesserte. Bisher hielten den Rekord von 64 Schlägen sechs Spieler; erstmals hatte ihn 1940 Lloyd Mangrum erreicht. Auf einem der vier Major-Turniere der Welt (British-, US-, PGA-Open, Masters) ist eine derart niedrige Runde zuvor noch nie erreicht worden. „Natürlich träumt man von so etwas ein Leben lang," freute sich Price, der für die erste Runde des Turniers gar 79 Schläge benötigte und seine Rekordrunde mit einem Bogey, einen Schlag über Par, startete, bevor eine Serie von Glanzschlägen folgte. „Jeder Schlag lag an der Fahne," meinte der Außenseiter, dessen Caddie sinnigerweise die Startnummer 63 trug.

„Solch in Golf spielt man nur einmal im Leben," kommentierte Bernhard Langer die Attacke des Südafrikaners, „doch auch ich hätte mit ein wenig Glück eine 65 spielen können."

Geradezu unauffällig hatte sich derweil Greg Norman an die Spitze gemogelt. Der 29 Jahre alte Australier hat an den drei ersten Tagen 210 (70+72+68) Schläge verbucht, auf einem Platz, „der mir liegt, den ich aber oft zu aggressiv angehe." Hinter Norman folgen Bernhard Langer, Nick Price (79+69+63), der Spanier Serveriano Ballasteros (71+68+72) und der Amerikaner Donnie Hammond (73+71+67), für die alle jeweils 211 Schläge addiert wurden.

Rundenrekord auf den Grüns von Augusta, und Grün ist ohnedies die Masters-Farbe. Nicht nur die Jacketts der Mitglieder und der Masters sind grün. Auch die Seidentapeten und Polstermöbel im streg bewachten Klubhaus sind es, die Zuschauerbänke und Fernsehtürme, das Klub-Emblem, die Papierkörbe, die Absperrseile und selbstverständlich auch die Pappbecher für die Getränke und das Einwickelpapier für die Sandwiches, die Abfallsäcke, die für 15 Dollar zu habenden Klappstühle, die Elektrowagen der Funktionäre, die Kleider der Hostessen und der Klub-Sekretärin. Nur die Overalls der Caddies sind weiß – allerdings mit grünen Schriftzügen bestickt, Namen und Startnummer bilden.

Der Platz des National-Golf-Clubs von Augusta dürfte wohl der exklusivste Sportplatz der Welt sein. Die 18 Spielplanen auf der ehemaligen Obstplantage bilden Anfang April einen blühenden Park. Deshalb tragen die 18 Bahnen auch nicht einfach nur Nummern, sondern entsprechende Namen: „Blühender Apfelbaum" oder auch „Chinesisches Feuer".

Steffi Graf ohne Satzverlust ins Finale gestürmt

sid/dpa, Hilton Head

Ohne Satzverlust stürmte Steffi Graf ins Endspiel des mit 200 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturniers von Hilton Head Island im amerikanischen Bundesstaat South Carolina, wo sie im Finale auf die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd traf. Das Ergebnis dieses Finalspieles lag bei Redaitionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Die 16 Jahre alte Heidelbergerin hatte zuvor im Halbfinale die an Nummer zwei gesetzte Tschechoslowakin Hana Mandlikoa mit 6:2 und 6:4 besiegt. Nach diesem Spiel sagte Steffi Graf: „Das war mein bestes Turnierspiel und zugleich einer meiner größten Siege. Jemanden wie sie geschlagen zu haben, stimmt mich zuversichtlich." Hana Mandlikova, die 24 Jahre alte Pragerin, hatte für ihre Schlappe schnell eine Erklärung parat: „Ich spiele jetzt schon acht Wochen in Folge, da war ich heute einfach zu müde. Ich muß jetzt unbedingt eine Pause machen, um meine lädierte Schulter auszukurieren."

Steffi Graf bestritt ihr viertes Turnier in diesem Jahr. Neben den zwei Finalteilnahmen in Key Brisbane und Boca Raton hatte sie beim Masters-Turnier in New York das Halbfinale erreicht, wo sie an der Weltranglisten-Ersten Martina Navratilova (USA) gescheitert war.

Vor dem Halbfinale von Hilton Head belegte Hana Mandlikowa in der Weltrangliste den dritten, Steffi Graf den vierten Platz. Nun dürften die beiden wieder getauscht haben.

„Das beste Tennis von Boris" rettete Turnier von Milliardär Hunt

H.-J. POHMANN, Dallas

Trainer Günther Bosch jubelte: „Boris hat sein bestes Tennis überhaupt gespielt." Eine Übertreibung oder nur die Erleichterung darüber, daß Boris Becker wieder einmal einen Rückschlag verdaut hat? Der 18 Jahre alte Wimbledonsieger, in Atlanta in der ersten Runde ausgeschieden, erreichte das Finale der WCT-Weltmeisterschaft in Dallas (gegen Anders Jarryd) mit einem 7:6, 7:6, 4:6, 7:6 über den Schweden Stefan Edberg, der in der Zukunft wohl sein stärkster Konkurrent um Platz eins der Weltrangliste sein wird. Becker rettete damit dem Veranstalter auch noch halbwegs das Geschäft. Denn, der Stern dieses einst so bedeutungsvollen Turniers sinkt.

In Dallas gab der Public-Relations-Manager der ATP (der Vereinigung der Berufs-Tennisspieler), George Pharr, einen hübschen Spruch zum besten. „Es gibt Männer, die geben ihr Geld für Frauen oder Autos aus. Lamar Hunt steckt sein Geld in ein eigenes Tennis-Turnier." Recht hat Pharr, denn dieses Hobby des Öl-Milliardärs ist mittlerweile auch recht kostspielig geworden. Dabei war die Ausgangsposition für Hunt, der 1968 die Gruppe WCT (World Championchips of Tennis) gründete, ideal.

Er war derjenige, der den Amateurfunktionären den richtigen Weg zum Profi-Tennis aufzeichnete und in den 70er Jahren mit einem eigenen Turnier-Circuit vom Januar bis April einen festen Platz im Turnier-Kalender hatte. Dallas war dann Austragungspunkt für die Besten der Serie. Und alle, ob Rod Laver, Björn Borg, John McEnroe und zuletzt Ivan Lendl, fanden den Weg nach Dallas.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Zum einen gibt es, mittlerweile fast rund um die Uhr, Grand-Prix-Turniere und dazu unzählige hochdotierte Schaukämpfe für die Stars. Kein Wunder, daß bei dieser Entwicklung der Titel eines WCT-Weltmeisters an Wert verloren hat. Kräftig verloren hat auch Hunt selbst in den letzten Jahren. Nachdem er, laut Pharr, vor einigen Jahren an die 27 Millionen Dollar für sein Soccer-Team, die Dallas Tornados, verloren hatte, soll sich der gleiche Minusbetrag auch bei seinen Tennis-Veranstaltungen angesammelt haben.

Denn die dollarschweren Stars spielen nicht mehr mit. Wobei die Ausgangsposition in diesem Jahr für Hunt besonders ungünstig war. Da legte John McEnroe seine schöpferische Pause ein, Jimmy Connors muß wegen seiner zehnwöchigen Sperre zwangsläufig pausieren und Ivan Lendl sagte sechs Tage vor Turnierbeginn wegen Kniebeschwerden ab. Auf dem Papier ohne Zweifel deftige Gründe, doch zumindest bei Lendl zeigt es sich hierbei erschreckend klar, wie die Turnierveranstalter zu Sklaven der Stars geworden sind. Laut Vertrag hätte nämlich der Weltranglisten-Erste auch bei einer Verletzung zumindest drei Tage vor Ort sein müssen. Zumal es für Lendl auch galt, einen Tennisball aus purem Gold (Wert 10 000 Dollar) als erfolgreichster Spieler der Saison 1985 in Empfang zu nehmen. Also jettete er am Freitag um 13.00 Uhr von New York aus nach Dallas, nahm den Ball in Empfang und antwortete einem Journalisten auf die Frage, was er denn nun in den nächsten Tagen in Dallas unternehmen würde, „in einer Stunde und zwölf Minuten geht mein Flugzeug, das muß ich erreichen, um am Sonntag morgen pünktlich beim Golf zu sein."

In Dallas wurde das Dilemma, in dem vor allem das amerikanische Tennis steckt, allen Beteiligten wieder deutlich vorgeführt. Die amerikanischen Zuschauer können sich nicht mehr mit den Spielern identifizieren, wenn McEnroe und Connors nicht mehr dabei sind. Die ersten Anzeichen dafür gab es beim Masters-Turnier im Januar in New York, als beide Superstars frühzeitig ausschieden. Anstatt 100 000 Fans wie im Vorjahr, kamen diesmal nur knapp 80 000. Noch drastischer erlebten es die Turnierveranstalter in der letzten Woche beim Grand-Prix-Turnier in Atlanta. Da verfolgten 324 (!) zahlende Zuschauer das Finale zwischen Kevin Curren und dem Becker-Bezwinger Tim Wilkison.

Und auch Lamar Hunt erlebte in diesen Tagen seinen großen Einbruch. So waren beim hochklassigen Halbfinale zwischen dem Weltranglisten-Vierten Becker und Stefan Edberg am Samstagmorgen um 10 Uhr Ortszeit gerade einmal 7000 Besucher in der 17 494 Fans fassenden Arena. Es geht mittlerweile in Amerika so weit, daß sich der CBS-Kommentator und Wimbledonsieger von 1954, Tony Trabert, öffentlich eine Niederlage der Schweden wünscht. „Denn wenn die untereinander im Finale spielen, ist das für uns eine uninteressante Angelegenheit.

Trabert hatte Glück mit Beckers Sieg über Edberg, aber wie soll es weitergehen? Die Tennis-Szene hat noch nie so gewackelt wie in diesen Tagen. Zur Zeit zählen zur ersten Garde lediglich Lendl und Becker. Eine Klasse tiefer folgen Noah, Wilander, Edberg, Nystroem und vielleicht noch mit Abstrichen Jarryd. Der Rest ist beliebig austauschbar. Und auch der mehrfache Wimbledon-Sieger John Newcombe, der regelmäßig für die CBS die großen Tennis-Veranstaltungen überträgt, erkannte „läutende Alarmglocken" und, halb scherzend: „Wenn dies hier so weitergeht, dann werde ich bald arbeitslos sein."

SPRINGREITEN / Weltcup bleibt in Amerika – Paul Schockemöhle für kurze Zeit in Lebensgefahr, er trat zum letzten Springen nicht mehr an

Die besseren Reiter triumphierten auf den wertvollen Pferden aus Europa

DIETER LUDWIG, Göteborg

Der Springreiter-Weltcup bleibt in den USA. In Göteborg gewann die amerikanische Mannschafts-Olympiasiegerin Leslie Burr-Lenehan (USA) auf dem deutschen Pferd McLain das hochklassige, dreitägige Finale vor dem Kanadier Ian Millar auf dem Holländer Big Ben (13) und Cupverteidiger Conrad Homfeld (USA) auf Maybe (16,5). Bester Deutscher wurde Klaus Reinacher (Senden) auf der Stute Desiree (22) als Neunter. Die Siegerin nahm neben dem Pokal und 50 000 Schweizer Franken auch einen Kleinwagen mit in die Staaten.

Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen), der vor zwei Wochen noch sagen durfte, sein Deister springe in diesem Winter so gut wie nie in der Halle, trat zur letzten Runde nicht mehr an, nachdem er im ersten Umlauf nach zwei Abwürfen vom achten Rang ins unbedeutende Mittelfeld abgestürzt war.

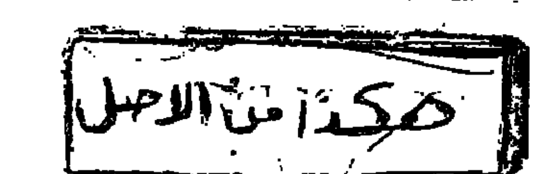
39 Reiter waren zum Final-Beginn am Donnerstag angetreten, gestern zogen zum Abschluß nur noch 27 den roten oder blauen Rock über. Viele Reiter zerfledderten die schweren Parcours des Schweizers Paul Meier. Nur die Härtesten bestanden den Auslesetest – sie kamen aus Nordamerika. Olympiasieger Joe Fargis (USA), Zuschauer in Göteborg, meinte im Hinblick auf die Weltmeisterschaft in Aachen: „Wir verfügen in den USA gegenwärtig über so gute Reiter und Pferde, daß wir zur Weltmeisterschaft drei Teams schicken könnten."

Die Deutschen hatten aus Europa das stärkste Aufgebot in den Parcours geschickt, doch es blieb bei Masse. Paul Schockemöhle, sonst ständiges Trumpfas in heiklen Momenten, fiel beim zweiten Wettbewerb sogar erstmals von seinem Wallach Deister herunter, wobei er kurz in Lebensgefahr schwebte, als sich der Sporn des rechten Stiefels im Lederzeug am Sattel verhedderte und er hilflos an Deister hing. Wäre das Pferd in Panik geraten, Paul Schockemöhle wäre durch den Sand geschleift worden. „Mir war auch nicht gerade wohl zumute", meinte er. Über die Amerikaner sagte er: „Sie haben die am besten ausgebildeten Reiter der Welt und die besten Pferde."

Einige der teuren Tiere standen auch mal bei ihm, beispielsweise der von dem deutschen Vererber Bariton abstammende Bonheur, der in McLain umgetauft wurde. Schockemöhle: „Ich muß mit Pferden handeln, das ist mein Geschäft. Ein Springstall kostet schließlich etwas." Dressur-Olympiasieger Dr. Reiner Klimke (Münster), der in Göteborg auf Ahlerich zusammen mit seiner dänischen Dauer-Konkurrentin Anne Grethe Jensen auf Marzog die noble Kunst des Reitens in einem Pas de Deux zelebrierte und der eigentliche deutsche Gewinner war, warf trocken mit einem Schuß Ironie hin: „Die Amerikaner zeigen auf, wie man unsere europäischen Warmblüter richtig reitet." Bundestrainer Herbert Meyer stöhnte, als er an die Weltmeisterschaft im Juli in Aachen dachte: „Da müssen wir uns noch einiges einfallen lassen, nicht nur wir, auch die Briten. Die Amerikaner werden uns wahrscheinlich auch in Aachen etwas vorreiten."

Für Bill Steinkraus, Olympiasieger von Mexiko 1968, zuständig im US-Verband für die sportlichen Aktivitäten, ein feinsinniger Mann, der mehrere Bücher über Reiten veröffentlichte, in allen Belangen kultiviert, für ihn hat der bestechende Auftritt seiner Truppe nichts Sensationelles an sich. „Sie sind eigentlich im Vergleich zu den anderen Teilnehmern die besseren Reiter, sie sitzen ruhiger im Sattel und springen nicht auch noch auf dem Pferd herum." Auch hätten die amerikanischen Pferde mehr Freude am Springen. Viele wären schon im Freien Turniere gegangen, während die europäischen Tiere seit Monaten nichts anderes gesehen hätten „als Hallen und Ecken, da verliert jedes Pferd die Lust." Was er nicht sagt: Für die Amerikaner ist das Weltcup-Finale der alljährlich wiederkehrende Fight mit den Europäern. Ihn zu bestehen, ist für die Amis das Wichtigste der Saison, darauf brennen sie.

So bleibt wieder einmal den Europäern nur der eine Trost: Nicht weniger als 17 Pferde der US-Ulanen kommen aus Europa, sechs aus Deutschland...



April 1986

EISHOCKEY / Weltmeisterschaft in Moskau

Polens Sieg läßt das deutsche Team zittern

dpa/sid, **Moskau**

Zwei Niederlagen an einem Tag stießen Bundestrainer Xaver Unsinn in eine trübsinnige Stimmung. Dem *deutschen 3:3 zum Auftakt* der Eishockey-Weltmeisterschaft in Moskau gegen Kanada folgte der Schock des sensationellen 2:1 von Aufsteiger Polen über Weltmeister CSSR. Die Punkte der Polen wiegen schwer in der Abstiegsrunde gegen Deutschland. Xaver Unsinns Gesicht war gezeichnet, wechselte die Farbe von *käsebleich zu krebsrot: Die Augen* zwei Schlitze, der Zeigefinger gegen die Oberlippe gepreßt, daß sie weiß hervortrat, der Pepitahut tief über die Zornesfalte auf der Stirn gezogen. Schlimmer konnte der erste Tag für den Trainer und die Mannschaft des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) nicht sein.

Auch Co-Trainer Ladislav Olejnik war von der Erregung über den dramatischen Ausgang des Duells David gegen Goliath gepackt. „Dieser Tarzan", schrie er auf der Tribüne, als der polnische Torwart Frantisek Kukla wieder einmal durch die Luft flog und der Puck in seiner auf Gummi scheinbar magnetisch wirkenden Fanghand verschwand. Wie Rohrspatzen schimpften Unsinn und Olejnik gemeinsam über Schiedsrichter Jupp Kompalla (Krefeld), der ihrer Meinung nach „die Polen begünstigt".

Unsinn mußte aber ehrlich bestätigen, wie diszipliniert die Polen in der Abwehr handelten, als der frustrierte Weltmeister verzweifelt den zwei Treffern von Khrist (38. und 44. Minute) hinterherrannte und nur durch Rosol (50.) den Anschluß schaffte. Den aufopfernden Kampf der Polen vor Augen, mußte Unsinn gewiß an sein Team denken, daß zwei Stunden vorher nur das erste Drittel Manns genug war, sich den gefürchteten Kanadiern mit breiter Brust zu stellen. Vor allem in den ersten 15 Minuten zeigten alle Richtungspfeile des deutschen Spiels taktisch klug nach vorn, klappte das Forchecking glänzend, suchten die überraschten Kanadier vergeblich Anspielpartner. Aber am Ende war das ganze Feld eine Einbahnstraße Richtung Helmut de Raaf, der im deutschen Tor laut Unsinn „wie alle anderen den Bach hinunterging".

Schon nach 20 Minuten das alte Lied: Den einen klapperten die Zähne, den anderen schlotterten die Knie. Ehrfurcht vor den Nordamerikanischen war angesagt. Die Verteidigung stand mit Blum/Scharf und Kretschmer/Niederberger neben den Schlittschuhen und war mit Ausnahme des Kölner Paares Kießling/Krupp langsam wie eine Bimmelbahn und löchrig wie Schweizer Käse. Eine demonstrative Ohrfeige für die schlappen Cracks im Team war unmittelbar nach dem Spiel ein Waldlauf von Kießling, Krupp und Torwart de Raaf, die sich nach ihrer sehr guten Leistung körperlich noch nicht einmal ausgelastet fühlten.

Mittelstürmer Höfner, neben Kießling in dessen 200. Länderspiel und Krupp der dritte deutsche Torschütze, flüchtete sich in Zweckoptimismus: „Wir müssen nach vorn blikken." Umdrehen ist auch nicht zu empfehlen, denn angesichts ihrer vielen Sünden in unzähligen verlorenen Zweikämpfen, beim Bully oder bei ihren Fehlpaß-Serien, müßten etwa 16 der 20 Cracks wie einst Lots Weib zur Salzsäule erstarren.

Und so klagen Xaver Unsinns Kommentare auch schon so bitter, als mache er sich bereits mit dem Gedanken des Abstiegs vertraut: „Uns fehlen einfach die Persönlichkeiten, Spieler mit dem nötigen Selbstvertrauen, *die auch Tore schießen können.*" Im zweiten Drittel erlebte der Bundestrainer einen völligen Blackout seiner Mannschaft. Innerhalb von 16 Sekunden schraubten die Kanadier Adams und Taylor in der 22. Minute das Ergebnis auf 4:1. Bei beiden Toren herrschte totales Chaos vor dem deutschen Tor. Schon zu diesem Zeitpunkt gab die Mannschaft das Spiel auch verloren.

Unsinn sagte nach dem Spiel: „Unseren Verteidigern fehlt die nötige Konzentration. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß uns die Kanadier in Zweikämpfen um Längen überlegen sind."

Viel beweglicher und munter wie Fische im Wasser fühlten sich die Polen, die spektakulär an ihr Kunststückchen der WM von Kattowitz 1976 erinnerten. Vor zehn Jahren schlugen sie auch den damaligen Weltmeister, die UdSSR, mit 6:4, mußten am Ende aber doch gegen Deutschland absteigen, weil sie im entscheidenden Moment 21 Sekunden vor Schluß durch Rainer Philipp ein Tor kassierten. Diesmal will Trainer *Leszek Leichik* von Abstieg nichts wissen. Zuerst feierte das rotweiße Team unter den verzückten „Polska, Polska"-Rufen ihrer Fans den Coup über die CSSR, als hätten sie denen gerade den Titel abgeluchst. Die Angst vor dem Abgrund der B-Gruppe ging nach dem deprimierenden Auftakt zuerst im deutschen Team um.

Olympiasieger Sowjetunion war in seinem ersten Spiel auch noch nicht in Bestform. Die Sowjets, die 1985 in Prag nur den dritten Platz hinter der CSSR und Kanada belegt hatten, mußten sich gegen Schweden mit einem mageren 4:2 begnügen. Die 11 000 Zuschauer hatten selten Gelegenheit, mit dem Spiel ihrer Mannschaft zufrieden zu sein. Die Tore für die Sowjets erzielten Gussarow, Bykow, Larionow und Kasatonow. Für Schweden waren Olausson und Carlsson erfolgreich.

TISCHTENNIS / Olga Nemes bei der Europameisterschaft dreimal im Viertelfinale ausgeschieden

Gegen reine Abwehr-Spezialistinnen sind die spielerischen Mittel doch noch etwas begrenzt

sid/dpa, **Prag**

Der lange Kampf um die Einreise, das Warten bis zur letzten Minute haben sich nicht so ausgezahlt, wie es sich Olga Nemes erhofft hatte. Dreimal verlor die 17jährige Saarbrückerin im Viertelfinale der 15. Tischtennis-Europameisterschaften in Prag. Und dabei wollte sie unbedingt Europameisterin werden.

Aber eine 19jährige aus Bedfordshire in England stoppte Olga Nemes: Lisa Bellinger gewann im Viertelfinale mit 24:22, 21:18, 16:21, 14:21 sowie 21:17 und feierte damit ihren größten internationalen Erfolg, obwohl die Profispielerin später im Halbfinale gegen Csilla Batorfi (Ungarn) verlor.

Die Niederlage nach eineinhalb Stunden hatte ihre Auswirkungen. Man sah, daß Olga Nemes ihrer Rolle als Mitfavoritin nicht gerecht werden konnte, weil sie gegen Abwehrspielerinnen einfach nicht gut genug ist. „Sie muß lernen, auf Abwehr zu spielen, täglich bei fünf Stunden Training mindestens zwei mit Defensivkünstlern arbeiten. Sonst wird sie nie eine EM oder WM gewinnen können", sagte Rudi Stumper, der persönliche Betreuer von Olga Nemes.

In der Tat: Zu eingeschränkt sind die spielerischen Mittel der Olga Nemes, wenn sie eine Abwehr durchbrechen muß. „Ich habe das geahnt, als ich die Auslosung sah. Da wußte ich, daß es ganz schlimm kommen kann", meinte Rudi Stumper, der beim SSV Reutlingen selbst in der Bundesliga aktiv war.

Härter ging Bundestrainer Charles Roesch mit Olga Nemes ins Gericht. „Sie spielt einfach viel zu schlecht gegen die Abwehr. Sie hatte vor der EM mehrfach das Angebot, in unserem Duisburger Zentrum gegen Abwehrspieler zu trainieren. Sogar Eberhard Schöler ist häufig Partner in Duisburg", meinte der 64jährige.

Olga Nemes arbeitete aber niemals mit dem Vize-Weltmeister von 1969. In Saarbrücken hat sie in Peter Bekker und Andreas Gehm zwei Abwehrspieler als ständig verfügbare Trainingspartner, doch auch das hat ihr offenbar nicht viel geholfen. Und auch nicht, daß Damen-Bundestrainer Istvan Korpa ein Drittel des Vorbereitungstrainings nur auf das Spiel gegen Abwehrspezialisten ausrichtete.

Von Tränen („Zuletzt habe ich vor fünf Jahren geweint") war bei Olga Nemes nach ihrer Niederlage nichts zu bemerken, doch daß sie sich jedweden Kommentaren verwehrte, darf wohl als Zeichen des Ärgers und der Enttäuschung interpretiert werden.

Ohne sie sähe die Bilanz des Deutschen Tischtennisbundes (DTTB) in Prag allerdings schlecht aus. Mit ihr und dem Talent Katja Nolten konnte immerhin in der Mannschaft einmal Bronze verbucht werden, was schon eine große Steigerung gegenüber den Titelkämpfen in Moskau 1984 bedeutet. Ohne Olga wäre es dazu kaum gekommen.

Hans-Wilhelm Gäb, der Präsident des deutschen Verbandes, der liebend gern eine Runde Champagner spendiert hätte bei mehr Medaillen, zog die Bilanz: „Wir wissen, was Olga kann, sehen aber auch noch Schwächen. Neben ihr aber haben wir mit Katja Nolten und Jörg Roßkopf noch zwei aufstrebenswerte Talente, die in Zukunft auch von der ausländischen Konkurrenz beachtet werden."

Die 16jährige Katja Nolten war sich ihrer Aufgabe als zweite Mannschaftsspielerin voll bewußt, legte frühere mentale Schwächen ab und verzeichnete einige gute Erfolge. Der gleichaltrige Roßkopf verdiente noch mehr Lob: Kühl wie ein Profi auch dann, wenn es 20:20 stand, verlor er nie die Übersicht.

„Diese beiden sind international schon weiter, als wir geglaubt haben", sagte Gäb. Weil es mit Steffen Fetzner noch einen 17jährigen mit derselben profihaften Einstellung zum Tischtennis gibt, ist weder Gäb noch den Bundestrainern vor der Zukunft bange.

Die rund 1500 deutschen Schlachtenbummler aus Ost und West hatten ihre helle Freude an Roßkopf/Fetzner, die im Achtelfinale nur knapp 21:23, 21:15, 17:21 an den als Nummer 3 gesetzten Waldner/Lindh (Schweden) scheiterten. Sie hatten einen Satz auch ihre helle Freude an Nemes/Nolten, die sich bis unter die letzten Acht vorgespielt hatten, um dann gegen die Defensivkünstlerinnen Bulatowa/Kowtun (UdSSR) mit 19:21, 21:16, 12:21 zu verlieren.

FORMEL 1 / Ayrton Senna Sieger in Spanien

Nur 0,01 Sekunden voraus. Mansell wieder abgedrängt

sid/dpa, **Jerez**

Der Brasilianer Ayrton Senna gewann auf Lotus-Renault den Großen Preis von Spanien auf dem neuen Kurs von Jerez mit 0,01 Sekunden Vorsprung auf den zweitplazierten Engländer Nigel Mansell (Williams-Honda) und Titelverteidiger Alain Prost (Frankreich) auf McLaren-Porsche. In der WM-Wertung übernahm Senna mit 15 Punkten die Führung *vor seinem Landsmann Nelson Piquet* (Williams-Honda) mit neun Zählern.

Allerdings zog sich Senna wie schon so oft den Zorn seiner Kollegen zu, und wieder war Mansell das Opfer seiner Attacken. Acht Runden vor dem Ende zwang Senna den bis dahin führenden Engländer mit einem innen angesetzten Überholmanöver fast von der Strecke.

Für das deutsche Zakspeed-Team kam schon sehr früh das Aus. Bereits in der ersten Runde wurde der Wagen mit dem 29jährigen Engländer Jonathan Palmer am Steuer von Ex-Weltmeister Alan Jones (Australien) und dessen Lola-Hart gerammt und schied aus. Das neue Modell mit elektronischer Einspritzung hatte sich im Training vortrefflich bewährt, war anstandslos über alle Runden gekommen und hatte sich mitten zwischen den beiden Brabham Platz 14 im Training erkämpft. Zakowski: „Schade, es war alles so fantastisch gelaufen. Aber das Risiko mit einem Wagen ist natürlich groß. Daher werden wir in Imola in 14 Tagen einen zweiten Wagen einsetzen. Über den Fahrer wird noch entschieden."

Auch Formel-3000-Europameister Christian Danner aus München sah die Zielflagge nicht. In der 15. Runde versagte der ohnehin leistungsmäßig *unterlegene Alfa-V8-Motor in seinem* Osella den Dienst.

Das Brabham-BMW-Team erlebte den zweiten Teil des schon zuvor beim ersten Saisonrennen in Rio de Janeiro begonnenen Debakels. Der Italiener Riccardo Patrese schied bereits in der zehnten Runde mit Getriebeschaden aus, sein Landsmann Elio de Angelis folgte nur wenig später. „Die Autos sind absolut unausgereift," meinte der dreimalige österreichische Formel-1-Weltmeister Niki Lauda.

In der elften Runde fuhr der Schwede Stefan Johansson (Ferrari) ausgangs einer Kurve mit versagenden Bremsen frontal in einen Reifenstapel. Zwar konnte er den vorne erheblich beschädigten Wagen aus eigener Kraft verlassen, wurde dann jedoch auf einer Trage weggebracht und per Hubschrauber in die nächste Klinik transportiert.

RUDERN / 47. Verbandstag in Hamburg

Die Delegierten folgten ihrem Präsidenten Lotz nicht immer

JÖRG STRATMANN, **Hamburg**

Vor 150 Jahren wurde in Hamburg der erste deutsche Ruderverein, „Der Hamburger und Germania Ruder Club", gegründet. Anlaß für den zuletzt so gebeutelten Deutschen Ruder-Verband (DRV), seinen 47. Verbandstag an die Alster zu verlegen – vielleicht, um sich im Glanz der stolzen Zahl zu wärmen; auf jeden Fall jedoch mit dem festen Vorsatz, sich *zu reformieren. Doch manches* Vorhaben mußte Henrik Lotz, 56, mit großer Mehrheit als DRV-Vorsitzender bestätigt, zunächst zurückstellen.

Mit erhöhter Schlagzahl hatte sich der Verbandsausschuß, das oberste DRV-Gremium, im Vorfeld des Verbandstages darangemacht, im Rennen um neue Mitglieder, neue Erfolge und neue Geldgeber aufzuholen. Handfester Beweis der intensiven Gespräche: eine 58seitige Studie, die für Lotz zum „Atlas, Wegweiser und Kompaß der Ruderer" werden kann. In der Tat ist die notwendige Diskussion über neue Aufgaben in Gang gekommen. Nur mochte die traditionsbefangene Basis des „Verbandes der Vereine" (Lotz), der der dynamische Vorsitzende aus Hanau viel neues zumutete, manche Weichenstellung noch nicht genehmigen.

Duchgesetzt hat Lotz, der den DRV seit 1983 mit professionellem Management steuert, eine Straffung der Verbandsspitze. Auch genehmigten die Delegierten geringfügige Veränderungen der DRV-Leitsätze zum Leistungssport. Gescheitert ist der Ausschuß aber mit seinem Plan, die zentrale Kompetenz des Verbandes bei „der Hereinholung von Sponsoren-Geldern" (Lotz) und in der Werbung festzuschreiben. Hier legten sich die Vereine quer – sei es, weil *mancher regionale* Regatta-Veranstalter um seine Geldquellen aus eigenen Werbeverträgen fürchtete, sei es, weil „erst einmal zu beweisen ist, ob ein modernes Marketing-Konzept auf den Rudersport übertragbar ist, ohne daß dieser seine Identität verliert".

Das deutsche Rudern wird sich an vieles gewöhnen müssen. So ist den meisten Vereinsabgeordneten bislang auch gar nicht klar geworden, daß der Bundesausschuß für Leistungssport und das Bundesinnenministerium den Verbänden schon seit langem die internationale Konkurrenzfähigkeit als Kriterium bei der Nominierung von Weltmeisterschafts-Mannschaften vorschreiben. Nur so ist erklärlich, daß eine große Mehrheit plötzlich und viel zu schnell für den verblüfften Sitzungspräsidenten bestimmte, daß ab 1987 „grundsätzlich der deutsche Meister einer Bootsgattung" zu entsenden sei.

NACHRICHTEN

„Spiel der Woche"

Frankfurt (sid) – Ein lukratives Angebot des privaten Fernsehsenders SAT 1 steht heute im Mittelpunkt der Beratungen des Liga-Ausschusses beim DFB mit den 38 Klubs der Ersten und Zweiten Bundesliga. SAT 1 will in der nächsten Saison für die Live-Sendungen über das jeweilige „Spiel der Woche" *neun* Millionen Mark zahlen. Bisher lagen die Übertragungsrechte für Punktspiele ausschließlich bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD und ZDF.

Sieg für Robby Naish

Omaezaki (sid) – Surf-Weltmeister Robby Naish (USA) gewann überlegen die erste Wettfahrtserie zum Funboard-Weltcup vor Omaezaki (Japan). Der Amerikaner aus Hawai siegte mit 3,4 Punkten vor seinen Landsleuten Alex Aguera und Ken Winner, die sich mit jeweils 15,0 Punkten den zweiten Platz teilten.

Titel verteidigt

Douglas (UPI) – Terry Marsh (England) verteidigte in Douglas auf der Insel Man seinen Titel als Box-Europameister im Junior-Weltergewicht. Marsh kam zu einem einstimmigen Punktsieg über den Italiener Prezioso.

Fechten: Dritter Platz

***Tauberbischofsheim** (dpa)* – Nach Niederlagen gegen Ungarn und Frankreich belegte die deutsche Degen-Nationalmannschaft beim Sieben-Nationen-Turnier in Tauberbischofsheim den dritten Platz. Es siegten die *ungeschlagen* gebliebenen Franzosen vor der UdSSR.

Vierter Platz in Minsk

Minsk (sid) – Beim Weltcup-Turnier im Damenflorett in Minsk belegte Carmen Engert (Tauberbischofsheim) den vierten Platz. Es siegte Margarita Zalaffi (Italien).

Miljanic zurückgekehrt

Belgrad (sid) – Schon zum dritten Mal hat der jugoslawische Fußball-Verband den 55jährigen Miljan Miljanic zum Cheftrainer berufen. Vorgänger Milutinovic war nach dem Scheitern Jugoslawiens in der Weltmeisterschafts-Qualifikation zurückgetreten. Miljanic war zuletzt in den Vereinigten Arabischen Emiraten tätig.

Sieg für Sean Kelly

***Andoin** (dpa) – Sean Kelly (Irland)* gewann in Andoin (Spanien) die Baskenland-Rundfahrt für Radprofis. Der frühere deutsche Meister Raimund Dietzen (Trier) wurde Siebter.

Frankfurt steigt auf

Frankfurt (sid) – Durch ein 4:2 über den SC Rießersee sicherte sich Eintracht Frankfurt den Aufstieg in die erste Eishockey-Bundesliga. Das ist der bisher größte Eishockey-Erfolg in der Frankfurter Vereinsgeschichte.

Fußball-Fan gestorben

Basel (AP) – Ein 17jähriger Deutscher, der im Anschluß an das Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Schweiz am letzten Mittwoch in Basel nach den Krawallen festgenommen worden war, ist an den Folgen einer Hirnhautentzündung gestorben.

Doppelsieg für Schweden

Hockenheim (sid) – Beim zweiten Lauf der Internationalen deutschen Tourenwagen-Meisterschaft siegte Per-Gunnar Andersson vor Per Stureson (beide Schweden). Hinter den beiden Volvo-Fahrern kam Klaus Niedzwiedz (Unna) auf Ford Sierra Turbo auf den dritten Platz.

Besendörfer vorn

Speyer (sid) – Beim Saisonauftakt der deutschen Motorrad-Straßen-Meisterschaft in Speyer gewann Titelverteidiger Herbert Besendörfer (Roßtal) auf Yamaha in der 350-ccm-Klasse. Zweiter wurde Michael Schulte (Bottrop) auf Wiwa, den dritten Platz belegte Gerwin Rainer (Leverkusen) mit einer Rotax.

ITALIEN

Verona vor dem Konkurs

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Italiens Fußball erlebt stürmische Tage. Die 16 Vereine der A-Liga, die 20 der B-Liga und die 108 der C-Liga *sind unter Beschuß geraten. Der* Italienische Fußball-Verband ist dabei, das Finanzgebaren der Profi-Klubs unter die Lupe zu nehmen und scheint bei den meisten beängstigende Unregelmäßigkeiten festgestellt zu haben. Auf einer Vorstandssitzung beschränkte sich Präsident Federico Sordillo darauf, die 13 Vereine aufzuzählen, die mit sauberer Weste aus der Untersuchung hervorgegangen sind. Es handelt sich dabei durchweg um Fußball-Klubs, die in der C-Liga spielen.

Über die Vereine der beiden Oberklassen wird bisher geschwiegen, doch hat es ganz den Anschein, als ob nur wenige von ihnen über jeden Verdacht erhaben sind. Indiskretionen zufolge befinden *sich fünf dieser* Klubs in Konkurs-Verfahren und zehn in Zahlungsschwierigkeiten. Zu den genannten fünf sollen die Klubs von Verona, Palermo und Catania sowie Laszio Rom gehören. Hellas Verona hat bereits einen seiner besten Spieler, den Deutschen Hans-Peter Briegel, zum Verkauf angeboten. Wahrscheinlicher Käufer ist Sampdoria Genua. Zu den fünf in Liquidation befindlichen Klubs dürfte auch der AC Mailand zählen, der schon vor einigen Monaten vor dem Bankrott stand.

Offenbar lassen sich das unbekümmerte Geschäftsgebaren und die katastrophale Verschuldung des italienischen Berufs-Fußballs nun nicht länger verschweigen. Dieses *dramatische* Thema bildete den wichtigsten Punkt der Tagesordnung auf der genannten Vorstandssitzung hinter verschlossenen Türen, die nicht weniger als elf Stunden dauerte.

Wann und wie die Bankrotterklärung eines großenteils der italienischen Fußball-Klubs sich konkretisiert und welche Folgerungen *sie haben* wird, ist noch nicht abzusehen. Dabei könnten verschiedene Köpfe rollen... Unterdessen kündigt sich ein neuer Skandal um geheime Fußball-Wetten an.

BASKETBALL

Köln erzwingt drittes Spiel

sid, **Düsseldorf**

Der BSC Köln verblüfft die Konkurrenz und steht auf dem Sprung in das Finale um die deutche Basketball-Meisterschaft gegen den tSV Bayer 04 Leverkusen. Doch während der Titelverteidiger nach dem 84:78-Sieg beim DTV Charlottenburg (Hinspiel 104:85) bereits als erster Endspielteilnehmer feststeht, müssen die Kölner am Mittwoch ein entscheidends drittes Spiel gegen die BG Bayreuth bestreiten. Nach der 74:80-Heimniederlage revanchierte sich Köln mit einem 74:73-Sieg.

Vor 1100 Zuschauern in Bayreuth präsentierte sich das Team von Bundestrainer Ralph Klein konzentriert und mit jener spielerischen Leistung, mit der man im Viertelfinale den Favoriten SSV Hagen ausgeschaltet hatte. Fast während der gesamten Spielzeit führte Köln, teilweise sogr mit *zehn Punkten. Auch nach döem* Gleichstand von 71:71 eine Minute vor dem Ende behielten die Kölner, bei denen Nationalspieler Michael Jackel mit 29 Punkten bester Werfer war, Nerven und Übersicht.

Viel Mühe hatten die verletzungsgeplaten Leverkusener in der Neuauflage des Vorjahresfinales beim DTV Charlottenburg. Center Gunther Behnke, Spielmacher Christoph Körner, Lars Stinshoff und John Johnson standen Bayer entweder gar nicht, oder nur gehandicapt zur Verfügung.

Der deutsche Meister rüstet nun in Ruhe für das Finale, die einstigen Mitfavoriten müssen sich hingegen mit den Plazierungsspielen trösten. Der 1. FC Bamberg setzte sich auch im zweiten Spiel mit 80:72 (Hinspiel 90:70) gegen Hagen durch und trifft nun im Spiel um den fünften Platz auf den MTV Gießen, der mit 94:80 (Hinspiel 90:76) in Göttingen gewann. Im Kampf um Platz sieben treffen Hagen und Göttingen aufeinander.

Im Kampf um den Klassenerhalt kommt es am sechsten und letzten Spieltag am kommenden Samstag zum entscheidenden Niedersachsen-Duell der punktgleichen Teams Oldenburger TB gegen BC Giants Osnabrück. Abgestiegen ist bereits der TSV 1860 Hagen.

Traumnoten und ein 14 Jahre altes Mädchen

Es ist ein klein bißchen zuviel, ein wenig verrückt – aber wirklich nur ein klein bißchen", sagte Neschka Robeva, die große bulgarische Gymnastiktrainerin, als ihre 16jährige Schülerin Bianka Panova aus Sofia zum achten Mal hintereinander die Idealnote 10,0 erhalten hatte. Geschehen war das beim internationalen Turnier der Rhythmischen Sportgymnastik in Wiesbaden, und dies war sozusagen Weltrekord.

„Ich bin hochzufrieden: Für Regina Weber ist der dritte Platz in der Bandkür ein gelungenes Comeback. Für Diana Schmiemann, die erst 14 Jahre alt ist, war der achte Platz im Vierkampf der Durchbruch. Jetzt gehört sie zur internationalen Spitze." Das war die Bestandsaufnahme von Bundestrainerin Livia Medilanski, fünf Monate vor den Europameisterschaften in Florenz.

Es war ein großer Wettkampf, der vor ausverkauften Tribünen in Wiesbaden geboten wurde – ganz besonders von den beiden 16jährigen Bulgarinnen Bianka Panova und Velitschka Boneva.

Die Weltmeisterschafts-Dritte Bianka Panova setzt damit zwar die große bulgarische Gymnastiktradition fort, doch mit völlig anderen Stilmitteln als ihre Vorgängerinnen Ignatova und Ralenkova. Es ist die unterkühlte Brillanz der absoluten Perfektion, die verblüfft – und die selbst die abgebrühtesten Kampfrichterinnen sprachlos und kopfschüttelnd zur Idealnote 10,0 greifen läßt. Jene kleinen Fehler, die eigentlich gar keine sind, sondern allenfalls minimale Gemütsschwankungen vermuten lassen, bemerkt ohnedies nur die Trainerin.

Erster Platz im Kür-Vierkampf für Panova, zweiter Rang für Belova – das Publikum mochte dabei nicht immer mit dem Kampfgericht einig gehen. Die katzenhaft geschmeidig turnende Velitschka Boleva mochte sich denn auch vor Ovationen kaum retten, erst recht nicht vor den Autogrammjägern und Fotografen. Nicht selten stand sie mehr im Mittelpunkt als ihre über-perfekt turnende Freundin Bianka Panova.

Neschka Robeva sagt dazu: „Noch im vorigen Jahr war Velitschka nur Ersatzturnerin, im internationalen Kampfgericht kennt niemand sie. Sie muß sich erst noch einen Namen machen. Aber ich kann das Publikum verstehen, denn im Gegensatz zu Biankas perfektem Gymnastik-Klassizismus schreit Valetschka ihr ganzes Gefühl geradezu heraus. Ein einmaliger Stil, und dabei ist sie jetzt schon traumhaft sicher."

Noch nicht so sicher ist Regina Weber, die 23jährige Olympia-Dritte aus Wattenscheid. Sechste im Kür-Vierkampf, Dritte mit dem Band, das war dennoch nach elfmonatiger internationaler Wettkampf-Abstinenz eine überaus erfolgreiche Rückkehr auf die große Gymnastik-Bühne. „Da steckt noch mehr drin", kündigt sie deshalb an.

Und: „Jetzt weiß ich auch, was noch zu tun ist. Als ich im Dezember wieder angefangen habe, hat mich doch keiner ernst genommen. Aber da sieht man mal, was man mit sechs Stunden Training am Tag in einem so kurzen Zeitraum alles erreichen kann."

Doch in der deutschen Riege muß sie nun um ihre Position kämpfen. Eine 14jährige ist ihr auf den Fersen: Diana Schmiemann. „Sie wird hervorragend – nächstes Jahr in Wiesbaden", kündigt Livia Medilanski an.

KLAUS BLUME

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 39. Spieltag: Arsenal – Everton 0:1, Aston – Watford 4:1, Ipswich – Manchester City 0:0, Liverpool – Coventry 5:0, Luton – Tottenham 1:1, Newcastle – Birmingham 4:1, Nottingham – Chelsea 0:0, Queens Park – Bromwich 1:0, Southampton – Leicester 0:0, West Ham – Oxford 3:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 73 Punkte, 2. Everton 73, 3. Manchester United 68, 4. Chelsea 67. – **Länderspiel** in San Jose/USA: Auswahl Guadalajara – Uruguay 1:2. – **Damen-Länderpokal** in Siegen, Spiel um Platz drei: Hessen – Baden 4:1. – Endspiel: Niederrhein – Westfalen 1:0.

BOXEN

***Amateure,** Bundesliga, Entscheidungsrunde,* Gruppe Süd: Leverkusen – Leonberg 15:10, Landshut – Ahlen 11:15.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 2. Play-Off-Runde, 2. Spieltag: Göttingen – Gießen 80:94, Charlottenburg – Leverkusen 78:84, Bayreuth – Köln 73:74, SSV Hagen – Bamberg 72:80. – **Abstiegsrunde:** TSV Hagen – Oldenburg 98:95, Osnabrück – *Langen* 79:76.

EISHOCKEY

WM und EM, Gruppe A in Moskau: USA – Finnland 4:5, Kanada – Deutschland 8:3, UdSSR – Schweden 4:2, CSSR – Polen 1:2. Zweiter Spieltag: Schweden – Kanada 4:1. – **Qualifikation** zur 1. Bundesliga, 17. Spieltag: Preußen Berlin – Augsburg 7:4, Bayreuth – Bad Tölz 10:2, Frankfurt – Rießersee 4:2, Sonthofen – Freiburg 1:9, Duisburg – Kassel 9:11.

HANDBALL

Vier-Länder-Turnier, Juniorinnen in Harrislee: Schweden – Norwegen 19:20, Deutschland – Dänemark 11:13; in Kropp: Deutschland – Norwegen 11:24, Schweden – Dänemark 22:22. – **Bundesliga,** Herren, 18. Spieltag: Lemgo – Gummersbach 19:22, Hofweier – Weiche-Handewitt 32:24, Reinickendorf – Dortmund 16:19, Kiel – Göppingen 28:26. – **Bundesliga,** Frauen: Engelskirchen – Lützellinden 28:18, Auerbach – Nürnberg 13:15.

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Damen, 1. Spieltag, Gruppe Nord: BW Köln – Raffelberg 0:1, Hamburg – Braunschweig 1:0.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Damen, Halbfinale: Münster – Feuerbach 1:3, Schwerte – Lohhof 0:3. – Spiel um Platz drei: Münster – Schwerte 3:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 16. Spieltag: Ahlem – Großen-Linden 9:3, Soest – Großen-Linden 9:0, Ahlem – Kleve 9:6. – **EM** in Prag, Herren-Einzel, **Finale:** Persson – Kucharski 19:21, 21:10, 21:16, 21:19. – **Halbfinale:** Persson (Schweden) – Grubba (Polen) 21:19, 21:14, 21:18, Kucharski (Polen) – Carlsson (Schweden) 22:20, 22:20, 20:22, 21:17. – **Doppel,** dritte Runde: Waldner/Lindh (Schweden) – Roßkopf/Fetzner (Deutschland) 23:21, 15:21, 21:17. – **Halbfinale:** Waldner/Lindh – Surbek/Kalinic 21:15, 21:16, Appelgren/Carlsson – Lupulesku/Primorac 21:18, 21:19. – **Damen, Viertelfinale:** Bellinger (England) – Nemes (Deutschland) 24:22, 21:18, 16:21, 14:21, 21:17, Batorfi (Ungarn) – Vriesekoop (Holland) 21:19, 21:13, 12:21, 21:18, Bulatowa (UdSSR) – Olah (Ungarn) 21:6, 22:20, 20:22, 21:12, Badescu (Rumänien) – Urban (Ungarn) 21:19, 15:21, 21:17, 22:20. – **Halbfinale:** Bulatowa – Badescu 21:12, 25:23, 18:21, 21:18, Batorfi – Bellinger 19:21, 21:15, 21:18, 21:16. – **Finale:** Batorfi – Bulatowa 11:21, 21:15, 21:14, 21:11. – **Doppel,** dritte Runde: Nemes/Nolten (Deutschland) – Szatko/Kawalek (Polen) 21:13, 21:17, Gordon/Grundy (England) – Staleva/Freiberg (Bulgarien/Deutschland) 15:21, 21:16, 21:15. – **Halbfinale:** Hrachova/Vriesekoop – Aboui/Badescu 21:8, 21:13, Bulatowa/Kowtun – Wiktorsson/Svensson (Schweden) 21:12, 21:8. – **Gem. Doppel,** Halbfinale: Pansky/Hrachova (CSSR) – Surbek/Batinic (Jugoslawien) 21:14, 21:19, Lupulesku/Perkucin (Jugoslawien) – Orlowski/Safarova (CSSR) 21:18, 21:15. – **Endspiel:** Pansky/Hrachova – Lupulesku/Perkucin 21:18, 21:9.

WASSERBALL

Bundesliga, 13. Spieltag: Offenbach – Cannstatt 8:10, Spandau – Köln 23:3, Würzburg – Esslingen 7:8, Düsseldorf – Hannover-Linden 10:9j, Braunschweig – ASC Duisburg 9:9, Duisburg 98 – Hamm 9:8.

TENNIS

WCT-Weltmeisterschaft in Dallas/USA, Viertelfinale: Becker (Deutschland) – Annacone (USA) 7:5, 7:5, 6:1. – Halbfinale: Becker – Edberg (Schweden) 7:6, 7:6, 4:6, 7:6, Jarryd – Wilander (beide Schweden) 6:4, 7:5, 6:3. – **Damen-Turnier** in Hilton Head Island/USA, Viertelfinale: Graf (Deutschland) – Maleewa (Bulgarien) 6:4, 7:5. – Halbfinale: Graf/Tanvier (Deutschland/Frankreich) – Mascarin/Phelps (USA) 6:3, 6:4, Lloyd- Evert/White (USA) – Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) 5:7, 6:2, 7:6.

MODERNER FÜNFKAMPF

Internationaler Wettbewerb in Paris, Mannschaftswertung: 1. Frankreich 15 767 Punkte, 2. UdSSR 15 758, . . .5. Deutschland 14 604. – Einzelwertung: 1. Four (Frankreich) 5295, 2. Martinek (Ungrn) 5286, 3. Bouzou (Frankreich) 5278, . . . 11. Epple 5089.

REITEN

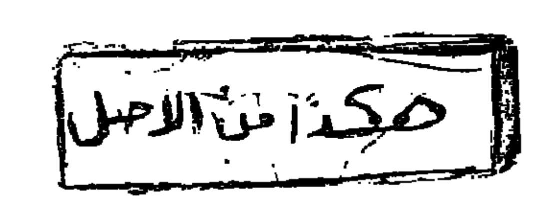
Weltcup, Endstand: 1. Burr-Lenehan (USA) McLain 0, 2. Millar mit Big Ben 13,0. 3. Homfeld (USA) Maybe 16,5, 4. Pyrah mit *Towerlands* Anglezark 17,5, . . .9. Reinacher mit Desiree 22, . . .13. Kenn mit Feuergeist 29,5, . . .15. Sloothaak (alle Deutschland) mit Sandro 36,0.

GYMNASTIK

Rhythmische Sportgymnastik, Internationales Turnier in Wiesbaden, Vierkampf: 1. Panova 40,000 Punkte, 2. Boneva (beide Bulgarien) 39,800, 3. Dittrich („DDR") 39,325, . . .6. Weber 39,125, . . .8. Schmiemann (beide Deutschland) 38,600. – Seil: 1. Pannova 20,0, 2. Boneva 19,825, . . .4. Weber 19,625. – Ball: 1. Pannova 20,0, 2. Beloglasowa (UdSSR) 19,950, . . .5. Weber 19,725, . . 8. Schmiemann 19,30. – Keulen: 1. Pannova 20,0, 2. Boneva 19,950, . . .6. Schmiemann 19,275. – Band: 1. Pannova 20,0, 2. Beloglasowa 19,975, 3. Weber 19,925, . . .8. Schmiemann 19,200.

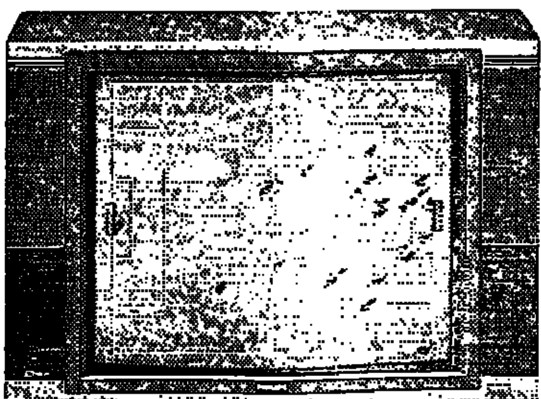
GEWINNZAHLEN

Lotto: 11, 19, 24, 42, 46, 47, Zusatzzahl: 6. – **Spiel 77:** 5 0 3 8 2 1 4. – **Toto, Elferwette:** 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 2, 2, 0, 2. (Ohne Gewähr).



Endlich ist der deutsche Fußball total verflacht.

Denn jetzt beweisen unsere Mannschaften ihr Können auf ganzer Fläche: Philips hat den flachen Bildschirm („FSQ") entwickelt und in alle TV-Formate eingebaut. Der „Bildschirm" wurde zur „Bildfläche". Eckig und vor allem flach – wie eine Kinoleinwand. Damit sich der deutsche Fußball so schön verflacht von seiner besten Seite zeigen kann.



PHILIPS

Ogilvy & Mather Düsseldorf

1000 saarländische Zuschauer in der Grauzone zwischen Wirklichkeit und Medien-Wirklichkeit

Frank Elstner: „Otto, du warst die Bombe!"

Hunderte von Zuschauern drängeiten sich am Samstag nach der neuesten Ausgabe von Frank Elstners „Wetten, daß..?" in der Saarbrücker Saarlandhalle um die Mitwirkenden, wedelten mit Autogrammheften, ließen die Stars nicht weg. Man kann zwar eine solches Show-Quiz viel besser zu Hause am Bildschirm verfolgen (in er Halle verdecken Kameras, Monitore, Pressefotographen häufig den Blick auf das Geschehen, so daß man ohnehin oft auf die Leinwand angewiesen ist, die das Fernsehbild darstellt), aber den 1000 Hallen-Zuschauern ist eben der Reiz vergönnt, einmal ungeniert die Grauzone zwischen Fernseh-Wirklichkeit und „einfacher" Wirklichkeit zu kreuzen – für viele ganz offensichtlich ein hoher Reiz, der auch 15 bis 20 Mark wert ist.



Den Medienruhm dem Ruhme Gottes nutzbar machen: Pastoren mit Skateboard FOTO: DPA

Zwanzigmal mehr Karten hätte das ZDF loswerden können. Denn in Saarbrücken, wo Frank Elstners Wettspiel zum dritten Mal zu Gast war, wissen die, die es wissen wollen, daß sich die Beteiligten nach der Sendung unters Volk mischen; es gibt sogar Freibier und Brezeln im Foyer. Wichtiger sind aber eindeutig die Prominenten der verschiedenen Couleur: die zwei Schauspielerstars Horst Tappert und Anja Kruse, der erfolgreiche Fußballtrainer Otto Rehagel, der jedem, der es hören will, versichert, eine solche Show sei genau sein Element, und den Elstner nach der Sendung in der Maske umarmt: „Otto, du warst die Bombe!"

Wie schade nur, daß die Fußball-Nationalspieler so schnell entfleucht sind! Auch sie sind ja Prominente, die man hier gern einmal angefaßt hätte. Glücklicherweise ist Peter Alexander, mit dem sie ihren Mexiko-Song einstudiert haben, dageblieben. (Das Lied wurde während der Sendung vom Band gespielt – die Kicker machten passende Mundbewegungen.) Noch eine geschlagene Stunde nach der Sendung sieht sich der berühmte Entertainer von Autogrammjägern eingekeilt, als müsse er für alle seine singenden Kicker mitschreiben. Daß Bundesministerin Süssmuth, ebenfalls Show-Teilnehmerin, gleich nach der Sendung ohne Aufenthalt nach Bonn zurückgeeilt ist, fällt dabei gar nicht auf. Das Medium schlägt die Politik, und eine Bonner Ministerin, und sei sie auch charmant, wiegt nie und nimmer einen wahrhaftigen Alexander auf.

Der Ministerin unterlief übrigens und bezeichnenderweise beim Quiz die krasseste Fehleinschätzung – hielt sie es doch für ganz und gar unmöglich, daß 20 ausgewachsene Pastoren im Skateboard auf die Bühne kommen würden. Sie kennt weder die Macht des Mediums noch die Mitspielwut deutscher Pastoren. Beim Anschluß-Bier erzählen diese, wie sie bestürmt wurden von Konfirmanden, Nachbarn, Gemeindemitgliedern, sich ja schnell auf den Weg zu machen und die Chance zu nutzen, das Medium mitzugestalten. Auch Bischof Peter Krug ist unter ihnen und fühlt sich wie zu Hause, läßt er sich doch ein Elstner-Autogramm geben. Pastor Wingendorf von der Peter-und-Paul-Kirche in Saarlouis plant gar, am Sonntag mit dem Skateboard zum Gottesdienst zu rollen, um den Medienruhm dem Ruhme Gottes nutzbar zu machen.

Das Erlebnis der „hautnahen" Medien-Wirklichkeit wird gekrönt durch eine Einflußnahme auf das Fernseh-Geschehen, und sei sie noch so winzig. Einmal die beste Saalwette haben und mitspielen dürfen! Oder, wie es einem Herrn in der sechsten Reihe gelingt, durch Zwischenruf Elstner darauf aufmerksam zu machen, daß er die Wett-Tips der Prominenten nicht eingeholt hat, also gegen den seit 32 Sendungen allen Zuschauern bekannten Ablauf verstößt. Aber hat man damit denn tatsächlich die Grauzone zwischen Wirklichkeit und Medien-Wirklichkeit durchquert? Oder ist man nur zum Rädchen der letzteren geworden?

Beim Bier im Foyer verschwimmen die Grenzen. Der Erlebnis-Höhepunkt ist, neben dem Autogramm, ein Foto zusammen mit einem der Medien-Prominenten – fast jede Familie, jedes Liebespaar hat eine Kamera mitgebracht. Da gibt es dann ein Schubsen, Bitten und Zerren, bis die Freundin oder die Mutter neben Elstner stehen und Vater oder Freund auf den Auslöser gedrückt haben. Gespräch spielt dabei keine Rolle. Das Bild ist alles. Und das Medium selbst ist nach wie vor die Message – wird es von Tag zu Tag mehr.

DETLEV AHLERS

Ein Versuch, Geschichte unterhaltsam zu zeigen

Mehr als ein Möbel-Stil

Aus einer Setzerei berichtet ein Redakteur über die Ermordung Kotzebues durch einen Studenten 1819. Bilder dokumentieren das Attentat. Dann verliest ein Sprecher weitere Ereignisse des Tages in der Rubrik „Was Sie wissen sollten". Es folgt ein Kommentar.

Nicht „Tagesthemen", sondern „Kaleidoskop" heißt die sechsteilige Serie. Sie spielt zwischen 1815 und 1848, in der Biedermeier-Zeit also. Nach Art eines unterhaltenden Nachrichtenmagazins entführt sie den Zuschauer in eine Epoche, die weit mehr als nur einen Möbelstil bezeichnet. ZDF-Autor Wilm ten Haaf: „Ich möchte mit Geschichte unterhalten." Szenen aus dem Biedermeier-Alltag lockern die Sendung auf: Der Redakteur betritt im zeitgerechten Anzug einen Salon. Rundtanz zur Hausmusik. Bei einem Glas Bowle wird er – und damit der Zuschauer – in die Regeln der Pfänderspiele eingeführt.

Ten Haaf beschreibt die zähen Bemühungen des Bürgertums, dem Deutschen Bund Metternichs das Mitspracherecht abzuringen. Der

Biedermeier-Kaleidoskop – ZDF, 16.04 Uhr

Fürst aus Wien machte es seinen Gegnern nicht einfach: Mit den „Karlsbader Beschlüssen" unterdrückte er die gesamtdeutsch gesonnenen Burschenschaften, zensierte die Presse und überwachte die Universitäten. Doch die revolutionäre Flamme ließ sich nicht mehr ausblasen. Beinahe 30 000 Menschen kamen zum Hambacher Fest 1832, wo die Republik gefordert wurde. Auch die wirtschaftspolitische Einigung im Deutschen Zollverein, in dem sich die Zollschranken zwischen den Bundesstaaten öffneten, beschreibt das „Kaleidoskop" als Markstein auf dem Weg zur bürgerlichen Revolution 1848.

Der Autor zeigt dem Zuschauer, daß die Biedermeier-Zeit auch kulturgeschichtlich zu den fruchtbarsten zählt. Erinnert wird etwa an Carl Spitzweg. Oder an den Dichter Grillparzer, die das „Kaleidoskop" der revolutionären Literatur der „Jungdeutschen" gegenüberstellt. Daß die Biedermeierzeit nicht „bieder" war, läßt schon die erste Folge der Serie ahnen.

C. GEYER

Eine Komödie zu Peter Ustinovs 65. Geburtstag

Ostblock-Erfahrungen

Peter Ustinovs Komödie „Abgehört" ist eine Ost-West-Persiflage: Mit augenzwinkernder Boulevard-Eleganz wird das Alltagsleben einer britischen Botschaft in einem Ostblock-Staat vorgeführt, die in Nöte gerät: Ein Regimekritiker bittet um Asyl und sorgt für Wirbel.

In dem mit populären Schauspielern besetzten Fernsehfilm (Hansjörg Felmy, Götz George, Heidelinde Weis und Beatrice Richter) ragt ein Kleinod hervor: Peter Ustinov, der Verfasser der Komödie. Auf die Frage: „Was bin ich?" müßte der Brite mit russischen Vorfahren antworten: „Dramatiker, Erzähler, Opern- und Theaterregisseur, Schauspieler, Drehbuchautor, Musicaldichter, Fernsehunterhalter und Unicef-Botschafter." Übermorgen wird er 65.

Daß der Engländer gut Deutsch spricht, erklärt er so: „Mein Großvater wurde aus Rußland herausgeschmissen, weil er Protestant war, er ging ins Königreich Württemberg, wurde Deutscher. Mein Vater ging als Repräsentant des Pressebüros Wolf nach London, später als Presseattaché an die deutsche Botschaft. Jeden Abend gab er die neusten Nachrichten und Kommentare durch, das lief ab wie ein Tonband, und ich hörte zu. So habe ich die kompliziertesten Wörter gelernt, aber keine Grammatik."

Die von Rolf von Sydow inszenierte Komödie „Abgehört" beweist Peter Ustinovs Fähigkeit, ernste Themen an den Rand des Juxes zu treiben. Seine Liebe gehört dem Theater, der – wie er gern betont – letzten Kunstform, die einen direkten Kontakt zwischen einem Auditorium und einer Aufführung bietet. Ustinov hat mehr als 20 Bühnenstücke geschrieben, unter anderem die Welterfolge „Die Liebe der vier Obersten", „Der Unbekannte Soldat und seine Frau" und „Endspurt".

Abgehört – ZDF, 22.35 Uhr

Die Anfänge seiner Schreibkunst datiert Ustinov so: „Als London im Krieg bombardiert wurde, konnte man nachts nicht schlafen – so schrieb ich. Und um nicht auf die Bomber zu hören und vor Angst zu schlottern, konzentrierte ich mich ganz fest auf das, was ich schrieb. Jetzt kann ich's – dank euren Bombern!"

GÜNTER RUDORF

KRITIK

Der Anstifter

Was unterscheidet einen Stifter von einem Anstifter? Der Hamburger Industrielle Kurt A. Körber versuchte in dem ZDF-**Sonntagsgespräch** den Unterschied deutlich zu machen: Das Hinblättern von Schecks für einen guten Zweck genügt ihm nicht, er hat den Ehrgeiz – so antwortete er auf die Frage von Fides Krause-Brewer – „in die Gesellschaft etwas Geistiges hineinzutragen".

Der 76jährige Manager, Erfinder und Mäzen wendet über seine Stiftung jährlich fünf Millionen Mark auf, wobei alle Stiftungen zukunftsorientiert sein müssen. Etwa seine jüngste Schöpfung, der „Förderpreis für die europäische Wissenschaft" – mit 40 Millionen Mark ausgestattet –, die laut Präambel etwas „zur Bewährung Drängendes" fördert. Das Sonntagsgespräch machte die Lebensauffassung eines Unternehmers deutlich, der immer ein Optimist gewesen ist. Körber, der mit 15 Jahren sein erstes Patent anmeldete, hat mit der Filterzigaretten-Maschine den gewinnbringendsten Erfolg gehabt.

Der Erfolg war für ihn Anlaß, auf immer neuen Feldern als Anstifter tätig zu werden. Was ihm Sorge macht – das förderte Fides Krause-Brewer durch Nachfragen ans Tageslicht – ist die Gefahr der Einengung der menschlichen Kommunikation durch den Computer. Hier mahnt er, den Computer lediglich als Entscheidungshilfe zu betrachten. Er selbst „knackt gern Nüsse". Ob der Aufschwung anhalten wird, fragte die ZDF-Interviewerin. Körber optimistisch: „Ich glaube ja, denn die Menschen werden vernünftiger."

HERBERT SCHÜTTE





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.03 Die Grünstein-Variante
11.45 Showfenster
12.15 Umschau
12.25 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Höchste Zeit
Ein Magazin
16.30 Chic
Aktuelle Mode
17.15 Auf und davon!
7. Teil: Auf der Flucht
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 100 Karat
2. Teil: Der Fund
James McGregor hat Diamanten gefunden und kehrt als reicher Mann nach Klipdrift zurück, um sich an dem Holländer Salomon zu rächen. Unter dem Namen Mr. Travis verführt er dessen Tochter Margaret und läßt das schwangere Mädchen sitzen.
21.04 Ein Platz an der Sonne
Die Wochengewinner
21.05 Mexico zwischen Erdbeben und Weltmeisterschaft
Von Hartmann von der Tann
21.45 Musikszene 86
Neues aus dem Schaugeschäft
Ron Williams präsentiert Musikfilme und Filmmusik von Queen, David Bowie, Billy Ocean sowie der Gruppe „Sigue Sigue Sputnik".
22.30 Tagesthemen
23.00 Warten auf Godot
Schauspiel von Samuel Beckett
Mit Peter Lühr, Thomas Holtzmann, Arnulf Schumacher u. a.
Inszenierung: George Tabori
Aufzeichnung aus den Münchner Kammerspielen
In unserer Theaterkritik hieß es: Man wartet, wartet hoffnungsfroh und geduldig mit diesen zwei zerlumpten Gestalten Estragon und Wladimir, erlebt das Warten gewissermaßen als existentielle Kategorie. Der Regisseur Tabori sieht seine Gestalten schlicht als Emigranten auf der Flucht und hält sie ganz aus dem Metaphysischen heraus. Tabori begreift Beckett als Realisten. Das Warten wird zum Phänomen für die verrinnende Zeit.
1.15 Tagesschau
1.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Biedermeier-Kaleidoskop
Sechsteilige Fernsehreihe
1. Teil: Die Zeit 1815–1819
Buch und Regie: Wilm ten Haaf
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
Musik und Poesie
Moderation: Anke und Benny
Mit REO Speedwagon, Lou Reed, Cyndi Lauper und Romeo Void
17.00 heute / Aus den Ländern
17.50 SOKO 5113
In die falsche Richtung
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Auf den Tag genau
Kriminalfilm nach dem gleichnamigen Roman von Stefan Murr
Mit Armin Mueller-Stahl, Günther-Maria Halmer u. a.
Drehbuch und Regie: Michael Lähn
Der Politiker Friedrich Dax wird kurz vor der Wahl angeschossen. Bei seinen Ermittlungen stößt der Kripobeamte Zuessy auf Widersprüche im Leben des Abgeordneten. Ein weiteres Attentat geschieht.
21.05 Ratschlag für Kinogänger
„Ran" von Akira Kurosawa
Vorgestellt von Hans Helmut Kirst
21.15 WISO
Themen: Hannover-Messe
Wein: Das schlechte Geschäft
Marktnische: Chronographen mit Uhrwerk sind gefragt
Steuerhilfe für neue Heizung im alten Haus
Moderation: Hans-Ulrich Spee
21.45 heute-journal
22.05 Sexualität heute
2. Folge: „Läßt mich das kalt, oder macht mich das heiß?"
22.35 Abgehört
Komödie von Peter Ustinov
Mit Hansjörg Felmy u. a.
Regie: Rolf von Sydow
Diese Ost-West-Komödie wird aus Anlaß des 65. Geburtstages von Peter Ustinov (am 16. April) gesendet.
0.10 heute

Wann erscheint Godot den Landstreichern? Samuel Becketts Theaterstück in einer Inszenierung der Münchner Kammerspiele zeigt die ARD um 23 Uhr FOTO: TELEBUNK

SAT 1

15.00 Kimba, der weiße Löwe
15.30 Lassie
Der alte Henry
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Ende der Jagd
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Extrablatt
19.45 Käpt'n Rauhbein aus St. Pauli
Deutscher Spielfilm (1971)
Mit Curd Jürgens, Heinz Reincke, Johanna von Koczian u. a.
Regie: Rolf Olsen
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste,
Sport, Quiz, Wetter
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
22.45 JuxBox Extra
Das Comic-Betthupferl
Ein weiterer Comic-Klassiker des italienischen Zeichners und Regisseurs Bruno Bozetto steht heute auf dem Programm: „Mr. Rossi geht zelten".
23.00 Matt Houston
Freunde in der Not
0.10 APF blick
Letzte Nachrichten



19.00 Nachbar Europa
19.45 Bauernmalerei
2. Jedes Holz muß vorbehandelt werden
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Die Schraiers
8. Die Kündigung
21.05 Im Dschungel ist der Teufel los
Ein Abenteuerfilm für die ganze Familie
22.40 Die Talkshow
Spiel mit der Wissenschaft
23.40 Nachrichten zum Sendeschluß

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Unsere Nachbarn sind wilde Löwen
Film von R. H. Materna
Bericht über das abenteuerliche Leben der Kinder eines Wildhüters
18.35 Sachunterricht:
Stromerzeugung
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 P. I. T. – Peter Illmanns Treff
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Satanas – Das Schloß der blutigen Bestie
Amerik.-engl. Spielfilm (1964)
Mit Vincent Price, Hazel Court, Jane Asher u. a.
Regie: Roger Corman
23.10 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karichen
19.30 KAZ
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein Sheriff in New York
Kriminalfilm
21.50 RTL-Spiel
21.55 Reserviert für Yoko Ono
22.32 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
20.45 Wege aus der Krise
21.45 Medizin-Magazin
22.15 Hamsterfahrten
22.45 Das Ballhaus
Eine irische Romanze von W. Trevor
23.35 Warum ist Frau B. glücklich?
Film von Erika Runge
0.15 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Fußballschule (11)
19.00 Briefmarken
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Hilfe – mein Konto wird beklaut
21.15 Markt der Ideen
22.15 Mörderspinnen
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit William Shatner u. a.
Regie: John Carlos
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.33 Tiersprechstunde
19.00 Das internationale TV-Kochbuch
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Marine-Unruhen 1917/1918
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 Bauten statt Blumen
Zwei Dörfer in der Provence
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
Joe Cartwrights Hengst
20.15 Privat-Vorstellung
Familiensaga eines Amateurfilmers
Vorgestellt von Michael Laux und Martin Kukulla
21.00 Die Schule der Briefträger
Französischer Kurzfilm (1947)
Von Jacques Tati
21.15 Von Menschen und Schafen
22.15 Jazz
Das Stephane Grappelli Trio
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Wächter über das biologische Ich
Das Immunsystem
Dokumentation von Reinhold Gruber
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Kunstwerke aus der Südsee
22.50 Magnum
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Beck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 30 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

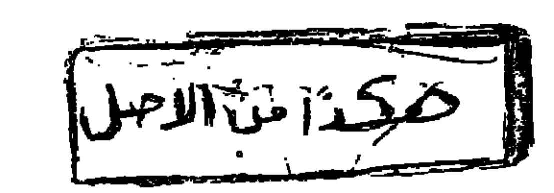
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Pankraz, die Kreativen und die wahre Intuition

Mehrere wissenschaftliche Vereinigungen der Bundesrepublik haben sich zusammengetan, um im Herbst in Düsseldorf einen großen, gründlichen Arbeitskongreß zum Thema „Intuition" abzuhalten. Organisator ist der Mainzer Technik-Philosoph Hans Sachsse, und Fördergeld aus Wirtschaftskreisen gibt es genug, ja, man darf sogar sagen, daß die Industrie der treibende Motor hinter dem Unternehmen ist. Ihr ist nämlich nicht entgangen, daß die Intuition längst zur Produktionskraft Nummer eins in den Forschungslabors und Entwicklungsabteilungen aufstieg. Nun will man einmal genauer wissen, was es mit dieser merkwürdigen Produktionskraft auf sich hat, die so schwer zu kriegen und so schwer zu halten ist.

Das Düsseldorfer Vorhaben signalisiert deutlich die Unzufriedenheit der ernsthaften, auf seriöse Effektivität bedachten Führungskräfte mit den herkömmlichen „kreativen" Abteilungen in den Betrieben. Allzu viel Geistesschrott hat sich dort angesammelt, es sitzen eine Menge Paradiesvögel herum, die einen mundfrischen, aus populärpsychologischen Klischees zusammengesetzen Kreativjargon zwitschern, ohne daß das Mindeste dabei herauskäme. Aus den „brain stormings" tröpfeln *allenfalls* „Einfälle", aber Einfälle sind noch lange keine klaren, verwertbaren Ideen. Es fehlt eben die Intuition, der zündende Funke, der nachtwandlerisch erspürte „nächste Schritt", der getan werden *muß*, um eine Gleichung überzeugend aufzulösen.

Intuition kann nicht erlernt werden, am allerwenigsten durch die rasche Lektüre einiger Handbücher vom Schlage „Kreatives Denken". Erfahrung kommt ihr wahrscheinlich zugute, ist jedoch keine Voraussetzung. Es kann passieren (und passiert ziemlich *oft* in der Forschung), daß ein experimentierendes Team über einem bestimmten Problem Erfahrungen über Erfahrungen sammelt, ohne je zum Durchbruch zu kommen. Und daß dann irgendein „grüner Junge", neu ins Team aufgenommen, mit einem einzigen Griff die entscheidende Tür aufstößt.

Haben also die großen Philosophen, Plato, Kant, Schopenhauer, recht, wenn sie der Intuition gleichsam überirdischen Rang zusprechen und in ihr eine Gnade sehen, die nur wenigen Menschen zuteil wird? Es ist jedenfalls anrührend zu lesen, wie etwa der stocknüchterne Kant, nachdem er mit unendlichem Fleiß und nie *nachlassendem* Scharfsinn „bewiesen" hat, daß menschliche Erkenntnis nur aus sinnlich-rezeptiver Anschauung und rationalem, bestimmten Denkkategorien folgendem Verstand entstehen könne, bei der Erörterung des „Dings an sich" plötzlich die Möglichkeit eines „intuitiven Verstandes" einräumt, einer sogenannten „intellektuellen Anschauung", die er am liebsten für Gott allein reserviert sehen möchte. Lohnt sich denn ein Arbeitskongreß über eine Sache, die derart über den Wolken schwebt, daß ihr offenbar weder mit Erfahrung noch mit formaler Logik beizukommen ist?

Nun, wahrscheinlich wird man auf dem Intuitions-Kongreß, statt von Kant und Schopenhauer, mehr von Bergson und Husserl reden, bei denen die Intuition eine etwas weniger erhabene, mehr methodische Rolle spielt. Husserls „Phänomenologie" beispielsweise empfiehlt ja, um zu Ergebnissen zu kommen, den üblichen empirisch-logischen Erkenntnisprozeß einfach einmal „einzuklammern", sich ganz der tagtäglich auf uns einströmenden „Lebenswelt" zu überlassen und die Dinge gleichsam mit der Naivität eines Neugeborenen zu betrachten, sie mit unabgelenkter Kraft „anzuschauen". Das Verfahren hat sich in der literarischen Hermeneutik sehr bewährt und könnte möglicherweise auch für naturwissenschaftliche Forschungen und industrielle Innovationen fruchtbar gemacht werden.

Es käme dabei wahrscheinlich darauf an, innerhalb der Laboratorien ein intellektuelles Klima zu erzeugen, in dem es ohne Hierarchie-Rücksichten und Kompetenzgerangel jederzeit möglich ist, der Stimme der Lebenswelt Gehör zu verschaffen, *„naiv" und grundsätzlich* zu fragen und bestimmte Versuchsanordnungen nicht allzu sehr zu strapazieren. Wie viele Nobelpreise verdanken sich doch der Tatsache, daß der Forscher eines Tages Versuchsanordnung Versuchsanordnung sein ließ samt sämtlichen bisherigen Ergebnissen, sich noch einmal „ganz dumm" stellte und so endlich die richtige Eingangsfrage zu formulieren verstand! Genau das nennt man Intuition.

Falsch wäre es übrigens, blindlings demjenigen zu vertrauen, der einige Male intuitiv das Richtige gesagt hat, und ihn nun gleich für ein Genie der Intuition zu halten. Genies der Intuition sind außerordentlich selten. Die meisten Nobelpreisträger für Physik oder Chemie zum Beispiel sind im Grunde ganz normale Durchschnittsprofessoren, die *einmal in ihrem Leben einen Treffer* gelandet haben, ansonsten aber brav der Routine gehorchen. Das trifft in gewisser Weise sogar auf solche Koryphäen wie Albert Einstein zu.

Wieder andere sind Exzentriker (etwa Modell Schrödinger), in deren Werk neben dem (Zufalls-)Treffer ein Wust von sonstigen, völlig unbrauchbaren Einfällen steht. Diese Art Preisträger kann geradezu verhängnisvolle Wirkungen entfalten. Denn der Ruf, den sie als Nobellaureat hat, zwingt die Kollegenschaften und die interessierte Öffentlichkeit, den sterilen Wust von Einfällen unentwegt zu sichten oder auf andere Weise ernstzunehmen, *wodurch in der Regel viel überflüssige* Arbeit und ein ausgesprochen anti-intuitives wissenschaftliches Klima entsteht.

Wenn es in Düsseldorf gelänge, sowohl die ruchlosen Routiniers als auch die eitlen Exzentriker und Berufs-Kreativen in ihre Schranken zu weisen, wäre schon viel erreicht. Der Intuition selbst auf die Spur zu kommen, scheint ohnehin vergeblich, da hat Kant wohl recht. Es kann wirklich nur darum gehen, ihr ein optimales Bett zu bereiten und darauf zu hoffen, daß sie sich in ihm niederläßt.

Pankraz

Franz Schuberts Lierderzyklen neu eingespielt

Das Klavier singt mit

Eine „Winterreise" für alle Jahreszeiten – das ist diese Einspielung des zerklüftetsten der *Schubertschen* Liederzyklen: dieser Hauspostille der Melancholie und des Weltenendes, an das der Wanderer unausweichlich gelangt.

Peter Schreier und Swjatoslaw Richter haben den Liederkreis in der Dresdner Semperoper gemeinsam ausgeschritten im Rahmen der Eröffnungswoche des neu errichteten Hauses, und dieses denkwürdige Konzert, Schreiers Erst-Interpretation des Werks überhaupt, hat die Schallplatte denn auch glücklicherweise mitgeschnitten.

Das Nachtkonzert, aus technischen Gründen begann es erst um halb zehn, glich einem Mirakel – und diese bannende Kraft des Vortrags hat sich auf das Medium voll übertragen – wie leider aber auch das Gehuste. „Winterreisen", die man mitschneiden will, veranstaltet *man doch* wohl besser im Sommer.

Wenn man bedenkt, daß Fischer-Dieskau die „Winterreise" zum erstenmal öffentlich als Siebzehnjähriger vortrug (sein Publikum *mußte* zeitweilig in den Luftschutzkeller, blieb aber – *Fischer-Dieskaus* Triumph bis heute – dem jugendlichen Sänger bis zum Schluß treu), muß man Peter Schreier beinahe einen Spätkömmling nennen.

Lange hat er auf diese künstlerische Aufgabe angewartet, sich vorbereitet. Er ist diesem Konzert buchstäblich entgegengereift. Alle Mittel stehen nun unter strenger, aber nie *aufdringlicher* Kontrolle.

Die Konzentration ist beinahe greifbar, und sie richtet sich immer auf dreierlei: eine gepflegte Tonge*bung*, die Schreiers von Natur aus ja nicht gerade besonders reizvolles Organ; höchstdenkbare Schönheit abzugewinnen versteht; eine vorbildliche *Durchdringung* der Texte; schließlich das Einverständnis, dem Pianisten gleiches Gestaltungsrecht einzuräumen. Das Ergebnis ist von unerhörter *Eindringlichkeit*.

Bei aller Bewunderung für Schreiers tenorale Leistung: Nicht weniger zieht das gewaltige Klavierspiel Richters die Aufmerksamkeit an – ohne natürlich von der gemeinsamen Aufgabe abzulenken. Unter Gewaltigkeit ist dabei die sanfte Gewalt zu verstehen, die Richter allein schon in den Anschlag zu legen weiß.

Das Klavier singt mit dem Sänger, und daß beide voreinander und nebeneinander bestehen, macht das Glück dieser musikalisch einzigartigen Stunde. Im Kapitel „Liedgestaltung" kommt der frischen Aufnahme schon jetzt der Rang des Historischen zu. Es ist eine Einspielung zu immer erneutem, staunendem Wiederhören.

Es ist die außerordentliche Ruhe und Verinnerlichung, die Richter wie ein Netz über den *gemeinsamen Vortrag* wirft, aus denen die Lieder sich ihr vertieftes Leben gewinnen.

Und wie Schreier den Tempo-Vorschlägen Richters vokal zu folgen vermag und die Stimmung, die ihm zugespielt wird, immer wieder gestaltend aufgreift: das hebt dieses Album über die meisten rundum weit hinaus (Philips 416 194-1, 2 LP).

KLAUS GEITEL

Der Mann der Bildung und des Abendlands – Zum hundertsten Geburtstag von Ernst Robert Curtius

In allem war er ein großer Wegbereiter

In dem Städtchen Thaon am Osthang der Vogesen ist Ernst Robert Curtius heute vor 100 Jahren geboren worden – keineswegs als Elsässer, sondern als Sohn eines in das *„Reichsland" entsandten preußischen* Verwaltungsbeamten und evangelisch-lutherischen Kirchenvorstandes und als Enkel des Berliner *Philologen* und *Historikers* Ernst Curtius, der die Ausgrabung von Olympia angeregt und beaufsichtigt hatte.

Der Geburtsort und die in Colmar und Straßburg verbrachten Schul- und Studienjahre sollten einen bestimmenden Einfluß auf den jungen Curtius haben. Nicht nur, daß er sich alsbald dem in Straßburg durch Gustav Gröber hervorragend vertretenen Fach der romanischen Sprach- und Literaturwissenschaft zuwandte. Er las auch, wie die jungen Leute in seiner Umgebung, die Bücher der um die Jahrhundertwende hervorgetretenen französischen Schriftsteller, der „Literarischen Wegbereiter des neuen Frankreich", wie er sie selbst im Titel seines ersten wichtigen Buches nannte.



Ernst Robert Curtius (hinterste Reihe mit Brille) 1949 in Colorado: u. a. mit Thornton Wilder und Ortega y Gasset (vorderste Reihe, 1. und 4. von links) sowie Albert Schweitzer (dritter von rechts) FOTO: LIFE/SMITH

Es waren Vorlesungen, die er als junger Privatdozent in Bonn gehalten hatte, im Sommersemester 1914, also unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges. Die Wegbereiter waren fünf an der Zahl: André Gide, Romain Rolland, Paul Claudel, André Suarez und Charles Péguy. Unter ihnen war ihm Gide der wichtigste, mit ihm verband ihn eine feste Freundschaft, wie aus *dem 1980 veröffentlichten Briefwechsel* hervorgeht.

Als Professor nach Marburg berufen, holte Curtius alsbald zu einem ganz großen Schlag aus: seinem „Balzac". Es sollte keine Biographie werden, keine bequeme Anleitung zur Lektüre des Romanwerks, sondern eine gründliche Würdigung nach ganz neuartigen Gesichtspunkten. Man werfe nur einen Blick auf die Kapitelüberschriften: „Macht", „Erkenntnis", „Leidenschaft", „Gesellschaft", „Geheimnis".

Curtius neigte dazu, sich stilistisch immer knapper auszudrücken, als strebe er eine Art Kurzschrift an, die nur noch ganz nüchterne Mitteilungen von immer größerer Bedeutung *enthielte. Und in der Tat wog* jedes seiner Worte schwer, weil er selbst ja immer den Vorreiter machte. Man bedenke, daß er seine Leser mit Marcel Proust konfrontierte und dessen Bedeutung prophezeite, als noch nicht einmal alle Bände der „Temps perdu" erschienen waren!

Die zwanziger Jahre waren für Curtius eine Periode besonders starker von außen kommender Kontakte. Da war Schloß Colpach im Großherzogtum Luxemburg, wo ein deutsch-französisches Komitee von Politikern, Wirtschaftlern und Professoren sich zum Zweck der Zusammenarbeit traf, da war die Abtei von Pontigny, wo Paul Desjardins Intellektuelle aus aller *Herren Länder* um sich versammelte, da war die Universität Heidelberg, deren Ruf er angenommen hatte und die sich durch ein lebhaftes geistiges Leben auszeichnete.

Mit einem Heidelberger Professor, Arnold Bergsträßer, wurde er von der Deutschen Verlagsanstalt zusammengeschirrt, um ein Gegenstück zu dem berühmten England-Buch von Dibelius zu schreiben. Sein Anteil daran wurde als „Essai sur la France" in Frankreich ein großer Erfolg. Den Abschluß der Heidelberger Jahre bildete ein Feriensemester in Rom, das wie keine andere Stadt der Welt imstande war, seine Sehnsucht nach Geschichtsträchtigkeit zu stillen.

Schon bald nach der Rückkehr *nach Bonn*, der *nächsten und letzten* universitären Etappe und zugleich seinem Ausgangspunkt, begannen sich am politischen Himmel düstere Wolken zu türmen. Mit großer Klarheit sah Curtius das Jahr 1932 als die Wendemarke zum Besseren oder Schlimmeren und griff geradezu mit Besessenheit zur Feder, um vor dem Untergang aller Kultur in politischen Ideologien und halb durchdachten Soziologien zu warnen („Deutscher Geist in Gefahr", 1932).

Hatten ihn manche in diesem Buch geäußerten Gedanken in die Nähe von einigen konservativen Modedenkern von damals gebracht, so war doch kein Satz darin zu finden, der den herannahenden braunen Herrschern sympathisch sein konnte. Zu Kompromissen war er nicht bereit, bis auf ein flüchtig hingewischtes „Heil Hitler" zu Beginn der Vorlesung. Er blieb Persona non grata und seine Freunde im In- und Ausland mußten um ihn besorgt sein.

Höchstwahrscheinlich bestand ein Zusammenhang zwischen der politischen Lage im Winter 1931/32 und dem Entschluß von Curtius, sich der lateinischen Dichtung des Mittelalters zuzuwenden, und zwar gleich in einem dreiwochenstündigen Hauptkolleg. Den leicht verwunderten Studenten wurde nahegelegt, sich ein amerikanisches Lesebuch mit mittellateinischen Texten zu besorgen – in *Deutschland gab es so etwas noch* nicht –, und dann wurde fröhlich in die sonst von keinem deutschen Universitätslehrer befahrenen Gewässer aufgebrochen.

Für die jungen Neuphilologen, gewohnt, in regelmäßigem Turnus ein Jahrhundert französischer Literaturgeschichte zu absolvieren, war es ein erfrischender Ausblick in eine gänzlich andere Welt, für ihren Lehrer eine fabelhafte Erkenntnis. Wie hatte man beim Betrachten der einzelnen Literaturen Europas übersehen können, daß sie alle wie ein Basso continuo eine gelehrte Poesie und Prosa begleitete, in der man alle ihre Besonderheiten vorgeprägt fand, weil sie fast alle aus der Antike stammten! Es wimmelte von „topoi", das heißt von Gemeinplätzen, und mochte es manchen auch melancholisch stimmen: Es war, wie Ben Akiba sagt, alles schon einmal dagewesen.

Der lexikonstarke Band „Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter" erschien bald nach Kriegsende in Bern, Zeugnis einer schier unfaßlichen Belesenheit und poetischen Durchdringung. Die Bolligen Foundation in New York veranlaßte die teure Übersetzung ins Englische, und fortan war Curtius für die Welt zum Registrator der „topoi" geworden. Aus dem Fachmann für französische und englische Neuheiten wurde eine internationale Autorität.

Seiner *Emeritierung sah er mit* schlecht verhohlener Ungeduld über die Unbildung seiner Studenten schon lange erwartungsvoll entgegen. Aber sie kam zu spät, um ihm noch einige ungetrübte Jahre der Forschung und mehr als einen kurzen Aufenthalt in Rom zu gewähren, der Stadt, die so genau seinem Wunsch nach Dauer und Erneuerung entsprach. In Rom ist er gestorben, aber leider liegt er nicht auf dem deutschen Friedhof bei der Cestius-Pyramide begraben, den er so gern allein oder mit Freunden besucht hat.

HELLMUT JAESRICH

Picassos „Suite Vollard" im Salzburger Rupertinum

Wenn Minotaurus liebt

Eben noch vergnügt sich der Minotaurus beim Zechgelage, aber schon überfällt er ein Mädchen, und bald *darauf* ereilt *ihn* auch sein Schicksal – ein Jüngling tötet ihn in der Arena. Oder: Immer wieder der Blick in das Atelier des Bildhauers, *mit Statuen, vollendeten* und unvollendeten, lebenden stehenden und liegenden Modellen, alles vielfach stilistisch, technisch und stimmungsmäßig abgewandelt.

Dieses reichhaltige Panorama, ganz in Druckgrafik, bietet Picassos „Suite Vollard", die in einem der wenigen komplett erhaltenen Exemplare jetzt im Rupertinum zu Salzburg ausgestellt wird. Die „Suite Vollard" ist Picassos „opus magnum" auf dem Gebiet der Druckgrafik. Ihre Themen sind typisch für ihn.

Auf Anregung des Galeristen Ambroise Vollard schuf Picasso seine druckgraphischen Serien. Die 100 Blatt der später so genannten „Suite Vollard" wurden 1929 „bestellt". Picasso radierte sie in Schüben zwischen 1930 und 1937. Vollard erlebte die Edition nicht mehr – er starb 1939, kurz vor ihrem Erscheinen.

Die Abzüge im Rupertinum sind von allerbester Qualität. Die thematische Vielfalt in der vielfachen Abwandlung beeindruckt. Der Stilreichtum, der in vielen Blättern mehrere Darstellungsarten und auch Drucktechniken vereint, gleicht einem virtuosen Feuerwerk grafischer Möglichkeiten und ist doch nie Selbstzweck.

Die 46 Blätter, die verschiedene Fassungen des „Bildhauers im Atelier" *zeigen, bilden den Kern der* Suite. Der Bildhauer hier hat zwar ein wenig Ähnlichkeit mit Picasso selbst, ist aber deutlicher noch nach dem Vorbild des Zeus gestaltet. Im Bild des Künstlers spricht Picasso über das Wesen der Kunst, er schafft Verbindungen zwischen den Begrifen der Kunst und der Liebe, der göttlichen, der menschlichen und der künstlerischen Schöpfung.

Ungeheure Plastizität bestimmt die Blätter mit den Darstellungen des Liebeskampfs. Sehr nahe liegen da „Umarmung" und „Vergewaltigung" beieinander, gleichgültig, ob es Menschen sind oder mythische Figuren. Insgesamt macht die Wandelbarkeit von Picassos Technik, vom freien Linienspiel in klassischer Klarheit zu dem spontanen und expressiven Liebeskampfblättern und der tragisch-dämonischen Stimmung in den Minotaurus-Themen, die „Suite Vollard" zu einem künstlerischen Zeugnis von souveränem Rang. (Bis 19. Mai; Katalog 290 öS.)

GERHARD CHARLES RUMP



Vertrauter Blick ins Atelier: Picassos Grafik „Bildhauer und Skulptur dreier Tänzerinnen" (1934). Aus der Salzburger Ausstellung FOTO: KATALOG

„Leonce und Lena" unter W. Schroeter in Bremen

Aufgedrehte Puttenwelt

Etwas Märchenhaftes hat ja Georg Büchners Lustspiel „Leonce und Lena" gewiß an sich. Schon die Fabel erinnert an die berühmte Geschichte vom *Märchenprinzen*, nur daß bei Büchner der Märchenprinz selbst sich aufmacht, sein Glück woanders als im Reiche Popos zu suchen. Die Pointe, daß er am Ende genau die Braut findet, die für ihn vorgesehen war, der er aber entkommen wollte – dies vollendet die Zwangsläufigkeit des Märchens mit der Ironie des sozialen Skeptikers.

In Bremen, wo Filmregisseur Werner Schroeter das Werk jetzt genau 150 Jahre nach seiner Entstehung in Szene setzte, sind dieses Märchenhafte und die dahinterliegende Ironie auf originelle Weise verfremdet worden. Schroeter führt uns sozusagen aufs biedermeierliche Vertiko in die Welt der kostbaren Nippesfiguren und mechanischen Spielwerke. Bühnenbildnerin Alberte Barsacq hat ein riesiges Schachbrett als Wippe auf die Bühne gebaut. Und auf solchermaßen schwankendem Untergrund bewegen sich bezopfte Porzellanchinesen oder schwarz bewamste Biedermänner. Eine derartige Perspektive *hat gewiß ihre Reize*. Und Schroeters Grundgedanke, den deutschen Partikularismus als ein Phänomen spießbürgerlichen Verniedlichungsden*kens darzustellen, leuchtet auch* sofort ein. Wem die Welt schon beim nächsten Kirchtum aufhört, der sucht auch nach überschaubarer Innerlichkeit; und wer seine Innerlichkeit in den putzigen Dimensionen einer Vitrine gespiegelt zu sehen vermag, der wird auch froh sein, den nächsten Kirchturm für den Mittelpunkt der Welt halten zu dürfen.

Schroeter gelingt es mühelos, Büchner aus diesem Stilprinzip heraus mit neuen Reizmomenten zu versehen. Er kann sich dort Pathos erlauben, wo Büchner karikiert, und er kann in Schönheit schwelgen, ohne dem Stück seine kritischen Aspekte zu nehmen. Ein Stehgeiger (Oscar) begleitet *im Frack mit süßem Spiel* diese aufgedrehte Puttenwelt. Die Kostüme (ebenfalls Alberte Barsacq) verleiten den Zuschauer, sich hemmungslos dem Augenschmaus hinzugeben, ohne das Gefühl zu verlieren, daß der Kitsch das Unglück nur be*mäntelt*.

So ist eine der schönsten Szenen des Abends eben auch eine der traurigsten: Wenn die Geliebte des Prinzen, die Mätresse Rosetta (Isolde Barth) verstoßen ihren Abschiedstanz zelebriert, dann ist das, als liefe ein automatisches Spielwerk ab. Die Figuren haben kein eigenes Leben, sie werden von außen in Gang gesetzt, und die Energie, die sie bewegt, ist begrenzt durch die Potenz der Mechanik.

Aber dieses Prinzip der ästhetischen Verniedlichung richtet sich mit zunehmender Spieldauer auch gegen Büchner. Der Autor läßt sein Liebespaar ja am Ende selbst als mechanische Figuren auftreten, um die Eheschließung möglich zu machen. Da Schroeter aber von vornherein alles mechanisiert hat, entsteht hier kein aufdeckender Bruch mehr. Schroeters Welt ist derart in sich geschlossen, daß Büchners Dialektik – im Augenblick ihres tiefsten Menschseins müssen sich Leonce und Lena in mechanische Wesen verwandeln – völlig außer Kraft gesetzt wird.

Auch die Darsteller sind bei solcher formalen Strenge um viele Möglichkeiten gebracht. Leonce (Benno *Iffland) setzt zwar seine Melancholie* als Instrument gegen das Zeremoniell als Lebensprinzip, aber es ist nicht zu verhindern, daß auch dieses Instrument sofort zum mechanisierten erstarrt. Ebenso ergeht es Birgit Walter als Lena. Ihre Liebe ist so tot wie die Welt, der sie zu entfliehen trachtet. Selbst Valerio (Hertha Martin) und die Gouvernante (Isolde Barth) müssen als Diener ihrer königlichen Herrschaften ihre *hintergründige Pfiffigkeit* auf dem Altar von Schroeters ironischer Kitschästhetik opfern. Einzig Karl-Heinz von Hassel als König Peter gelingt es, seiner Figur nebenbei ein wenig Leben abzuringen: Es ist, als zwinkere seine Porzellanfigur in unbewachten Momenten dem Zuschauer einen Trost zu. Letztlich aber scheitert Schroeters schöne Inszenierung an ihrer Hermeneutik. Die Puppenoper setzt sich gegen das durch, was sie wohl eigentlich bedeuten sollte. Trotzdem sehr herzlicher Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nächste Vorstellungen: 15., 16. und 22. April; Kartenvorbestellung: 0421 / 3 65 33 44

JOURNAL

Wissenschaftsforum in Heidelberg eröffnet

dpa, **Heidelberg**

Die Universität Heidelberg hat als zentrales Projekt zu ihrer 600-Jahr-Feier ein Internationales Wissenschaftsforum seiner Bestimmung übergeben. Zwei Gebäude im schönsten Teil der Altstadt, eines davon eine großzügige frühere Villa aus der Jugendstilzeit, sind als Stätte des „internationalen, interdisziplinären Wissenschafts- und Forschungsaustausches" zweckmäßig umgestaltet und arrangiert worden. Die Einrichtung der Tagungsstätte hat die Stiftung Volkswagenwerk mit rund 1,9 Millionen Mark ermöglicht.

Equity-Präsident Bond tritt zurück

dpa, **London**

Der Präsident der britischen Schauspieler- und Künstlergewerkschaft Equity, Derek Bond, ist aus Protest gegen ein von seiner Organisation verhängtes Arbeitsverbot für die 32 000 Mitglieder in Südafrika zurückgetreten. Seinen Rücktritt *begründete Bond damit, daß die* Gewerkschaft nicht das Recht habe, ihren Mitgliedern vorzuschreiben, in welchem Land sie aus politi*schen Gründen auftreten könnten* oder nicht. Bond hatte hingegen für die Absichtserklärung der britischen Schauspieler und Künstler plädiert, nicht vor einem rassisch getrennten Publikum in Südafrika aufzutreten. Die Mehrzahl der Equity-Mitglieder hatte sich jedoch zuvor bei einem Referendum für ein Arbeitsverbot in Südafrika ausgesprochen.

Künstlerverband wählte neuen Vorstand

dpa, **Saarbrücken**

Der Bundesverband Bildender Künstler (BBK) hat auf seiner Bundesdelegiertenversammlung in Saarbrücken einen neuen Bundesvorstand für die nächsten vier Jahre gewählt. Zu Sprechern des Vorstandes wurden Dierk Engelken (Bonn), Dieter Göltenboth (Stuttgart) und Ulla Schenkel (Stuttgart) gewählt. Weiter gehören Dieter Ruckhaberle, Bernhard Mensch, Almut Broer *und Hans Wilhelm Sottrop dem* Vorstand an. Auf einer Pressekonferenz forderte der BBK-Vorstand die Bundesregierung auf, künftig bei der Vergabe von *Mitteln* für „Kunst am Bau" darauf zu achten, daß die Mitbestimmungsmöglichkeit von Künstlern gewährleistet wird.

Kulturstadt Berlin im Zeichen Osteuropas

dpa, **Berlin**

Berlin will 1988 als „Kulturstadt Europas" – nach Athen, Florenz und Amsterdam – seine „traditionelle Rolle als Mittler zwischen Ost und West" zur Geltung bringen und dabei in besonderem Maße Bühne für osteuropäische Kulturentwicklungen sein. Dafür sollen auch die Kontakte von Berliner Kultureinrichtungen zu Organisationen und Künstlern in Osteuropa genutzt werden. Es ist auch daran gedacht, Ost-Berlin anzubieten, „sich an den Veranstaltungen, wo irgend möglich, zu beteiligen", da die europäische Kulturstadt 1988 „Berlin und nicht West-Berlin" heiße.

Erfahrungsaustausch über Buch-Konservierung

dpa, **Wien**

Als weltweiter Erfahrungsaustausch wurde die Konferenz über die Erhaltung von Bibliotheksgut *empfunden, die in Wien soeben zu* Ende ging. Direktoren von Nationalbibliotheken und ihre Experten für die Restaurierung von Druckwerken *informierten sich* über den einschlägigen Forschungsstand. Die Problematik wird in den meisten Kulturstaaten ähnlich gesehen: *Die Bücher sind nach 1800* auf weniger dauerhaftem Papier gedruckt worden, und man muß bei jedem einzelnen Druckwerk entscheiden, ob man das ganze Buch retten oder seinen Inhalt auf andere Medien übertragen soll. Der Mikrofilm dominiert heute noch, die Bildplatte scheint aber eine große Zukunft zu haben. Bei der Konservierung sind die Amerikaner im Augenblick führend.

Keine Förderung für Drehbücher

dpa, **Berlin**

Eine Gruppe von Drehbuchautoren hat jetzt in einer öffentlichen Erklärung gegen die beabsichtigte Streichung der Drehbuchförderung durch die Filmförderungsanstalt, wie sie in der Novelle zum *Filmförderungsgesetz* vorgesehen ist, protestiert. Über die Gesetzesvorlage soll in den nächsten Wochen in Bonn beraten werden. In der vom Literarischen Colloquium Berlin veröffentlichten Protesterklärung werden alle Filmautoren aufgefordert, sich „energisch gegen diese film- und produktionsfeindliche Maßnahme auszusprechen". Zu den 34 Unterzeichnern gehören Hans-Henning Borgelt, Tankred Dorst, Yaak Karsunke, Erika Runge und Leonie Ossowski.

Schwarze Sheriffs lassen ihre Uniform im Schrank

Neue Wege der Fluggast-Kontrolle in München-Riem

PETER SCHMALZ, München

Die berüchtigten „Schwarzen Sheriffs" der Münchner U-Bahn werden künftig auch am Flughafen Riem Fluggäste und Handgepäck kontrollieren. Für diesen Einsatz müssen sie aber ihre martialische schwarze Uniform und ihre Waffen ablegen und in eine freundlichere Kleidung – silbergraue Hemden und auberginefarbene Hosen – schlüpfen. Sie sollen 200 Polizisten und Politessen ersetzen.

Das sieht ein Vertrag vor, den das bayerische Wirtschaftsministerium mit dem „Zivilen Sicherheitsdienst" (ZSD) des Unternehmers Carl Wiedmeier geschlossen hat. Danach erledigt die Fluggastkontrolle künftig eine „Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München", deren Gesellschafter zu 51 Prozent der Freistaat und zu 49 Prozent Wiedmeiers ZSD sind. Geschäftsführer sind Wiedmeier und ein Polizeidirektor.

Bis Herbst soll die Polizei vollkommen von diesen Überwachungsaufgaben befreit sein. Den 100 am Flughafen eingesetzten Politessen wird angeboten, „bei voller Besitzstandswahrung" zur neuen Sicherheitsgesellschaft zu wechseln. Am Flughafen Nürnberg, wo eine ähnliche Kontrollgesellschaft seit Mai 1985 arbeitet, haben sämtliche Polizeihostessen dieses Angebot angenommen.

Der Staat erhofft sich einen doppelten Effekt: Zum einen wird die unter Personalmangel leidende Polizei entlastet, zum anderen soll die privatwirtschaftlich organisierte Sicherheitstruppe billiger arbeiten. Das Münchner Wirtschaftsministerium schätzt die jährliche Einsparung auf mindestens eine Million Mark. Wie ein Ministeriumssprecher mitteilte, hat diese bayerische Lösung bereits bei Flughäfen anderer Bundesländer Interesse gefunden. Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter erklärte jedoch, er verstehe diese Entscheidung des Staates nicht. Die Stadt habe der Wiedmeier-Truppe den Vertrag über die U-Bahn-Überwachung kündigen müssen. Kronawitter: „Wir sind unzufrieden, weil ständig Übergriffe vorkommen."

Der jüngste geschah genau an dem Tag, an dem der Staat den Gesellschaftsvertrag mit dem ZSD schloß. Zwei ZSD-Mitarbeiter forderten in einer Münchner Straßenbahn, die nicht zu ihrem Kontrollgebiet gehört, einen Fahrgast auf, den Fahrschein zu zeigen. Der Mann weigerte sich und wurde von den „Sheriffs" an einer Haltestelle aus der Tram gedrängt.

Ein 17jähriger Türke, der den Vorfall beobachtete und ausstieg, wurde von einem der Männer angeschnauzt, er solle verschwinden. Er blieb aber stehen, worauf ihn einer der „Sheriffs" in den Schwitzkasten nahm und der andere ihm mehrfach ins Gesicht schlug. Danach flüchteten die beiden, einer von ihnen, der 23jährige Dirk L., verlor jedoch am Tatort seinen Ausweis. Gegen ihn und seinen Komplizen ermittelt die Polizei wegen schwerer Körperverletzung, Nötigung und Amtsanmaßung. Erst vor drei Wochen war ein „Schwarzer Sheriff" wegen Körperverletzung zu 10 500 Mark verurteilt worden.

Der bayerische Staat ist dennoch sicher, daß Fluggäste am Münchener Flughafen weder verprügelt noch beschimpft werden. Die neuen Kontrolleure, so versicherte das Wirtschaftsministerium, werden auf ihre Eignung und Zuverlässigkeit geprüft und nach einer gründlichen Ausbildung einem fachlichen Eignungstest durch das Luftamt der Bezirksregierung Oberbayern unterzogen.

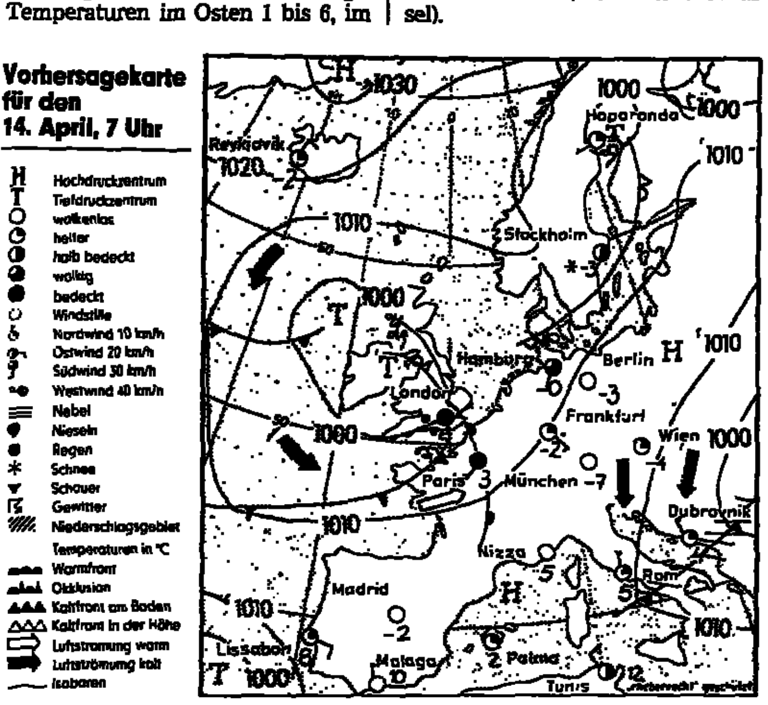
WETTER: Regen und milder

Lage: Tiefausläufer greifen von den Britischen Inseln her auf Deutschland über und leiten die Zufuhr von milderer Meeresluft ein.

Vorhersage für Montag: Im Westen stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Schnee, der rasch in Regen übergeht. Sonst zunächst noch sonnig, im Tagesverlauf aber von Westen her Bewölkungsaufzug und nachfolgend leichte Niederschläge. Temperaturen im Osten 1 bis 6, im Westen um 8 Grad. Nachts im Westen auflockernde Bewölkung. Tiefstwerte dort um 5 Grad, sonst um 2 Grad. In Bayern örtlich leichter Frost. Schwacher Wind um Süd.

Weitere Aussichten: Unbeständig und mild.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.28 Uhr*, Untergang: 20.18 Uhr, **Mondaufgang:** 9.08 Uhr, Untergang: 2.26 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	3	bw
Bielefeld	5	he
Braunlage	-2	bw
Bremen	5	he
Dortmund	4	he
Dresden	0	bw
Düsseldorf	5	he
Erfurt	1	he
Essen	4	he
Feldberg/S.	-7	bw
Flensburg	4	S
Frankfurt/M.	3	bw
Freiburg	2	he
Garmisch	-2	S
Greifswald	5	he
Hamburg	5	he
Hannover	5	he
Kahler Asten	-1	he
Kassel	2	bw
Kempten	-4	S
Kiel	5	he
Koblenz	5	he
Köln-Bonn	5	he
Konstanz	1	he
Leipzig	2	he
List/Sylt	5	he
Lübeck	6	he
Mannheim	5	he
München	0	bw
Münster	4	he
Norderney	4	bw
Nürnberg	1	bw
Oberstdorf	-2	S
Passau	1	bw
Saarbrücken	4	bw
Stuttgart	0	bw
Trier	5	he
Zugspitze	-15	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	15	he
Amsterdam	5	he
Athen	19	he
Barcelona	13	he
Belgrad	2	bd
Bordeaux	9	bw
Bozen	8	he
Brüssel	3	bw
Budapest	6	bw
Bukarest	15	bw
Casablanca	13	he
Dublin	7	bw
Dubrovnik	11	bd
Edinburgh	4	bd
Faro	13	he
Florenz	7	bw
Genf	4	he
Helsinki	0	bw
Hongkong	24	he
Innsbruck	0	S
Istanbul	18	he
Kairo	35	he
Klagenfurt	0	S
Konstanza	19	bw
Kopenhagen	3	S
Korfu	16	R
Las Palmas	20	bw
Leningrad	1	he
Lissabon	12	he
Locarno	8	he
London	5	bw
Los Angeles	8	bw
Luxemburg	1	bd
Madrid	8	he
Mailand	8	bw
Malaga	15	he
Mallorca	12	he
Moskau	-1	bd
Neapel	8	bw
New York	8	bw
Nizza	12	he
Oslo	1	bw
Ostende	4	bw
Palermo	14	bw
Paris	5	bw
Peking	25	he
Prag	1	he
Rhodos	22	bw
Rom	9	bw
Salzburg	2	S
Singapur	24	Gw
Split	12	Gw
Stockholm	0	S
Straßburg	2	S
Tel Aviv	34	bw
Tokio	17	bw
Tunis	16	he
Valencia	13	he
Varna	20	bw
Venedig	8	he
Warschau	1	bw
Wien	2	bd
Zürich	2	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ein „glänzender" Sommer kündigt sich an – wenigstens in der Welt der Visagisten. Metallische Farben für das Make-up, für Lippen, Lider und Nägel, passend zur Mode, werden die Saison bestimmen. Vor allem auf braune Haut aufgetragen, sorgen Silber-, Gold- und Kupfertöne für faszinierende Augen-Blicke.





Vom Geheimnis der Farben

Ungezählt sind die Empfehlungen für ein richtiges Make-up; und die Bücher zu diesem Thema füllen Regale. Wieder hat sich eines dazugesellt, das den Anspruch erhebt, das Make-up-Problem jeder Frau zu lösen. „Color me beautiful" (Hallwag-Verlag) will durch die Macht der Farbe überzeugen. Die Autorin, Carole Jackson, geht von der nicht unwitzigen Annahme aus, daß jede Frau (und natürlich auch jeder Mann) ein bestimmter „Farbtyp" sei, zugeordnet einer Jahreszeit. Wer sich diesem Prinzip unterwirft, wird, so die Autorin, hinfort keine Probleme mehr mit Kleidung und Make-up haben. Die von Carole Jackson beschriebenen vier Farbpaletten umfassen jeweils 31 Töne, unterteilt in neutrale Farben, Basis- und Akzentfarben. Entscheidend für die Wahl derjenigen Farben, die mit den angeborenen Grundtönen harmonisieren, sind der Farbton und die Farbintensität. Neu ist diese „Philosophie" nicht: Bereits in den 20er Jahren stellte der Schweizer Maler und Mitbegründer des Bauhauses, Johannes Itten, bei Experimenten mit seinen Schülern fest, daß es eine verblüffende Übereinstimmung zwischen den Farben, zu denen man sich intuitiv hingezogen fühlt, und den eigenen Gesichts-, Augen- und Haarfarben gibt. R.Z.

Metallische Töne für glänzende Auftritte

Nur die Schleife auf dem Po ist echt, der Rest ist Haut. Was auf den ersten Blick wie eine elegante Abendrobe mit Straß und Pailletten aussieht, zeigt sich bei näherem Hinsehen als perfekte „Körper-Malerei". Das Abendkleid der Avantgarde wird nicht angezogen, sondern mit der Sprühpistole aufgespritzt – Tip der Topvisagistin Malu Wilz.

Doch es muß nicht gleich der ganze Körper sein. Der Mut zu Modischem beginnt schon bei den Nägeln. Deren Pflege und Verschönerung erlebt einen beispiellosen Boom, wie die an diesem Wochenende in Düsseldorf veranstaltete „Beauty 86" bewies.

Künstliche Krallen, heißt die Verlockung für alle, denen die Fingerspitzen Probleme bereiten. Und das scheinen viele zu sein, betrachtet man sich all die „Nagelstudios", die gleichsam aus dem Boden sprießen. Rund 150 Mark muß die Kundin auf den Tisch legen für zehn neu aufgelegte Kunstnägel: im Pünktchenlook, streng gestreift oder poppig bunt. Glitzern dürfen echte Brillanten, Imitationen oder das eigene Tierkreiszeichen in 22 Karat Gold.

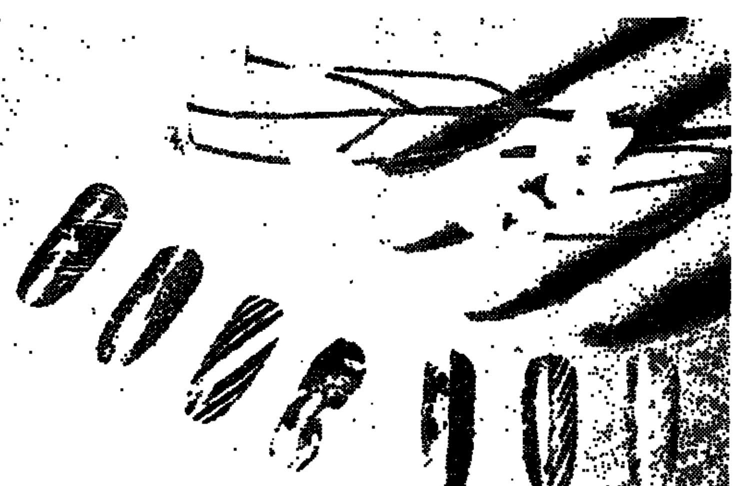
„Ein wenig Schönheit ist besser als Gut und Geld", so ein persisches Sprichwort. Das gilt heute noch. Eher spart die Kundin an der Garderobe denn an Farbe und Duft. Körperpflege und Schminken gehören zum gepflegten Aussehen.

Schnell und wirksam will die moderne, häufig berufstätige Frau ihr Make-up. Der Besuch bei der Kosmetikerin gehört dazu wie der Wunsch nach Produkten, die komplikationslos zu handhaben sind. Diesem Trend tragen die neuentwickelten Nagelfarben in Stiftform, das Make-up als Sprühschaum oder der Eyeliner mit einer Spitze aus Kautschuk Rechnung. Bei den Pflegeprodukten werden „körperkorrigierende" Gels und Cremes verlangt.

Kosmetik ist Ausdruck der Persönlichkeit, Spiegelbild einer Kultur und immer auch das i-Tüpfelchen der Mode. Die Visagisten arbeiten eng mit der Modebranche zusammen. So präsentiert die dekorative Kosmetik jetzt zweimal im Jahr neue Farbpaletten, die genau abgestimmt sind auf den aktuellen Trend: Lidschatten in Pastelltönen wie Grün und Rose, Blau und Gold, Wimperntusche in Königsblau und schillerndem Grün, Lippenstifte vom zarten Rose bis zum strahlenden Rot – immer mit Glanz – gehören zum Beispiel zum modischen Kolonialstil dieses Sommers.

Wer das Spiel mit immer neuen Farbkompositionen mag, kann sich auf den Juli freuen: Dann präsentiert eine der führenden Kosmetikfirmen erstmals ein drittes „Trend-Make-up" für den Sommer. Natürlichkeit ist die Devise: Nägel und Lippen im Perlton, warme leuchtende Make-up-Töne und vierfarbige Lidschattenpalette. Schmeichelnde Farben und sanfte Töne sind aufeinander abgestimmt. Die textile Modefarbe Orange aber kommt kaum vor. Jede Laune der Designer machen die Kosmetiker nicht mit.

GABRIELE HERLYN



Künstliche Krallen als kleine Kunstwerke: „Nail-Art" heißt der neueste Schrei der Kosmetik-Industrie FOTOS: DIE WELT/INTER BEANAICO

Ausgabe neuer Silbermünzen wird geprüft

dpa, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl läßt zur Zeit die Ausgabe von Zehn-Mark-Silbermünzen prüfen. Gesucht wird ein Symbol für das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Gedacht ist an eine Gedenkmünze, die die wirtschaftliche Stabilität mit einer Preissteigerungsrate von jetzt nur 0,1 Prozent widerspiegelt. Außerdem sollte sie möglichst schon in der ersten Hälfte des nächsten Jahres ausgegeben werden, um der 750-Jahr-Feier Berlins einen besonderen numismatischen Glanz zu verleihen. Ein Motiv fehlt allerdings noch.

Das Bundesfinanzministerium hat bereits deutlich gemacht, daß die Versilberung nicht zu üppig ausfallen soll. Dabei denken die Beamten noch schmerzlich an die Silber-Hausse Ende der 70er Jahre, die von den Spekulationen der texanischen Brüder Hunt ausgelöst wurde und das Kilogramm Silber auf über 1000 Mark drastisch verteuerte. 1979 mußte daraufhin die noch nicht ausgegebene Otto-Hahn-Gedenkmünze in Fünf-Silbermark-Stücken wieder eingeschmolzen werden.

Die Ausgabe von Zehn-Mark-Gedenkmünzen erfordert allerdings eine Änderung des Münzgesetzes, das bisher nur Münzen bis fünf Mark zuläßt. Das Verfahren dürfte zwei Jahre dauern – für Berlin wäre das zu spät.

Sehnsucht nach Frühling

Tiefste April-Werte gemessen / Milderes Wetter in Sicht

DW. Bonn

Die niedrigsten April-Temperaturen seit mehr als 120 Jahren in Deutschland sind in der Nacht von Samstag auf Sonntag gemessen worden. In Ostbayern und im südlichen Niedersachsen fiel das Quecksilber nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes auf minus elf Grad und in Südhessen auf sieben Grad unter Null. Solch niedrige Werte seien in einem April seit Beginn der regelmäßigen Temperaturaufzeichnungen Mitte des vergangenen Jahrhunderts nicht registriert worden, erklärte der Meteorologe vom Dienst. Die bisher kälteste April-Nacht in Frankfurt habe es am 5. April 1911 mit minus 4,5 Grad gegeben. Die Zugspitze meldete gestern morgen mit minus 20 Grad ebenfalls ungewöhnlich niedrige Temperaturen.

Einen April-Kälterekord erlebte an diesem Wochenende auch das Sauerland. Die Wetterwarte auf dem 430 Meter hohen Kahlen Asten registrierte in der Nacht zum Samstag bei einer Schneehöhe von etwa 50 Zentimetern am Boden minus 19 Grad und in der Nacht darauf minus 13 Grad. Auch im Flachland sackten die Quecksilbersäulen der Thermometer, wie das Wetteramt Essen gestern mitteilte, weit unter den Gefrierpunkt, wobei der Köln-Bonner Flughafen mit minus neun Grad den „Kältepol" darstellte.

In vielen Haus- und Kleingärten waren Knospen und Blüten am Morgen zu Eis erstarrt. Nur der Tatsache, daß die Natur etwa drei Wochen hinter dem jahreszeitlich üblichen Stand herhinkt und die Säfte noch nicht aufgestiegen sind, ist es nach Ansicht von Fachleuten zu verdanken, daß schwerere Erfrierungsschäden an den Pflanzen nur selten auftraten. Tagsüber „taute" gestern strahlender Sonnenschein, der die Temperaturen bis zum Mittag über den Gefrierpunkt steigen ließ, die Pflanzenwelt in den Flachlandregionen wieder auf.

Am Alpenrand hingegen schneite es gestern weiter. In weiten Teilen Bayerns bildete sich eine geschlossene Schneedecke, gebietsweise auch im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb. Sehr gute Wintersportmöglichkeiten gab es im Oberharz. Am Morgen herrschte in vielen Landesteilen Schnee- und Eisglätte auf den Straßen. Aus dem Alpenstraßenbericht des ADAC von gestern ging hervor, daß der Verkehr in Österreich streckenweise durch Schnee und Schneematsch behindert war, so auf der Tauernautobahn. Zahlreiche Pässe wie der Radstädter Tauern, der Arlberg und der Hochtannberg waren schneebedeckt.

Eine Milderung erwartete der Wetterdienst für heute in der Westhälfte der Bundesrepublik. Tiefausläufer über den Britischen Inseln bringen Regen und lassen die Tagestemperaturen auf Werte zwischen zehn und 15 Grad ansteigen. Die Nächte sollen endlich frostfrei sein.

Bezahlt Lloyd's das Lösegeld für Jennifer Guinness?

RAINER GATERMANN, London

Während die irische Polizei bei ihrer Suche nach den Entführern von Jennifer Guinness (48), einem Mitglied des gleichnamigen Banken- und Brauerei-Clans, der zu den reichsten Europas zählt, noch keine „heiße" Spur hat, versucht die Dubliner Regierung mit allen Mitteln, die Zahlung der geforderten zwei Millionen Pfund Lösegeld zu verhindern.

Nach Gerüchten ist die Guinness-Familie durch Lloyd's in London gegen Entführungen versichert. Die Zahlung von Lösegeld ist jedoch nach irischem Gesetz verboten. Die Regierung will offenbar keine Wiederholung dessen, was angeblich vor drei Jahren bei der Entführung des britischen Geschäftsmannes Don Tidey geschah. Damals wurde das Lösegeld außerhalb der irischen Republik gezahlt. Dublin hat seitdem mehrmals versucht, die Londoner Regierung zu veranlassen, das Geschäft des Lloyd's Syndikats „K and R" (kidnap and ransom – Entführungen und Lösegeld) zumindest mit Iren zu verbieten, bisher allerdings ohne Erfolg.

Die irische Polizei wurde inzwischen in der Vermutung bestärkt, daß Jennifer Guinness am Dienstag nachmittag von einer dreiköpfigen Bande „normaler" Verbrecher, möglicherweise aus der Rauschgiftszene, entführt wurde und nicht von Mitgliedern einer politischen Organisation.

Brandursache in Textilwerken noch ungeklärt

dpa, Durmersheim

Die Ursache des Großbrandes in den Textilwerken Werner Nachmann ist nach wie vor ungeklärt. Nachmann ist Vorsitzender im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland. In der Nacht zum Samstag waren in Durmersheim (Baden-Württemberg) drei Hallen ein Raub der Flammen geworden und Schäden in Höhe von mehr als fünf Millionen Mark entstanden. Ein Sprecher der Sonderkommission, die die Ursache des Feuers aufklären soll, betonte am Sonntag: „Es spricht weder etwas für eine Brandstiftung noch etwas dagegen." Nachmann erklärte gestern: „Seit 40 Jahren hat es in meinem Werk in Durmersheim niemals einen Brand gegeben." Allerdings sei vor 15 Jahren in seinem alten Betrieb in Karlsruhe-Durlach ein Brand gelegt worden. Nach Polizeiangaben hatte ein Lastwagenfahrer in der Nacht zum Samstag ein brennendes Fahrzeug neben einer der Lagerhallen gesehen und Polizei und Feuerwehr verständigt. In den drei Hallen befanden sich Textilballen sowie Fahrzeuge und Pressen. Sie verbrannten.

Sturz aus sechstem Stock

dpa, Münster

Einen Sturz aus der sechsten Etage eines Hochhauses in Münster hat am Wochenende ein zweieinhalbjähriges Mädchen fast unverletzt überlebt. Das Kind war nach Angaben der Polizei vom Sonntag in einem unbewachten Augenblick auf dem Balkon der elterlichen Wohnung auf einen Plastikeimer gestiegen und hatte den Halt am Geländer verloren. Der Sturz aus etwa 18 Meter Höhe wurde durch ein dichtes Gebüsch abgefangen, so daß das Mädchen nur einige Schrammen erlitt.

460 200 Mitglieder

AP, München

Der Deutsche Alpenverein (DAV) mit Sitz in München zählte Ende 1985 insgesamt 460 200 Mitglieder. Aus dem am Wochenende in der bayerischen Landeshauptstadt veröffentlichten Jahresbericht des Vereins für das abgelaufene Jahr geht hervor, daß die Mitgliederzahlen des Alpenvereins von etwa 280 000 im Jahr 1974 alljährlich kontinuierlich angestiegen sind.

Die Steppe brennt

dpa, Shanghai

Zehntausende von Tieren sind bei gewaltigen Steppenbränden in der Mongolei verbrannt und eine bisher unbekannte Zahl von Menschen ums Leben gekommen, berichteten chinesische Zeitungen am Samstag. Zahlreiche Jurten seien niedergebrannt und Weideland zerstört worden. Das Feuer sei Anfang der Woche in zwei Bezirken der Inneren Mongolei ausgebrochen.

Post bricht Versuch ab

AP, München

Der Testbetrieb einer vollautomatischen Telefonauskunft in München wird nach Mitteilung der Oberpostdirektion am 15. April wieder eingestellt. Der Präsident der Behörde, Alfred Meier, sagte, daß die Technisierung und Automatisierung bei der Bundespost zwar einen großen Stellenwert habe, aber im Verhältnis mit den Kunden stets der Mensch im Vordergrund bleiben solle.

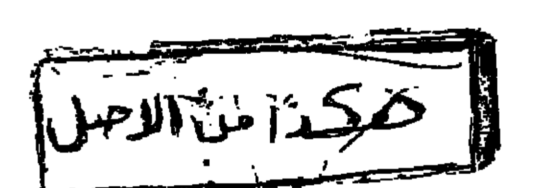
Affäre um „Dr. Dr."

dpa, Hamm

Die Affäre um den suspendierten Wirtschaftsförderungsdezernenten der Stadt Hamm, „Dr. Dr." Winfried Masannek (CDU), weitet sich aus. Seit Samstag sitzt auch der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Hamm, Robert Wilhelm Rehling (73), in Untersuchungshaft. Gegen den pensionierten Kommunalpolitiker wurde Haftbefehl wegen des Verdachts der Hehlerei und wegen Verdunklungsgefahr erlassen. Über die näheren Zusammenhänge wollte sich ein Sprecher der Dortmunder Staatsanwaltschaft nicht äußern.

ZU GUTER LETZT

„Das Finanzamt lehnt Schrott als Steuerzahlung ab." Aus einem Brief des Finanzamts Metz an einen Eisenhändler.



Tritt gefaßt

KHS. – „Factoring hat sich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten zweifellos einen festen Platz im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik Deutschland erobert", bemerkt Bundeswirtschaftsminister Bangemann in seinem Vorwort zu der Festschrift, die der Deutsche Factoring Verband aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums publizierte. Davon, daß die ersten Pioniere Berge aus Unwissenheit und Voreingenommenheit gegenüber der neuen Finanzierungsform überwinden mußten, ist heute kaum mehr die Rede.

Unbeschadet aller Schwankungen des Konjunkturverlaufs expandiert, nach anfänglichen Anpassungsproblemen, auch in der Bundesrepublik Deutschland das Factoring-Geschäft. Der 1977 noch mit 4,0 Milliarden Mark ausgewiesene Factoring-Umsatz stieg seitdem einigermaßen stetig auf 8,8 Milliarden Mark 1985.

Damit *erreichten die elf hieran* beteiligten Institute jedoch erst die untere Stufe ihrer Möglichkeiten, die ihnen der deutsche Markt *bietet. Seit einigen Jahren* finden sich sogar zunehmend auch Großbetriebe dazu bereit, Factoringdienste zu beanspruchen.

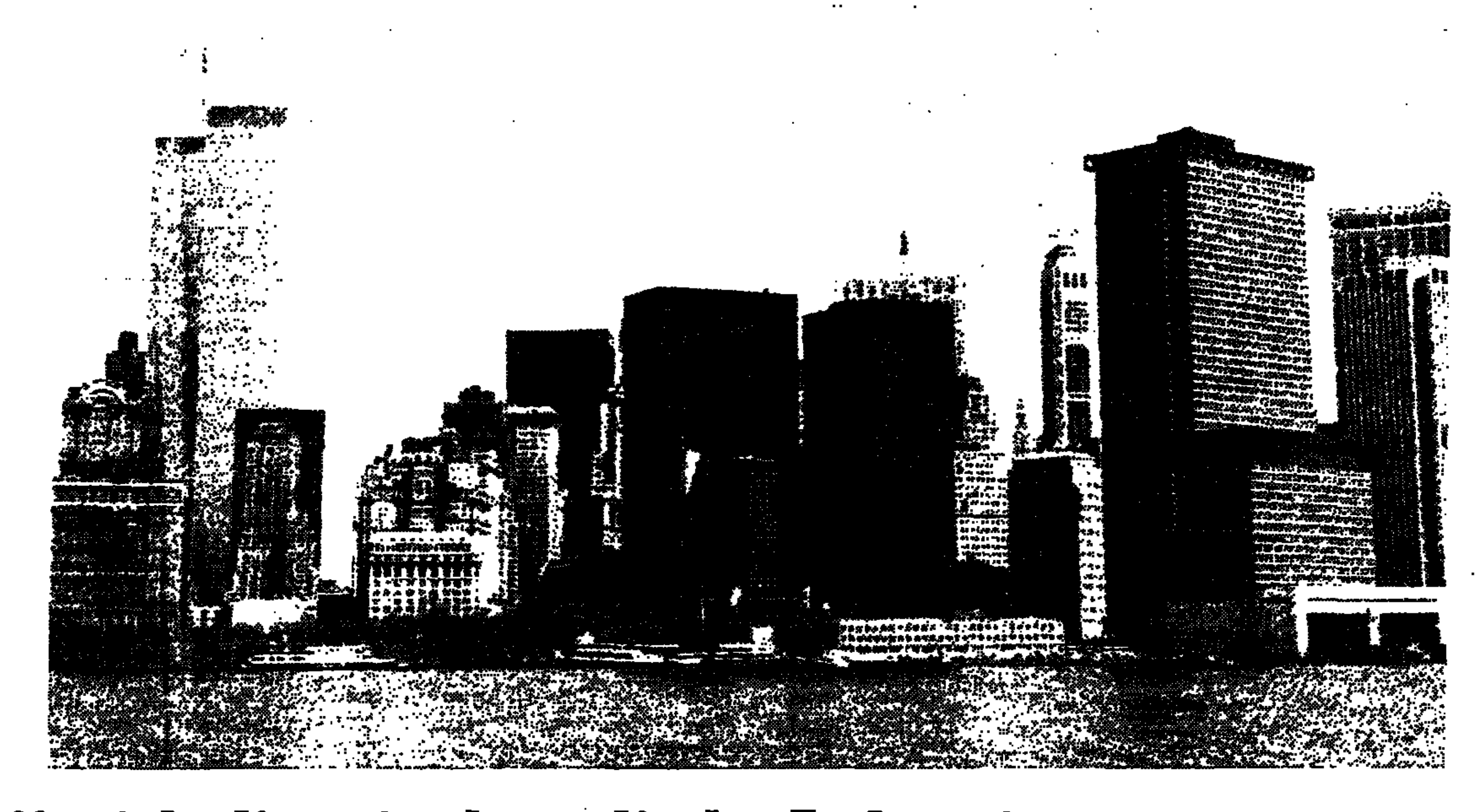
Doch entfällt nach wie vor der Löwenanteil des Umsatzvolumens auf das Geschäft mit mittelbetrieblichen Unternehmen aus mehr als 40 Wirtschaftszweigen.

Besonders in dieser Gruppe wünscht man sich oft genug mehr und noch intensivere Geschäftskontakte mit jeweils einem der hierzulande tätigen Factoringinstitute. Aber diesem Wunsch stehen unverändert die einschränkenden Wirkungen des Abtretungsverbots (laut BGB) entgegen, das noch aus dem Jahr 1900 stammt.

Immer wieder sind Factoringinstitute in der Bundesrepublik Deutschland gezwungen, ihren Kunden die Finanzierung wesentlicher Umsatzteile zu verweigern, weil die Forderungen der Kunden mit Abtretungsverboten belastet sind. Wieviel Jahre benötigt der deutsche Gesetzgeber wohl noch, um zu erkennen, daß sich die wirtschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland seit 1900 wiederholt und nachhaltig verändert hat?

Manhattan – Metropole des Business und des Kapitals – gilt auch als Zentrum des Factoring-Geschäftes. Die typischen amerikanischen Kunden dieses seit 25 Jahren auch in der Bundesrepublik bekannten Finanzierungs*systems gehören* der Bekleidungs-, Teppich-, Tuch- oder Garnbranche an. Und da der Geschäftsverlauf der Factoring-Gesellschaften an die Konjunktur der Textilindustrie gekoppelt ist, verlief *das Jahr 1985 nicht* besonders erfolgreich.

FOTO: M. GRUNOW



Am US-Markt weht ein schärferer Wind

Von GEORG SCHEPERS

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland bieten die Factoringgesellschaften in den USA ihre Dienstleistungen sehr konzentriert der Textilindustrie an. An dieser seit Jahren bekannten Situation hat sich auch im vergangenen Jahr nichts geändert. Die typischen amerikanischen *Factoring-Kunden sind Firmen* der Bekleidungs-, Teppich-, Tuch- und Garnbranche.

Folge dieser Ausrichtung ist eine relativ starke Häufung von Factoringgesellschaften in New York, vor allen Dingen aber auch die Kopplung des Geschäftsverlaufs der Factoringgesellschaften an die Konjunktur der Textilbranche.

Infolgedessen waren die Factoringgesellschaften in den USA im vergangenen Jahr keineswegs besonders erfolgreich. Die Inlandsumsätze stagnierten bei 37,5 Milliarden Dollar (plus 0,4 Prozent).

Dabei fällt besonders auf, daß die großen Factoringgesellschaften teilweise erhebliche Umsatzeinbußen zu verbuchen hatten. So verloren beispielsweise die William Inselin & Co. (Manufactures Hannover) 20,0 Prozent, die Meinhard-Commercial (Manufactures Hannover) 14,9 Prozent, die Irving Commercial Corp. 5,5 Prozent sowie die Heller (Fuji Bank) 2,1 Prozent.

Die Delkredereausfälle infolge Insolvenz der Debitoren von Anschlußkunden waren insgesamt offenkundig verhältnismäßig gering. Sie dürften in der Größenordnung von ein bis zwei Promille vom Umsatz gelegen haben.

Trotz Stagnation zufriedenstellend

Da bei den amerikanischen Factoringgesellschaften das Anschlußkundenrisiko deshalb grundsätzlich geringer ist, weil häufig die gekauften Forderungen nicht oder nur teilweise bevorschußt werden, sind die Verluste in diesem Bereich 1985 ebenfalls im Rahmen des üblichen geblieben.

Diese insgesamt also moderaten Ausfälle aus Kreditrisiken führten dazu, daß 1985 das Geschäft der amerikanischen Factoringgesellschaften trotz der Umsatzstagnation vom Ertrag her zufriedenstellend verlief.

Die Tatsache, daß die Factoring-Branche selbst auch 1985 für einige Schlagzeilen sorgte, läßt jedoch darauf schließen, daß insgesamt noch keine Ruhe eingekehrt ist. Auslöser der Berichte waren eine Reihe von Firmenübernahmen oder vermutete Übernahmen von Factoring-Gesellschaften.

Diese schon seit Jahren andauernden Wechsel in den Inhaberverhältnissen, *die im übrigen auch in dem* benachbarten Kanada zu beobachten sind, lassen vermuten, daß es um die Rentabilität der Factoringgesellschaften nicht überall zum besten steht. Sicherlich liegt ein Grund dafür in der Tatsache, daß bei stagnierendem Markt der Wettbewerb zu Lasten der Konditionen immer schärfer wird.

Keine Expansion über Grenzen hinweg

Ein weiterer Grund dürfte jedoch sein, daß die Verwaltungskosten auch in den USA ständig zunehmen. Rationalisierungseffekte durch die Einführung der EDV sind dort nicht immer zu erzielen, zumal es gravierende Handhabungsunterschiede im amerikanischen Factoring gibt (Whole Sale Factoring und Retail Factoring).

Eine Geschäftsausweitung über die eigenen Landesgrenzen hinaus erwägen die amerikanischen Factoringgesellschaften offenkundig unverändert nicht, wenn man einmal absieht von der auch international sehr aktiven Heller-Gruppe und der BancBoston Financial (International Factors Group).

Nachteile durch das in Deutschland auch von Kaufhäusern praktizierte Abtretungsverbot haben die amerikanischen Factoringgesellschaften nicht, obwohl die Belieferung der Kaufhauskonzerne in den USA durch *die* Textilbranche erhebliche Bedeutung hat. Das liegt einfach daran, daß das Abtretungsverbot dort keine Rolle spielt.

Nur mit sehr guten Factoring-Umsätzen im zweiten Halbjahr 1985 haben die amerikanischen Factoringgesellschaften starke Umsatzeinbußen im ersten Halbjahr 1985 ausgleichen können. Die Branche hegt die Zuversicht, daß sich das positive zweite Halbjahr 1985 auch 1986 fortsetzt.

Georg Schepers ist Vorstandsvorsitzender der DG Diskontbank, Mainz.

So verschafft sich die mittelständische Industrie Liquidität und Schutz vor Zahlungsausfällen

Von KLAUS BETTE

Die Umsatzzahlen im Factoring-Geschäft der in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Institute weisen auch im Jahre 1986 wieder nach oben. Die Gesamtumsätze im Factoring-Geschäft beliefen sich 1984 auf 7,7 Milliarden Mark und erhöhten sich 1985 auf 8,85 Milliarden Mark.

Während die Zuwachsraten in den vergangenen Jahren sich in einem bescheideneren Rahmen von etwa zehn Prozent bewegten, liegt die Steigerung im Jahre 1985 mit etwa 15 Prozent deutlich darüber. Diese Steigerung reflektiert natürlich auch das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Factoring-Umsätze spiegeln den sich beschleunigenden Geschäftsgang der Unternehmen wider, die mit einem Factoring-Institut zusammenarbeiten. Steigende Umsätze dieser Unternehmen bedeuten wegen Umsatzkongruenz der Factoring-Finanzierung steigende Factoring-Umsätze. Auch der rasch wachsende Export der deutschen Unternehmen *spiegelt sich in den Zahlen* wider, die für das Exportfactoring gemeldet werden, wenngleich diese Zahlen gemessen an den Möglichkeiten des Exportfactoring immer noch gering sind.

Im Jahre 1984 wurden im Exportfactoring Umsätze in Höhe von 962 Millionen Mark getätigt, 1985 waren es 1,234 Milliarden Mark. Dies bedeutet also eine Steigerung von etwa 25 Prozent. Das Importfactoring hat sich von einem Volumen 1984 von 436 Millionen Mark auf 509 Millionen Mark 1985 gesteigert.

Wie in den letzten Jahren schon zu *beobachten war, hat das echte Facto*ring das Factoring mit Rückgriffshaftung des Anschlußkunden verdrängt; 93 Prozent der Factoring-Umsätze werden im echten Factoring-Geschäft getätigt. Für diese Entwickung gibt es mehrere Ursachen.

Rechtsprechung schafft Klarheit

Den Anstoß zu dieser Entwicklung hat sicher die Rechtsprechung zum echten Factoring gegeben, die seit 1978 in ständiger Rechtsprechung das Factoring dem Kaufgeschäft zuordnet und dadurch Zweifel an dem rechtsgültigen Erwerb der gekauften und bezahlten Forderungen ausschließt.

Diese begrüßenswerte Rechtsklarheit gilt für das Factoring ohne Delkredere heute noch nicht. Darüber hinaus rückt bei den Factoring-Kunden mehr und mehr der Gedanke des Schutzes vor Zahlungsausfällen, der nur beim echten Factoring gegeben ist, in den Vordergrund. Diese Entwickung hat weiter dazu geführt, daß sich die Erfahrung der Factoring-Institute mit dem echten Factoring vertieft hat und sich gezeigt hat, daß der Factor durch seine Kenntnis der Zahlweise der Forderungsschuldner die hier liegenden Risiken beherrscht.

Klaus Bette: Zuwachsraten um 15 Prozent

Das gesamte Factoring-Geschäft in der Bundesrepublik Deutschland wird nach wie vor von einer geringen Anzahl von Instituten abgewickelt. Dem deutschen Factoring-Verband gehören elf Institute an, die das Factoring-Geschäft ausschließlich oder doch als einen wichtigen Zweig ihres Geschäfts betreiben. Die eingangs genannten Zahlen beziehen sich auf diese elf Institute. Es ist wenig bekannt, in welchem Umfang das Geschäft von weiteren Instituten oder Banken betrieben wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Know-how-Schwelle beim Factoring-Geschäft recht hoch ist. Seine Einführung setzt daher die Zurverfügungstellung beträchtlicher Mittel voraus. Die Tatsache, daß nur wenige Anbieter am Markt sind, ist indessen eher ein Hinderungsgrund für die raschere Ausbreitung dieses Geschäfts als Kreditvariante. Oft genug stößt das unübersetzbare Fremdwort Factoring noch auf Unkenntnis, auch in Kreisen, in denen man die Kenntnis dieses Finanzierungsinstruments voraussetzen dürfte. Ein zunehmendes und ärgerliches Hindernis für die weitere Ausbreitung des Factoring-Geschäfts ist ein Rechtsinstitut, das in allgemeinen Geschäftsbedingungen eine modische Ausbreitung gefunden hat. Mehr und mehr versucht man auch auf der Käuferseite die Geschäftsvorgänge durch die Aufstellung allgemeine Einkaufsbedingungen zu standardisieren.

Dabei wird eine Klausel aufgenommen, die es den Gläubigern verbietet, ihre Forderungen an Dritte abzutreten. Eine solche Bestimmung macht auch den Forderungskauf unmöglich.Die Wirksamkeit solcher Abtretungsverbotsklauseln ist (noch) unumstritten. Ihre zunehmende Verbreitung, ja ihre lückenlose Geltung in manchen Branchen, führt jedoch zu einer Verdrehung der gesetzlichen Grundvoraussetzungen eines sehr liberalen Abtretungsrechts.

Die Wirtschaft engt sich selbst ein

Durch diese Handhabung beraubt sich die deutsche Wirtschaft jedoch ihrer *Finanzierungsmöglichkeiten* und engt sich dadurch ein, wenn sie nicht selbst bald dieser unguten Entwicklung Einhalt gebietet.

Als Grund für die Aufnahme einer solchen Abtretungsverbotsklausel in die Geschäftsbedingungen wird oft die Verarbeitung des Zahlungsverkehrs durch elektronische Datenverarbeitung ins Feld geführt. Es klingt indes sehr sonderbar, daß das Stehpult dem Unternehmer mehr Flexibilität gegeben haben soll als der Computer.

Rechtsanwalt Dr. Klaus Bette ist Geschäftsführer beim Deutschen Factoring-Verband, Mainz.

Kräftiger Schub im Ausland

Die Deutsche Factoring (DFB) in Bremen, Tochter von acht Landesbanken und Mitglied der Sparkassen-Organisation, blieb, so Geschäftsführer Friedrich W. Höch, auch 1985 im Aufwind. Ihr Umsatz stieg um acht Prozent auf 1,24 Milliarden Mark, obwohl einige interessante Kundenverbindungen ausliefen und einige Kunden zum Teil deutliche Umsatzverluste hinnehmen mußten.

Besondere Erfolge gelangen der Bank im Auslandsgeschäft, dessen Anteil am Gesamtumsatz auf 40 Prozent zunahm. Auch mit dem Ertrag ist die Bremer Spezialbank zufrieden.

Die Kunden des Instituts kommen hauptsächlich aus dem Mittelstand, und zwar aus mehr als 30 verschiedenen Wirtschaftszweigen. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Bank *der Zusammenarbeit mit den Spar*kassen. So hat die Zahl der von den Sparkassen vermittelten Kunden wieder zugenommen.

Auch für 1986 erwartet man bei der Geschäftsleitung *ein gutes Geschäft*, wenngleich nachteilige Folgen für das Auslandsgeschäft aufgrund der Dollarkursveränderung nicht auszuschließen sind. Dieser Optimismus stützt sich vor allem auf den hohen Fremdfinanzierungsbedarf der deutschen Wirtschaft.

Factoring hilft diesen Bedarf vor allem dort zu decken, wo die klassischen Mittel der Kreditfinanzierung versagen: Sei es, daß ausreichende Sicherheiten fehlen, ein kräftiges Umsatzwachstum zu finanzieren ist, oder Schutz vor Forderungsverlusten gesucht wird.

Auch in Bremen beklagt man die einschränkenden Wirkungen des Abtretungsverbots. Immer wieder muß die Bank ihren Kunden die Finanzierung wesentlicher Umsatzteile vorenthalten, weil die entsprechenden Forderungen mit Abtretungsverboten belastet sind.

Im Berichtsjahr fiel bei der DFB der Startschuß für die Einführung des elektronischen Datenaustauschs im Auslandsgeschäft, das die Bank hauptsächlich über Korrespondenten abwickelt, mit denen sie in der Factors Chain International zusammenarbeitet.

An der Entwicklung dieses Kommunikationssystems war die Bank als führendes Mitglied der „Chain" maßgeblich beteiligt. Ziel hierbei ist es, den Datenaustausch im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr zu beschleunigen und damit den Kunden einen besseren Service zu bieten. Daneben wurde der innerbetriebliche Datenfluß durch verstärkten Einsatz der EDV weiter verbessert. KHS

Professionelles Know-how

Logistik verfolgt das Ziel, den Warenfluß zu optimieren. Die Vereinigte Verlagsauslieferung GmbH, VVA-Bertelsmann Distribution genannt, die ihren Sitz in Gütersloh hat, geht noch einen Schritt weiter.

Im Rahmen einer rationellen Abwicklung einschlägiger Aufgaben ist der Stellenwert der kaufmännischen Funktionen dabei nicht zu unterschätzen.

Der Kauf von Geldforderungen (= Factoring) bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, Unternehmen – insbesondere aus dem mittelständischen Wirtschaftsbereich – von Bankkrediten zu entlasten.

Beim Factoring kommt es darauf an, ermittelte Daten und Fakten sachgerecht aufzuarbeiten, um eine lückenlose Auswertung zu gewährleisten. *Gerade hier fehlt es vielen mit*telständischen Firmen am notwendigen Know-how. Der Profi, das Factoring-Institut also, übernimmt diese Aufgaben.

Zu Buche schlägt vor allem, daß die gesamte Debitorenbuchhaltung eingespart werden kann. So entfällt erheblicher Aufwand, den die Überprüfung der Bonität der Geschäftspartner erfordern würde. Der Factor verhindert, daß unsicheren Kandidaten Ware ins Haus geliefert wird. Er läßt sich bei seinen Mahnverfahren auch nicht von emotionellen Motiven leiten.

Ein wesentlicher Vorteil des Factoring mit Delkredere ist, daß den Unternehmer das Ausfallrisiko nicht mehr tangieren kann. Gegen einen auszuhandelnden festen Prozentsatz seines Umsatzes ist er gegen Überraschungen gefeit, die Insolvenzen mit sich bringen können.

DETTHOLD ADEN

EXPORT-FINANZIERUNG

Chancen im Ausland besser nutzen

Von DIETER KLINDWORTH

Im internationalen Handel mehren sich die Finanzierungsprobleme. Der Verfall mancher Rohstoffpreise, die ständigen Umschuldungs- sowie Stundungsverhandlungen mit hochverschuldeten Staaten und der stetige Wunsch seitens ausländischer Kunden nach längeren Zahlungszielen sind nicht dazu angetan, den Exporteuren ein sicheres Gefühl bei der Abwicklung ihrer Exportgeschäfte zu vermitteln.

Die Banken lehnen aus vielerlei Gründen die Beleihung von Exportforderungen ab. Es kann auch nicht Aufgabe einer Bank sein, finanziell und funktionell bei der Abwicklung von Exportgeschäften tätig zu werden. Ausgenommen sind eventuell Dokumenteninkassi und auf jeden Fall Akkreditivgeschäfte.

Unter der Berücksichtigung, daß es sich jedoch mehr und mehr um einen Käufermarkt und nicht um einen Verkäufermarkt handelt, ist mit einer weiteren Abnahme solcher Exportgeschäfte zu rechnen, die auf der Basis des sicheren Akkreditivs Erledigung finden.

Die Käufer fordern offene Zahlungsziele

Die Käufer lehnen in steigendem Maß die Gestellung eines Akkreditivs ab und fordern offene Zahlungsziele. Wenn das exportierende mittelständische Unternehmen diesem Trend folgen möchte und auch weiterhin im ausländischen Markt erfolgreich sein will, so bedarf es einer entsprechenden Lösung.

Exportfactoring als Instrument der Absatzfinanzierung und der Risikoübernahme bietet diese Lösung. Dort, wo die klassische Finanzierung einer Bank endet, setzt im Dienste einer Arbeitsteilung das klassische Instrumentarium des Exportfactors ein.

Das gestiegene Bedürfnis nach Sicherheit, das Vermeiden der Entstehung notleidender Forderungen sowie die Bewältigung der Finanzierung von Außenständen gegenüber ausländischen Abnehmern hat in den letzten Jahren zu einer vermehrten Nachfrage nach Exportfactoring geführt. Dem Exportfactor obliegt es, seine ihm aufgrund seiner organisatorischen Voraussetzung zur Verfügung stehenden Informationsquellen zu bemühen, um dem Exporteur in Form des Ankaufs der Forderung die Übernahme des Delcredere zu garantieren.

Wenn dem Exporteur die Sorge um die Realisierung der Außenstände im Export genommen ist, so kann er sich künftig vorrangig der Erschließung und Intensivierung der Exportmärkte konzentriert widmen.

Neue Einkaufsmacht läßt sich gezielt einsetzen

Der Verkauf von Exportforderungen beinhaltet allerdings auch eine sofortige Zahlung des Kaufpreises. Dementsprechend ist dem Unternehmen das Problem der Finanzierung langfristiger Zahlungsziele genommen. In der Gestaltung der Laufzeiten ist eine Anpassung an die geänderten Zahlungswünsche der ausländischen Abnehmer möglich.

Hieraus ergeben sich Wettbewerbsvorteile, aber auch Möglichkeiten erhöhten Umsatzes wegen der großzügigeren Einräumung von Zahlungszielen. Schließlich sind auch dem Wachstum keine finanziellen Grenzen gesetzt, denn die Finanzierung durch den Factor wächst umsatzkongruent.

Letztlich führt die neu gewonnene Liquidität bei richtigem betriebswirtschaftlich orientierten Einsatz zu neuer Einkaufsmacht, so beispielsweise bei der Ausnutzung von Skonti. Sie ermöglicht zudem eine bessere Wahrnehmung sich bietender Marktchancen.

Der Exportfactor setzt mit seinem Instrumentarium dort ein, wo die klassische Finanzierung einer Bank überfordert ist. Er füllt eine Marktlücke aus, die es dem mittelständischen Unternehmen ermöglicht, alle ihm sich bietenden Marktchancen im Export wahrzunehmen.

Dieter Klindworth ist Geschäftsführer der Procedo Gesellschaft für Exportfactoring, Wiesbaden.

So lassen sich Forderungen reduzieren

AKTIVA	vor Factoring in TDM	Prozent	nach Factoring in TDM	Prozent
Forderungen	875	35	190	10
Barvermögen	1	–	70	4
Vorräte	687	28	687	37
sonstige Forderungen	77	3	77	4
Anlagevermögen	844	34	844	45
Bilanzsumme	**2484**	**100**	**1868**	**100**
PASSIVA	**vor Factoring in TDM**	**Prozent**	**nach Factoring in TDM**	**Prozent**
Kreditoren	900	36	284	15
Bankverbindlichkeiten	672	27	672	36
langfr. Verbindlichkeiten	637	26	637	34
Eigenkapital	275	11	275	15
Bilanzsumme	**2484**	**100**	**1868**	**100**

Das Kapital wird geschont

Wie sich Factoring auf ein mittelständisches Unternehmen vorteilhaft auswirken kann, zeigen die Schaubilder der Südfactoring, Stuttgart. Sie betreffen einen Textilgroßhandelsbetrieb mit einem jährlichen Umsatzvolumen von 5,5 Millionen Mark. Bewußt wurde darauf verzichtet, einen möglichst positiven Fall aufzuzeigen.

Das Schaubild 1 zeigt deutlich die starke Reduzierung der Forderungen nach dem Einsatz von Factoring. Gleichzeitig konnten mit der hieraus gewonnenen Liquidität die Kreditoren drastisch abgebaut werden, so daß das Unternehmen nach Factoring voll skontierfähig war. Gleichzeitig erhöhte sich das Eigenkapital von elf auf 15 Prozent der Bilanzsumme.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung im Schaubild 2 bringt den Beweis dafür, daß Factoring in vielen Fällen zu einer Ertragsverbesserung beiträgt. Die Aufwendungen setzen sich aus den Factoringgebühren und den Sollzinsen zusammen. Die Haupteinsparungen dagegen ergeben sich aus der erreichten vollen Skontierfähigkeit.

Darüber hinaus ergeben sich für den Barzahler verbesserte Einkaufskonditionen. Einsparungen ergeben sich auch bei den Verwaltungs- und Sachkosten sowie bei der Gewerbesteuer, da Factoring kein Dauerschuldverhältnis begründet. Auch können künftig mit Factoring die bisherigen Forderungsverluste vermieden werden.

VOLKER MAYER

So läßt sich der Ertrag verbessern

Meßbare Faktoren	Aufwendungen in DM	Einsparungen in DM
1,40 % Factoringgebühren aus 5,5 Mill. Mark	77 000	
9,00 % Sollzinsen aus 760 000 Mark finanziertem Forderungsbestand	68 400	
8,00 % Habenzinsen aus 76 000 Mark Sperrkonto		6 080
4,00 % Skonto aus 3,63 Mill. Mark Wareneinsatz		145 200
Verbesserte Einkaufskonditionen ca.		10 000
Verwaltungs- und Sachkosten ca.		15 000
Gewerbesteuer ca.		16 300
Wegfall Delkredere-Risiko		10 000
	145 400	202 580
Ertragserhöhung durch Factoring	57 180	
	202 580	202 580

DAS PORTRÄT: VVA

Komplettes Logistik-Paket im Angebot

Die Vereinigte Verlagsauslieferung, VVA-Bertelsmann Distribution, Gütersloh, hat schon vor 25 Jahren erkannt, daß mit der Aufnahme des Factoring-Geschäfts logistische Effekte erzielt werden können. Damals übernahm man allerdings ausschließlich Forderungen, die die VVA in ihrer Debitoren-Buchhaltung führte und bei Fälligkeit an den Kunden auszahlte.

Die Industriekunden der Branchen Video, Textil und Optik veranlaßten die VVA, ihr Factoring-Angebot zu erweitern. So wurde bereits in den 70er Jahren die Delkredere-Übernahme ermöglicht. Die Finanzierung kam später hinzu.

Systematisch betreibt die VVA die Forderungsfinanzierung seit 1982. Dabei hat nach Angaben der Geschäftsleitung „die effiziente Verwaltung der Forderungen oberste Priorität", ein auf den Auftraggeber und Debitor gleichermaßen zugeschnittener Service. Finanzierung und Delkredere-Übernahme ergänzen sich dann zur kompletten Dienstleistung.

Für die VVA ist das Factoring ein ausbaufähiger Teil ihres Logistik-Paketes, das auch noch die Übernahme anderer Dienstleistungen wie Auftragsbearbeitung, Fakturierung und Lagerhaltung beinhaltet. Wer das gesamte Angebot nutzt, wird ständig steigende Kosten im Betrieb erfolgreich bremsen können. hoc.

Umsatz weltweit 210 Milliarden Mark

Nach Angaben des Sekretariats der Factors Chain International (FCI) stieg 1985 die Zahl der in 31 Staaten tätigen Factoring-Gesellschaften auf nunmehr 300. Im Jahr zuvor betrug die Zahl 275 Gesellschaften, die in 27 Ländern ansässig waren. Der FCI mit Sitz in Amsterdam ist der führende internationale Factoring-Verband, dem auch drei deutsche Mitglieder angehören.

Der weltweite Factoring-Gesamtumsatz lag im Berichtsjahr 1985 bei 210 Milliarden Mark. Hieran war das Inlandsgeschäft mit 95 Prozent beteiligt. Die restlichen fünf Prozent entfielen auf das internationale Factoring. KHS

CFI-GRUPPE / Impulse für die internationale Arbeitsteilung

Ein Computer als Koordinator

Von HANS GOTTSLEBEN

Die Gesellschaften der CFI-Gruppe (Credit Factoring International) wurden Anfang der 70er Jahre von der National Westminster Bank mit dem Ziel gegründet, internationales Factoring anzubieten.

Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen und um die Fehler der bereits bestehenden Factoring-Gruppierungen zu vermeiden, mußten Lösungen gefunden werden für die optimale internationale Arbeitsteilung, die reibungslose Kommunikation, die Standardisierung der Abwicklung und die Risikoabsicherung. CFI stellt sich heute dar als die einheitlichste und am straffsten organisierte Factoring-Gruppe.

Zur Zeit sind CFI-Gesellschaften tätig in London (für Großbritannien, Irland), Brüssel (für Benelux), Kopenhagen (für Skandinavien), Paris, Mailand, New York (für die USA, Kanada) und Frankfurt (für die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz). Die Gründung weiterer Gesellschaften ist vorgesehen. Holding-Gesellschaft der Gruppe ist die Credit Factoring International Limited, eine 100prozentige Tochtergesellschaft der National Westminster Bank.

An der französischen Gesellschaft hat sich der Crédit Lyonnais, an der italienischen Gesellschaft der Credito Italiano maßgeblich beteiligt. Die amerikanische Gesellschaft gehört über die National Westminster Bank USA ebenfalls zur National Westminster Bank.

Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung hat Credit Factoring Int. Ltd. die Aufgabe einer Zentrale. Neben der allgemeinen Koordination obliegt ihr die Abrechnung der zwischengesellschaftlichen Ansprüche, die Rückversicherung der Delkredererisiken und die Bereitstellung von Informationen (Abnehmerkonten), Konten der Anschlußkunden, die in einem zentralen Großcomputer erfaßt und verarbeitet werden.

Noch in diesem Jahr werden alle CFI-Gesellschaften die Möglichkeit bekommen, direkten Zugriff auf alle gespeicherten Daten dieses Computers zu nehmen.

Während der Exportfactor die Forderungen vom Exporteur ankauft und mit ihm abrechnet, übernimmt der Importfactor die Bonitätsprüfung des Abnehmers, das Kreditmanagement und die Abrechnung mit den Abnehmern. Die Forderungen bleiben im Bestand des Exportfactors.

Eventuelle Ausfälle, für die der Importfactor seine Delkrederezusage gegeben hat, macht der Exportfactor bei der Zentrale geltend.

Delkredereanträge nimmt der Importfactor vom Exportfactor, vom Exporteur oder auch direkt von dessen Vertretern im eigenen Land entgegen, schriftlich, per Telex oder auch telefonisch.

Der Gesamtumsatz der CFI-Gruppe überstieg im Jahre 1984 erstmals den Gegenwert von einer Milliarde Pfund Sterling.

Angeboten wird von allen Gesellschaften neben dem Exportfactoring selbstverständlich auch das Inlandfactoring.

PRIMÄRRISIKO / Wichtige Überprüfung des Forderungsverkäufers

Manipulation bleibt das Problem

Von JÜRGEN NORDSIEK

Das Interesse der Unternehmen, Forderungen zu verkaufen, hat auch 1985 weiter zugenommen. Entsprechend positiv sind die Erwartungen für 1986. Im Vordergrund der Überlegungen bei den Firmen stehen der Delkredereschutz und die Möglichkeit, die zur Finanzierung der Außenstände gefundenen Mittel vorzeitig freizusetzen.

Die Entlastung von der Debitorenbuchhaltung durch Forderungsverkauf ist als Motiv in den Hintergrund getreten, weil die Fortschritte in der Datentechnik dazu geführt haben, daß auch kleinere und mittlere Unternehmen Zugang zu eigenen leistungsfähigen Computersystemen besitzen.

Die Factoring-Gesellschaften haben sich auf diese Entwicklung mit ihrer Angebotspalette rechtzeitig eingestellt und bieten Verfahren an, bei denen die Führung der Debitorenbuchhaltung und das Mahnwesen beim Kunden verbleiben. Es liegt auf der Hand, daß für eine solche Zusammenarbeit eine gute Qualität der Debitorenbuchhaltung und die Bereitschaft des Kunden vorhanden sein muß, seine EDV-Verarbeitungen gegebenenfalls den Bedürfnissen des Factors anzupassen.

Dennoch sollte auch einmal auf das Risiko bei dieser Finanzierungsform eingegangen werden, die als Primärrisiko den Forderungsverkäufer anzusehen hat.

Unter Primärrisiko ist die außerordentlich leichte Manipulierbarkeit an der Verität der verkauften Forderungen durch den Forderungsverkäufer zu verstehen.

Vom Factor ist vor Beginn einer Zusammenarbeit zu prüfen, ob

- schon die beabsichtigte Zusammenarbeit Gegenstand einer betrügerischen Manipulation sein könnte,
- der Forderungsverkäufer unmittelbaren Einfluß auf Warenversand, Rechnungserstellung und Buchhaltung nehmen kann,
- die anzukaufenden Forderungen durch Rechte Dritter belastet sind (Vorausabtretung an Lieferanten, Banken oder sonstige Gläubiger) oder der Forderungsübergang infolge Abtretungsverbot der Abnehmer ausgeschlossen ist,
- der Forderungsverkäufer seine Veritätsgarantie – bei unechtem Factoring auch die Bonitätsgarantie – finanziell tragen kann.

Von den Factoring-Instituten werden daher eine Reihe von Maßnahmen zur Begrenzung des Primärrisikos ergriffen, die unter anderem beinhalten:

- regelmäßige Zessionsprüfungen bei dem Forderungsverkäufer,
- stichprobenweise Saldenbestätigungen bei Abnehmern,
- Beobachtung der Abnehmersalden auf starke Veränderungen,
- Überprüfung der Gutschriften auf ihre Begründungen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß alle Factoring-Gesellschaften dieser Problematik besondere Aufmerksamkeit widmen.

Jürgen Nordsiek ist Abteilungsdirektor bei der GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung, Wuppertal.



Vor einigen Jahren kamen die Kunden hauptsächlich aus der Textil- und Möbelbranche. Heute hat Factoring Fuß gefaßt in der Chemischen Industrie (Foto einer Schwefelsäureanlage) ebenso wie im Maschinen- und Gerätebau oder in der Kunststoffverarbeitung.

FOTO: DIE WELT

ANWENDUNGSBEREICHE / Mehr als 30 Branchen nutzen die Vorteile – Großunternehmen als Kunden

Vorstoß in neue Wirtschaftszweige

Von FRIEDRICH W. HÖCHE

Factoring konnte in den letzten Jahren in immer neue Branchen vordringen. Während die Kunden der Factoring-Gesellschaften früher überwiegend aus den Wirtschaftszweigen Textil und Möbel kamen, sind unter den Factoring-Anwendern heute mehr als 30 verschiedene Branchen aus Produktion, Handel und Dienstleistung vertreten.

Darunter ist die chemische Industrie ebenso wie der Metallhandel, der Maschinen- und Gerätebau, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, der Papier- und Papierwarenhandel, die Kunststoffverarbeitung, der Baustoffhandel und Installationsbedarf vertreten, um nur einige Bereiche zu nennen, in denen Factoring fest Fuß gefaßt hat.

Diese Entwicklung erklärt sich aus dem deutlich gewachsenen Bekanntheitsgrad des Factoring. Hinzu kommt, daß die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer unzureichenden Eigenkapitalausstattung gezwungen ist, in hohem Maße auf fremde Finanzierungsmittel zurückzugreifen und demzufolge auch für neue Wege der Geldbeschaffung stets ein offenes Ohr hat.

Auch die Kreditinstitute wissen heute wesentlich mehr über Factoring als noch vor fünf Jahren. Immer häufiger kommt inzwischen auch von ihnen die Empfehlung an den eigenen Kunden, sich des Factoring zu bedienen. Eine wichtige Voraussetzung für den Einsatz von Factoring ist die genaue Klärung der damit für den Anwender verbundenen Vorteile, die den Kosten gegenübergestellt werden müssen. Die Konditionen lassen sich nicht mit denen einer Kreditgewährung durch Banken vergleichen, weil Factoring mehr bietet als nur die schnelle Geldbeschaffung.

Friedrich W. Höche: Aufwärtstrend hält weiter an.

Außerdem sind von den Firmen, die sich für Factoring interessieren, eine Reihe von Anforderungen zu erfüllen. Neben einer bestimmten Umsatzgröße, die in der Regel pro Jahr zwischen zwei und drei Millionen Mark liegt, müssen den Forderungen jeweils abgeschlossene Leistungen zugrundeliegen; Existenz und Wert der Forderungen müssen bei Verkauf an den Factor endgültig feststehen.

So sind beispielsweise Forderungen aus Baudienstleistungs- oder Folgelieferverträgen nicht für Factoring geeignet. Ferner ist zu prüfen, in welchem Umfange die Forderungen mit Abtretungsverboten der Abnehmer belastet sind. Solche Forderungen können weder abgetreten noch verkauft werden. Arbeitet ein Unternehmen mit vielen Abnehmern zusammen, die das Abtretungsverbot anwenden, kann schon aus diesem Grunde der Einsatz von Factoring scheitern. Dies ist oft dan der Fall, wenn Großunternehmen beliefert werden, denn es sind vor allem große Firmen, die sich des Abtretungsverbotes bedienen und es ihren Lieferanten im Rahmen ihrer Einkaufsbedingungen aufzwingen.

Darüber hinaus muß der Factoring-Interessent den Bonitätsvorstellungen der Factoring-Gesellschaft gerecht werden. Hierzu sind der Factoring-Gesellschaft die letzten zwei bis drei Rechnungsabschlüsse mit aktuellen Informationen über das laufende Geschäftsjahr einzureichen. Factoring bietet gewichtige Vorteile, die es wert sind, genau geprüft zu werden. Es setzt Liquidität frei, entlastet von Verwaltungsarbeiten und schützt darüber hinaus zu 100 Prozent vor Forderungsausfällen. Mit seiner Kombination verschiedener Leistungen, die andere Finanzierungssysteme nicht bieten, ist es für viele Firmen – vor allem aus der mittelständischen Industrie – eine wertvolle Hilfe.

Auch Großunternehmen setzen heute erfolgreich Factoring ein. Häufig können erst durch Factoring Chancen zur Expansion wahrgenommen werden. Nicht selten kommt es zu Ertragsverbesserungen, indem umfangreiche Skontoerträge erwirtschaftet werden können. Selbst als Exportfinanzierung hat sich Factoring bestens bewährt.

Nicht nur, daß lange Forderungslaufzeiten oder erhöhte Ausfallrisiken ihren Schrecken verlieren, Factoring verschafft auch Wettbewerbsvorteile, indem längere Zahlungsziele angeboten werden können.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß sich die Aufwärtsentwicklung des Factoring-Geschäfts fortsetzen wird.

Friedrich W. Höche ist Sprecher des Vorstandes des Deutschen Factoring Verbandes, Mainz, und Geschäftsführer der Deutschen Factoring Bank, Bremen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Weg zur Isolation?

„Adenauer, Stalins Note und die deutsche Bewußtseinsspaltung": WELT vom 7. April

Professor Grewe hat in seiner sorgfältigen und wohlbegründeten Arbeit Konrad Adenauers Einstellung zur deutschen Wiedervereinigung zutreffend dargestellt. Überdies war er ein zu machtbewußter Politiker, als daß er je auf sie hätte verzichten können. Er mochte Preußen nicht und hat daraus nie ein Hehl gemacht. Man konnte das bedauern, aber er teilte diese seine Abneigung mit vielen seiner Landsleute im Rheinland. Diese seine Einstellung hatte aber nichts zu tun mit seinem nationalen Empfinden als Deutscher und der verantwortungsbewußten Rolle, die er einem wiedervereinigten Deutschland im europäischen Verbund wünschte.



Rolf Pauls
FOTO: SIMON NETTO

Die preußische Frage hat in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle gespielt. Die westlichen preußischen Provinzen waren, zusammen mit anderen Landesteilen, die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westalen, Hessen und Rheinland-Pfalz geworden. Eine Wiederherstellung Preußens, auch nach einer Wiedervereinigung, war weder denkbar, noch wurde je so etwas erwähnt.

Daß die sowjetische Note vom März 1952 das taktische Nahziel hatte, den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verhindern, nachdem andere sowjetische Bemühungen nicht gefruchtet hatten, konnte von Anfang an nicht bezweifelt werden. Auch die Wahl des Zeitpunktes machte das deutlich. Adenauer war davon überzeugt, daß ein aus dem Sicherheitsverbund des Westens ausgegliedertes und damit isoliertes Deutschland zu schwach war, um sich gegenüber der Sowjetunion in Freiheit behaupten zu können. Er sah in einer Neutralisierung eine nicht zu verantwortende Gefahr für Deutschland und auch die westeuropäischen Randstaaten. In seiner Verantwortung als Deutscher und Europäer widerstand er daher solcher Möglichkeit, im Einklang mit allen damaligen politischen Kräften.

Noch in Moskau reagierte der amerikanische Botschafter Charles Bohlen gegenüber Herbert Blankenhorn recht heftig auf das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen. Im Westen wurden in den letzten drei Monaten des Jahres 1955 Besorgnisse über eine mögliche deutsche Hinneigung zu sowjetischen Neutralisierungsavancen kolportiert. Dagegen richteten sich Adenauers diplomatische Initiativen, nicht aber gegen die Wiedervereinigung als politisches Ziel. Über die Wiedervereinigung im September 1955 mit den Russen in Moskau allein verhandeln zu wollen, wäre ja geradezu abenteuerlich gewesen. Man hätte damit die Westverbündeten aus den eben geschlossenen vertraglichen Verpflichtungen politisch entlassen und sich in die Lage manövriert, die man vermeiden wollte, nämlich den Russen isoliert gegenüberzustehen.

Dr. Rolf Friedemann Pauls, Bonn 3

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Professor Grewe spekuliert, daß Adenauer die Lösung der deut*schen Frage für die „fernere Zukunft* offenhalten" wollte, so frage ich mich, wie er das machen wollte, wenn er mit der totalen Westintegration schon für die fernere Zukunft das Tor für eine Wiedervereinigung verschlossen hatte.

Im Laufe der „ferneren Zukunft" haben sich zwei deutsche Staaten, beide international anerkannt, und zwei deutsche Völker gebildet, die sich immer fremder werden, und wo der eine Staat eine Wiedervereinigung als völlig unmöglich abtut, in dem anderen deutschen Staat sich auch schon Tendenzen in dieser Richtung bemerkbar machen.

Wo hat Adenauer denn hier eine Möglichkeit zur Lösung der deutschen Frage in der ferneren Zukunft offengelassen?

Wenn Professor Grewe weiterhin sagt, daß Adenauer keine Wiedervereinigung mit anschließender Neutralität wünschte, stellt sich die Frage, ob die Neutralität eines vereinten Deutschlands so viel gefährlicher und nachteiliger sein sollte wie die Mitgliedschaft zweier deutscher Staaten in zwei feindlichen Lagern?

Mit freundlichen Grüßen
Rickmann von Platen, Bad Eilsen

Ohne Logik

„Sturmlauf gegen Späths ‚Nutznießerprinzip'": WELT vom 5. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

man muß es tatsächlich zweimal lesen, um es zu glauben: Landwirten (also Unternehmern), die „dem Grundwasser zuliebe Einschränkungen in der Nutzung ihrer Anbauflächen hinnehmen", soll auf Kosten der „Nutznießer", also der Wasserverbraucher, eine Entschädigung gezahlt werden. Und dies soll in Baden-Württembergs CDU „prinzipiell unumstritten" sein und lediglich wegen der Frage der Herkunft des Geldes (Steuerzahler statt Wasserverbraucher) noch Bauchschmerzen bereiten.

Was dem einen Unternehmer recht ist, muß dem anderen billig sein. Schluß also mit Vorwürfen gegen Chemiefirmen, die die Abwässer oder (in Seveso oder Hamburg) den Grund verseuchen oder (in Indien) über die „Sondernutzung der Atmosphäre" Todesfälle hervorrufen.

Als nächstes folgt dann die Sonderabgabe der Fußgänger zur Finanzierung von Autofahrern, damit diese großzügig auf die Nutzung von Fußgängerzonen oder Parkverbotszonen verzichten.

Der Landwirtschaft muß man anders helfen als mit Prämien für den Verzicht auf Verbotenes!

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Freiherr von Heyl, Lampertheim 1

Wort des Tages

„Wenn es dir gelingt, über dich selbst gut zu Gericht zu sitzen, dann bist du ein wirklicher Weiser."

Antoine de Saint-Exupéry, französischer Autor (1900–1944)

Markenraub

„Fällt Deutschland unter die Räuber? (III)": WELT vom 8. April

Der Begriff ist zu eng. Nach sechsjähriger wirtschaftspolitischer Befassung mit Counterfeiting habe ich in einer Anhörung im Bundesministerium der Justiz Anfang 1985 vorgeschlagen. den Begriff Produktpiraterie zu verwenden. Wie die jüngsten Antworten auf parlamentarische Anfragen zeigen, hat die Bundesregierung die Anregung aufgegriffen. Es geht nicht nur um die Fälschung von Warenzeichen (Marken), sondern um Maßnahmen auch gegen die Flut von Kopien von Produkten, die keine Marke tragen (Textilien, Keramik, Glas- und Lederwaren, Werkzeuge, Haushaltswaren). Hier stehen besonders mittelständische Hersteller unter massivem Druck.

Abhilfe kann zu einem Teil geschaffen werden durch neue Vorschriften im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), dessen Novelle in der parlamentarischen Beratung ist. Promoter ist die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, und es verwundert, daß gerade diese Organisation die Chance zu verpassen scheint, ein drängendes mittelständisches Problem noch im 10. Bundestag wenigstens teilweise zu entschärfen.

Rechtsanwalt Dr. H. Meister, Bergisch-Gladbach 1

Die Helfer

„Sie kämpfen für das Recht auf einen natürlichen Tod": WELT vom 12. März

Bei der Beschreibung der deutschen Organisationen, die trotz der chaotischen Arbeitsbedingungen weiterhin ihren entwicklungspolitischen Auftrag in Uganda durchgeführt haben, übersieht der Autor die meisten. Oft waren es grade ausländische Organisationen, die noch mit einem Minium an notwendiger Versorgung der Bevölkerung helfen konnten, als die ugandischen Stellen längst nicht mehr arbeiteten. Dies trifft besonders für die Krankenhäuser zu. Die verschiedenen Projekte deutscher kirchlicher Stellen, die zum großen Teil auch aus deutschen Steuergeldern finanziert werden, wurden im allgemeinen nicht unterbrochen.

Im Gegenteil, sie übernahmen zusätzliche Aufgaben, die die Mitarbeiter oft bis an den Rand ihrer Belastbarkeit brachten.

Mit freundlichen Grüßen
Beier, Centrum für internationale Migration und Entwicklung, Frankfurt/Main

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der deutsche Kurienbischof **Paul Josef Cordes**, Vizepräsident des Päpstlichen Rates für die Laien, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, **Peter Hermes**, überreichte Cordes den Orden in Rom. Die Auszeichnung für kirchliche Leistungen rechtfertigte Botschafter Hermes in seiner Laudatio mit dem Hinweis, daß beide Institutionen im Dienst an dem Menschen stünden. Gut geleisteter Dienst in der einen wirke sich wohltuend in der anderen aus. Bischof Cordes hob in seiner Dankansprache hervor, daß es der Kirche darum gehe, den Menschen absolute Werte zu vermitteln und sie zu einer Ordnung zu erziehen, die das Herz anspreche und im Gewissen verwurzelt sei. An dem Empfang nahmen die Kardinäle **Joseph Ratzinger**, **Opilio Rossi** und **Alfons Stickler**, der ehemalige Nuntius in Deutschland, Erzbischof **Guido del Mestri**, sowie Vertreter der römischen Kurie und der deutschen Gemeinde in Rom teil.

*

Papst **Johannes Paul II.** hat dem langjährigen Präsidenten des Kölner Zentral-Dombauvereins, Rechtsanwalt Dr. **Joseph Franz Hecking**, den „Stern zum Komturkreuz des Gregorius-Ordens" verliehen. Die hohe Auszeichnung wurde von Dompropst **Bernard Henrichs** überreicht.

*

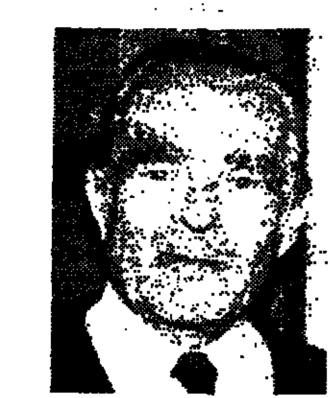
Der mit insgesamt 10 000 Mark dotierte Karl-Theodor-Vogel-Preis zur Förderung der technischen Fachpublizistik ist auf der Hannover-Messe erstmals vergeben worden. Die erste Preisträgerin **Heidelore Bühler** aus Düsseldorf erhielt für ihren Beitrag „Neue Werkstoffe" 5000 Mark. Der Würzburger Verleger **Karl-Theodor Vogel** hatte den Preis 1984 zu seinem 70. Geburtstag ausgeschrieben.

GEBURTSTAGE

Der Botschafter a. D. **Karl Heinrich Knappstein** wird morgen 80 Jahre alt. Während seiner jahrelangen Pressetätigkeit war der examinierte Diplomvolkswirt von 1936 bis 1943 Redaktionsmitglied der „Frankfurter Zeitung". Nach dem Krieg leitete Knappstein, ein Mitbegründer der CDU, die Presseabteilung des Verwaltungsrats für die Vereinigten Wirtschaftsgebiete in Frankfurt am Main. 1950 übernahm Knappstein für sechs Jahre die Leitung des deutschen Generalkonsulats in Chicago, bis er 1956 als Botschafter nach Madrid ging. Im Anschluß an seine zweijährige Tätigkeit als stellvertretender Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde Knappstein 1960 UNO-Beobachter in New York. Seit 1968 befindet sich Knappstein im Ruhestand.

*

Sigismund Freiherr von Braun, ehemaliger „Top"-Diplomat der Bundesrepublik Deutschland, feiert morgen seinen 75. Geburtstag. Der gebürtige Berliner war nach dem Krieg zunächst einige Jahre als Botschaftsrat in London tätig. 1958 wurde er Chef des Bonner Protokolls. Vier Jahre später avancierte er zum UNO-Botschafter in New York, wo er sich insbesondere um den Ausgleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den arabischen Staaten bemühte und durch seine Arbeit großes Ansehen genoß. 1968 ging Sigismund von Braun als Botschafter nach Paris, von wo er 1970 als Staatssekretär ins Auswärtige Amt nach Bonn wechselte. Zwei Jahre später nahm er sein Amt als Botschafter in Paris wieder auf, bis er 1976 in den Ruhestand trat.



Sigismund Freiherr von Braun
FOTO: EVI KEIL

*

Der Moraltheologe und Prorektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Professor Dr. **Franz Böckle**, vollendet am Freitag sein 65. Lebensjahr. Der aus der Schweiz stammende Theologe empfing 1945 die Priesterweihe und war zunächst als Kaplan in Zürich tätig. Nach seiner Promotion 1952 in Rom wies ihm der Bischof von Chur die Aufgabe zu, das Fach der Moraltheologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Chur als Professor zu übernehmen. 1963 erhielt er einen Ruf nach Bonn, wo er die Nachfolge von Professor Dr. **Werner Schöllgen** antrat.

MILITÄR

Joachim Bauers, Oberst und stellvertretender Kommandeur der Panzergrenadier-Brigade 4 in Göttingen, erhielt für besondere dienstliche Leistungen das Ehrenkreuz in Gold. Das ist die höchste militärische Auszeichnung, die die Bundeswehr zu vergeben hat. Oberst Bauers wird Göttingen bald verlassen. Am 16. Mai wird er offiziell in der Göttinger Ziethenkaserne verabschiedet und übernimmt dann in Bonn beim Führungsstab des Heeres die Leitung einer neu zusammengestellten Sonderarbeitsgruppe, die sich mit Strukturfragen des Heeres der Zukunft befassen wird.

WAHL

Der französische Journalist und Romanschriftsteller **Bertrand Poirot-Delpech (57)** ist in die Académie française gewählt worden. Poirot-Delpech (57) hat sich unter anderem durch seine Literaturkritiken in der Zeitung „Le Monde" einen Namen gemacht.

MEDIEN

Klaus Josef Maus, derzeit mit **Michael H. Spreng** Chefredakteur des Kölner „Express", wird am 1. Mai als Chefredakteur zum Beauftragten des Verlages DuMont-Schauberg („Kölner Stadtanzeiger", „Express") ernannt. Michael H. Spreng wird künftig alleiniger Chefredakteur des „Express" sein.

FILM

In München begannen jetzt die Dreharbeiten für „Bitte laßt die Blumen leben" nach dem Roman von **Johannes Mario Simmel**. Unter der Regie von **Duccio Tessari** werden in dem Film neben anderen **Klausjürgen Wussow**, **Birgit Doll**, **Hannelore Elsner** sowie **Gerd Böckmann**, **Kurt Meisel** und **Hans-Christian Blech** zu sehen sein. Produziert wird der Streifen von **Luggi Waldleitner**.

